Heft 7 Juli 2001 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A öS 68 · CH sFr. 8,– · L lfr 193 · I lir 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

07

4 391202 708006

Make Love and War

BERLIN EROBERT EUROPA

Gremliza: Wählt SPD!
Libeskind: Vergeßt Berlin!

in konkret Juli 2001

hier konkret von Patricia McKenna

Der EU-Gipfel in Göteborg Mitte Juni demonstrierte Einigkeit: Nachverhandelt wird nicht. Das Nein der irischen Bevölkerung zum Vertrag von Nizza eine Woche zuvor war für die versammelten Regierungschefs nur ein Ärgernis am Rande, ebenso wie die heftigen militanten Proteste am Gipfelwochenende selbst. Die irischen Grünen unterstützten die Nein-Kampagne. Patricia McKenna, eine ihrer Abgeordneten im Europaparlament, hatte 1995 vor Gericht durchgesetzt, daß die Regierung keine öffentlichen Gelder einsetzen darf, um für ihre Position in einem Referendum zu werben

von konkret

an konkret

Ich rat' euch, SPD zu wählen von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Europa der Stämme von Jürgen Elsässer

Probelauf in Mazedonien: Der Schröder-Plan zur EU-Reform wird zur Balkanisierung des ganzen Kontinents führen

Che kämpft um Korsika von Jürgen Elsässer, Martin Hantke

Der ehemalige Innenminister Chevènement formiert den französischen Widerstand gegen die Deutschen und die von ihnen unterstützten Stammeskrieger

Der zweite Anschluß von Klaus Grubelnik

Wenn das der Führer hätte erleben dürfen: Ökonomisch ist Österreich »heim ins Reich« gekehrt. Auch die Schlüsselindustrien und der Banksektor sind unter die Kontrolle des Großen Bruders geraten

zu Protokoll

»Wir werden dort das Sagen haben«, prognostizierte der Bundeskanzler im Juni 1999 für Südosteuropa. Zwei Jahre später gilt das für alle EU-Beitrittsländer vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer. Wer's nicht glaubt, kann es nachlesen in der lesenswerten Studie »Ergebnisse von Krieg und Frieden – Posten einer ökonomischen Bilanz Osteuropas« von Stefan Eggerdinger, die in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift »Streitbarer Materialismus« (Nr. 24, 220 Seiten, 15 Mark, Bestell-Fax 089-54070348) erschien. KONKRET dokumentiert einen Auszug

Maß für Maß von Ralf Schröder

Weltpolitik is coming home – tote Juden, Joschka Fischer und der Zufall bringen die globalen Ansprüche Berlins und Brüssels voran

Buch des Monats 1 von Peter Fasel

Robert Gellately: Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany. Oxford University Press 2001, 359 Seiten, 19,99 Pfund Sterling

Deckname Humanismus von Peter Kratz

»Nicht jeder kann alles bekommen.« – Über die Selektionsprogramme medizinethischer Vordenker in der Bio-Hauptstadt Berlin

Der Loyalist von Rayk Wieland

Was Sie schon immer über Gregor Gysi gewußt haben, ihm aber dann vielleicht doch nicht zutrauten, steht nun in seinen politischen Erinnerungen

Ankunfts-Potpourri von Georg Fülberth
Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 7. Folge: Das Programm

Schily in Rosa von Eike Stedefeldt
Was ist eigentlich der Grünenpolitiker Beck für einer?

Durchs wilde Kommunistan 1 von André Thiele
Von einer unbedachten Handbewegung aus seiner gewohnten Welt gerissen, durchleidet der Autor auf der Suche nach einer politischen Heimstatt eine Reise der Mühsal und der Qualen durch Länder und Reiche, in denen Vernunft und Kommunismus sich hart im Raume stoßen. Teil 1 seines Berichts

Gaudeamus igitur von Alexej Pavlov
Ten Years After (III): Über das Studentenleben im kapitalistisch gewendeten Rußland berichtet KONKRET-Autor Alexej Pavlov aus Nishnij Nowgorod

Schröders Ethik von Oliver Tolmein
Biopolitik ist in Deutschland zur Chefsache geworden

In diesem Sinne - Anschlußkompetanz von Manfred Dahlmann

In diesem Sinne - Öthik ist nötig von Michael Schilling

In diesem Sinne - Aus alt mach neu von Oliver Tolmein

Kunst & Gewerbe von Günther Jacob

No logo – nicht logisch von Rayk Wieland
Kulturkolumne

„Irgend etwas ist hier schiefgelaufen“ von Daniel Libeskind, Layla Dawson
Interview mit dem amerikanischen Architekten Daniel Libeskind über die Architektur in Berlin, über Politiker, Denkmäler, Dresdner Barock, Instanthäuser und über die deutsch-jüdische Normalität

Die Modernisierung der Identität von Günther Jacob
Pop ist ein Teil des Gründungsmythos der »Berliner Republik« geworden

Buch & Deckel von Marc Fabian Erdl
Wolfram Knorr: Monster, Movies, Macht und Massen. Amerikanische Kultur: 200 Jahre Lust und Last. Haffmans Verlag, Zürich 2000, 382 Seiten, 39 Mark Gore Vidal: Das ist nicht Amerika! Essays. Ausgewählt und herausgegeben von Willi Winkler. Knaus, München 2000, 319 Seiten, 42 Mark

Buch & Deckel von Holm Friebe
David Lodge: Denkt ... Haffmans Verlag, Zürich 2001, 510 Seiten, 44 Mark

Ritterschlag für Teletubbies von Ulrich Holbein
Blubber-Arien zwischen Streßbude und Chatroom – lexikalische Momentaufnahmen jetziger Jugend- und Szenesprache

Buch des Monats 2 von Holm Friebe
Frédéric Beigbeder:39,90. Roman. Übersetzung aus dem Französischen von Brigitte Große. Rowohlt Verlag, Hamburg 2001, 288 Seiten, 39,90 Mark

Vor der Lektüre von Marcus Hammerschmitt
Was erzählt das Autorenfoto auf dem Rückendeckel des neuen Romans von William Gibson über Buch und Autor?

Ein echter Freund von Fanny Müller

Reiseführer Maskulinia von Feridun Zaimoglu
Des Spießers Vorurteile zu hofieren und ihm das schlechte Gewissen zu nehmen – das ist das Talent des Professors Dietrich Schwanitz. Sonst kann er, wie sein jüngstes Buch wieder beweist, aber auch wirklich nichts

Go statt Schach von Georg Fülberth
Über den erfolgreichen Abschluß eines Versuchs, den Historischen Materialismus zu reformulieren

Neues von Uncle Joe von Jürgen Elsässer
Die Tagebücher von Georgi Dimitroff erschüttern manches Vorurteil über Josef Stalin

Piff und Paff und Rums! von Michael Rudolf
Über zwei Versuche, die RAF literarisch einzugemeinden

FilmTheater von Martin Büsser
Pearl Harbor

FilmTheater von Jens Hoffmann
Public Enemy

Film Theater von Tobias Nagl
YiYi

Ein Medien-Durchfall von Georg Seeßlen
»Big Diet« oder Wie das Fernsehen in Margarethe Schreinemakers einmal ganz zu sich selbst kam

Melodie & Rhythmus von Martin Büsser
Punk wird fünfundzwanzig

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/01, S. 3

Patricia McKenna

hier konkret

Der EU-Gipfel in Göteborg Mitte Juni demonstrierte Einigkeit: Nachverhandelt wird nicht. Das Nein der irischen Bevölkerung zum Vertrag von Nizza eine Woche zuvor war für die versammelten Regierungschefs nur ein Ärgernis am Rande, ebenso wie die heftigen militanten Proteste am Gipfelwochenende selbst. Die irischen Grünen unterstützten die Nein-Kampagne. Patricia McKenna, eine ihrer Abgeordneten im Europaparlament, hatte 1995 vor Gericht durchgesetzt, daß die Regierung keine öffentlichen Gelder einsetzen darf, um für ihre Position in einem Referendum zu werben

konkret: Die Mehrheit der irischen Bevölkerung hat den Vertrag von Nizza abgelehnt. Unterstützen die Iren die EU-Osterweiterung nicht?

McKenna: Im Vertrag von Nizza geht es nicht um Erweiterung, sondern um Vertiefung der EU. Darüber wurde abgestimmt. Um neue Mitglieder in die EU aufzunehmen, ist kein Referendum erforderlich.

konkret: Was sind also die Gründe für das irische Nein?

McKenna: Es gibt viele Gründe: die Militarisierung ist einer, die Sache der Teilung Europas in zwei Klassen und die Verschiebung der Kräfteverhältnisse ein weiterer. Wir finden, daß der Vertrag Europa spaltet, und zwar durch die Bestimmungen zur sogenannten verstärkten Zusammenarbeit: Durch neue Entscheidungsstrukturen wird es einem inneren Kern der mächtigsten Länder ermöglicht, einen erlauchten Kreis mit einer Art VIP-Status zu bilden, eine VIP-Lounge innerhalb der EU. Wir werden also einen Zwei-Klassen-Status für Mitgliedsstaaten haben. Und das ist komplett falsch. Das betrifft auch die Erweiterung der EU mit den osteuropäischen Ländern, die ökonomisch schwächer sind: Sie werden aufgefordert, draußen zu warten, bis sich die Gesetze geändert haben.

konkret: Die Reaktionen auf das Nein Irlands waren arrogant. Schröder, Fischer und Jospin erklärten, der Vertrag werde nicht zur Disposition gestellt. Irlands Außenminister Cowen sagte, das Nein habe mit diffusen Ängsten der Iren vor Europa zu tun.

McKenna: Die gesamte Reaktion der irischen Regierung war entsetzlich. Sie respektieren einfach den Auftrag nicht, den sie durch das Referendum von der Bevölkerung bekommen haben. Kaum haben die Leute den Vertrag abgelehnt, sind unsere Regierungsmitglieder zu ihren europäischen Kollegen gegangen und haben ihnen gesagt:»Wir sind dafür, den Vertrag zu ratifizieren, macht also weiter und ratifiziert ihn so schnell wie möglich. Dann werden wir unsere Bevölkerung solange unter Druck setzen, bis sie ihn akzeptieren.« Das ist ein Schlag ins Gesicht für den demokratischen Prozeß.

konkret: Irland hat also nicht Angst, Zuwendungen der EU an die neuen östlichen Länder zu verlieren, wie man vielfach gehört hat?

McKenna: Nein. Es gab mutwillige Versuche, die Abstimmung in Irland als eine Abstimmung gegen die osteuropäischen Länder und als selbstsüchtig zu charakterisieren, aber das ist nicht der Fall. Ich bin erschüttert, daß einige irische Abgeordnete des Europaparlaments behaupteten, man hätte irrtümlicherweise für Nein gestimmt. Die Pro-Nizza-Seite wurde von allen großen politischen Parteien unterstützt, das gesamte politische Establishment, die Kirchen, die Gewerkschaften, sogar die Medien waren vollkommen auf der Ja-Seite. Aber die Leute wollen eben nicht gesagt bekommen, wofür sie stimmen sollen.

konkret: Sie haben die Militarisierung von Europa angesprochen. Was ist von Irlands Neutralität übrig?

McKenna: Sie wird durch diese Entwicklungen beträchtlich untergraben. Die irische Regierung hat einer Beteiligung an der Schnellen Eingreiftruppe zugestimmt, ohne jede Debatte im irischen Parlament. Das hat die Bevölkerung sehr verärgert. Wir halten die Militarisierung Europas für sehr gefährlich, weil sie zu einem neuen militärischen Block in der Welt führt.

konkret: Der Sinn Féin-Vorsitzende Gerry Adams sagte, internationale Friedenssicherung sei nicht die Aufgabe der EU.

McKenna: Das ist die Aufgabe der UN, nicht der EU. Die EU ist sehr stark mit der Nato verbunden. Wir sollten nicht vergessen, daß zwei Mitglieder der EU Atomwaffen haben und sie auch behalten wollen. Die Schnelle Eingreiftruppe wird kein UN- Mandat brauchen, um eingesetzt werden zu können. Das untergräbt die Rolle der UN.

konkret: Welche Aufgabe hat Ihrer Meinung nach diese Rapid Reaction Force?

McKenna: Es geht darum, die Interessen der EU zu schützen, unsere ökonomischen Interessen. In einem Bericht, der vor ein paar Jahren durch das Europäische Parlament ging, war als Grund für eine gemeinsame Sicherheitspolitik angegeben, die Interessen der EU müßten verteidigt und die Versorgung mit wichtigen Ressourcen müßte gewährleistet werden. Das bedeutet im Grunde Krieg um Ressourcen.

konkret: Der irische Premierminister hat bereits ein neues Referendum innerhalb nur eines Jahres angekündigt.

McKenna: Es ist ziemlich unglaublich, daß der Regierung die Antwort nicht gefällt und sie deshalb einfach so oft neu abstimmen lassen will, bis sie die richtige Antwort bekommt.

Es ist denkbar, wenn sie in Irland mit dem gleichen Vertrag wieder zu den Leuten kommen, daß sie dann sogar ein entschiedeneres Nein bekommen. Die anderen Regierungen wollen ihre Bevölkerung nicht über diesen Vertrag abstimmen lassen, weil sie wissen, daß er abgelehnt werden würde. Das ist die Art von Demokratie, auf die die EU sich stützt.

Konkret 07/01, S. 4

von konkret

Jedes Jahr feiern die Deutschen von Staats wegen am 20. Juli ihre Widerständler – Adelige und Offiziere, die dem Führer übelnahmen, daß er vor Moskau im Dreck steckengeblieben und General Paulus nicht heil aus Stalingrad zurückgebracht hatte. Was zum »Nazi-Aufstand gegen Hitler« zu sagen ist, hat KONKRET längst veröffentlicht – zum Beispiel unter diesem Titel einen Aufsatz von Otto Köhler im Juli-Heft 1994. Aus aktuellem Anlaß stellen wir den Text auf unsere Website.

Ein sachkundiger Leser hat darauf aufmerksam gemacht, daß ein Detail in Jürgen Elsässers »Tatortbesichtigung« im Kosovo-Dörfchen Racak (KONKRET 6/2001) nicht stimmt: Die bei den Leichen gefundenen Patronenhülsen vom Kaliber 7.62 passen zwar zu den Kalaschnikows der UCK – aber ebenso zu denen der serbischen Sicherheitskräfte. Unklar bleibt allerdings weiterhin, wie die Serben vom Fundort dieser Patronen aus die tödlichen Schüsse hätten abgeben sollen.

Wer wird hängen? KONKRET hat einen Wettbewerb für Plakate ausgeschrieben, die mindestens einen der Hauptkriegsverbrecher Schröder, Fischer oder Scharping zeigen sollen (Juror: Alfred Hrdlicka; siehe Heft 5/2001, Seite 3). Noch bis zum 15. Juli können Wettbewerbsbeiträge an die Redaktion geschickt werden (Ruhrstraße 111, 22761 Hamburg).

Das Buch *Hat Israel noch eine Chance? – Palästina in der neuen Weltordnung* (**konkret texte** 29) ist weiter in der Diskussion: Am 3. Juli stellt es sein Herausgeber Hermann L. Gremliza in Heidelberg vor (19.30 Uhr, Neue Uni, Hörsaal 1, Uni-Platz/Grabengasse 3-5), am 10. Juli die Co-Autoren Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer in Frankfurt am Main (20 Uhr, BCN-Café der Fachhochschule, Nibelungenplatz).

»Wir sind die, die unsere Eltern sich immer gewünscht haben«: Unter dem Titel »68 und die Folgen« spricht Hermann L. Gremliza über die 68er mit Dienstwagen, also die Damen und Herren Fischer und Trittin, Vollmer und Volmer und andere Schmierer: am 5. Juli in Mannheim (20 Uhr, Forum der Jugend, Neckarpromenade 46) und am 6. Juli in Freiburg i. Brsg. (20 Uhr, KTS, Baslerstr. 103). Anschließend: ca ira! Die ultimative Party.

Jürgen Elsässer stellt die gerade erschienene 4. Auflage seines Buches *Kriegsverbrechen – Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im KosovoKonflikt* (**konkret texte** 27) am 7. Juli in Berlin vor (20.30 Uhr, »Terzo Mondo«, Grolmannstraße 27/28 – Nähe S-Bahn Savignyplatz). Dabei wird es besonders um die Ausweitung des Krieges auf Mazedonien und die Gefahr für Griechenland gehen.

Das Gemischte Doppel Gremliza/Tomayer steht für Lesungen zur Verfügung. Interessenten wenden sich bitte an den Verlag.

KONKRET-International: Matthias Küntzels Artikel »Die sanfte Vormacht« über das deutsche Auftrumpfen auf dem EU-Gipfel in Nizza (KONKRET 2/2001) erschien gekürzt in der französischen Monatszeitung »Bastille Republique Nation« (vgl. S. 17). Jürgen Elsässers Artikel »Generalplan Südost« (KONKRET 5/2001) wurde in der serbischen Tageszeitung »Danas« nachgedruckt.

Berichtigung: Nicht daß die Redaktion dem Ölkonzern Elf Aquitaine nicht zutraute, die an der französischen Atlantikküste gelegenen Départements nach Gutdünken zu reglementieren – warum aber gerade und nur die? Tatsächlich hat Autor Bernhard Schmid in KONKRET 6/2001 (»Francafrique«, Seite 31, 1. Spalte) die an der afrikanischen Atlantikküste gelegenen Staaten gemeint (und auch genannt). Es muß der notorische Eurozentrismus der Redaktion gewesen sein, der den Wirkungskreis des Ölkonzerns so weit nach Norden verschoben hat. Wenn wir den erwischen!

Konkret 07/01, S. 6

an konkret

Angebot

KONKRET 6/2001: »Das Gesicht, die Macht« von Christian Y. Schmidt

Was Christian Y. Schmidt aus dem Gesicht von Antje Radcke lesen kann, ist beachtlich! Fast hätte ich ein Foto beigelegt. War in große Versuchung geraten, den Experten Schmidt zu bitten, doch mal nachzuschauen, ob er nicht auch findet, daß ich »ostische« Ohren habe. Er als Eingeweihter jener seit dem Nationalsozialismus geschmähten Kunst der Physiognomiedeutung könnte vielleicht zu einem anderen Ergebnis als Spezialisten der Arierforschung kommen.

Was er über das Kindergartengeschreibsel Antje Radckes denkt, ist (und sicher nicht nur mir) schnurz-piep-egal. Die Bleiwüsten sich wichtig nehmender grüner Promis lesen vermutlich nur noch wichtige grüne Promis und Christian Y. Schmidt. Die grüne Wählerin will nicht »Wir müssen wieder eine lebendige Partei werden« lesen. Sie will sie haben!

Lieber Herr Christian Y. Schmidt, waren Sie den Grünen einmal grün und dann tief enttäuscht gewesen? Wenn ja, machen Sie doch einfach eine Therapie! Nehmen Sie Hilfe an. Wegen so einem Scheiß brauchen Sie doch nicht gleich digitalisieren. Das ist doch nicht der Kampfstil der KONKRET. Immer schön dran denken: Ihr seid die Guten! Sonst lese ich euch nicht mehr.

Tine Hauser-Jabs

Berlin

Predigt

Zur Fischer-Berichterstattung in KONKRET

Der deutsche Außenminister weilt zufällig zum Zeitpunkt der Detonation in Tel Aviv. Er tritt vor die Kamera und wünscht einem schmierigen Wanderprediger gleich der israelischen Regierung und dem israelischen Volk »die Kraft«, am einseitigen Waffenstillstand festzuhalten. Er soll die Klappe halten! Dieses Land Deutschland hat mindestens für die nächsten 20.000 Jahre das Recht verwirkt, Juden irgendwelche Ratschläge zu geben, die sie explizit in ihrer Existenz als Juden betreffen. Am gleichen Tag sitzt der grüne Herr mit telegen gesenktem Kopf mit Yassir Arafat zusammen. Das ist nicht zum Heulen, sondern zum Kotzen.

Christian Demes

Duisburg

Aus Zeiten, als Fischer politisch noch etwas heller im Kopf war, stammt seine aufrüttelnde Bemerkung: der Bundestag, die größte Alkoholikerversammlung. Fügen wir gleich einen seiner Zwischenrufe hinzu: »Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch.« Bundesverdienstkreuz am Bande gefällig? Seien wir freundlich zu ihm. Gell, Fischer, warst auch mal grün? Sagt man jedenfalls. Bist kein Schwarzer. Obwohl, die Nähe zu Kohl ist schon manchmal frappant. Man hört, Du hast schnell neue Freundschaften geschlossen, auf dem Leichenfeld der Politik.

Was soll ich noch sagen? Vielleicht noch, warum Du die UCK nicht entwaffnet hast oder, klar, entwaffnen lassen hast. Kannst ja nicht alles selber machen ... Ach, habt ihr? Seid unschuldig, gelle. Habt nicht alle Waffen gefunden? Haben euch nicht alle gezeigt? Ja, potz blitz, hast recht, die spielen halt gern Karl May und so.

Was soll ich noch sagen, Fischer. Ach so, bin auch Langstreckenläufer. Bleib Dir auf den Versen, Du Arschloch. Darf ich jetzt auch sagen, oder? Also wart ab.

Wendelin Niedlich

Stuttgart

Befriedung

KONKRET 6/2001: »Kleinere Übel« von Georg Fülberth

»In der Sache war Gysi übrigens im Recht.« Das klingt, als hätte er die Argumentation der westdeutschen außerparlamentarischen Friedensbewegung erfunden. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich das scheinbare Engagement gegen deutsche Auslandseinsätze als pure Fassade: Die damalige Organklage der Fraktion erfolgte nicht, wie es nötig gewesen wäre, auf den ersten Bundestagsbeschluß zum geplanten Kosovo-Einsatz am 16.10.98 (den sog. »Vorratsbeschluß«), sondern erst nach Beginn des Bombardements, als es praktisch zu spät war; die Verwerfung des Eilantrags wurde nicht mit dem zulässigen Rechtsmittel angefochten; die Fraktion unternimmt nichts gegen die gegenwärtige rechtswidrige Tätigkeit der Bundeswehr im Kosovo als Besatzungstruppe, die den Steuerzahler jährlich immerhin zwei Milliarden Mark kostet; sie betreibt statt dessen beim Bundesverfassungsgericht eine umständliche, nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes absolut aussichtslose Organklage gegen die Zustimmung der Bundesregierung zum neuen strategischen Konzept der Nato. All dies spricht dafür, daß die PDS im System eine ganz bestimmte Funktion übernommen hat: nämlich die der »Befriedung« der mit den außen- bzw. wehrpolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung unzufriedenen gesellschaftlichen Kräfte durch parlamentarische und juristische »Scheinaktivitäten«.

Wolfgang Paduch

Düsseldorf

Irrtum

KONKRET 5/2001: »Wir haben uns selbst betrogen« – Interview mit Yoram Kaniuk

Kaniuk sei, der Einleitung des Interviews zufolge, ein »prominentes Mitglied der israelischen Friedensbewegung«. Diese Bewegung steht meines Wissens traditionell links in der israelischen Politik. Auch wird Kaniuk von den Gesprächspartnern unter anderem als »Linker« bezeichnet.

Das ist mir völlig unverständlich. Ich kann in keiner einzigen Antwort, die Kaniuk seinen Gesprächspartnern gibt, so etwas wie eine linke Position erkennen. Er befürwortet offenbar einen Palästinenserstaat – was eine Trennung von Israelis und Palästinensern zur Folge hätte. Ich war bislang der Meinung, »links sein« bedeute, der Gründung eines Palästinenserstaates mindestens skeptisch gegenüberzustehen.

Ich schätze Ihre Zeitschrift sehr. Aber in keiner anderen mir bekannten Zeitschrift wird derart eilfertig und ideologisiert gelabelt und bezeichnet, wie das in KONKRET üblich ist. Damit soll nicht darüber geurteilt werden, ob ein Konservativer wie Sharon oder ein Linksliberaler wie Barak besser für den Friedensprozeß ist. Sie verteilen Ihre Labels aber immer gerade so, wie es Ihnen in den ideologischen Kram paßt. Warum sträuben sich KONKRET-Autoren so dagegen zuzugeben, daß konservative Positionen manchmal die richtigen sind?

Christopher Camp

West Midlands / Großbritannien

Logik

KONKRET 5/2001: »Politische Justiz« von Oliver Tolmein

Artikel von O. Tolmein rufen bei mir immer wieder nach wenigen Sätzen einen kräftigen Ärger hervor. Warum darf sich dieses verquere Gehirn zu diesem Zeitpunkt an dieser exponierten Stelle zu diesem Thema zu Wort melden? Milosevic ist abgewählt worden? Selbst wenn es so gewesen wäre vor dem Putsch, dann doch nur nach massiver Einschüchterung der Wähler von außen und Gewaltanwendung in Form von Krieg. Nach Logik von Tolmein, den politischen Vorgang völlig isoliert zu betrachten, hätten die Juden bei der Arisierung ihre Betriebe einfach nur verkauft.

Und was ist das für eine Diskussion um die neue internationale Strafgerichtsbarkeit? Will KONKRET sich da etwa reinhängen und mitdiskutieren? Dann gibt es sicher demnächst ein Interview mit Frau del Ponte!

Dieter Homann

Herten

Recherche

KONKRET 6/2001: »Tatortbesichtigung« von Jürgen Elsässer

Sie haben eine peinliche Fähigkeit entwickelt, über große räumliche und zeitliche Entfernung hinweg Leichenschau vom Fernsehsessel aus zu betreiben. Es geht mir am Arsch vorbei, ob der jeweilige Leichenhaufen infolge eines Massakers oder eines Gefechtes entstanden ist und wo die Schußkanäle liegen. Ich brauche keine Handreichung, welche Leichenhaufen Ihrem Watschenaugust Joseph Fischer zugeschrieben werden können.

Brigitte und Reinhold Busch

Stuttgart

Kunst

KONKRET 6/2001: »kunst & gewerbe« und KONKRET 5/2001: »Sinnbild unserer Zeit« von Rayk Wieland

Die Forderung nach »linker Kunst« wird, wenn sie denn überhaupt aufkommt, von welchen erhoben, die politisch gewaltig auf dem Schlauch stehen und auch jetzt noch erwarten, daß die Künstler politische Weltanschauungen bestätigen. Solange es weiter nach Auftraggeberallüren riecht, macht es für die Künstler keinen qualitativen Unterschied zu denen, die sich in Öl die klassenbewußten proletarischen Arbeitermassen bestellen.

Henry Lennard Körber

Berlin

Konkret 07/01, S. 9

Hermann L. Gremliza

Ich rat' euch, SPD zu wählen

Und der Sieger ist: Simeon II. Die Partei des vor 55 Jahren vertriebenen Zaren hat die Wahl mit 43 Prozent der Stimmen gewonnen. Wenn Wahlen etwas ändern könnten, würde Bulgarien Monarchie. Die Kommentare zum Sieg Seiner Kaiserlichen Hoheit aber waren so kurz wie herzlos. Schuld ist, daß das Amt, das der Sproß des Hauses Sachsen-Coburg und Gotha errungen hat, sehr jenem ähnelt, das seine Ahnen in ihrem herzoglichen Kleinstaat zwischen 1852 und 1918 bekleiden durften. Simeon, der gewesene Zar, wird werden, was Kwasniewski und Kostunica, die gewesenen Genossen, schon sind: Gouverneur einer euro-deutschen Provinz. Wer in Deutsch-Nordost bis Deutsch-Südost eine andere Rolle spielen und etwa die Deutsche Mark nicht als Landeswährung gelten lassen wollte, landete im Haag, vor dem Tribunal.

So geht Demokratie auf dem Balkan. Wie geht sie anderswo, in Berlin, beispielsweise? Dort wird ein Wahlkampf geführt, von dem es heißt, er gehe um alles. Springers »Bild« hat die »gespenstische Vision« einer »rot-rot-grünen Koalition« und ruft – »Berliner, seid wachsam!« – zur Abwehrschlacht am Spreebogen. Es droht, sagt Helmut Kohl, »ein Unglück«. Nach Berlin scheint eine Zeit zurückgekehrt, in der das Wählen noch geholfen hat.

Es hilft nicht. Gregor I. hätte, wäre er zum Bürgermeister gewählt, was er nicht wird, das gleiche zu tun wie Simeon II.: die Schulden des Staates (in Berlin ca. 90 Milliarden Mark) zu bedienen, die Besitzlosen zu enteignen, staatliches Eigentum zu privatisieren und soziale Rechte den Bedürfnissen des Kapitals anzupassen. In Bulgarien ist den potentiellen Investoren der Durchschnittslohn von 250 Mark zu hoch, die Arbeitszeit zu kurz und die Rente (im Schnitt 85 Mark im Monat) ein Luxus. In Berlin, sagt McKinsey, sei mit »brutalstmöglicher Haushaltssanierung« noch nichts gewonnen. »Die Wirtschaft« will auch die 370.000 städtischen Wohnungen und 400 Millionen Quadratmeter Grundstücke haben.

Man nennt das Reformpolitik, ihr Motto ist: Reichtum muß sich wieder lohnen. Die Koalition von CDU und SPD war damit nicht recht vorangekommen. Zwar waren beide Partner sehr für solche Reformen, wollten aber die »unpopulären Maßnahmen« lieber dem anderen überlassen. Deshalb wurde die Koalition gegangen. Jede neue Regierung, gleich in welcher Kombination, wird die Enteignung exekutieren. Alle Kandidaten wissen das. Sie sprechen sich täglich die »schmerzlichen Einschnitte« vor, die sie »mittragen« wollen. Demokratie in Berlin ist wie Demokratie auf dem Balkan oder sonstwo.

Weshalb man nicht geglaubt hätte, daß es je – und erst nach drei Jahren rotgrüner Reformen und einem Angriffskrieg – noch einmal einen Anlaß geben könnte, an den Gang ins Wahllokal, von den Journalisten des Landes oft in unfreiwilligem Sarkasmus »Gang zur Urne« genannt, einen Gedanken zu verschwenden. Den Anlaß bietet der Kandidat Klaus Wowereit von der SPD mit seiner Erklärung: »Ich bin schwul, und das ist auch gut so.«

Ja, und? hieße die Antwort, wenn die deutsche Gesellschaft wäre, was ihre Festredner von ihr sagen. Und ist sie's nicht? Laufen nicht Minister und Bürgermeister am Christopher Street Day mit? Durften nicht Schlagersänger und Schauspieler ihr *Coming out* wagen? Sind Schwule und Lesben nicht geradezu *in*, im Jet Set und in seinen Medien? Ist, was abnorm war, nicht längst stinknormal?

Das war's schon einmal, in den *Roaring twenties* des letzten Jahrhunderts, in Claire Waldoffs Berlin, wo Hannelore, das schönste Mädchen vom Halleschen Tore, natürlich ein Kerl war. Wer die Zeit und den Ort aus Erich Kästners *Fabian* kannte, konnte die Heterosexuellen für eine vom Aussterben bedrohte Art halten. Sterben aber mußten, zehn Jahre später, die Homosexuellen. 15.000 von ihnen wurden in KZs ermordet. Wer, gequält und von Ärzten mißhandelt, die NS-Zeit überlebte, wurde von der demokratischen Polizei nach Paragraph 175 Strafgesetzbuch verfolgt. Eine Entschädigung für ihre Leiden haben Homosexuelle bis heute nicht erhalten.

1962 hat die Bundesregierung unter Konrad Adenauer, dem von Kohl, Merkel und vielen anderen bewunderten Vorbild, ein Strafgesetzbuch entworfen, in dessen Begründung es hieß:

Der gleichgeschlechtliche Trieb (ist) nach der weitaus überwiegenden Auffassung der deutschen Bevölkerung als eine verachtenswerte Verirrung anzusehen, die geeignet ist, den Charakter zu zerrütten und das sittliche Gefühl zu zerstören ... Wo die gleichgeschlechtliche Unzucht um sich gegriffen und großen Umfang angenommen hat, war die Entartung des Volkes und der Verfall seiner sittlichen Kräfte die Folge.

In den Jahren nach 1968, als die Deutschen sich für den Auftritt in der großen weiten Welt fein zu machen begannen, faßten sie den Entschluß, auch im Umgang mit den perversen Volksschädlingen eine gewisse Toleranz zu demonstrieren. Sie schafften 1974 sogar einen Teil des Paragraphen 175 StGB ab, den Rest zwanzig Jahre später.

Wie sie's seither treiben, hat keiner so schön formuliert wie der Erzbischof von Köln, Kardinal Joachim Meisner: »Ich habe immer erklärt«, sagte er jüngst, »daß homosexuellen Menschen mit Respekt und Achtung zu begegnen ist«, doch seien ihre

»Verhaltensweisen aus christlicher Sicht unsittlich«. Der Schwule ist ein Schwein. Wer dennoch strebend sich bemüht, ihn zu achten, ist gut. Und hat einiges gut. Wie jeder professionelle Zotenreißer, der besten Gewissens sich seine Quote zusammenschwuchtelt, vom Stefan Raab für den Hauptschulproll bis zum Harald Schmidt für den Gymnasiasten. Das Feuilleton der Bürgerpresse feixt, noch besseren Gewissens, mit. Denn am selben Platz stand gestern eine respektvolle Erinnerung an Klaus Mann.

Klaus Wowereit hat seine Privatsache öffentlich gemacht, weil ihn sonst eine Boulevardzeitung vorgeführt hätte. Wowereits Not nutzte Springers »Bild« zur Notzucht. Die Schlagzeile auf Seite eins traf das Gemüt von zehn Millionen: »Ich bin schwul«. Auf Seite zwei, fünfspaltig, über den Köpfen der ehrwürdig Verheirateten Reuter, Brandt, Albertz, Schütz, Vogel, Weizsäcker, Mommsen und Diepgen, die Oberzeile: »Klaus Wowereit (SPD) will Nachfolger der großen Berliner Bürgermeister werden«, darunter die Schlagzeile: »Ich mache kein Geheimnis aus meiner Sexualität«. Rechts daneben die Kolumne von F. J. Wagner, den sein Verlag Deutschlands beliebtesten Kolumnisten nennt: »Ihre Männerküsse, lieber Klaus, sind so unwichtig wie schön. Ihre politischen Küsse sind furchtbar. Herzlichst Ihr F. J. Wagner.« Schwule ruft man beim Vornamen, ihre Küsse sind Männerküsse. Auf der letzten Seite nennt Katja Keßler, Deutschlands beliebteste Kolumnistin, eine Party, an der auch Homosexuelle teilnahmen, eine »Tunten-Sause«.

Mit stehenden Ovationen haben die Delegierten des Parteitags das Geständnis ihres Kandidaten quittiert. So laut wurde selten in einem dunklen Wald gepfiffen, so dunkel war selten ein Wald. Den Kommentatoren galt es als weiteres Zeichen für die Menschwerdung der Deutschen.

Wowereit ist der erste Kandidat für ein Amt wie dieses, der erklärt hat, homosexuell zu sein. Er hat es nicht freiwillig getan, auch nicht in der Absicht, etwas für die Homosexuellen und also gegen den Schwulenhaß der Gesellschaft zu tun. Er versuchte, die Jäger zu besänftigen: Er mache keine Schwulenpolitik, sondern als Schwuler Politik. Und doch markiert seine Erklärung, die, wäre die Gesellschaft, was zu sein sie vorgibt, ihm wie dem Publikum erspart bliebe, den einzigen nennenswerten Unterschied zwischen den Kandidaten bei der Berliner Wahl. Die Erklärung, nicht der Mann, denn subversiv ist nicht der Homosexuelle – in 90 von 100 Fällen ein schlichter deutscher Spießer – , sondern die Homosexualität. Bei der CDU wäre ein solcher Kandidat nicht möglich gewesen, und bei der PDS erst recht nicht, denn der kleine Mann, dem die Partei dient, ist normal. Den Verzicht der schwulenfeindlichen Sozialisten auf den Sozialismus hat er verschmerzt. Den Verzicht auf die Schwulenfeindschaft würde er nie verzeihen.

Und so gäbe es einen einzigen guten Grund, in Berlin zur Wahl zu gehen: Klaus Wowereit. Wowereit ist kein Sozialist. Aber Gysi ist auch kein Sozialist und nicht einmal schwul. Leider gehört Wowereit einer Partei an, die für das an Jugoslawien verübte Kriegsverbrechen verantwortlich ist. Kein Grund ist gut genug, ihr je wieder eine Stimme zu geben. Mit der Bitte um Vergebung für den Etikettenschwindel dort oben rat' ich, wie immer und überall, so auch diesmal in Berlin, nicht zu wählen.

Konkret 07/01, S. 10

Herrschaftszeiten

Befreiungsbewegung (1)

19. April, »Frankfurter Allgemeine«:

Säuglinge, vier Monate alt und kaum so groß wie zwei aneinandergelegte Handflächen. Gegenden wie das nördliche Mazar-i-Sharif, in denen bereits Gras gegessen wird, eine mit Händen zu greifende Verelendung in der Hauptstadt Kabul, wo die wenigen Fremden von Heerscharen bettelnder Kinder und alter Frauen umlagert werden, wie man sie selbst in Indien nicht kennt – das ist Afghanistan nach mehr als zwanzig Jahren Bürgerkrieg und fünfjähriger Herrschaft der islamistischen Taliban.

Edmund Stoiber ist vor allem sexy, dies ist für uns Frauen besonders wichtig

---

Mariae Gloria Fürstin von Thurn und Taxis über Kopf-Erkrankungen im bayerischen Hochadel

Befreiungsbewegung (2)

4. Mai, »Frankfurter Allgemeine«:

In Afghanistan haben die Amerikaner erfahren müssen, daß die fortwährende geheimdienstliche Hilfe für die Mudjaheddin zwar im Februar 1989 zur gewünschten Blamage der sowjetischen Truppen führte, das langfristige Wohlverhalten der islamistischen Kämpfer damit jedoch nicht erkauft werden konnte. Es waren westliche Geheimdienste – allen voran die CIA – , die für die Ausbildung der Afghanen verantwortlich zeichneten und mit dem Umfeld jener Kräfte zusammenarbeiteten, die ... heute als Terroristen gesucht werden. Mit solchen Erfahrungen mag es zusammenhängen, daß der Schleier, der sich um die geheimdienstliche Unterstützung vermeintlicher Freiheitskämpfer rankt, noch undurchschaubarer geworden ist.

Das gilt auch für die Kosovo-Befreiungsarmee UCK. Vor dem Kosovo-Krieg von amerikanischen, britischen und deutschen Geheimdiensten und Militärs umworben, wenden sich ihre Reste seit dem Sturz Milosevics gegen Mazedonien. Verteidigungsminister Scharping sieht in diesen wenig demokratisch gesinnten Kräften heute »albanische Terroristen«. Doch über Jahre hin waren die Vorkämpfer der kosovarischen UCK in Deutschland, wo sie nach 1996 den Sitz ihrer Exilregierung hatten, gerngesehene Gäste. Der Bundesnachrichtendienst (BND) hatte Anfang der neunziger Jahre eine Residentur in Albanien eröffnet. Über diese hielt man seit 1992 Kontakt auch zu den radikaleren der kosovarischen Oppositionellen. Doch die nachrichtendienstlich wichtigere Rolle spielten schnell die Vereinigten Staaten.

Auch Waffen wurden von den Amerikanern geliefert. Dabei wußten diese (wie schon früher im Fall der afghanischen Mudjaheddin), daß die UCK sie auch mit aus dem Rauschgifthandel stammenden Dollars bezahlt hatte. Zudem erhielt die UCK mehrfach von CIA und DIA (Defense Intelligence Agency) Unterricht in einem Fach, das schon die afghanischen Mudjaheddin mit großem Interesse belegt haben sollen: Sabotage. Das Kappen von Telefonleitungen, die Zerstörung von Energiereserven und die Sprengung von Häusern gehörten zur Grundausbildung.

Allahlei

4. Mai, »Frankfurter Allgemeine«:

Die Staatsführung von Saudi-Arabien will den Zugang der Bevölkerung zum Internet weiter einschränken. In den nächsten zwei Monaten sollen weitere 200.000 Internet-Seiten blockiert werden. Die Staatsführung hat den Bewohnern 1999 den Zugang zum Internet gestattet, die Nutzung solcher Angebote jedoch von Anfang an unterbunden, die als unmoralisch oder unislamisch gelten.

Nach den von der Staatsführung in Übereinstimmung mit den religiösen Autoritäten befolgten islamischen Richtlinien soll auch die Bewegungsfreiheit der Frauen weiterhin beschränkt bleiben. So beabsichtige die Regierung nicht, den Frauen das Autofahren zu erlauben, sagte Innenminister Prinz Sultan Ibn Abdal Aziz, ein Bruder König Fahds. Nach seinen Worten haben die Frauen auch keine Aussicht, eigene Ausweise zu erhalten. Personalausweise sollen auch künftig den Männern vorbehalten bleiben.

Da sterben die Leute an Aids, weil sie zuviel schnackseln. Der Schwarze schnackselt halt gerne

Mariae Gloria Fürstin von Thurn und Taxis über HIV-Erkrankungen in Afrika

Avanti Populo

4. Mai, »Frankfurter Allgemeine«:

Eine vom früheren bulgarischen Zaren Simeon II. geführte politische Bewegung darf an den Parlamentswahlen in Bulgarien teilnehmen. Nach jüngsten Umfragen wollen zwischen 35 und 40 Prozent der Wähler für die »Nationale Bewegung Simeon II.« stimmen.

Befreiungsbewegung (3)

25. Mai, dpa:

Als weiterer Schritt ihrer radikalen Durchsetzung des Islams zwingen die Taliban die Hindus in Afghanistan zum Tragen eines Kennzeichens. Vertreter der Hindu-Minderheit sagten, sie seien gegen das gelbe Kennzeichen auf der Brust und würden fliehen, falls es durchgesetzt würde. Mullah Abdul Hannan Himmat vom Informationsministerium der Taliban in Kabul hatte gesagt, das Kennzeichen solle der Religions- und Sittenpolizei helfen, die etwa 1.000 afghanischen Hindus von Moslems zu unterscheiden. Männliche Moslems müssen Bärte und Turbane tragen, Frauen sich von Kopf bis Fuß verschleiern. Die Sittenpolizei verprügelt Menschen auf offener Straße, die dagegen verstoßen. Das Abzeichen der Hindus kennzeichnet daher nicht nur diese Minderheit: Männer ohne Bart und Turban, die kein Zeichen tragen, sind damit als rebellische Moslems zu erkennen.

Schutztruppen

28. Mai, »Hamburger Morgenpost«:

Der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs besuchte die Soldaten im Kosovo – Nur wenige Schuttberge und vereinzelte Ruinen erinnern noch an die dramatischen Monate im Frühjahr 1999 – und die Atmosphäre. Prizren erscheint als vollständige, heile Stadt. Und doch – es fehlt was. Man sieht nirgendwo strahlende Augen.

Die deutschen Soldaten sind für heile Dächer zuständig. Für Grenzen aus Stacheldraht, Wachposten und dafür, daß die wenigen Serben in der Gegend nicht für das büßen müssen, was ihre Paramilitärs den Albanern im Kosovo angetan haben. Die deutschen Soldaten sind nicht für lachende Augen zuständig. Und doch – wenn sie gemeinsam mit einheimischen Kindern eine Schule aufbauen, danach gemeinsam grillen, dann schaffen sie auch das.

Kauft nicht beim Juden

28. Mai, »Oberhessische Presse«, Leserbrief:

Der Mitchel-Report weist nicht zuletzt darauf hin, daß Israel den Bau von Siedlungen in den autonomen Palästinenser-Gebieten einstellen muß, wenn es Frieden mit den Palästinensern will. Wer wie ich seit Jahrzehnten die Siedlungspolitik Israels mit Sorge verfolgt hat, kann dem nur zustimmen. Aber die jetzige Regierung Israels hat bereits wiederholt erklärt, daß sie dazu überhaupt nicht bereit ist. Wer gegen diese Blockadepolitik protestieren will, kann auf den Kauf israelischer Waren verzichten. Das kostet keine Mühe und sollte wohl auch für einen Deutschen erlaubt sein.

Christian Walther, Marburg

Perestrojka-Gangster

28. Mai, »Hamburger Abendblatt«:

Im zehnten Jahr der Unabhängigkeit bietet Georgien ein Bild der Trostlosigkeit. Kinder betteln auf den Straßen der Hauptstadt Tiflis. Strom gibt es im Winter so selten, daß die Menschen in bitterer Ironie von »Stromzufällen« statt von Stromausfällen sprechen. Löhne und Gehälter – das durchschnittliche Monatseinkommen beträgt umgerechnet 80 Mark – werden oftmals mit monatelanger Verspätung gezahlt. Auch die Renten von umgerechnet 15 Mark im Monat kommen selten pünktlich. »Nur der Präsident und seine Freunde essen, wir nicht«, sagt eine Marktfrau in Tiflis.

Am Vortag hatte Staatschef Eduard Schewardnadse nur durch persönliche Vermittlung eine Meuterei von rund 1.000 Soldaten beenden können, die vor allem eine Erhöhung ihres mageren Solds verlangten. Es scheint, als ginge dem Lieblingskind des Westens aus der Konkursmasse der Sowjetunion die Luft im Transformationsprozeß aus ... 60 Prozent der 5,5 Millionen Georgier leben unterhalb der Armutsgrenze.

Im Zentrum der Kritik steht Schewardnadse selbst. Seine Familie ist im Geschäftsleben erfolgreich aktiv. Sein Schwiegersohn leitet eine Gesellschaft für Mobilfunkleitungen. Der Neffe ist Chef einer Firma, die sich mit Lieferung und Absatz von Ölprodukten beschäftigt. Zudem ist er angeblich in illegale Geldtransfers verwickelt. Es sei unmöglich, Geschäfte in Georgien zu machen ohne Verbindungen zum Präsidenten.

Rosa Ringelpietz

29./30. Mai, »Der Mauerbau. Eine einvernehmliche Krise«. Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung (PDS):

14.00 Uhr: Eröffnung der Tagung

14.20 bis 17.00 Uhr: Filmvorführung. Gezeigt werden die Filme »Die Mauer« von Matthias Walden aus dem Jahr 1961 und »Schaut auf diese Stadt« aus dem Jahr 1962.

17.30 bis 18.15 Uhr: Präsentation der »Information über das Gipfeltreffen Kennedy und Chruschtschow in Wien«.

19.00 bis 21.00 Uhr: Podiumsdiskussion »Die Sicht der Weltmächte« mit den Zeitzeugen Prof. Dr. Wjatscheslaw Daschitschew (Rußland), David Klein (USA), Prof. Dr. Henri Ménudier (Frankreich) und Klaus Schütz (Berlin).

10.00 bis 13.00 Uhr: Stadtrundfahrt »Die Mauer in Berlin« mit anschließendem Imbiß.

Ab nach Walhalla

Juni, »Deutschland-Magazin«:

Nur wenige Monate nach seinem 90. Geburtstag starb Kurt Ziesel.

Befreiungsbewegung (4)

3. Juni, »Welt am Sonntag«:

»Wenn sie den nächsten Märtyrer auswählen, sollen sie unbedingt mich schicken.« Der 17jährige Mohammed Sahar spricht über sein Lebensziel wie andere davon erzählen, Anwalt oder Arzt zu werden. Er will möglichst bald sterben: »Als Bombe auf zwei Beinen und dabei so viele Israelis wie möglich mit in den Tod nehmen.« Mohammed hofft, der Einfluß seines Vaters, Mahmud Sahar, wird ihm helfen, den Lebenstraum vom heiligen Tod bald zu verwirklichen.

Scheich Mahmud Sahar lehrt an der Universität Gaza Medizin und zählt gleichzeitig zu den führenden Köpfen der islamistischen Hamas-Bewegung. Die islamistische Terrororganisation entwickelte Anfang der neunziger Jahre das Konzept der Selbstmordattentate für ihren Feldzug gegen Israel. »Wir haben keine F-16, aber wir haben Mut«, erklärt Scheich Sahar, der sich über den Wunsch seines Sohnes freut: »Ich bin unendlich stolz, daß mein Erstgeborener diese Pflicht auf sich nimmt.«

Der Einfluß der islamistischen Hamas wird mit jedem weiteren Tag im Kleinkrieg gegen Israel größer. Ihre Märtyrer sind die Idole eines Großteils der jungen Palästinenser – und längst nicht mehr Jassir Arafat.

Daß die Bomben auch Unschuldige töten werden, glaubt Mohammed nicht: »Alle Israelis tragen Waffen, deshalb ist niemand unschuldig.« Eine Funkmeldung für seinen Vater unterbricht das Gespräch. »Wir haben einen neuen Märtyrer – in Hadera«, erzählt er strahlend. Mohammed fragt fast beleidigt: »Wer war es?«

Befreiungsbewegung (5)

Dezember 2000 – Flugblatt des AstA der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg:

Die »antideutsche« Fraktion, zu deren Hauptstreitern KONKRET gehört, hat keinerlei Probleme, sich ohne Wenn und Aber auf die Seite Israels zu schlagen. Dabei werden offen rassistische Stereotypen zur Begründung des Feindbildes hergehalten. So unterstellt KONKRET-Herausgeber Gremliza muslimischen Männern einen generellen Hang zum Märtyrertum ...

Morgens gilt mein erster Blick dem Luder auf Seite eins

Hans Eichel (SPD), Bundesfinanzminister, über sein Leben als »Bild«-Leser

Schöne neue Welt

7. Juni, dpa:

Trotz großer wirtschaftlicher Fortschritte in einigen Regionen der Welt wird die Kluft zwischen Arm und Reich größer. Das geht aus dem elften Bericht der Bundesregierung zur Entwicklungspolitik hervor. Ein Fünftel der Menschheit muß mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen, drei Milliarden (jeder zweite Mensch) verfügt über weniger als zwei Dollar.

Flohmarkt

7. Juni, SAD:

Ex-Präsident Bill Clinton ist zwar nicht mehr der mächtigste Mann der Welt, wohl aber der teuerste. Wer ihn als Redner für eine Veranstaltung engagieren möchte, muß mindestens 300.000 Mark hinlegen. Wer sich mit Michail Gorbatschow zufriedengibt, der braucht nur die Hälfte zu zahlen. Altkanzler Kohl gibt es zum Schleuderpreis von 50.000 Mark pro Abend. Fast so teuer wie Clinton ist als Redner eigentlich nur noch der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger. Weit abgeschlagen folgt hinter den beiden US-Stars Frankreichs Ex-Präsident Valery Giscard d'Estaing. Wegen seiner Intelligenz und seiner hervorragenden Englischkenntnisse ist er vor allem in den USA als Redner gefragt und kann bis zu 150.000 Mark verlangen. Für Ex-Kanzler Helmut Schmidt, Ex-US-Präsident Jimmy Carter und Englands Margaret Thatcher liegen die Preise unter 100.000 Mark.

Konkret 07/01, S. 12

Jürgen Elsässer

Europa der Stämme

Probelauf in Mazedonien: Der Schröder-Plan zur EU-Reform wird zur Balkanisierung des ganzen Kontinents führen

Einmal mehr war auf die britischen Tories Verlaß. »Von Brüssel und Berlin geht für die heutige Generation von Briten eine Bedrohung aus ... Wir haben Hitlers *Mein Kampf* nicht rechtzeitig gelesen, aber jetzt haben wir um Himmels willen keine Ausrede, den Schröder-Plan nicht zu studieren,« sagte der konservative Unterhausabgeordnete Sir Peter Tapsell Anfang Mai. Eine Dramatisierung der aktuellen Entwicklungen, eine Verharmlosung der NS-Vergangenheit?

Tapsell spricht nicht vom Holocaust. Die Parallele, die er zieht, liegt in der Schaffung eines deutschen Imperiums über ganz Europa. Die Frage, die sein Urteil aufwirft, lautet: Bedeutet die Durchsetzung des »germanischen Generalpans« (Tapsell über Schröders Vorschläge zur EU-Reform) wie vor 60 Jahren Unterwerfung und Krieg vom Atlantik bis zum Ural, oder geht es nur um eine »sanfte Hegemonie« (Joseph Fischer) deutscher Währungspolitik, deutscher Automarken, deutscher Fußballclubs?

Der Krieg jedenfalls ist nach 50jähriger Abwesenheit von Europa schon zurückgekehrt, und nicht für einmal, sondern für immer, wie Rudolf Scharping Anfang Juli 1999 zu verstehen gab: »Wir erleben gegenwärtig die Abkehr von einer territorialen Ordnung und den mit ihr verbundenen Prinzipien, wie sie 1648 mit dem Westfälischen Frieden gegründet wurde: Staaten sind souverän, sie unterhalten Beziehungen untereinander, wie sie mit ihren Staatsbürgern umgehen, ist ihre eigene Sache.« Der Krieg gegen Jugoslawien habe lediglich »beschleunigt, was sich in den Banden der Europäer in den letzten Jahren an Konsens herausgebildet hat«, sagte Scharping. (Sprache ist verräterisch: Was Scharping mit dem Wort »Europäer« vernebeln wollte, hat er mit den »Banden« unbewußt wieder klargemacht – doch dazu später mehr.)

Was der vom Bundesverteidigungsminister gefeierte Bruch mit der »territorialen Ordnung und den mit ihr verbundenen Prinzipien« für die künftige Politik bedeuten soll, machte zur gleichen Zeit die amerikanische Publizistin Susan Sontag deutlich: »Was, wenn die französische Regierung anfinge, Korsen in großer Zahl umzubringen und den Rest aus Korsika zu vertreiben ... Oder wenn die Italiener begännen, Sizilien oder Sardinien zu entvölkern, und eine Million Menschen zu Flüchtlingen machten ... Oder wenn Spanien sich dafür entschiede, über die rebellische Bevölkerung des Baskenlandes eine Endlösung zu verhängen. Wären wir uns dann nicht einig, daß ein Zusammenschluß der Mächte des Kontinents das Recht haben würde, die französische (italienische, spanische) Regierung mit militärischer Gewalt zur Rücknahme dieser Politik zu zwingen – was wahrscheinlich den Sturz jener Regierung bedeuten würde?« Brutaler als die gefühlige Susan Sontag hat noch nie jemand formuliert, wie Frankreich, Italien, Spanien nach dem jugoslawischen Vorbild zur Räson gebracht werden könnten – von einem »Zusammenschluß der Mächte des Kontinents«, an dessen Spitze jene kontinentale Großmacht stünde, die sie nicht nennt.

Der Schröder-Plan ist der Versuch, Frau Sontags Vorstellungen durch einen institutionellen Vorstoß zu realisieren. Seine Ende April als Leitantrag zum SPD-Parteitag vorgelegten Thesen schlugen wie eine Bombe ein, weil sie ohne jede Konsultation mit einer anderen EU-Regierung präsentiert wurden – ganz anders als etwa das Schröder/Blair-Papier 1999. Ähnliche Vorstöße von deutscher Seite hatte es zwar in der Vergangenheit bereits gegeben, doch nie von der politischen Spitze aus: Wolfgang Schäuble und Karl Lamers hatten ihre Ausarbeitungen zu »Kerneuropa« 1994 als Fraktionsvorsitzender beziehungsweise außenpolitischer Sprecher der CDU vorgelegt, Joseph Fischer seine Ideen zur »Finalität« des europäischen Einigungsprozesses im Mai 2000 ausdrücklich als »Privatmann« präsentiert.

Nun sprach der Kanzler, und er ging weit über Fischer hinaus. Wie dieser schlägt er zunächst eine Aufwertung des Europäischen Parlaments vor, in dem Deutschland als bevölkerungsreichstes Land das größte Gewicht hat. Aber im Unterschied zu Fischer will Schröder das bisher entscheidende Gremium der EU, den Ministerrat, zu einer Art EU-Bundesrat degradieren und damit die Institution, in der bisher vor allem Frankreich und Großbritannien durch ihr Veto Vorstöße Deutschlands und seiner Bündnispartner stoppen konnten, schwächen. »In diesem Gefüge erhielten die derzeitigen Staaten den Status eines deutschen Bundeslandes. Frankreich kann weder einen solchen Status noch eine solche Konzeption der Föderation akzeptieren«, sagte der französische Regierungschef Lionel Jospin in seiner Entgegnung.

»Fast eine Kriegserklärung«

Antinationalisten könnten einwenden, die Zurückdrängung der Nationalstaaten sei doch etwas Positives, und schließlich werde auch Deutschland selbst in diesem Auflösungsprozeß »dekonstruiert« werden. Vielleicht ließen sich die bisher dargestellten Vorstellungen Schröders mit viel gutem Willen so interpretieren. Ihre eigentliche Sprengkraft entfalten sie in Verbindung mit zwei weiteren Sätzen des Papiers, »die in Frankreich und Spanien fast wie eine Kriegserklärung aufgenommen wurden« (»Frankfurter Allgemeine«): »Die deutschen Sozialdemokraten fordern, daß Aufgaben ... wieder auf die nationale Ebene zurückverlagert werden ... Dies gilt besonders ... in den Bereichen Agrar- und Strukturpolitik ...«

Die Mittel für die Agrar- und Strukturpolitik machen zur Zeit 80 Prozent des EU-Haushaltes aus. Würden die Zahlungen der EU für Bauern und strukturschwache Regionen gestrichen, bestünde der gemeinsame Haushalt nur noch aus dem Forschungs- und außenpolitischen Etat (beide zunehmend Rüstungsetats). Der Wegfall der Agrar- und Strukturhilfen brächte einen gewaltigen Vorteil für Deutschland, das allein 1999 in den Landwirtschaftsfonds 4,6 Milliarden Euro einzahlte, und einen gewaltigen Verlust für die stärker agrarisch ausgerichteten Länder – Frankreich erhielt 1999 aus demselben Topf 2,5 Milliarden Euro.

Bisher tragen die EU-Hilfen dazu bei, daß strukturschwache und ländliche Regionen wie Andalusien, Sizilien, das Baskenland, die Bretagne oder auch Sachsen-Anhalt den Anschluß nicht verlieren. Fällt die Stütze weg, müßten die jeweiligen Nationalstaaten einspringen – was für hochverschuldete Länder wie Spanien oder Italien aber nicht möglich ist (zumal die Maastricht-Kriterien eine Neuverschuldung praktisch unmöglich machen). In Deutschland hingegen kann Finanzminister Eichel die Strukturhilfen für den Osten notfalls aus der Portokasse bestreiten.

Die Folge: Bis dato relativ homogene Nationalökonomien driften auseinander – und damit steht die Einheit der Nationalstaaten auf dem Spiel. Ohne EU-Finanzspritzen müßten Mailand und Venedig mehr für Palermo und Catania bezahlen, die Katalanen mehr für die Basken, die Elsässer mehr für die Bretonen. Das ist dieselbe ökonomische Situation wie Ende der achtziger Jahre im alten Jugoslawien: Die reichen Regionen würden, wie Kroatien und Slowenien, aus dem Gesamtstaat ausbrechen wollen, um die ärmeren nicht mehr alimentieren zu müssen – und ebenso wüchse der Wunsch nach Sezession in den ärmeren Regionen, die sich (wie das Kosovo) von einer Selbständigkeit (z.B. als Schmuggelparadies) etwas versprechen könnten.

Mit anderen Worten: Die von Schröder vorgeschlagene »Zurückverlagerung« der Agrar- und Strukturhilfen in die Verantwortung der Mitgliedstaaten bedeutet keine Renationalisierung, wie oft dargestellt, sondern ganz im Gegenteil eine Denationalisierung – einen weiteren Beitrag zur Schwächung der Nationalstaaten zugunsten der Regionen.

Dazu paßt, daß Schröder neben dem EU-Parlament auch die Europäische Kommission mit mehr Kompetenzen ausstatten will; aus ihr soll eine veritable Regierung werden, wobei ihr aber nach der Streichung des Agrar- und Strukturfonds weitaus weniger Finanzmittel als bisher zur Verfügung stünden. Beide Institutionen erhielten mehr Befugnisse, um in die Nationalstaaten hineinzuregieren, und gleichzeitig weniger Mittel, um die zentrifugierenden Folgen dieser Interventionen zu mildern. Da Schröder zugleich den Ministerrat, das bisherige Gegengewicht der Nationalstaaten, an den Katzentisch verbannen will, würde sich ganz zwangsläufig um Parlament und Kommission herum ein Kerneuropa aus Deutschland und den reichen Fragmenten anderer Staaten bilden – während man selbst noch im Schäuble/Lamers-Papier 1994 unter »Kerneuropa« ein Bündnis von Nationalstaaten verstand. Die »FAZ« resümierte: »Aus Sicht vieler EU-Partner stellt die SPD unter Federführung des Bundeskanzlers den Kernbestand der europäischen Einigung zur Disposition.«

Sollten die gestärkten Regionen sich auch noch völkisch-rassisch definieren, sind Mord und Totschlag nicht fern. Katalysator dafür ist die Minderheitenpolitik der EU: So sieht die 1998 vom Europarat verabschiedete »Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen« die Reanimation versunkener oder nie grammatikalisch ausgebildeter Sprachen wie des Korsischen, des Baskischen und – last not least – des Deutschen in den Grenzgebieten Belgiens, Frankreichs, Polens etc. vor und verlangt von den Mitgliedstaaten deren Aufwertung zu Wirtschafts- und Behördensprachen. Überlappen sich die so geschaffenen Sprachinseln mit regionalen Prosperitäts- oder Armutszonen, sind alle Voraussetzungen für die Ausrufung eines neuen Volkes, für Forderungen nach einem neuen Staat und ethnische Säuberungen gegeben.

Der französische Verfassungsrat hat deswegen die Ratifizierung der Charta durch die Regierung Jospin gekippt, die Kritik westlich des Rheins ist lebhaft. So schreibt die Publizistin Yvonne Bollmann: »In Wahrheit soll sie (die Charta) dazu dienen, die eine und unteilbare Republik zu zerstören, die sich weigert, ... das ethnische Prinzip anzuerkennen.« In ihrem neuen Buch *La Bataille des langues en Europe* bezeichnet sie die Sprachencharta als »Subversion auf europäischer Ebene« und als »Kriegsmaschine« gegen die Staatsbürgernationen im allgemeinen und Frankreich im besonderen. Pierre Hillard hat in *Minorités et regionalismes dans l'Europe fédérale des régions* untersucht, wie Deutschland mittels der Etablierung von mittlerweile 56 Euro-Regionen überall den völkischen Separatismus fördert. In einem aktuellen Essay sieht er die Schröder-Vorschläge als »Krönung des föderalen Europas der Regionen, das unter unseren Augen Formen annimmt«.

Solanas Krisenstab in Aktion

Daß dieser Alarm nicht verfrüht ist, zeigt das Beispiel Mazedonien. An diesem der EU assoziierten Staat läßt sich demonstrieren, wie die EU-Zentrale nach Vollendung der Schröderschen Reformen gegenüber ihren Mitgliedstaaten agieren wird.

Noch Anfang April, nach der Niederschlagung der ersten Offensive der albanischen Terroristen, hatte der mazedonische Präsident Boris Trajkovski deren Hauptforderungen nach Umwandlung des Landes in einen albanisch-mazedonischen Bundesstaat als »unakzeptabel« abgelehnt. »Die letzten zehn Jahre haben gezeigt, daß sich hinter Rufen nach

Föderalisierung nur die Bestrebungen nach einem ethnisch sauberen Staat verbergen.« Auf die Forderung, die Albaner sollten als zweites Staatsvolk in der Verfassung anerkannt werden (und nicht nur, wie bisher, als Minderheit), hatte er geantwortet: »Wir sind keine Stämme, wir müssen ein klares Konzept für eine Bürgergesellschaft entwickeln. Wir wollen Rechte für Bürger, nicht für ethnische Gruppen.«

Keine zwei Monate später, am 30. Mai, vertrat der mazedonische Premier Ljubco Georgievski in einer Fernsehansprache das genaue Gegenteil: »Wir sollten die Verfassung der Republik Mazedonien ändern, höchstwahrscheinlich die Präambel abschaffen oder eine zweites Staatsvolk anerkennen ... Höchstwahrscheinlich werden wir eine zweite Staatssprache zulassen müssen.« Müssen? Das Hilfsverb verweist darauf, daß der Meinungsumschwung nicht freiwillig zustandekam. Folgerichtig sprach Georgievski von einer »Kapitulation Mazedoniens am Verhandlungstisch«: »Offensichtlich ist das die einzige Möglichkeit, die wir im Augenblick haben, nämlich die Erfüllung unserer Verpflichtungen gegenüber der internationalen Gemeinschaft.« »Druck zahlt sich aus«, kommentierte die »FAZ« das Zurückweichen Skopjes.

Wie dieser Druck organisiert wurde, zeugt vom bereits erreichten Stand der EU-Reform. Der Ministerrat wurde, eine vorweggenommene Umsetzung der Schröder-Vorschläge, von den maßgeblichen Entscheidungen ausgeschlossen: Auf dem letzten EU-Gipfel Ende März in Stockholm war das Gegenteil der jetzt erzwungenen Lösung verabschiedet worden. Im Abschlußdokument wurden dem eingeladenen Trajkovski die Solidarität der EU und Unterstützung nicht nur für die territoriale Integrität, sondern explizit auch für die »Souveränität« des Landes versichert sowie bessere Grenzkontrollen der Kfor zugesagt. Skopje wurde zu »politischen Reformen« ermuntert, aber an keiner Stelle zu verfassungsrechtlichen. Die albanische Minderheit wurde zum Gewaltverzicht und zur »unzweideutigen Distanzierung von den Extremisten« aufgefordert, »berechtigte Ansprüche« wurden ihr nur insofern zuerkannt, als sie auf »die Konsolidierung der multi-ethnischen Gesellschaft« zielten – nicht auf ihre Veränderung.

Der Schirmherr des Gipfels, der schwedische Premier Göran Persson, hatte auf eigene Initiative den russischen Präsidenten Wladimir Putin eingeladen, der auf der Konferenz für eine »tschetschenische Lösung« der mazedonischen Krise werben konnte. Nach der Stockholmer Konferenz trafen sich die EU-Außenminister nur noch einmal pro Monat – zu selten, um die Ereignisse im Krisengebiet wirklich beeinflussen zu können. Im wesentlichen wurden die jeweiligen Veränderungen abgenickt. Auch auf diesen Treffen wurde an keiner Stelle für Verfassungsänderungen oder gar für eine Einbeziehung der extremistischen Kräfte in den politischen Prozeß votiert.

Vor Ort wurden im Namen der EU aber genau diese beiden Punkte durchgesetzt – das zweifelhafte Verdienst von Javier Solana. Solana agierte in enger Abstimmung mit dem deutschen Außenministerium und nutzte die Befugnisse eines Amtes, das bezeichnenderweise außerhalb des institutionellen Dreiecks der EU – Parlament, Kommission, Ministerrat – eingerichtet wurde. Als »Hoher Repräsentant« der EU-Außenpolitik fungiert Solana seit Oktober 1999, und in der Mazedonien-Krise spielte er seine Befugnisse erstmals voll aus.

In der Strategiezeitschrift des Fischer-Ministeriums »Internationale Politik« erschien in der Mai-Ausgabe ein Artikel, der das Agieren des Spaniers ausführlich, geradezu enthusiastisch würdigt. »Europa besitzt nunmehr eine Telefonnummer. Der langgehegte Wunsch des früheren amerikanischen Außenministers Henry Kissinger, der nicht wußte, wo er im Krisenfall hätte anrufen sollen, wenn er ›Europa‹ sprechen wollte, ist Wirklichkeit geworden. Unter der Nummer 00 32/22 85 50 00 erreicht man seit Anfang 2000 das neu eingerichtete Lagezentrum der Europäischen Union, das sowohl mit zivilem als auch militärischem Personal besetzt ist (daher Joint Situation Centre / SitCen) ... Idealiter sollen dort sämtliche Informationsquellen gebündelt und ausgewertet werden, um den politischen Apparat und vor allem ... Javier Solana möglichst frühzeitig über drohende Konflikte ins Bild zu setzen. Im Bedarfsfall wird dann ein Ad-hoc-Krisenstab (Crisis Cell) gebildet ...«

Neben SitCen verfügt Solana noch über einen eigenen Planungsstab, genannt Policy Planning and Early Warning Unit, mit rund 20 Beamten, der je nach Solanas Arbeitsschwerpunkten in einzelne Task Forces unterteilt ist. »Oberste Priorität haben dabei derzeit die Krisen auf dem Balkan sowie im Nahen Osten.« Als dritte Struktur kommandiert Solana die EU Monitoring Mission (EUMM) mit Hauptquartier in Sarajevo mit maximal 120 »zumeist militärisch geschulten Beobachtern«. »Solana beorderte mehrere EUMM-Teams in den Nordwesten Mazedoniens; gleichzeitig ist er mit einem Diplomaten aus der Policy Unit in Skopje vertreten, um auf Entwicklungen rasch reagieren zu können ... Flankierend dazu hat EuropeAid mit einem Team vor Ort und der Bildung einer speziellen Arbeitsgruppe in Brüssel begonnen, Hilfs- und Förderprojekte in Mazedonien, insbesondere in den mehrheitlich von Albanern bewohnten Regionen aufzustellen.«

Wenn der frühere Balkan-Emmissär der USA, Richard Holbrook, besorgt feststellt, Washington habe in Mazedonien »die Diplomatie fast ganz in europäischen Händen belassen« oder im Scharping-Deutsch von »europäischen Banden« die Rede ist, so ist das recht unpräzise, denn Solana berücksichtigte die EU-Beschlußlage etwa im gleichen Maße wie Fischer das grüne Parteiprogramm. Besonders dramatisch ist der Machtverlust für die traditionellen europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich, die im Bosnien-Krieg noch die stärksten Blauhelm-Kontingente stellten, darüber die Politik vor Ort bestimmten und bis zur Rambouillet-Konferenz als Mitglieder der Balkan-Kontaktgruppe zumindest ein Vetorecht hatten. Während Frankreich überhaupt keine Rolle spielte, wurde Großbritannien an den Rand gedrängt, obwohl

es mit dem EU-Außenkommissar Chris Patten und dem Nato-Generalsekretär George Robertson eigentlich wichtige Funktionsträger stellt. Doch Patten verfügt nicht über einen politisch-militärischen Apparat, der auch nur annähernd mit dem von Solana vergleichbar ist, und Robertson wurde in der entscheidenden Phase (siehe unten) von Fischer ausgestochen.

Fischers neue Regierung

Eingeleitet wurde das zweimonatige Powerplay durchs Fischers Diktum: »Die albanische Frage ist offen« (siehe KONKRET 5/2001). Am 9. April schloß die EU mit großem Brimborium ein »Beistands- und Assoziierungsabkommen« mit Mazedonien ab. Gegen die läppische Summe von 120 Millionen Euro – die Kriegsschäden seit Februar waren laut mazedonischer Handelskammer mit 95 Millionen Euro bereits fast genauso hoch – und das vage Versprechen auf eine »potentielle« Teilnahme an EU-Beitrittsverhandlungen wurde darin Skopje die Zusage abgepreßt, mit den Albanern einen Dialog über »alle Forderungen der Minderheit« aufzunehmen. Es dürfe »kein Thema ... ausgeschlossen werden« (»FAZ«).

Ende April starteten die Terroristen eine neue Offensive, innerhalb weniger Tage wurden zehn Regierungssoldaten ermordet, bei anschließenden Racheaktionen mazedonischer Extremisten in Bitola (woher vier der Opfer stammten) wurden albanische Geschäfte zerstört. Die Regierung in Skopje wollte daraufhin den nationalen Notstand ausrufen, doch nach Intervention von Solana unterblieb diese Maßnahme, die Befugnisse der Armee bei der Terroristenbekämpfung konnten nicht erweitert werden. Albanerführer Xhaferi freute sich: »Es wäre gut, wenn Solana noch öfter kommen könnte.«

Er mußte nicht lange warten. Solana setzte seine Linie – die UCK-Untergrundarmee solle »politisch isoliert«, nicht militärisch bekämpft werden – mit einem Bubenstreich der besonderen Sorte durch: Mitte Mai wurde nach nächtelangen Verhandlungen unter Teilnahme von Solana eine Allparteienregierung gebildet. »EU zwingt Parteien zusammen«, lautete die zutreffende Überschrift der »Tageszeitung«.

Die von Solana durchgesetzte Allparteien-Koalition führte zur Lähmung der politischen Exekutive in Mazedonien: Schon die bisherige Regierung hatte nur nach dem Prinzip der antagonistischen Kooperation funktioniert, denn der albanische Koalitionspartner, die Demokratische Partei (DPA, alban. PDSH), hatte aus seiner Sympathie für den bewaffneten Kampf kein Hehl gemacht. DPA-Chef Arben Xhaferi: »Wir fordern die Umwandlung des mazedonischen Staates in einen Bundesstaat der Mazedonier und Albaner. Wenn wir das nicht durch einen politischen Dialog realisieren können, werden wir es mit Gewalt erreichen.«

Die Erweiterung der Regierung um die bis dahin oppositionelle Albanische Wohlfahrtspartei PDP (und die sozialdemokratische SDMS, die aber, da staatsloyal, in diesem Zusammenhang unerheblich ist) machte erklärte Staatsfeinde zu Ministern: Die PDP hatte noch kurz zuvor demonstrativ die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU boykottiert, weil darin eine Bestandsgarantie für Mazedonien gegeben worden war.

Das war der Auftakt zur nächsten Großoffensive der UCK, die innerhalb kürzester Zeit zehn Dörfer besetzte und Kumanovo mit seinen 100.000 Einwohnern von der Wasserversorgung abschnitt. Tausende albanische Dorfbewohner flohen vor den Kämpfen, nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes mindestens zweitausend über die Grenze nach Serbien. Um diese augenfällige Fraternisierung mit dem Erzfeind zu stoppen, verhinderte die UCK weitere Fluchtbewegungen – bis zu 10.000 Dorfbewohner wurden von den Terroristen als Geiseln beziehungsweise menschliche Schutzschilde genommen. Um freizukommen, mußten die Festgehaltenen Gold abliefern oder 5.000 bis 12.000 Mark pro Familie zahlen, reichere 35.000 Schweizer Franken oder 50.000 Mark, gestand ein festgenommener Terrorist im mazedonischen Fernsehen. Wer nicht bezahlen könne, werde »schrecklich traktiert«. Auch die »Neue Zürcher Zeitung« berichtete, es könne »angenommen werden, daß die UCK aus militärischen Gründen derzeit kein Interesse an der Evakuierung jener Bewohner hat, die sie angeblich schützt«.

Die blutige Eskalation war nun für die sogenannte internationale Gemeinschaft kein Grund, Skopje freie Hand zum Aufräumen zu geben, sondern, ganz im Gegenteil, um die Terroristen endgültig salonfähig zu machen: Am 22. Mai wurde in Prizren ein Abkommen zwischen der UCK und den beiden albanischen Parteien DPA und PDP geschlossen. »Arrangiert« (»NZZ«) wurde der Deal vom OSZE-Beauftragten in Skopje, dem US-Amerikaner Robert Frowick. »Das war ungefähr so, als würde ein US-amerikanischer Nordirland-Beauftragter die gemäßigten Katholiken in der Provinzregierung beschwatzen, daß sie hinter dem Rücken ihres probritischen Koalitionspartners eine Abmachung mit der ›Real-IRA‹ träfen«, empörte sich ein britischer Diplomat.

Reichsprotektorat Mazedonien

Vieles deutet darauf hin, daß das Abkommen von Prizren nicht nur mit dem Segen Washingtons, sondern auch mit dem Berlins zustandegekommen ist. Nicht nur der Ort der Zusammenkunft – Prizren ist die Hauptstadt der deutschen Kfor-Zone

– deutet darauf hin, sondern vor allem die Tatsache, daß neben Frowick auch ein deutscher Diplomat den Kontakt zur neuen UCK herstellte: Am 27. Mai traf sich der Nato-Beauftragte in Mazedonien, Hans Jörg Eiff, mit dem UCK-Chef Ali Ahmeti (so die mazedonische Nachrichtenagentur MIA). Eiff ist ein erfahrener Diplomat: Von 1988 bis 1992 war er deutscher Botschafter in Belgrad, im Frühsommer 1998 Leiter der OSZE-Mission im Kosovo. Mit Eiffs Aktion war die formale Kritik, die es aus Berlin, Brüssel und Washington an Frowicks Geheimverhandlungen mit der UCK gegeben hatte, in der Praxis dementiert.

Premierminister Georgievski bezeichnete den Prizren-Pakt als eine »Kriegserklärung an die mazedonische Nation«, die erst wenige Tage alte Allparteienregierung stand vor dem Ende. Wieder vermittelte Solana: DPA und PDP widerriefen ihr Abkommen mit der UCK nicht – nach Beratung durch Solana erklärten sie es lediglich für »nicht mehr relevant«, und gleichzeitig wurde Georgievski dazu genötigt, die Inhalte des Abkommens zur Regierungspolitik zu erklären.

Auf dem Nato-Gipfel in Budapest formulierte Fischer vor, was einen Tag später von Georgievski als »Kapitulation am Verhandlungstisch« bezeichnet und trotzdem übernommen wurde. Fischer, laut »FAZ«: »Das Verlangen der albanischen Minderheit nach Gleichberechtigung und Gleichbehandlung müsse durch entschlossene Reformen zufriedengestellt werden, etwa durch die Aufwertung der albanischen Sprache, nicht zuletzt im Erziehungs- und Bildungssystem, eine größere Beteiligung in der staatlichen Bürokratie und eine Anerkennung in der Verfassung.«

Nato-Generalsekretär Robertson mußte in Budapest bei der Berichterstattung über Mazedonien Fischer und Solana den Vortritt lassen. Er hatte immer die Ansicht vertreten, daß »von einer unterdrückten Minderheit (in Mazedonien) nicht die Rede sein kann«. Für »Mörder und Diebe« (Robertson über die UCK) dürfe es »keinen Platz ... in einer demokratischen Gesellschaft« geben. Der britische Botschafter in Skopje, Marc Dickinson, hatte über die geforderte Verfassungsänderung gespottet: »In ihren Kommuniques sagen sie (die UCK-Vertreter) einmal, sie wollen die Föderalisierung des Landes, dann verlangen sie den Status eines Staatsvolkes, und beim nächsten Mal werden sie höchstwahrscheinlich fordern, daß ihnen die mazedonische Verfassung jede Woche den Hauptgewinn in der Lotterie garantiert.« Es kennzeichnet das Kräfteverhältnis nicht nur in der EU, sondern auch in der Nato, daß die Briten diese Position nicht zur Geltung bringen konnten, obwohl sie den Nato-Generalsekretär stellen. – Überflüssig zu erwähnen, daß die UCK das von Fischer und Solana durchgesetzte Kapitulationsangebot Mazedoniens nicht annahm, sondern zur Eröffnung einer weiteren Front in der Nähe der Hauptstadt Skopje nutzte.

Abgestützt wurde der Erpresserkurs gegenüber Skopje wie gewohnt von den Medien, die schon Mitte Mai dafür warben, die Terroristen »in den politischen Prozeß einzubeziehen« (»FAZ«). In neokolonialem Tonfall – Überschrift: »Mazedoniens letzte Chance« – beschied die »FAZ« Anfang Mai: »Natürlich galt es den Eindruck zu vermeiden, man mische sich in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates ein. Aber hatte sich Mazedonien nicht aus freien Stücken der EU angenähert? Dann wird es doch den führenden Außenpolitikern der EU erlaubt sein, mit Nachdruck Ratschläge zu erteilen.« Die »Frankfurter Rundschau« wurde noch deutlicher: »Allein eine rasche ›Internationalisierung‹ auch dieses Konflikts scheint Mazedonien noch vor sich selber retten zu können. Dies wäre ein weiterer Schritt der EU zu einem permanenten Krisenmanagement in der Region im Rahmen expliziter (Kosovo) oder impliziter (Bosnien/Mazedonien) Protektorate.«

Als leuchtendes Beispiel für eine solche Protektoratslösung wurde die Entwicklung in Südserbien dargestellt. »Die Politik Belgrads ... scheint hier mittlerweile eine Zwischenlösung zu garantieren, wie sie von mazedonischen Politikern durch ihre ethnisch bornierte Kompromißlosigkeit verhindert wird«, lobte die »FR«. Die jugoslawische Armee hatte Ende Mai den letzten Abschnitt der Pufferzone an der Grenze zum Kosovo übernommen, die dortige albanische Guerilla UCPMB war über die Nato in direkte Verhandlungen einbezogen worden und hatte nach blutigem Hin und Her einem Abzug zugestimmt, einige hundert Kämpfer ergaben sich der Kfor.

Kleiner Schönheitsfehler: Das Gros der Terroristen setzte sich auf dem kürzesten Weg nach Mazedonien ab und verstärkte die dortige Offensive. Und: Belgrad nahm es hin, daß der Bundestag gleichzeitig eine Ausweitung der Handlungsbefugnis für das deutsche Kfor-Kontingent auf die Pufferzone beschloß – ohne jede Legitimation durch die dem Kfor-Mandat zugrundeliegende UN-Resolution 1244. Die Regierungsvorlage war so offen abgefaßt, daß selbst die FDP vor einer »carte blanche« warnte und erstmals gegen eine Kosovo-Resolution stimmte. Die serbische Regierung hat also die Souveränität über die Pufferzone keineswegs zurückerhalten – sondern muß sie künftig mit den deutschen Truppen teilen. Dieses Modell könnte auch für Mazedonien zukunftsträchtig sein, wo das deutsche Kontingent mit 1.200 Soldaten doppelt so groß wie das US-amerikanische und dreimal so groß wie das französische ist.

Konkret 07/01, S. 16

Jürgen Elsässer, Martin Hantke

Che kämpft um Korsika

Der ehemalige Innenminister Chevènement formiert den französischen Widerstand gegen die Deutschen und die von ihnen unterstützten Stammeskrieger

»Ich werde jedem Abgeordneten ins Gewissen reden, ob er zulassen will, daß der Weg für eine territoriale Zerstückelung Frankreichs freigemacht wird ... Die Nationalisten – sowohl die, die nachts Bomben legen, als auch die, die in Anzug und Krawatte im Regionalrat sitzen – sehen die Autonomie nur als eine Etappe auf dem Weg zu ihrem Fernziel der Unabhängigkeit und der Abtrennung von Frankreich an ... Hier geht es nicht um die Regelung der korsischen Angelegenheiten, hier steht Frankreich als politische Nation, als Bürgergesellschaft auf dem Spiel, das nach dem Willen der Postnationalen in einem Europa der Regionen untergehen soll«, beschwor Jean-Pierre Chevènement, den seine Anhänger Che nennen, Mitte Mai die französische Nationalversammlung. »Wie kann man übersehen, daß der Sieg der Ethnizismen eine furchtbare geschichtliche Regression wäre?«

Chevènements Alarm war durch einen Gesetzentwurf ausgelöst worden, der der französischen Mittelmeerinsel Korsika weitreichende Autonomie verspricht. In den vergangenen Jahrzehnten sind auf Korsika mehrere Tausend Sprengstoffanschläge und mehr als 200 politische Morde verübt worden. Obwohl die Separatisten 1998 sogar den obersten Repräsentanten der französischen Republik auf der Insel, den Präfekten Claude Erignac, auf offener Straße ermordet hatten, nahm Premierminister Jospin, der versprochen hatte, erst nach einem Gewaltverzicht mit den Separatisten zu reden, bilaterale Gespräche mit Corsica Nazione (CN) auf, die im Juli 2000 zur »Vereinbarung von Matignon« führten. Nach ihr sollten dem korsischen Regionalparlament gesetzgeberische Kompetenz verliehen, die korsische Mundart als Pflichtfach an den Schulen der Insel gelehrt und weitere Steuererleichterungen für die Inselwirtschaft eingeführt werden.

Die aktuelle Regierungsvorlage schwächte diese Punkte leicht ab – so soll der korsische Dialekt kein Pflichtfach sein, sondern lediglich Regelfach, gleichberechtigt mit dem Französischen – , um zu verhindern, daß das Verfassungsgericht sein Veto einlegt. Prompt drohte CN-Chef Jean-Guy Talamoni mit Vergeltungsschlägen, und als radikalere Alternative zu CN gründete sich eine neue Partei mit dem programmatischen Namen Indipendenza, die aus ihren Kontakten zu den Terroristen der »Nationalen Korsischen Befreiungsfront« (FLNC) kein Hehl macht.

Chevènement ist der prominente politische Kopf einer politischen Strömung, die es in dieser Form in keinem anderen Land gibt: der Souveränisten. Organisatorischer Kern der Strömung ist der Mouvement des Citoyens (MDC), eine Partei, die von Chevènement 1992 gegründet wurde, nachdem er aus der Sozialistischen Partei wegen deren Pro-Maastricht-Haltung ausgetreten war. Der MDC hatte als Teil des Jospin-Bündnisses »Gauche plurielle« bei den letzten Parlamentswahlen kandidiert und war nach dem Sieg mit dem Innenministerium für Chevènement belohnt worden. Nach Streitereien – unter anderem wegen des Krieges gegen Jugoslawien – brach Chevènement schließlich wegen der Vereinbarung von Matignon mit Jospin und trat zurück.

Anders als rechte oder rechtsradikale Nationalisten haben die Souveränisten ein dezidiert universalistisches und antivölkisches Verständnis von Nation, das auf die Französische Revolution zurückgeht (weswegen sie sich manchmal auch als Republikaner oder als Jakobiner bezeichnen). Der Historiker Claude Nicolet erklärt den Unterschied: »Das Wort ›Franzosen‹ hatte bis zum Vorabend der Revolution der Adel in Beschlag genommen, der sich auf eine germanische Abstammung berief; seitdem bezeichnet es alle Bürger eines Landes, dessen Bevölkerung wissentlich und willentlich von Anbeginn gemischt war.« Chevènement lobt, daß Frankreich »jährlich rund 100.000 Ausländern die französische Staatsbürgerschaft« zuerkennt und damit in Europa »ziemlich allein« dasteht.

Dies Verständnis von Nation trennt die Souveränisten aber nicht nur von Le Pen und anderen Faschisten, sondern auch von jeder Form der Identitätspolitik, gleich ob sie als Ethnopluralismus, islamischer Fundamentalismus oder Differenz-Feminismus firmiert. Noch einmal Nicolet: »Diese Synthese (eine Nation aus Menschen unterschiedlicher Herkunft) ist nur möglich, wenn jeder – und zwar ausnahmslos jeder – Bürger die Bindungen oder Loyalitäten, zu denen er sich aufgrund seines ›Stammes‹, seiner Religion, seiner Verwandtschaft oder seines Glaubens bekennt, als seine persönliche Angelegenheit betrachtet, die ihm völlig freisteht; daß er aber zugleich aufgrund dieser Loyalitäten weder besondere gesetzliche Regelungen noch ein Privileg oder eine öffentliche Sonderbehandlung verlangen kann. Andernfalls würde er für sich – und die anderen – den Verlust und den Ruin der so wertvollen und fundamentalen individuellen Freiheit herbeiführen.« Chevènement schlußfolgert: »Die deutsche Nation ist die Antithese, der Widerspruch zu diesem Universalismus.«

Die Kritik an der Berliner Europapolitik hat sich verschärft, seit das deutsche Zusammenspiel mit den Ethnokriegern immer offenkundiger wird. So erhielten die korsischen Separatisten 1997 Aufwind, als die Nationalversammlung die »Europäische Charta für Minderheiten- und Regionalsprachen« verabschiedete. Diese war nach jahrelanger Lobbyarbeit etwa durch die Vertriebenen-nahe »Föderative Union Europäischer Volksgruppen« (FUEV) auf deutschen Druck vom

Europarat verabschiedet worden. In ihrer Präambel heißt es: »Das Recht, eine Regional- und Minderheitensprache im privaten und öffentlichen Leben zu sprechen, ist unantastbar.« Der französische Verfassungsrat sah im Beisatz »im öffentlichen Leben« einen Vorstoß für partikulare Rechte und gegen die »Unteilbarkeit« der Republik und kassierte das Gesetz. Daraufhin begannen die Geheimverhandlungen Jospins mit den korsischen Separatisten. An deren Spitze steht der erwähnte Talamoni, der als Vorsitzender des Europa-Ausschusses der korsischen Regionalversammlung gleichzeitig die Verteilung der EU-Mittel auf der Insel kontrolliert.

Chevènement hatte bereits im letzten Jahr gegen Fischers Vorstellungen von der »Finalität« der EU scharf Position bezogen: »Im Grunde genommen träumt Deutschland noch immer vom Heiligen Römischen Reich deutscher Nation. Es hat sich noch immer nicht von der historischen Entgleisung des Nationalsozialismus erholt. Deutschland hat noch immer einen Begriff von Nation, der dem ›Volk‹ verpflichtet ist, einem ›ethnischen‹ Volksbegriff ...« Damit wollte Chevènement die Bundesrepublik nicht mit dem Nationalsozialismus vergleichen: »Was ich eigentlich meine, ist folgendes: Weil Deutschland noch immer die Nation diabolisiert, neigt es zur Flucht ins Postnationale. Da findet es sich im wehmütigen Traum einer Art von Föderation, die unterschiedliche Teile möglichst regional so zusammenhält, wie das im Heiligen Römischen Reich der Fall war ... Eine im wesentlichen oligarchische, aus Netzwerken bestehende Machtstruktur.«

Die Warnung vor dem Postnationalen war in Deutschland von Nationalisten wie Edmund Stoiber begrüßt, von Antinationalen wie dem KONKRET-Autor Bernhard Schmid kritisiert worden (vgl. KONKRET 10/2000). Beide waren nicht auf der Höhe von Chevènements Position: Wenn er vor Diabolisierung warnt, will er gerade nicht die völkische Nation Stoibers in Schutz nehmen (der im übrigen das Copyright auf die Schrödersche Europapolitik hat), sondern die Staatsbürgernation französischen Typs. Sein Hinweis, daß der deutsche Sonderweg nicht erst im »dritten«, sondern bereits im »ersten« Reich manifest wurde (das bis zu seinem Untergang 1806 föderal nach Stämmen organisiert war, während sich in Frankreich und England bereits zivilisierte Nationalstaaten gebildet hatten), ist eine Erweiterung des historischen Horizonts, die auch dem antideutschen Diskurs hierzulande guttäte. Jedenfalls hat Chevènement besser als mancher linksradikale Diskutant verstanden, daß Antinationalismus kein Gegengift gegen deutschen Imperialismus und Rassismus ist, sondern eine ihrer Durchsetzungsformen.

Das französische Pendant zu Rot-Grün, die Gauche plurielle (von Spöttern auch als Gauche virtuelle bezeichnet) folgt weitgehend den deutschen Vorstellungen und träumt davon, den französischen Zentralstaat durch die »Republique plurielle« (Jean-Marie Colombani, Chefredakteur von »Le Monde«) zu ersetzen, in der nicht nur die Korsen, sondern auch Bretonen, Elsässer und andere ihre Autonomie bekommen sollen. Sozialisten und Grüne sind die Lokomotive dieser Entwicklung, ihr kommunistischer Koalitionspartner fährt auf dem Trittbrett mit. (Bei der Korsika-Abstimmung in der Nationalversammlung enthielten sich die meisten ihrer Abgeordneten). Mit der radikalen Linken ist in diesen Fragen genausowenig anzufangen wie hierzulande. Die Trotzkisten etwa, bei den letzten Wahlen so stark wie die PCF, kümmern sich um die korsische »Zeitbombe« (Chevènement) nicht, im Jugoslawien-Krieg glänzte die trotzkistische LCR durch antiserbische Hetze und Verteidigung des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Kosovo-Albaner.

Immerhin haben sich prominente Dissidenten der Linksparteien dem souveränistischen Lager angeschlossen. So hat Pierre Lévy, langjähriger Deutschlandkorrespondent des PCF-Zentralorgans »Humanité«, ein vielrezensiertes Buch mit dem Titel *Bastille République Nation* geschrieben und mittlerweile mit der Herausgabe einer gleichnamigen Zeitung begonnen. François Morvan, ein ehemaliges ZK-Mitglied der LCR, arbeitet mit Chevènement zusammen und hat im Frühjahr eine Konferenz mit dem Titel »Nation, République, Communisme« veranstaltet. Für beide war die Kriegsbeteiligung der Gauche plurielle ein Wendepunkt. Gemeinsam veröffentlichten sie im April 1999 einen Appell in »Le Monde« – und provozierten einen Aufschrei ihrer Genossen, weil neben dem MDC-Führungsmitglied Didier Motchane auch der Gaullist Paul-Marie Couteaux und der frühere Planungskommissar Henri Guaino unterschrieben hatten.

»Gegen die von Deutschland beherrschte EU und ihre Kriegspolitik brauchen wir ein breites Bündnis unter Einschluß der Gaullisten – wie zu Zeiten der Résistance«, sagt Lévy zur Begründung. Auch in der Redaktion des »Balkans Infos«, dem monatlichen Newsletter der französisch-jugoslawischen Friedensbewegung, findet sich diese politische Spannbreite, selbstverständlich unter Ausschluß von Rechtsradikalen. »Man kann nicht gegen den ethnischen Separatismus mit Leuten zusammenarbeiten, die wie Le Pen selbst ein rassistisches Konzept verfolgen und von einem ethnisch weißen Europa träumen«, meint Lévy.

Wie stark die souveränistische Strömung ist? MDC hat einige Tausend Mitglieder, die Zeitschrift »Marianne«, die Souveränismus light mit seichter Unterhaltung mixt, verkauft wöchentlich 180.000 bis 200.000 Exemplare. Die Wahlergebnisse des MDC lassen sich nicht aufschlüsseln, da die Partei bei den letzten Urnengängen noch auf den gemeinsamen Listen der Gauche plurielle antrat. Sie stellt zur Zeit zwei Senatoren, sieben Parlaments- und zwei Europa-Abgeordnete. Chevènement profitiert von seinem Rücktritt aus einer Regierung, die die sozial schwächeren Wählerschichten grandios enttäuscht hat, und von der Krise des Neogaullismus: Charles Pasqua, mit 13 Prozent nationalistischer Shooting-Star bei den letzten Wahlen zum Strasbourger Parlament, muß wegen Korruption mit einer Haftstrafe rechnen.

Bei einer kürzlichen Umfrage wünschten sich 39 Prozent der Befragten, Chevènement möge künftig »eine wichtige politische Rolle« spielen. Inzwischen hat sich ein Personenbündnis gegründet, das ihn ausdrücklich zur Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr auffordert. Es reicht von den prominenten Ex-Sozialisten Max Gallo und Régis Debray über den Soziologen Pierre-André Taguieff bis zum Gaullisten Pierre Dabezies (einem der Militärs, die das Foltern während des Algerienkrieges öffentlich machten) und dem Direktor des Picasso-Museums Jean Clerc. Der Hauptinhalt einer Wahlkampagne steht schon fest: Auf seinem Kongreß im Juni in Marseille beschloß der MDC die Ablehnung des Nizza-Vertrages, weil er den Weg für eine »Deutschland-zentrierte Union« ebne.

Kontaktadressen:

MDC: www.mdc-france.org

»Republique Bastille Nation«:

afbrn2000@yahoo.fr

»Marianne«:. journal@marianne-en-ligne.fr

»Balkans Infos«: lodalmas@europost.org

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 6/2001 über neue Erkenntnisse zum »Massaker« von Racak. Martin Hantke sprach für KONKRET 5/2001 mit der grünen Europa-Abgeordneten Ilka Schröder

Konkret 07/01, S. 18

Klaus Grubelnik

Der zweite Anschluß

Wenn das der Führer hätte erleben dürfen: Ökonomisch ist Österreich »heim ins Reich« gekehrt. Auch die Schlüsselindustrien und der Banksektor sind unter die Kontrolle des Großen Bruders geraten

Deutschland hat ein 17. Bundesland. »Österreich ist heute stärker in die deutsche Wirtschaft integriert als manches deutsche Bundesland, und zwar nicht nur stärker als die neuen Länder der ehemaligen DDR, auch stärker etwa als das Saarland«, sagt der Direktor des Wiener Instituts für Höhere Studien (IHS), Bernhard Felderer. Eine Integration, die sich praktisch auf alle Gebiete erstreckt: Direktinvestitionen, Außenhandel, Währungspolitik, Fremdenverkehr – aber auch auf Kultur, Bildung und Medien.

42 Prozent aller Importe kommen aus Deutschland, 35 Prozent aller Exporte gehen nach Deutschland. Die bilaterale Handelsbilanz ist mit 87 Milliarden Schilling im Minus. Einziger Trost: der Fremdenverkehr, bei dem die deutschen Gäste rund 50 Milliarden Schilling mehr im Land lassen, als die Österreicher bei ihnen ausgeben. Österreichs Fremdenverkehrswirtschaft ist auf Gedeih und Verderb von den Urlaubern aus Deutschland abhängig. Von den 113 Millionen Übernachtungen im Jahr 1999 wurden 30 Millionen von Inländern in heimischen Betten verbracht, 53 Millionen hingegen von den »Piefkes« (alle Zahlen für 1999).

»Die Anschlußbefürworter der Zwischenkriegszeit würden die jetzige Situation mit einer gewissen Befriedigung zur Kenntnis nehmen«, hat der Wirtschaftshistoriker Dieter Stiefel bereits 1990 festgestellt. Christian Bellak, der Experte für grenzüberschreitende Investitionen unter Österreichs Ökonomen, analysiert den Ausverkauf der heimischen Wirtschaft trocken: Er sei »eine logische und angestrebte Konsequenz des EU-Beitrittes Österreichs sowie der Privatisierungswelle«. Der Einsatz der Ressourcen würde nun eben nicht mehr auf nationaler, sondern – in einem Binnenmarkt selbstverständlich – auf internationaler Ebene optimiert. »Damit«, so Bellak, »ist der Ausverkauf nur eine Seite der Globalisierung: strukturelle Schwächen der österreichischen Industrie gepaart mit der Finanzkraft und Größe vor allem deutscher Unternehmen führen zu einer Übernahme und Verkaufswelle an ausländische Unternehmen – und eben nicht umgekehrt.«

Bis Ende der achtziger Jahre war Österreich am Internationalisierungs- beziehungsweise Globalisierungsprozeß bei grenzüberschreitenden Direktinvestitionen in »auffällig asymmetrischer Weise« beteiligt, wie das Winfried Schenk vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) umschreibt: »Während die passiven Direktinvestitionen (Auslandskapital in der österreichischen Wirtschaft) über eine lange, bewegte und wirtschaftspolitisch auch bedeutsame Geschichte verfügen, blieben die sogenannten aktiven Direktinvestitionen (österreichischen Kapitals im Ausland) lange absolut und relativ (im Vergleich zu den passiven Direktinvestitionen und OECD-Marktanteilen) unbedeutend.«

Als der Eiserne Vorhang hochgegangen und Deutschland ganz in den Bann der Wiedervereinigung geraten war, keimte in Österreich plötzlich die Hoffnung, es könne der vollständigen wirtschaftlichen Annexion doch noch entfliehen. »Es drängt sich nun natürlich die Frage auf, ob es in bezug auf deutsche Investitionen in Österreich eine Art Atempause geben wird, in der sich deutsche Investoren in erster Linie um die DDR und in zweiter Linie um ihre Hauptmärkte, EG und USA, sowie Japan, Kanada und Südamerika kümmern werden und das kleine Österreich, das ihnen ohnehin schon gehört (oder etwa nicht?) kurzzeitig vergessen«, so anno 1990 hoffnungsvoll die damalige Leiterin der Abteilung Industrie- und Technologiepolitik der Arbeiterkammer, Wilhelmine Goldmann. »Eine derartige Atempause (sollte) Österreich unbedingt zur eigenen Expansion durch Akquisition und Internationalisierung – auch Richtung Osten – nützen.«

Die Atempause wurde Österreich tatsächlich gewährt. Deutschland konzentrierte sich voll auf seinen wiedergewonnenen Osten. Andere ausländische Investoren hielten sich von Österreich fern, weil es noch zu unsicher war, ob das Land zum großen europäischen Binnenmarkt gehören werde oder nicht. So ebbte der Strom hereinfließenden Kapitals merklich ab. Und gleichzeitig trat eine überraschende Wende ein. Viele in Österreich ansässige Unternehmen nutzten die Gunst der Stunde und beackerten jene Märkte, zu denen die Beziehungen bis weit in die Monarchie zurückreichten, von denen es aber durch Jahrzehnte abgeschnitten war: die ehemaligen RGW-Staaten, die nunmehrigen »Reformländer« oder CEEC (Central- and East European Countries), vor allem Ungarn, Tschechien, Slowakei, Polen und Slowenien. Zur stärkeren Annäherung an die Europäische Union investierten einige auch im großen Binnenmarkt der Gemeinschaft.

Das Resultat: Österreichs aktive Direktinvestitionen stiegen sprunghaft an und übertrafen von 1989 bis 1993 die Investitionen ausländischen Kapitals in Österreich spürbar: 1989 gingen 11,3 Milliarden Schilling hinaus, dagegen kamen nur 7,7 Milliarden herein, 1990 waren es 18,9 Milliarden zu 7,4 Milliarden, 1991 15,0 zu 4,2 Milliarden, 1992 20,6 zu 10,3 Milliarden, 1993 17,4 Milliarden zu 11,4 Milliarden, 1994 und 1995 war die Bilanz dann jeweils ausgeglichen.

Der Haken an der Sache: Treibende Kraft hinter diesem Internationalisierungsboom waren nicht zuletzt die Österreich-Ableger ausländischer Konzerne. »40 Prozent der österreichischen Direktinvestitionen in der EU (und 28 Prozent aller im Ausland) stammen von Unternehmen, die selbst Töchter ausländischer Investoren oder transnationaler Konzerne sind«, so der Experte der Österreichischen Nationalbank Peter Neudorfer. Ende 1995 – da war der Höhepunkt der Go-East-

Bewegung bereits überschritten – waren von den 894 Unternehmen, die von Österreich aus im Ausland investiert hatten, 179 selbst unter ausländischem Einfluß. Und zwei Drittel des investierten Kapitals stammte von Österreich-Ablegern transnationaler Konzerne.

Die Atempause währte im übrigen nicht lange. Der EU-Beitritt Österreichs 1995 löste eine sofortige »Trendumkehr« (Schenk) aus: Die Welle der Auslandsengagements der österreichischen Wirtschaft ebbte spürbar ab, gleichzeitig brach eine wahre Springflut ausländischen Kapitals über die Grenzen herein. »Ein ›Übernahmeboom‹ österreichischer Unternehmen durch ausländisches Kapital mit teilweise unerfreulichen Begleiterscheinungen ließ die Diskussion um den ›Ausverkauf‹ der österreichischen Wirtschaft wieder aufflammen«, so der Wifo-Experte: 1996 investierten Ausländer 47 Milliarden Schilling in Österreich, 1997 32 Milliarden, 1998 56 Milliarden und 1999 36 Milliarden Schilling. Allein in diesen vier Jahren kamen davon 94 Milliarden Schilling aus Deutschland.

Vor dem Hintergrund solcher Zahlen ortete Bellak bereits 1996 drei Trends am österreichischen Markt der Fusionen und Übernahmen: »Erstens nimmt die Größe der Transaktionen zu; zweitens ist zunehmend der industrielle Kern der österreichischen Industrie betroffen; und drittens werden nach und nach auch ›einfach‹ abzusichernde Verfügungsrechte an das Ausland veräußert (zum Beispiel jene im Besitz des Staates oder der verstaatlichten Banken). Es handelt sich dabei nicht um feindliche Übernahmen, sondern um einen aktiven Verkauf.«

Zum Stichtag Ultimo Dezember 1998 bilanziert die Österreichische Nationalbank – als Hüter der Währung auch der Buchhalter aller grenzüberschreitenden Transaktionen – als aktive Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen 2.805 Auslandstöchter (einschließlich Enkelunternehmen) mit zusammen 310.000 Beschäftigten. Dem stehen hierzulande 3.787 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung (Töchter und Enkel) gegenüber, in denen 390.000 Menschen beschäftigt sind. Während etwa die Schweiz, Finnland und Schweden – gemessen an der Wirtschaftskraft des Landes – rund 2,5- bis 3,5mal soviel im Ausland investiert hatten wie Ausländer in ihren Ländern, erreichen in Österreich die aktiven Direktinvestitionen nur rund zwei Drittel der passiven. Oder anders ausgedrückt: Während die Schweiz, Schweden und Finnland vor allem Positionen in fremden Ländern erobern, ist Österreich ein Land, das erobert wird. Und zwar von Deutschland.

Wie einseitig und asymmetrisch die deutsch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen verlaufen, zeigt bereits die Struktur der Herkunfts- und der Zielländer der Direktinvestitionen. Während am neu hereinströmenden Auslandskapital in Österreich nach wie vor die Mark dominierte, floß von Österreich aus das Kapital vor allem in die Reformstaaten im Osten. Während Ende 1998 40,2 Prozent des in Österreich investierten Auslandskapitals (gemessen am Gesamtkapital von rund 250 Milliarden Schilling) aus Deutschland stammte, gingen dorthin nur 16 Prozent aller österreichischen Investitionen. Österreichs liebste Zielregion ist Ost- und Mitteleuropa mit einem Anteil von 29,4 Prozent, wohin somit fast soviel ging wie in alle Euroländer zusammen (32,7 Prozent).

Aber auch in den USA wurde mit 15 Prozent fast gleich viel investiert wie in Deutschland. Vom Auslandskapital in Österreich entfielen auf die USA aber nur 8,4 Prozent, auf mittel- und osteuropäische Länder nur 2 Prozent, und selbst große EU-Länder wie die Niederlande, Italien, Frankreich und Großbritannien kommen nur auf Anteile von 4 bis 8 Prozent; lediglich die Schweiz und Liechtenstein mit zusammen 11,6 Prozent halten neben Deutschland noch einen zweistelligen Marktanteil.

Das ausländische Kapital, vor allem das deutsche, steckt größtenteils in Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten, also in der »für die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft wesentlichen Größenklasse«, wie Schenk anmerkt. Ende 1998 arbeitete knapp mehr als ein Drittel der Beschäftigten in solchen Unternehmen unter ausländischem Einfluß. Bei Betrieben mit mehr als 500 Mitarbeitern ist der Anteil noch höher; in der Sachgüterproduktion beträgt der Anteil bei diesen Betrieben (mehr als 500 Beschäftigte) bereits 60 Prozent.

Bellak kommt für die Industrie allein zu ähnlichen Ergebnissen: »Gemessen an der Beschäftigung hat der Auslandsanteil von 37 Prozent 1985 auf 53 Prozent 1994 (im Maximalszenario) zugenommen und ist praktisch in allen Branchen gestiegen. In den zehn Jahren von 1985 bis 1994 hat die Inlandsindustriebeschäftigung um 17 Prozent oder 100.000 abgenommen, die Beschäftigung in ausländisch dominierten Unternehmen parallel um 19 Prozent oder 40.000 zugenommen. 1994 betrug der Anteil der Auslandsbeschäftigten damit erstmals über 50 Prozent der Industriebeschäftigung.«

Dieser Trend habe sich in den folgenden Jahren noch verstärkt. Bellaks Nachsatz: Die Analyse des empirischen Materials habe gezeigt, daß Österreich einen der höchsten Anteile an Beschäftigten in ausländisch beeinflußten Industrieunternehmen innerhalb der OECD habe und »daß Deutschland seine überragende Stellung als Auslandsinvestor – gemessen an Kapital und Beschäftigung – ausgebaut hat«.

Schenk verweist vor allem auch auf »die dominierende Position internationaler Konzerne in den technologieintensiven Industriezweigen, das rasche Vordringen des ausländischen Einflusses in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen und im Handel«. So konzentriert sich ausländisches Kapital vor allem in der Elektro- und Elektronikindustrie, im Öl- und Chemiesektor, in der Telekom- und Informationstechnik, in der Pharma- und Biotechnologie, in der Metall- und

Maschinenindustrie. Und auch bei der Neuordnung der Energiewirtschaft werden die deutschen Riesen ein gewichtiges Wörtchen mitreden. Im Handel sind fast alle Bereiche – von Lebensmittel über Drogerie bis hin zu Unterhaltungselektronik – fest in deutscher Hand, teilweise mit Marktanteilen weit jenseits der 50 Prozent. Und im Dienstleistungsgeschäft geraten nach den Versicherungen, die traditionell stark unter ausländischem Einfluß stehen, nun auch die Banken immer stärker unter deutsche Kontrolle: Bank Austria, Bawag, PSK, Kontrollbank, Investkredit – durchgerechnet beträgt der »deutsche Marktanteil« wohl bald um die 50 Prozent.

Kurzum, vor allem die Schlüsselbereiche der Wirtschaft geraten immer stärker in Abhängigkeit von deutschem Kapital. Die Daten: Ende 1998 hat die Nationalbank in Österreich exakt 3.787 Unternehmen (2.525 Tochter- und 1.262 Enkelunternehmen) mit wesentlicher ausländischer Beteiligung registriert, an denen zusammen 3.013 ausländische Investoren beteiligt waren. Das Nominalkapital betrug 97 Milliarden Schilling, das Gesamtkapital 250 Milliarden und der Marktwert 343 Milliarden Schilling. In diesen Unternehmen waren zusammen 390.000 Mitarbeiter beschäftigt. Der alles beherrschende Investor war der große Bruder Deutschland, von dem allein – gemessen am Nominalkapital – 47,7 Prozent des investierten Kapitals kamen. 1990 lag sein Marktanteil erst bei 36,9 Prozent. 1998 hatten dann 1.405 deutsche Investoren mehr als 100 Milliarden Schilling (Gesamtverpflichtung) in 1.776 Unternehmen mit Sitz in Österreich stecken. Einschließlich deren Enkel-Unternehmen arbeiten 180.000 Beschäftigte in Firmen unter deutscher Führung.

Klaus Grubelnik ist Redakteur des österreichischen Wochenmagazins »Format« und Autor des Buches »Der zweite Anschluß. Deutschlands Griff nach Österreichs Wirtschaft«

Konkret 07/01, S. 20

zu Protokoll

»Wir werden dort das Sagen haben«, prognostizierte der Bundeskanzler im Juni 1999 für Südosteuropa. Zwei Jahre später gilt das für alle EU-Beitrittsländer vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer. Wer's nicht glaubt, kann es nachlesen in der lesenswerten Studie »Ergebnisse von Krieg und Frieden – Posten einer ökonomischen Bilanz Osteuropas« von Stefan Eggerdinger, die in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift »Streitbarer Materialismus« (Nr. 24, 220 Seiten, 15 Mark, Bestell-Fax 089-54070348) erschien. KONKRET dokumentiert einen Auszug

Zu den Auflagen der EU (für die Beitrittskandidaten in Osteuropa, Anm. d. Red.) gehören durch die Bank: Privatisierung, Reform der Renten- und Sozialversicherung, Rückführung der Staatsausgaben. (Im Falle Kroatiens wurde noch zusätzlich aufgenommen: Zusammenarbeit mit dem Haager »Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien« und konstruktive Mitarbeit im »Stabilitätspakt für Südosteuropa«.) Es ist klar und deutlich in den Publikationen der Imperialisten selbst nachzulesen, wozu die finanziellen »Hilfsprogramme« zur Vorbereitung auf den EU-Betritt (PHARE, SAPARD und ISPA) dienen sollen: dem Aufbau eines dem Imperialismus genehmen Rechtssystems, der Monopolisierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Zerschlagung der ökonomischen Basis der nationalen Bourgeoisien, der Herstellung einer dem Imperialismus genehmen Infrastruktur.

30 Prozent der Gelder aus PHARE, einem Vor-Beitritt-Unterstützungsprogramm, müssen für die Umbildung von Justiz und Innenpolitik verwendet werden. Einige Autoren freilich stellen fest, daß die PHARE-Gelder zum größten Teil für westliche Berater in Osteuropa ausgegeben werden. (So wird in der Tschechischen Republik – selbst auf Internet-Seiten involvierter Behörden – das PHARE-Programm mit dem Schneemenschen Yeti verglichen: Jeder redet davon, gesehen hat ihn noch keiner.)

Da beispielsweise die EU-Lebensmittel»hilfe« in erster Linie dem Abbau der eigenen agrarischen Überproduktion dient, sind Ausgleichszahlungen für die Bauern in Osteuropa nicht vorgesehen. Die gesamten zu erwartenden Transferzahlungen der EU im Zuge der Osterweiterung werden von vornherein auf 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der einzelnen Empfängerländer festgelegt, eine direkte Fortsetzung einer Ausgabepolitik, in deren Verlauf die EU an zwischenstaatlicher Hilfe für ganz Osteuropa 5 Prozent des Betrags ausgibt, den sie für Spanien, Portugal, Griechenland und Irland aufwendet.

Polen wird aufgekauft

Polen hat bereits 1997 einen Passus in seine Verfassung aufgenommen, wonach der polnische Staat auf Teile seiner Staatssouveränität verzichten kann, wenn das Land der EU beitritt. Der polnische EU-Unterhändler Kulakowski formuliert seine Probleme: »Als Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für Polen, die zugleich in den Verhandlungen besonders heikel seien, hatte Kulakowski die Einbeziehung der polnischen Landwirte in das System der Direktzahlungen, die Erlaubnis des Landerwerbs für Ausländer in Polen, die Öffnung des Binnenmarktes der EU für polnische Arbeitskräfte, die Umsetzung europäischer Umweltnormen und die Anforderungen an Polen zum Schutz der künftigen Außengrenze der EU im Osten genannt.«

Da wird Polen wenig Chancen haben: Wie gezeigt, lehnt die EU die Einbeziehung osteuropäischer Landwirte in das EU-Agrarsystem ab. Die EU verlangt weiter, daß der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten in Polen von derzeit 27 Prozent auf 5 Prozent gesenkt wird. Das wird etwa drei Millionen in der Landwirtschaft Arbeitende betreffen – Bauernlegen auf europäisch. So wird die Politik vollenden, was die Ökonomie von der polnischen Landwirtschaft noch übriggelassen hat, wenn ab diesem Jahr 75 Prozent der polnischen Einfuhrzölle für Agrarprodukte wegfallen müssen. Vor allem die Schröder-Regierung und ihr Vormann in Brüssel, Verheugen, bekämpfen ein Moratorium für den Aufkauf polnischen Bodens. Was das für das polnische Grundeigentum heißen wird, wenn die EU die Aufhebung der bisherigen, vom polnischen Staat erlassenen Beschränkungen durchsetzt, kann man sich vorstellen: Im EU-Durchschnitt kostet ein Hektar Ackerland 22.000 DM, in Polen 2.000 DM (übrigens ebenso in Ungarn und der Tschechischen Republik). Deutsche »Nachbarn« werden Polen kaufen.

Aber ebendiese Bundesregierung fordert ein anderes Moratorium, nämlich eines für die Zuwanderung polnischer Arbeiter in die BRD – die soll sieben Jahre lang ausgeschlossen bzw. stark eingeschränkt sein. Im übrigen soll das auch für die Niederlassungsfreiheit von Bau- und Handwerksunternehmen gelten. Eine Position des Kanzlers, die freudig von IG Metall und DGB unterstützt wird, aus blank chauvinistischen Gründen, nämlich aus Gründen »politisch-psychologischer Barrieren«.

Der Dezentralisierungsangriff

Die deutsch geführte EU regiert ganz ungeniert in Länder wie Polen hinein. Daß Polen, Verfassungsänderung hin oder her, schon gar nicht mehr gefragt wurde, als die neue Pipeline zwischen Sibirien und der BRD geplant wurde (deren Trasse

über polnisches Gebiet geht), ist da nur eine Kleinigkeit. 180 Gesetze muß der polnische Staat im Eilverfahren verabschieden, 80.000 Seiten EU-Recht übernehmen, will er Mitglied der EU werden. Mehr noch. Die EU hat durchgesetzt, daß Polen eine Verwaltungsreform vornahm, die zu einer Stärkung der Dezentralität geführt hat. Oberhalb der Gemeinden wurde eine zusätzliche Verwaltungsebene mit weitgehender Selbständigkeit gegenüber der Zentralregierung in Warschau eingefügt. Diese Verwaltungen arbeiten seither selbständig etwa mit der Weltbank zusammen und sind an den EU-Beitrittsverhandlungen beteiligt. Die Wojewodschaften haben bestimmte außenpolitische Kompetenzen, verfügen über eigene Abteilungen für grenzüberschreitende Angelegenheiten und europäische Integration. (Dies ist die Basis z.B. für die geplante enge Zusammenarbeit zwischen der Wojewodschaft Pomorskie und Mecklenburg-Vorpommern sowie zwischen den regionalen Regierungen von Brandenburg und der angrenzenden polnischen Region – alles unter weitgehender Ausschaltung der polnischen Zentralregierung. Einzelne polnische Regionen erwägen sogar die Einrichtung eigener Vertretungen in Brüssel – Lubielskie (die Region um Lublin) hat bereits seit 1999 eine. Wazowieckie (die um Warschau gelegene Region) plant eine Zusammenarbeit der »Hauptstadtregionen« mit der Ile de France, Budapest, Latium, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Das wird Berlin, Paris oder Rom nicht wehtun, sehr wohl aber dem polnischen Zentralstaat, der einen Teil seines Grenzregimes an den Imperialismus verliert. Im übrigen hatte bereits vor der erwähnten polnischen Verwaltungsreform (unter maßgeblicher Beteiligung der »deutschen nationalen Minderheit«) die Region Katovice mit der Warschauer Regierung einen Vertrag über die Erweiterung der Autonomie für Oberschlesien und erste Organe einer Selbstverwaltung geschlossen. Außenpolitische Handlungsfreiheit für die Grenzregionen in Zusammenhang mit der Politik der »Euroregionen« (s.u.) – das ist ein Programm der Zerschlagung nationaler Souveränität durch Schwächung der Zentralstaaten.

*

»Der schnellste Weg nach Europa führt über die Region« – eine Losung der ungarischen Separatisten in der Vojvodina. Es wird hier nicht auf die unselige Rolle der sogenannten »deutschen nationalen Minderheiten« bei der Zerschlagung staatlicher Souveränität in Osteuropa eingegangen. Daß die EU-Erweiterung auch sie wieder ins gelobte Land bringen soll, hat Kanzler Schröder auf dem »Tag der Heimat« des Bundes der Vertriebenen 2000 versprochen: »Damit wird sich den Kindern und Enkeln der Vertriebenen auch die Möglichkeit eröffnen, sich im Rahmen der europäischen Freizügigkeit« (die freilich nur von West nach Ost gelten soll – siehe oben) »an den Orten ihrer Eltern und Großeltern niederzulassen und dort am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben. Spätestens dann werden wir erreicht haben, wovon die Verfasser der ›Charta der Heimatvertriebenen‹ nur zu träumen wagten: ein geeintes, friedliches Europa der Menschen und der Menschenrechte.«

Hier soll in Beispielen darauf eingegangen werden, wie sehr alles, was unter Stichworten wie »EU-Osterweiterung«, »Eingliederung in die freie Marktwirtschaft«, »Wirtschafts- und Aufbauhilfe für Ost- und Südosteuropa« läuft, nicht nur, wie gezeigt, die innere Souveränität der betroffenen Länder zerschlägt, sondern auch ihre äußere, in erster Linie ihr souveränes Grenzregime. (Immerhin drei der fünf derzeit aussichtsreichsten Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft sind Reste vom Imperialismus zerschlagener Staaten, nämlich Estland, die Tschechische Republik und Slowenien. Wenn also zum EU-Gipfel in Zagreb im November 2000 aus Jugoslawien drei offizielle Vertreter reisten – Kostunica aus Serbien, Djukanovic aus Montenegro und der Unmik-Chef Kouchner für das Kosovo – so ist das eine Konstellation, die andere osteuropäische Länder schon früher erfahren haben.)

Die Euroregionen

Ganz Ost- und Südosteuropa ist überzogen mit einem Netzwerk an Kooperationsabkommen, Zusammenschlüssen und vor allem Euroregionen, die entweder die Einbindung der Länder insgesamt in eine außenpolitische Zusammenarbeit mit dem Imperialismus zum Ziel haben und/oder die Schwächung der staatlichen Zentralgewalt dieser Länder zugunsten eines »Ausfransens« von den Grenzen und Rändern her anstreben. Das reicht von der noch von Strauß vorangetriebenen »Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria« über Björn Engholms Vision einer »neuen Hanse« von 1987 zur »Erstellung eines neuen Raumordnungskonzepts für die Ostseeregion«, über die aus der 1988 gegründeten »Tetragonalen« (Italien, Ungarn, Österreich, Jugoslawien) hervorgegangene »Mitteleuropäische Initiative«, die »das Gebiet von Polen über Weißrußland und die Ukraine bis zur Moldau-Republik im Südosten und Slowenien im Westen umfaßt« bis zu Vorstellungen, wie sie die neue österreichische Regierung gerade vorgeschlagen hat, nämlich eine »strategische Partnerschaft« mit allen Nachbarn Österreichs.

Wohl das wichtigste imperialistische Instrument aber sind die Euroregionen. Allein auf polnischem Gebiet bestehen 13 Euroregionen, davon vier mit deutscher Beteiligung, von langer Hand vorbereitet durch den »großen Vertrag« vom 17.6.1991, der den Weg zur »regionalen, grenznahen und städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit« zwischen Polen und der BRD bahnen sollte. Diese vier deutsch-polnischen Euroregionen sind die entscheidenden. Denn sie beruhen nicht auf zentralstaatlichen, sondern auf regionalen Entscheidungen vor allem der Gemeinden (siehe oben) und werden über die EU-Institution INTERREG gesponsert. Diese vier westlichen Regionen bekommen das 40fache der finanziellen Mittel aus

Brüssel, Berlin und auch aus Warschau wie die Regionen im Osten des Landes. An der deutsch-tschechischen Grenze gibt es vier Euroregionen. Sie alle sollen in Zukunft noch stärker gefördert werden. Das Bundesfinanzministerium hat im Herbst 2000 angekündigt, die Investitionszulagen für Ostdeutschland in eben solchen Grenzregionen zu erhöhen. Die bundesdeutschen Arbeitsämter in den Euroregionen sollen, geht es nach dem Bundesrat, also dem parlamentarischen Träger des reaktionären deutschen Föderalismus, der hier wieder einmal seine Nützlichkeit erweist, zu Instrumenten des Regierens über die Grenzen hinaus werden: deutsche arbeitsmarktpolitische Instrumente sollen auch im Pendlerbereich, also für Arbeiter aus anderen Ländern eingesetzt werden können.

Wenn also die jugoslawische Teilrepublik Montenegro ohne Absprache mit Belgrad ihre Grenzen zu Kroatien und Albanien öffnet, wenn sie dafür belohnt wird, indem der Imperialismus sie von Flugverbot und Ölembargo und seit Mai 2000 auch vom Verbot für Finanztransaktionen ausnimmt, so mag das eine besonders drastische Form der Aufhebung nationalstaatlicher Souveränität durch Abtrünnigmachen ganzer Staatsteile sein. Vom Wesen her passiert solches seit Jahren in ganz Osteuropa. Die Imperialisten selbst sind es, die diesen Zusammenhang aussprechen, wie z.B. der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Lamers: Der Stabilitätspakt Südosteuropa müsse zu einer »Euroregion besonderer Art« führen, erklärte der vor dem Bundestag, bei der die EU die Balkanstaaten »dazu veranlassen und nötigenfalls auch zwingen kann, mitzuarbeiten«. n

Viele Länder Ost- und Südosteuropas haben keine Währungssouveränität mehr

Lettland: Kontrolle der Landeswährung über den IWF

Litauen:Kopplung der Landeswährung an den Dollar

Ungarn: Kopplung an den Euro

Bulgarien, Estland, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina:Kopplung an die Deutsche Mark

Die Deutsche Mark ist offizielle Währung in Teilen Jugoslawiens (Montenegro, Kosovo) und Zweitwährung in Bosnien-Herzegowina

(Zusammenstellung nach Eggerdinger, »Ergebnisse von Krieg und Frieden ...«)

Konkret 07/01, S. 22

Ralf Schröder

Maß für Maß

Weltpolitik is coming home – tote Juden, Joschka Fischer und der Zufall bringen die globalen Ansprüche Berlins und Brüssels voran

Die Europäische Union hat sich vorgenommen, im Nahostkonflikt eine deutlich prominentere Rolle zu spielen als bisher. Sie will in der Region nicht nur der großzügigste Geber von Finanz- und Entwicklungshilfe sein, sondern auch größeren politischen Einfluß ausüben. Das entspricht dem neuen Selbstverständnis einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die ein breites Instrumentarium zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung verlangt und erkennbar nach Bewährung drängt.

»FAZ«, 22.5.2001, 10 Tage vor Fischers Nahost-Mission

Was Shakespeare Isabella in »Maß für Maß« sagen läßt, das wäre eine gute Devise für Amerikas Auftreten in der Welt: »Ach, 's ist groß des Riesen Kraft; doch tyrannisch, dem Riesen gleich sie zu gebrauchen.«

»FAZ«, 13.6.2001, 10 Tage nach Fischers Nahost-Mission

Drei Tage vor dem Bush-Besuch auf dem Göteburger EU-Gipfel und pünktlich zum Redaktionsschluß dieser KONKRET-Ausgabe befaßte sich der Leitartikel der »FAZ« wieder einmal mit dem Zustand der europäisch-amerikanischen Partnerschaft. Nach dem Kalten Krieg habe es ein »Auseinandertreiben der Politik« gegeben. »Regionale, globale und strategische Fragen« würden heute »unterschiedlich beurteilt«, das zeige sich unter anderem am »Beispiel des Iraks«. Trotz der »Interessendivergenzen« müsse die transatlantische Partnerschaft die »großen Aufgaben« gemeinsam angehen, allerdings: »Was der Regierung in Washington guttäte, wäre eine Portion Bescheidenheit ..., unbeschadet der Tatsache, daß sich die Vereinigten Staaten im Zenit ihrer Macht befinden.« Die Hinweise auf den Irak und auf die Endlichkeit amerikanischer Dominanz sind kein Zufall; sie lesen sich wie das diskrete Fazit der jüngeren Großmachtkonkurrenz im Nahen Osten. An diesem mörderischen Wettbewerb nimmt, nachdem Außenminister Fischer Anfang Juni einen (sicherlich prekären) Waffenstillstand zwischen den Palästinensern und Israel vermittelte, Deutschland ganz offiziell teil.

Bereits vor der Fischer-Mission war die strategische Gesamtlage im Nahen Osten für die USA nicht gerade erfreulich. Seit langem streng verfeindet mit den Staaten Irak und Iran, die als Öllieferanten sowie als Adresse für Waren- und Kapitalexporte ziemlich bedeutend sind, scheiterte im vergangenen Spätsommer mit dem Treffen von Camp David Clintons Versuch, zumindest in Palästina geordnete Verhältnisse herzustellen. Seitdem sehen auch die Palästinenser Washington wieder uneingeschränkt als Gegner. Betrachtet man es in diesem Zusammenhang als – arbeitsteiligen – Block, steht EU-Europa ungleich besser da. Während die USA äußerst enge, aber sehr subventionsträchtige Beziehungen zu Ägypten und Saudi-Arabien unterhalten, sind die Deutschen und Franzosen in Teheran, in Bagdad und bei den Palästinensern hoch angesehen. Darüber hinaus herrschen zwischen Paris und Damaskus außerordentlich freundschaftliche Beziehungen. Wirkliche Feinde haben die Europäer in der Region nicht, echtes Mißtrauen wird ihnen allein von Israel entgegengebracht. Während die arabisch/iranischen Beziehungen der Europäer zudem wirtschaftlich lukrativ sind oder es werden sollen (Irak), haben sie zudem in den meisten politischen Streitfragen Rußland und China auf ihrer Seite. Dieser informellen Koalition, die das von der Uno verhängte und von den USA überwachte Embargo gegen Saddam Hussein mit wachsendem Selbstbewußtsein unterläuft, galten mittelbar die Bomben, die George W. Bush in seiner ersten größeren außenpolitischen Aktion Mitte Februar über dem Irak abwerfen ließ.

Auch in der Palästinafrage hat die EU beziehungsweise eine Reihe ihrer Staaten nach dem Scheitern von Camp David, das endgültig eine ernste Krise der Hegemonialpolitik Washingtons markierte, verstärkt die Konfrontation mit den USA gesucht. Und mit Israel. Im Oktober 2000 stimmten in der Uno-Vollversammlung neun der 15 EU-Staaten, darunter Frankreich und Österreich, für eine arabische Resolution, die Israel einseitig wegen der Anwendung »exzessiver Gewalt« verurteilte. Die übrigen EU-Mitglieder enthielten sich der Stimme. Ein solches Abstimmungsverhalten wurde danach in internationalen Gremien, etwa der Uno-Menschenrechtskommission, zur Regel.

In den vergangenen Wochen absolvierten Repräsentanten der EU-Mitgliedstaaten sowie Mitglieder des Brüsseler EU-Apparates gemeinsam mit ihren arabischen Freunden einen Staffellauf gegen die USA und Israel. Anfang März stellte die »Süddeutsche Zeitung« in einer Analyse der europäischen Nahostpolitik »ein Ende der übergroßen Vorsicht« gegenüber Israel fest. In dem Artikel wird die palästinensische Autonomiebehörde als »Pflegekind der EU« bezeichnet. Zudem werden EU-Diplomaten mit der Feststellung zitiert, für den Nahen Osten sei »Europa die langfristige Antwort«. Im April verlangte der Außenminister Belgiens, das im Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, von den Europäern eine »aktivere Rolle bei der Lösung des Nahost-Konflikts«. Ende April besuchte Ägyptens Präsident Mubarak Berlin und forderte ein stärkeres Nahost-Engagement der EU, außerdem bat er Bundeskanzler Schröder, eine Vermittlerrolle zu

übernehmen. »Mubaraks Appell«, so die »FAZ«, »stößt in Brüssel auf offene Ohren.« Anfang Mai forderte Dänemark »im Namen vieler EU-Regierungen die israelische Führung scharf zu einer politischen Kursänderung« auf (»FR«). Zwei Tage später mußte der israelische Außenminister Peres anläßlich der Eröffnung der neuen Botschaft in Berlin nach Angaben der »FR« zur Kenntnis nehmen, »im Moment« liege »das Haupthindernis für einen neuen Anlauf zu Nahost-Verhandlungen nach deutscher Einschätzung auf israelischer Seite«. Einige Tage später meldete die »FR«: »Die derzeitige EU-Ratspräsidentin, Schwedens Außenministerin Anna Lindh, und der EU-Außenkommissar Chris Patten fahren verbale Attacken auf Israel.«

Mitte Mai verlautbarte die EU, bei den anstehenden Gesprächen über die Handhabung des Assoziierungsabkommens werde Israel wegen falsch deklarierter Waren aus den besetzten Gebieten zur Rede gestellt. Obwohl es um eine Zollfrage und nicht um Sanktionen gehe, so zitiert die »SZ« EU-Sprecher, handele es sich bei der schärferen Beobachtung »israelischer Exportpraktiken« um eine Maßnahme »von hohem symbolischem Wert«. Am 20. Mai forderte die Arabische Liga das sofortige Eingreifen internationaler Streitkräfte, um Israel am »organisierten Töten von Zivilisten« zu hindern. In der »Spiegel«-Ausgabe vom 21. Mai beschuldigte der Uno-Sonderbeauftragte Larsen die israelische Armee, den Aufstand der Palästinenser weiter anzuheizen, und forderte, neben den USA müßten auch die Uno, Europa und Rußland in eine Konfliktlösung eingebunden werden. Am 27. Mai verlangten die Außenminister der 56 islamischen Staaten ein stärkeres Engagement der Europäer im Nahost-Konflikt. In einem Resümee dieser israelkritischen Kampagne schrieb die »FAZ« am 22. Mai, ein stärkeres Engagement der Europäer im Nahen Osten« werde »von den arabischen Staaten seit langem gefordert und von Israel inzwischen widerstrebend akzeptiert«. Das letztere ist Unfug: Wenn israelische Politiker ein stärkeres Engagement der Europäer befürworten, dann fast ausschließlich mit der richtigen Begründung, die EU-Staaten seien am ehesten in der Lage, mäßigend auf die Palästinenser einzuwirken.

Damit sah die Lage vor der Nahostreise Fischers so aus: Durch die konzertierte arabisch-europäische Agitation hatte die alte PLO-Forderung nach einer Internationalisierung des Konflikts einen bisher nicht gekannten Nachdruck erhalten. Dieser wurde befördert durch das in Politik und Medien festgestellte aktuelle amerikanische Desinteresse an dem Konflikt; das dadurch entstandene Vakuum, so hieß es einhellig, sei gefährlich und müsse gefüllt werden. Untermauert wurde der Anspruch auf europäische Zuständigkeit plötzlich durchweg mit dem geopolitisch gefärbten Hinweis, das »nahöstliche Pulverfaß« liege vor der EU-»Haustür« (»SZ«) beziehungsweise in einer »Nachbarregion«, in der »unsere Leute Urlaub machen« (Fischer).

Unmittelbar vor seiner Abreise hatte Fischer geäußert, mit seiner Tour wolle er lediglich die europäische Rolle in Nahost sowie die zugehörigen Friedensbemühungen des ehrlichen Maklers Solana stärken, keineswegs aber den USA in die Parade fahren. Auch nachdem ein palästinensischer Hamas-Selbstmordattentäter am 1. Juni vor einer Diskothek in Tel Aviv 21 Israelis ermordet und circa 120 verletzt und Fischer in der Folge Arafat die Zustimmung zu einer Waffenruhe abgerungen hatte, um mögliche israelische Vergeltungsmaßnahmen abzuwenden, blieb er demonstrativ bescheiden. Es sei zusammen mit anderen gelungen, eine »schlimme Tragödie vorläufig abzuwenden« (die in Wahrheit doch gerade stattgefunden hatte). Das Gewicht Europas, log der Minister in der Sprache der Diplomatie, sei durch seine Mission im Vergleich zu den USA nicht gewachsen.

Die politische Verwertung der jüdischen Leichen übernahm das zuständige Personal. Für die Berliner »Morgenpost« wurde Fischer zum »Friedensengel«; der »Spiegel« lobte, der Außenminister habe »den Sturz der Region ins Kriegschaos« verhindert. Tagesthemen-Kommentator Cichowicz stellte am 5. Juni zunächst klar, die »wahren Ursachen« für die Selbstmordattentate seien in der israelischen Politik zu finden, durch Fischer allerdings sei nun »das Fenster zum Frieden« wieder offen – »Chapeau, Herr Außenminister!«.

Während Hintergrundberichte vom stillen Stolz im Auswärtigen Amt kündeten, wurde anderswo geklotzt. Die »FAZ«: »Während ein amerikanischer Diplomat von Arafat vermutlich als Befürworter vor allem israelischer Belange angesehen worden wäre, erkannte Arafat in dem Europäer und Deutschen einen ehrlichen Mittler.« Die Amerikaner hätten »ein wenig irritiert ... zur Kenntnis nehmen müssen, daß Fischer ... gelang, was Sonderbotschafter Burns vor einer Woche nicht erreicht hatte«. Der »Spiegel« sah bereits Anzeichen amerikanischer Subordination: »Artig klopfte US-Botschafter Martin Indyk an Fischers Suite im Jerusalemer King David Hotel, um sich ... persönlich zu informieren. In der jordanischen Hauptstadt Amman kam der US-Sondergesandte William Burns – der unlängst in eigener Mission gescheitert war – zum Flughafen, um den Deutschen zu treffen.«

Der PLO-Gesandte Frangi bewertete die Fischer-Mission als »Glücksfall« und erklärte, die Vermittlerrolle der USA reiche nicht aus: »Ohne Europa kommen wir zu keinem Ergebnis.« Im »Spiegel«-Interview warnte der saudische Kronprinz Abdullah, der wenige Tage zuvor in Damaskus Rache für das vergossene Blut der Palästinenser geschworen hatte, eindringlich vor der jüdischen Lobby in den USA. Die Europäer hingegen besäßen »das politische, moralische und strategische Gewicht dafür«, eine Vermittlerrolle zu übernehmen. Während in den ersten Tagen nach der Fischer-Mission nahezu alle Medien über eine von der EU forcierte »Friedensinitiative der Staatengemeinschaft« (z.B. »FR«) halluzinierten, zu der Washington nicht eine Silbe verlautbarte, setzte der »Spiegel« noch eine Lüge drauf und behauptete,

»Israelis und Palästinenser« hofften auf »eine Friedensinitiative der Europäischen Union«. Auf den Punkt gebracht wurde das Ganze in einer Bildunterzeile des »Spiegel«, die den Außenminister bündig als »Nahost-Vermittler Fischer« vorstellt – eine Bezeichnung, auf die US-Diplomaten bisher ein Monopol hatten.

Der von deutschen und europäischen Strategen reklamierten weltweiten militärischen Zuständigkeit der künftigen EU-Eingreiftruppe hat Fischers Nahost-Auftritt die überfällige politische Basis verschafft. Hatten bisher in ähnlichen Fällen stets die USA die Federführung, rangen Fischer und Solana den Israelis die Etablierung einer EU-Beobachtergruppe aus »Sicherheitsspezialisten und Geheimdienstmitarbeitern« ab, die an »besonders brisanten Punkten die Einhaltung des Waffenstillstands« (»Spiegel«) überwachen soll. Eine offene Dynamik, die nicht nur vor Ort die europäisch-arabische Sache voranbringen kann, sondern auch materieller Ausdruck der in Brüssel und Berlin um sich greifenden Ambitionen in Sachen Weltpolitik ist. Mit dem Chor der einheimischen Gratulanten, die ihren Außenminister bei seiner Heimkehr beglückwünschten, lobte die »FR«, Fischer habe nun »erstmals außerhalb Europas eine tragende Rolle gespielt. Das ist eine neue Erfahrung.« Weitere werden hinzukommen. Maß für Maß.

P.S. Das Auswärtige Amt hat Berichte dementiert, die besagen, Fischer habe Arafats Einwilligung zu einer Waffenruhe durch die Drohung erpreßt, die umfangreiche deutsche Finanzhilfe für die Palästinenser zu streichen. Laut »Hamburger Abendblatt« (6.6.) hatte Fischer selbst diese Berichte zunächst als »Mischung zwischen Dichtung und Wahrheit« bezeichnet. Das läßt den Schluß nicht ganz abwegig erscheinen, Arafats Zustimmung sei durch die Zusage weiterer Unterstützung erkauft worden. Bezogen auf den politischen Ertrag wäre das Geld in Ramalla fraglos besser angelegt als an der Wall Street.

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 6/2001 über die rotgrüne Sozialpolitik

Konkret 07/01, S. 24

Peter Fasel

Buch des Monats 1

Robert Gellately: Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany. Oxford University Press 2001, 359 Seiten, 19,99 Pfund Sterling

Wo die Deutschen noch über Ressourcen für eine Fortsetzung des Krieges verfügten, stießen die US-Truppen, die im Frühjahr 1945 tief nach Süd- und Mitteldeutschland vordrangen, weiter auf massive und verlustreiche Abwehr. Selbst an der Westfront haben die Deutschen gekämpft, bis buchstäblich nichts mehr ging. Nicht nur gegen die Rote Armee, sondern auch gegen die US-Army bestand »kein Mangel an fanatischen Nazis, die bis zum Ende kämpfen wollten«, wie es am Schluß des Buches von Robert Gellately heißt.

Die massenweise willige Unterstützung des Naziregimes durch die »ordinary Germans« rückt mit dem neuem Werk des kanadischen Historikers erneut ins Zentrum der Diskussion um das Verhältnis zwischen der deutschen Gesellschaft und der nationalsozialistischen Elite. Nicht regimeinterne Entscheidungsprozesse, sondern die erfolgreichen Bemühungen der NS-Führung, die große Mehrheit der Deutschen für ihre Maßnahmen und Ziele zu gewinnen, somit die Art und Weise einer gelungenen öffentlichen Vermittlung nationalsozialistischer Politik stehen im Zentrum der Studie.

Gellately geht davon aus, daß die Naziregierung nach ihrer »Machtergreifung« 1933 nur Monate brauchte, um die überwiegende Mehrheit der Deutschen hinter sich zu bringen, eine Mehrheit, die, wenn auch nicht gleichmäßig im Zeitverlauf, bis Anfang der vierziger Jahre noch bedeutsam anwuchs. Der Konsens zwischen »Führung und Gefolgschaft« war zwar auf den diversen Politikfeldern und zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedlich groß, aber grundsätzlich bis zum Ende ungebrochen. Der Wille zum Sieg um jeden Preis, ein totales Feindbild und, gegen Kriegsende, auch der Terror, der nun weitere Kreise der Bevölkerung treffen konnte, schweißten die »Volksgemeinschaft« zusammen.

Das Regime baute einen riesigen Propaganda- und Unterdrückungsapparat auf (was Gellately weiß und beschreibt, auch wenn Hans Mommsen, der Gellatelys Buch verrissen hat, anderes suggeriert), *und* es verfügte über breiten aktiven Rückhalt in der Bevölkerung, der nicht allein auf Angst vor Terror oder Manipulation durch Propaganda beruhte. »Consent and coercion were inextricably entwined throughout the history of the Third Reich ...«

In den Anfangsjahren des Regimes war der Terror noch durchaus begrenzt und hauptsächlich gegen meist schon vorher durch die »guten Bürger« abgelehnte Minderheiten (Kommunisten, »Asoziale«, »Perverse«, »Berufsverbrecher«) gerichtet. Die Verfolgung bestimmter minoritärer Gruppen, die Reinigung des »Volkskörpers« von ihnen, war durchaus populär und galt als notwendig zur Wiederherstellung von »Recht und Ordnung«. Kripo und Gestapo waren nach Gellately eher beliebt als gefürchtet, ihre Taten fanden mehr Zustimmung als Ablehnung.

Die Nazis setzten auf Konsens mit und unter den Deutschen, soweit diese als »arisch« galten, nicht »gemeinschaftsfremd«, »erbkrank« oder unverbesserliche »Marxisten« waren. (Die Willkür dieser Definitionen hätte im Falle eines gewonnenen Krieges zweifellos auch einen gewissen Teil der bis dahin vom Terror nicht beziehungsweise nicht unmittelbar betroffenen Deutschen ans Messer geliefert. Während des Krieges gingen, im Zusammenhang mit Diskussionen um die Schaffung eines Gemeinschaftsfremdengesetzes, zwei Universitätsprofessoren davon aus, daß mindestens eine Million Deutsche zu den »Gemeinschaftsfremden« zählten, die ins Lager einzuweisen, zu sterilisieren beziehungsweise umzubringen seien.)

So hatte die Naziführung immer ein Ohr auf die öffentliche Meinung gerichtet. Sie wollte nicht nur durch Angst herrschen, sondern indem sie die Deutschen in ihrer großen Mehrheit für ihre Ziele begeisterte. Die Nazis bauten auf populäre Ressentiments und Vorurteile in weiten Teilen der Bevölkerung sowie auf die schlechten Erfahrungen vieler Deutscher mit der Weimarer Republik. »Many Germans, and not just those in the conservative, religious, or Nazi camps believed that the liberal Weimar Republic was a degenerate society, and that their country was on the road to ruin.«

Daß viele Gewaltmaßnahmen des Regimes relativ offen dargestellt wurden, hatte nicht zuletzt den Zweck, bei den »Volksgenossen« um Zustimmung zu werben. »A never-ending series of crime and punishment stories was published during the Nazi era ... The police also used newspapers to fulfil their political and racist missions.« Über die Konzentrationslager, polizeiliche Verfolgungen sowie diskriminierende rechtliche Bestimmungen erschienen zahlreiche Presseartikel, die die Wirklichkeit zwar beschönigten, über die Gesamtrichtung der Politik aber kaum Zweifel zuließen. Die meisten Journalisten brauchten einer direkten Zensur nicht unterworfen zu werden. Sie kooperierten bereitwillig. Die Sprache des Regimes forcierte die gesellschaftliche Entsolidarisierung, die Brutalisierung des Denkens und Handelns weiter Teile der Bevölkerung.

Das Regime konnte verschiedene praktische Erfolge aufweisen, die seinen Rückhalt in der Bevölkerung stärkten: Ankurbelung der Wirtschaft, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Wiederaufrüstung, Besetzung des Rheinlandes, Angliederung Österreichs und des Sudetenlandes. Auch wenn lokale und regionale Parteibonzen oft unbeliebt waren, wurde das Regime insgesamt kaum in Frage gestellt, und besonders Hitler blieb bis zuletzt von Kritik verschont. Das

»Meckern« über Versorgungsengpässe oder korrupte lokale Parteigrößen ging meist mit grundsätzlicher Akzeptanz des Regimes und seiner wesentlichen Maßnahmen einher.

Gellately spricht von einer dynamischen Wechselwirkung zwischen Propaganda und Bevölkerung. »Nazi plans and policies towards social outsiders combined ideological convictions with political calculations as to what German citizens would support, or at least tolerate.« Als die Tötung Zehntausender nichtjüdischer reichsdeutscher Behinderter im Zuge der sogenannten Euthanasie (»Aktion T4« u. a.) ab 1939 nur geringe Proteste hervorrief, konnte das Regime damit rechnen, daß bei der massenweisen Ermordung von Juden, Slawen und »Zigeunern« in den okkupierten Gebieten wenn nicht allgemeine Zustimmung, so zumindest Ruhe an der »Heimatfront« herrschen würde.

Die Minderheit der Regimegegner sowie die stigmatisierten Gruppen wurden durch die Medien und die hohe Denunziationsbereitschaft eingeschüchtert. Daß es das Klima der Angst gewesen sei, das *die* Deutschen daran hinderte, »aus der Reihe zu tanzen«, läßt sich allerdings schwerlich belegen. Gellately geht davon aus, daß sich die überwiegende Mehrheit der Deutschen durch die Unterdrückung bis wenige Monate vor Kriegsende kaum tangiert fühlte und dies auch nicht brauchte, weil sie sowieso nicht an Widerstand dachte.

Es war, wie Gellately formuliert, »not necessary for all Germans to become dyed-in-the-wool Nazis in order for the regime to actualize its ideological aims«. Um seine Pläne verwirklichen zu können, benötigte das Regime keineswegs den unbeschränkten Rückhalt (fast) *aller* Deutscher bezüglich *aller* seiner Ziele, auch wenn es dies fraglos anstrebte. So konnte ein Katholik die Maßnahmen zur Einschränkung des kirchlichen Handlungsspielraums ablehnen, gleichzeitig den Krieg unterstützen, ebenso die Inhaftierung »Asozialer« und anderer »Gemeinschaftsfremder« in Konzentrationslagern und die Verfolgung und Deportation der Juden. Gellately notiert bereits im Vorwort: »The consensus formed quickly, but was and remainded pluralistic, differentiated, and at times inconsistent.«

Die Deutschen seien 1933 mehrheitlich keine fanatischen Antisemiten gewesen, meint Gellately im Gegensatz zu Goldhagen. »Germany had an antisemitic tradition, but it would take some time for the Nazis to radicalize it.« Innerhalb weniger Jahren stimmte die Naziführung ihre Gefolgschaft durch die bewußt schrittweise vorgehende antijüdische Politik und die antisemitische Propaganda auf die »unumgänglichen radikalen Maßnahmen« gegen die Juden ein. Die rassistischen Vorgaben des Regimes wurden bald mehr oder weniger von der »arischen« Bevölkerung übernommen, welche die Entrechtung, Verfolgung und »Entfernung« der Juden weithin akzeptierte.

Gellately fragt, wie die Polizei ihrer Aufgabe überhaupt gerecht werden konnte, denn Kripo und Gestapo vermochten die Bevölkerung aus personellen Gründen nicht selbst flächendeckend zu kontrollieren. Daher waren sie auf Denunziationen angewiesen, die sie von den »ordinary Germans« auch in solcher Zahl erhielten, daß der weitaus größte Teil aller Gestapofälle auf der unaufgeforderten Zuarbeit der »Volksgenossen« beruhte. »In fact, the Gestapo tended to be reactive and waited for information to come from the outside. Most of it came from ›ordinary‹ Germans, that is, civilians who were not even member of the Nazi Party.« Die deutsche Gesellschaft überwachte sich zwischen 1933 und 1945 weitgehend selbst.

Denunziationen wurden nicht nur der Polizei, sondern auch Parteigliederungen und Führungsfiguren vorgetragen, die sich dann oft ihrerseits deswegen an die Gestapo wandten. Die Gründe für Denunziationen waren verschieden, ideologisch oder persönlich motiviert, nutzten aber in der Regel dem System, vor allem der Durchsetzung seiner Rassenpolitik, während des Krieges insbesondere in bezug auf die Millionen Zwangsarbeiter. Ein Klima der Denunziation herrschte auch in der Wehrmacht. Am Beginn eines Verfahrens wegen »Wehrkraftzersetzung« stand in der überwiegenden Zahl aller Fälle die Denunziation des Betroffenen durch einen »Kameraden«.

Unter der Minderheit von Regimegegnern schuf das Denunziantentum eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Angst, die die Kommunikation unter den Regimegegnern erschwerte und die Bildung organisatorischer Zusammenhänge behinderte. Wem konnte man trauen? »Because many ordinary people served as the eyes and ears of the police, those who might have wished to resist could not gather to organize or to form solidarities. Those who still wanted to say ›no‹ had to swim against the tide, and were driven to individual acts of defiance that were important for them as moral individuals, but in the short run not threatening to the dictatorship.«

Nachbarn, Kollegen, Verwandte, selbst Familienangehörige wurden Opfer von Denunziationen. »Manipulating the System ›from below‹« charakterisiert Gellately die vielen Denunziationen aus weniger politischen denn eigensüchtigen Motiven. So berichtet er von einem seit 36 Jahren verheirateten »arischen« Mann aus Hamburg, der seine jüdische Frau bei der Gestapo anzeigte, weil er und seine Schwester die gemeinsame Wohnung für sich allein haben wollten. Die Ehefrau starb in Auschwitz.

Die Deutschen zogen 1939 loyal, wenn auch ohne Begeisterung in den Krieg. Mit den schnellen Siegen der Wehrmacht, besonders über den »Erbfeind« Frankreich, erreichte die Popularität des Regimes und Hitlers ihren Höhepunkt. Nach dem Überfall auf die UdSSR 1941 ließen sich die meisten Deutschen von den Anfangserfolgen ihrer Streitkräfte berauschen. Die Weltherrschaft schien in greifbare Nähe gerückt, und viele hofften, bald von den Reichtümern des eroberten Ostens zu

profitieren. Ab 1943, als die militärische Lage zunehmend aussichtslos wurde, erschien »der Führer« als einzige Rettung vor dem angeblichen Vernichtungswillen der Feinde.

Daß die Juden im »Osten« ein schlimmes Schicksal erwartete, mußte nach allem, was in den Jahren davor geschehen war, allgemein bekannt sein, ebenso wie kaum Illusionen über den Umgang mit den »slawischen Untermenschen« bestehen konnten. Im Reich erschienen während des Krieges zahlreiche Artikel über die Juden als die Schuldigen am Weltkrieg, über Judengettos und Zwangsarbeit. Hitler kündigte 1939 offen die Vernichtung der »jüdischen Rasse« im Falle eines Krieges an, bekräftigte diese »Prophezeiung« bei späteren Gelegenheiten, und Goebbels bezog sich in seinen Artikeln und Reden mehrfach auf sie.

Ohne letztlich Zweifel an der Entwicklung ihrer Politik zu lassen, legten die Naziführer doch Wert darauf, die *Technik* der Menschenvernichtung und ihren *Gesamtumfang* geheimzuhalten. Erzählungen über Massenerschießungen und Todeslager kursierten gleichwohl in großer Zahl. Der weitgehend isolierte Victor Klemperer hörte im März 1942 erstmals von Auschwitz und seinem Ruf als besonders entsetzlichem Lager. Die BBC brachte seit Mitte 1942 Berichte in deutscher Sprache über Massenmorde an Hunderttausenden von Juden, wenn auch unvollständige.

Im Kriegsbeginn sieht der Autor den Anfang einer »Revolutionierung« der NS-Revolution. Das Regime begann mit der Umsetzung seiner weitgesteckten Eroberungs- und Vernichtungsziele und verschärfte in Deutschland selbst die Repression. Die enorme Ausweitung des Lagersystems im Reich blieb den Deutschen nicht verborgen. Allein in der Reichshauptstadt gab es während des Krieges rund 30 KZ-Außenlager und 700 Lager für »Fremdarbeiter«.

Seit der Invasion der Alliierten 1944 will Gellately in Deutschland eine erneute »Revolutionierung« erkennen, indem das Regime jetzt offen terroristisch auch gegen (kleinere) Teile der bislang vom Repressionsapparat nicht betroffenen Bevölkerung vorging. Der Konsens zwischen Regimeführung und »Gefolgschaft« begann zu bröckeln, viele sehnten das Kriegsende herbei. SS, Wehrmacht und Gestapo ermordeten angesichts der vorrückenden alliierten Truppen Tausende von Gefängnisinsassen, Zwangsarbeiter und »Defätisten«. Während der »Evakuierung« der Konzentrationslager starb in den letzten Kriegsmonaten eine Viertelmillion Häftlinge. Deren Schicksal rief bei den vielen Deutschen, die Zeugen der Todesmärsche wurden, nur vereinzelt Mitgefühl hervor. Größeren Widerstand hat es auch in der letzten Kriegsphase in Deutschland nicht gegeben.

Die deutsche Ausgabe erscheint im Frühjahr 2002 bei der Deutschen Verlagsanstalt.

Peter Fasel schrieb in KONKRET 6/99 über die deutsch-österreichische Begründung des Kriegsbeginns von 1914

Konkret 07/01, S. 26

Peter Kratz

Deckname Humanismus

»Nicht jeder kann alles bekommen.« – Über die Selektionsprogramme medizinethischer Vordenker in der Bio-Hauptstadt Berlin

Berlin ist auch die Hauptstadt der Biotechnologie, von einem »Berliner Biowunder« schreibt der »Tagesspiegel«. Der medizinisch-industrielle Komplex, der in Berlin sitzt, besteht aus Siemens (Medizintechnik), Schering (Fortpflanzungsmedizin), Berlin-Chemie (heute wie zu VEB-Zeiten ein Pharma-Marktführer in Osteuropa) sowie den gen- und biotechnologischen Forschungszentren der Medizinischen Fakultät der Humboldt-Universität auf dem »Campus Buch« in Pankow, die im Humangenomprojekt und an Gentherapien für ökonomisch interessante Patienten arbeiten. Von den zwei Milliarden Mark, die Forschungsministerin Edelgard Bulmahn zum »Jahr der Lebenswissenschaften« für die Bioforschung ausgeben will, fließt ein Großteil nach Berlin.

Mit traditioneller, etwa christlicher Ethik kommen weder Biowissenschaftler noch Betriebs- und Volkswirte der New Economy sehr weit. Hilfe verspricht da eine Organisation, in der sich Politiker aus SPD, PDS und Grünen, vom SPD-Staatssekretär Gerd Wartenberg bis zur Berliner PDS-Fraktionsvorsitzenden Carola Freundl, von Gregor Gysi bis Frieder Otto Wolf engagieren und die der Biotechnologie und der Beseitigung von Hindernissen und unerwünschten Folgen »medizinethisch« den Weg bereitet: der Humanistische Verband Deutschlands (HVD). »Humanisten« des HVD helfen mit ihren Zeitschriften, einem »medizinethischen Beirat« und Verbindungen, die bis zum »Medizinethiker« Peter Singer reichen, eine neue, viel praktischere Ethik zu entwickeln.

Die »Berliner Medizinethischen Schriften« aus dem Humanitas Verlag Dortmund werden »im Auftrag des HVD« von Uwe Körner herausgegeben, einem verspäteten Schüler des Sozialdarwinisten Ernst Haeckel. Körner, der in Jena an Haeckels altem Institut Biologie studierte, hat in der DDR die Medizinethik mitbegründet und vertritt heute dieses Fach an der Charité in Berlin. Der HVD sieht sich unter anderem in der Tradition von Haeckels »Monistenbund«, einer bürgerlich-materialistischen, teilweise naturreligiösen Sekte. Haeckel, der sich 1904 in Rom von rechten Freidenkern zum »Gegenpapst« hatte ausrufen lassen und im Ersten Weltkrieg für die deutschen Kriegsziele warb, wurde posthum von den Nazis als »Wegbereiter biologischen Staatsdenkens« verehrt. Die DDR ehrte Haeckel als Wegbereiter des Materialismus durch Haeckel-Straßen, Haeckel-Oberschulen und ein Forschungsschiff »Ernst Haeckel«. Die riesigen biologischen Sammlungen, die der weltbekannte Naturforscher der Universität Jena hinterlassen hatte, waren ein Image-Erbe, das die DDR nicht ausschlagen wollte.

Zum Programm der »Medizinethischen Schriften« zählt das »utilitaristische«, ökonomisch begründete Verhindern, Sterben-beziehungsweise Unbehandeltlassen und aktive Töten unbrauchbarer, zu teurer, »überzähliger« Embryonen, behinderter Säuglinge, Schwerkranker oder Alter. Ihre Medizinethik ist eine Kosten-Nutzen-Rechnung. Hier schreibt der Euthanasie-Arzt Pieter Admiraal, mit dessen niederländischen »Humanisten« – treibenden Kräften der Euthanasie-Legalisierung – der HVD eng zusammenarbeitet. Die Holländer helfen auch mit Lehrmaterial beim »Lebenskunde«-Unterricht, den der HVD an den staatlichen Schulen Berlins in Konkurrenz zum Religionsunterricht der Kirchen anbietet; für die weltanschauliche Führung von 25.000 Schülern erhält er – vor allem aufgrund der politischen Rückendeckung von SPD und PDS – Millionen Mark aus dem Landesetat, während über die Schulbildung Behinderter mangels ausreichender integrativer Gymnasialplätze in Berlin das Los entscheidet.

Der Präsident des HVD, der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Stöckel aus Dortmund, fordert die »Möglichkeit der aktiven Sterbehilfe in Deutschland«, weil sonst viele Schwerstkranke »letztlich ohne Hilfe bleiben«. Unter dem Titel »Verteilungsgerechtigkeit und Generationenkonflikt« fragte in den »Medizinethischen Schriften« der Göttinger Professor Arne Kollwitz, der, wie Admiraal, Mitglied des medizinethischen HVD-Beirates ist: »Uneingeschränkte Gesundheitsleistungen auch für Ältere? Haben die Alten noch ein Recht auf so teure High- Tech-Medizin? Was kann man zur Eindämmung der Gesundheitskosten tun?« Die Antwort: »Die Ressourcen sind knapp. Nicht jeder kann alles bekommen. Rationierung ist erforderlich.« Er stellte die »überproportionale« Inanspruchnahme des Gesundheitssystems durch Ältere dar und empfahl, »Rationierungsentscheidungen ... nicht mit moralischen Absolutheitsansprüchen anzugehen«, »Egoismus und Anspruchsdenken« zurückzudrängen und endlich eine »öffentliche Diskussion über die Stellung der Alten in der Gesellschaft« und »über deren Rechte und Pflichten« zu beginnen.

Ein drastisches Beispiel für die HVD-Ethik bot ein Artikel von Ludwig Grauel, Neugeborenenmediziner an der Charité, über »Grenzen der Lebensbewahrung in der Neugeborenen-Intensivtherapie«: »Das ist doch kein Spaß, die Intensivmedizin«, so Grauel, »das kostet auch Geld, und das verbraucht auch Ressourcen ... Es lassen sich nicht alle Verfassungsgarantien für jeden verwirklichen, das muß man sich auch einmal klarmachen«; der Arzt, nicht die Eltern, solle entscheiden, ob das Kind lebt oder stirbt.

1997 brachte die HVD-Mitgliederzeitschrift »Diesseits« einen Aufruf »weltweit angesehener humanistischer Wissenschaftler für das Klonen von Lebewesen«: »Die menschlichen Fähigkeiten scheinen sich nur graduell, nicht in der Art und Weise, von denen höherer Säugetiere zu unterscheiden ... Künftige Entwicklungen des Klonens menschlicher Zellen oder auch das Klonen von Menschen selbst führt nicht zu moralischen Problemen, die mit menschlicher Vernunft nicht zu lösen wären.« Ob Mensch, ob Tier, diesen Experten des Humanismus ist alles gleich, wenn es um die ökonomische Verfügbarkeit von Leben geht. »Wir rufen auf zur Fortsetzung eines verantwortungsvollen Ausbaus der Klon-Technologie«, denn »Maschinenstürmerei« sei »historisch gesehen« nicht »produktiv«.

Unterzeichnet war der Aufruf unter anderen von Admiraal und dem Sozialdarwinisten Richard Dawkins (*Das egoistische Gen*), der Vizepräsident der britischen »Humanisten« ist. Die British Humanist Organization, mit der der HVD ebenfalls zusammenarbeitet, fordert auf ihrer Internetseite die Legalisierung der »aktiven Euthanasie« bereits beim »Verlust aller Dinge (!), die das Leben lebenswert gemacht haben«. Den Klon-Aufruf nutzte Körner als »Bundesbeauftragter des HVD für Medizinethik« im anschließenden »Diesseits«-Kommentar zur Selbstkritik: »Ein ›weltweites‹ Verbot des Menschenklonens, wie von mir in einer Erklärung im März des Jahres (1997) noch gefordert, muß nicht sein«, wenn das Menschenklonen »prinzipiell allen in geldbestimmter Liberalität verfügbar« sei.

Später kommentierte Frieder Otto Wolf, ein Führer des linken Flügels der Grünen und Mitglied des Berliner und des Bundesvorstands des HVD, in einem »Diesseits«-Schwerpunkt zur Gentechnik das alte Klon-Bekenntnis: »Ein wirklich zeitgemäßer Humanismus steht offenbar hier vor der dringenden Aufgabe, den ›Daniel-Düsentrieb-Optimismus‹ kritisch zu durchdringen und aufzulösen«, was immer das heißen soll, und wandte sich gegen »Denk- und Diskussionsverbote« durch die Biotech-Gegner. Körner ergänzte, die damalige Gesundheitsministerin Andrea Fischer betreibe ein bloßes »Ideologiespektakel« um den Embryonenschutz.

Kriterien »humanistischer« Menschenselektion präsentierte Körner bereits 1995 in der Schriftenreihe »humanismus aktuell« des HVD, in der auch der Dortmunder Thomas Meyer, stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD und Mitglied des Bundesvorstands des HVD, publiziert. Mit Bezug auf die Hirntod-Diagnose als Voraussetzung der Organentnahme für eine Transplantation stellte Körner »Fragen zum menschlichen Leben und zum menschlichen Tod«, um eine »Grenze des Menschseins zu bestimmen, jenseits derer es dann um ›lebensunwertes‹ und ›erhaltensunwertes‹ Leben ginge«, das »un« immer fettgedruckt. »Leben« bedeute die »ganzheitliche Aktivität des Organismus«, was nicht nur »Stoffwechsel«, sondern auch »Fortpflanzung« und »bestimmte Teilmomente artspezifischer Sozialstruktur wie Nahrungs- und Brutrevier, Rangplatz in einem Sozialverband u.ä.« beinhalte; wo dies nicht mehr existiere, folgerte der Sozialdarwinist in biologistischer Übertragung, sei das menschliche Individuum als »Organismus« in seiner »ganzheitlichen Existenzweise« bereits tot. Sein Leben erscheint als »erhaltensunwert«.

Was die Thesen dieser Humanisten besonderem Verdacht aussetzt, sind die Verbündeten und die Geschichte des HVD. Zumindest eine Fraktion der heutigen deutschen »Humanisten« gehörte in den dreißiger und vierziger Jahren ebenso zum Spektrum des antisemitischen und antichristlichen »Kirchenkampfs« der Nazis wie die Freireligiösen und die Deutschen Unitarier, mit denen der HVD freundschaftlich verbunden ist. HVD-Präsident Stöckel sieht sie alle, auch Haeckels Monistenbund, als Teile derselben »freigeistigen« Bewegung. Ihr gemeinsamer Ideologe Hubertus Mynarek propagierte in »Diesseits« seine Hierarchie der Natur, in der »schwerkranke Menschen« unterhalb von »gesunden Pflanzen« stehen. »Diesseits« warb Ende der neunziger Jahre auch wiederholt für Mynareks »Ökologische Religion«, die politische Gegner als »Irrläufer der Evolution« bekämpft und von Mynareks Anhängern, die er sowohl bei Freireligiösen und Deutschen Unitariern als auch zahlreich im HVD fand, behauptet, sie hätten den nächsten Schritt der Evolution bereits vollzogen.

Gemeinsam mit dem Euthanasie-Propagandisten Peter Singer gibt Mynarek die HVD-nahe Zeitschrift »Aufklärung und Kritik« heraus, in der auch »Diesseits«-Autoren wie der Marburger Philosophieprofessor Joachim Kahl und der Verfassungsschützer Armin Pfahl-Traughber publizieren. Die Themen der Zeitschrift reichen von der Würdigung Haeckels bis zu Singers »Praktischer Ethik« der Euthanasie und »Ethik der Embryonenforschung«. Diese »humanistische« Lobbyarbeit hilft nicht nur, Kosten im Gesundheitswesen einzusparen, die als Subventionen in die Biotechnologie fließen können, sie eröffnet auch bisher ethisch geächtete Produktionslinien der New Economy.

Die Verbindungen nach Rechts sind vielfältig. So wurde in »Diesseits« für Veranstaltungen der von prominenten Nazi-Rassisten begründeten »Freien Akademie« geworben; »Humanisten« aus Niedersachsen betreiben gemeinsam mit Aktivisten der antisemitischen Ludendorffer-Sekte die neuheidnische »Ahnenstätte Conneforde«, ein privater Nazifriedhof, auf dem die Grabsteine Runen tragen. In Berlin präsentierte der HVD noch 1998 als die einzige »›echte‹ freigeistige Bibliographie«, die historische und aktuelle Beiträge zur »humanistischen« Weltanschauung aufliste, ein Buch mit einem langen Kapitel über die »nationalsozialistische Weltanschauung« und Alfred Rosenbergs *Mythus des 20. Jahrhunderts*.

Die deutsche Biozukunft scheint auch weiterhin gesichert. Auf den gut besuchten Jugendweihe-Feiern des HVD sprachen in den letzten Jahren zum Beispiel Gregor Gysi, Petra Pau, Michaele Schreyer, Renate Künast, Christine Bergmann oder Guido Westerwelle. Den Parlamentarischen Staatssekretär Gerd Andres vom Arbeits- und Sozialministerium präsentiert »Diesseits« stolz als einen der ihren, die PDS-Bundestagsabgeordnete Maritta Böttcher sitzt im HVD-Vorstand, die FDP-

Generalsekretärin Cornelia Pieper machte denselben Job vorher für den HVD.

Peter Kratz schrieb in KONKRET 1/2001 über den Ex-Unitarier und Berliner Senatssprecher Helmut Lölhöffel

Konkret 07/01, S. 28

Rayk Wieland

Der Loyalist

Was Sie schon immer über Gregor Gysi gewußt haben, ihm aber dann vielleicht doch nicht zutrauten, steht nun in seinen politischen Erinnerungen

*Bei Gerhard Schröder besticht nicht nur der Erfolg, sondern auch der Weg, den er zurücklegen mußte, um ihn zu erringen. Seine Mutter war alleinerziehend und arbeitete überwiegend als Putzhilfe. Er hatte mehrere Halbgeschwister, und man kann mit Fug und Recht sagen, daß er in armen Vwerhältnissen aufgewachsen ist. Er konnte sich als Kind fast nichts leisten. Seiner Mutter war es auch nicht möglich, ihm den direkten Weg bis zum Abitur zu finanzieren. Er mußte auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur nachholen. Alles hat er sich selbst erarbeitet, sein Studium, seinen Anwaltsberuf und seine Karriere. Hilfe von außen konnte er zu keinem Zeitpunkt erwarten, schon gar nicht aus familiären Kreisen. Einem solchen Weg muß ich schon deshalb Respekt entgegenbringen, weil meine Startbedingungen unvergleichlich viel günstiger waren. Keine Sekunde glaube ich, daß ich mich so erfolgreich wie Gerhard Schröder entwickelt hätte, wenn ich in solchen Verhältnissen aufgewachsen wäre. Menschen, die das trotzdem schaffen, bleiben dadurch für immer geprägt. Entgegen dem Urteil seiner linken Kritiker ist er nicht beliebig, sondern sehr wohl kulturell und traditionell Sozialdemokrat. Im Unterschied zu anderen kann er nachempfinden, was Armut bedeutet.**

Selten hat einer eine breitere Schleimspur gezogen als Gregor Gysi in seinem Erinnerungsbuch *Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn*. Das nun wirklich einfältige Lied vom großen Mann aus kleinen Verhältnissen, Gysi singt es mit einem Pathos, das er für seine gleichfalls aus ärmlichen Verhältnissen stammenden, aber kaum so korrupten Vorgänger an der Spitze der Kommunistischen Partei wohl nicht erübrigt hätte. Fehlt nur noch, daß er sich erkundigt, ob Schröder nicht eventuell einen Job für ihn wüßte. Fehlt nicht: *Ich weiß nicht, ob Gerhard Schröder Menschen, die günstigere Bedingungen hatten, um diese beneidet. Ich glaube, er tut es nicht, aber ich nehme an, daß er im Laufe seines Lebens wegen seiner Herkunft auch gedemütigt worden ist. Bei einem unserer Gespräche fragte ich ihn, wie ideologisch die Unternehmer in Deutschland seien, mit anderen Worten, ob ich auch aus dieser Richtung Aufträge erwarten könnte, wenn ich in den Anwaltsberuf zurückkehrte. Er sagte, da hätte ich nichts zu befürchten, weil für solche Leute der gleiche Stallgeruch entscheidend sei.*

Das hätte man nun vielleicht doch nicht für möglich gehalten: daß der Chef einer wie auch immer degenerierten spätpostkommunistischen Partei nach einem unverlangten Ständchen für einen deutschen Kanzler, der eben die Bombardierung Belgrads absolviert hat, die vertrauensvolle Unterredung mit demselben sucht, um die Bereitschaft der deutschen Industrie zu sondieren, ihm, Gregor Gysi, nach seinem Abtritt als Fraktionschef und Oppositionskasper ein Auskommen zu verschaffen. Er hätte zum Arbeitsamt gehen, Flüchtlingsinitiativen beraten, ehemalige Zwangsarbeiter vertreten oder auch den Pressesprecherposten beim evangelischen Kirchentag anvisieren können – aber so schulbuchmäßig, klassisch das Renegatenticket einzulösen und ohne Not, ja stolz herumzuzeigen, das ist schon, mit Horst Tomayer zu sprechen, »über alle Maßen / nicht zu fassen«.

Die Sorte Andienerei und Geltungssucht zieht sich durch das gesamte Buch, das einzig zu dem Zweck geschrieben scheint, Gysis Licht als Quarkplaudertasche heller erstrahlen und ihn erneut die Wichtigtuer-Ehrenrunde durch sämtliche Talkshows machen zu lassen. Er giert nach Mitmachen. Mit allen am Tisch sitzen und reden, das kann er und das will er auch, Loyalität scheint seine vorrangige historische Mission zu sein. Waren ihm bis Ende der neunziger Jahre, wg. des Quasiboykotts der PDS und vermeintlicher Stasihandreichungen, in Sachen Renommisterei noch Grenzen gesetzt, so hat er in den letzten Jahren auch diese Demarkationslinien überwunden und seinen persönlichen Anschluß an den Klassenfeind perfekt gemacht. *In einer parlamentarischen Gesellschaft*, erläutert er, *kann man ohne das politische Gespräch, den politischen Dialog in die Gesellschaft hinein, nicht wirksam werden. Das war für mich immer selbstverständlich. ... Dabei habe nicht nur ich Einfluß auf andere genommen, sondern diese auch auf mich. Dagegen habe ich mich nie gewehrt, im Gegenteil.* Das Gegenteil von Sichwehren, was könnte das sein? Hingabe? An den eigenen Opportunismus?

Unter der Kapitelüberschrift »Unerwünschte Gespräche« kommt Gysi auf die von ihm keineswegs unerwünschten, sondern besinnungslos herbeigesehnten Kontaktaufnahmen zu sprechen. *In Zeiten der Feme verhelfen Empfänge und Essen, an denen ich mich sonst nicht so gern beteilige, zu einem gelegentlichen Kontakt oder kurzen Gespräch ... – Bei einem Neujahrsempfang des Bundespräsidenten konnte ich ihn erfreuen ... – Noch in der Zeit, in der Hans-Dietrich Genscher Bundesaußenminister war, schickte ich diesem einen Glückwunsch zu seinem 65. Geburtstag und bot ein Gespräch an ... – Die Kontakte zu ... Wolfgang Gerhardt waren freundlich, sogar kollegial. – Am intensivsten ist der Kontakt zu Guido Westerwelle. ... Ich bin davon überzeugt, daß nicht nur ich ihn, sondern auch er mich mag ... – Zum Tag seines Ausscheidens* (W. Schäubles Rücktritt vom Partei- und Fraktionsvorsitz; R.W.) *habe ich ihm mit der Hand einen Brief geschrieben, was ich nur äußerst selten tue. ... Es liegt schon eine gewisse Tragik darin ... – Zu meinem ersten ausführlichen Gespräch mit Helmut Kohl kam es im Juni 1999. Ich hatte in der Zeit davor registriert, daß er meinen Reden sehr viel aufmerksamer zuhörte und bei Übereinstimmungen gelegentlich sogar applaudierte. ... In den Gesprächen*

verdichtete sich bei mir der Eindruck, daß er durchaus Interesse daran hatte, sein Bild von mir zu erweitern. – Erstaunen löste in der Öffentlichkeit aus, daß ich mich für einen Redebeitrag Helmut Kohls zum zehnten Jahrestag der deutschen Einheit ... einsetzte. ... Ich bin es irgendwie leid, daß in Deutschland zu Jahrestagen immer Unbeteiligte reden und nicht jene, die an den jeweiligen Ereignissen verantwortlich mitgewirkt haben. ... Außerdem ärgerte es mich, daß man Helmut Kohl fallenlassen wollte, nur weil inzwischen ein Ermittlungsverfahren wegen Untreue zum Nachteil der CDU gegen ihn lief. Doch selbst wenn er in der Zeit noch ganz andere Dinge angerichtet hätte, er war nun mal der Kanzler, als es zur deutschen Einheit kam. – Im Januar 2001 traf ich mich zum erstenmal zu einem persönlichen Gespräch mit ... Angela Merkel. Es hatte keinen politischen Hintergund. ... Wir hatten uns beim Essen des Bundespräsidenten zu Ehren ... gesehen. – Zweifellos ist Joschka Fischer einer der intelligentesten Politiker, über die Deutschland gegenwärtig verfügt. ... Die gegenwärtig gegen ihn laufenden Angriffe wegen seines Verhaltens Anfang der 70er Jahre empfinde ich als heuchlerisch ... ich spürte sofort das Verlangen, mich mit ihm zu solidarisieren ... Er wird es durchstehen, vielleicht dabei sogar gewinnen, menschlich. – Die einzige ausführlichere Unterhaltung (mit R. Scharping; R.W.) *fand im Jahr 2000 statt. ... Die Differenz zwischen uns war in der Zeit des Krieges der Nato gegen Jugoslawien besonders deutlich hervorgetreten. Ich fand die ganze Art seines damaligen Auftretens abstoßend und wenig überzeugend. Nach meinem Gespräch mit ihm muß ich mich in einem Punkt korrigieren. Er ist offensichtlich sehr viel feinfühliger, als ich es angenommen hatte. – Ich habe auch erlebt, daß Oskar Lafontaine herzlich lachen, daß er Privatheit ausstrahlen kann. – Am Ende meiner Zeit in der ersten Reihe der Politik Deutschlands stelle ich folgenden Anachronismus fest. Während ich inzwischen in der Lage bin, Gespräche mit Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble zu führen, sind die beiden nicht mehr imstande, miteinander zu reden. Während ich inzwischen in der Lage bin, Gespräche mit Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine zu führen, können die beiden nicht mehr miteinander reden. Wer hätte dies vor zehn Jahren prognostiziert?* Gute Frage. Man kann davon ausgehen, daß Erich Mielke es prognostiziert hätte.

Irgendwelche gesellschaftlichen Ambitionen, die über Parlamentsgepflogenheiten hinausgehen, wird man ihm vielleicht nicht unterstellen wollen. Politische Ideen sind ihm fremd. Er leidet vor allem an Blauäugigkeit und ist, verglichen mit allen anderen Führern der deutschen Arbeiterbewegung, ein maßlos eitler Fitti. Wenn er jetzt die Bilanz seiner politischen Tätigkeit veröffentlicht, denkt er an sich selbst zuerst. *Während sie* (Teile der Gesellschaft; R.W.) *jemanden wie mich zunächst nur als störend, überflüssig, als aus einer fremden Welt und einer gestrigen Zeit stammend angesehen hatten, betrachten sie mich heute eher als eine Bereicherung für sich und andere. Damit habe ich als einzelne Person schon eine Menge an Veränderung erreicht. Der PDS, der Möglichkeit einer sozialistischen Option in der deutschen Gesellschaft, hat dies, davon bin ich überzeugt, genutzt.* Wer hätte das gedacht? Die alte Frage von Bertolt Brecht »Wer aber ist die Partei?« wird also doch noch beantwortet: Sie ist die Möglichkeit einer Option. Großartig.

Gysi hat seine Partei als Klientelpartei organisiert und wie ein Anwalt, der er ist, auch hier und da loyal vertreten. Zufällig war es die PDS, für die er nach wie vor im Bundestag sitzt. Geschickt vermochte er die Anerkennung seines Mandanten in der deutschen Öffentlichkeit mit der seiner Person zu verbinden und dafür in der Partei erhebliche Privilegien zu beanspruchen. Als diese zur Disposition und sogar, man höre, politische Auseinandersetzungen ins Haus standen, gab er den Posten wie eine lästige Pflicht ab. *Diesen Kampf wollte ich nicht führen, denn er macht mir keinen Spaß. Er ist mir zehn Jahre aufgrund der besonderen Situation erspart geblieben. Im Dezember 1989 war eben niemand außer mir bereit, Parteivorsitzender der PDS zu werden. Das setzte sich bei den anderen Funktionen so fort. Deshalb kann ich nur um Verständnis dafür bitten, daß ich, in dieser Hinsicht einmal verwöhnt, keine Lust hatte, mich in den üblichen innerparteilichen Machtkampf zu begeben, Truppen um mich zu sammeln, um sie gegen andere in Stellung zu bringen etc.* Es machte keinen Spaß, er hatte keine Lust, er war nun mal verwöhnt. Das ist ja alles sehr interessant. Wovon redet dieser Mann?

Als Mitglied im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, das er nach Niederlegung des Fraktionsvorsitzes wurde, erwartete ihn ein angenehmerer Zeitvertreib. Im Herbst des vergangenen Jahres begleitete er Schröder auf dessen Nahost-Reise. *Sie unterschied sich von allen, die ich bis dahin unternommen hatte. Als angenehm empfand ich es, daß ich die Delegation nicht leitete, also nicht unter der entsprechenden Anspannung stand. ... Auf dieser Reise habe ich zum erstenmal militärisches Zeremoniell erlebt. Wenn es sich so häufig wiederholt, verliert es an Reiz. Am imposantesten war zweifellos das jordanische Armeemusikcorps, das in langen engen Röcken und mit Dudelsäcken auftrat. Sie intonierten eine Musik, die selbst bei einem so wenig militanten Typ wie mir ein Zucken in den Beinen auslöste. Schade, daß eine solche Militärkapelle nicht importiert werden kann, sie würde das militärische Zeremoniell in Deutschland auf eine völlig andere Stufe heben.* Schade ist auch, wie zu ergänzen wäre, daß man Gregor Gysi nicht einfach nach Jordanien exportieren kann, wo er, mit Rock und Dudelsack versehen, den Kamelen in der Wüste sicher gute Gesellschaft leisten würde.

Gregor Gysi: *Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn*. Hoffmann und Campe, Hamburg 2001, 384 Seiten, 39,90 Mark

Rayk Wieland schrieb in KONKRET 6/01 über die Schlingensiefmaschine

Konkret 07/01, S. 30

Georg Fülberth

Ankunfts-Potpourri

Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 7. Folge: Das Programm

»Der Zahnlose bevorzugt Brei als Mahlzeit.«

Peter Hacks

Die CDU hatte der Welt bereits drei Bundeskanzler und drei Oppositionsführer geschenkt, ehe sie, 1978, ein eigenes Grundsatzprogramm beschloß. Vorher hatte sie sich mit Wahlmanifesten begnügt.

Anders verfährt die PDS. 1993, wenige Jahre nach ihrer Umbenennung, gab sie sich ein Programm. Das war nötig, denn sonst hätte sie sich weiter an die älteren Dokumente von Walter Ulbricht und Erich Honecker halten müssen.

Nun aber, nur acht Jahre später, bereitet sie ein weiteres Programm vor. Auch das leuchtet ein. Das Produkt von 1993 war zur Hälfte eine Abschiedssinfonie: Die Partei war aus dem Sozialismus herausgefallen und blickte noch leicht benommen in die für sie neue alte Gesellschaft, den Kapitalismus. Irgendwann mußte sie schon genauer sagen, wie sie es mit diesem zu halten gedenkt.

André Brie, Michael Brie und Dieter Klein haben nun einen Entwurf vorgelegt. Der Vorstand wird dem nächsten Parteitag – im Oktober in Dresden – vorschlagen, diesen Text zur Grundlage der weiteren Beratungen zu machen.

Über das Brie-Klein-Brie-Papier läßt sich erst nach größerer Mühewaltung etwas sagen, denn es ist fast unlesbar. Der Umfang des Entwurfs – 41 Seiten – beruht nicht unbedingt auf Gedankenreichtum, eher auf Fahrigkeit. Offenbar waren sich die drei Autoren nicht im klaren, was sie schreiben wollten: eine vorläufige Sammlung von Beobachtungen über die gegenwärtige Welt, eine Hymne, einen Essay oder vielleicht doch ein Programm. An letzteres erinnert die Vorlage am wenigsten. Wollte man diese nach altem Brauch in ein Grundsatz- und ein Aktionsprogramm unterteilen, müßte man das Gemenge erst einmal entmischen. Dann ergäbe sich, daß der Grundsatzteil nicht viele Grundsätze enthält und der Aktionsteil kaum Praktisches.

Die Autoren haben sich gescheut, deutlich zu werden. Unter anderem treten sie »für die Stärkung von genossenschaftlichem Eigentum« ein. Aber sie verfolgen die eigene Spur nicht weiter, und wenn sie kurz darauf von einem »dritten Wirtschaftssektor« sprechen, ist fast schon vergessen, was darunter verstanden werden soll. Eilige Leser denken vielleicht an den Dienstleistungsbereich, der aber offenbar nicht gemeint ist.

Natürlich geht es auch hier um die Eigentumsfrage, über die bei Brie-Klein-Brie folgendes weniger zu lesen als zu vermuten ist: »Unternehmertum und betriebswirtschaftliches Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und Effizienz.« Im Programm von 1993 stand: »Unterschiedliche Auffassungen bestehen hinsichtlich der Frage, ob die reale Vergesellschaftung von Eigentum primär durch die Vergesellschaftung der Verfügung über das Eigentum erreichbar ist oder ob der Umwandlung in Gemeineigentum, insbesondere in gesamtgesellschaftliches Eigentum, die bestimmende Rolle zukommen muß.«

Das war nur die Beschreibung innerparteilicher Befindlichkeiten. Irgendwann mußte die PDS sagen, welche der beiden Lösungen sie bevorzugt.

Die neue Formulierung hilft nicht weiter. Hat man sich 1993 damit begnügt, zwei Meinungen innerhalb der PDS einfach abzubilden, so behelfen Brie-Klein-Brie sich jetzt mit einer Fotografie eines kapitalistischen Zustandes, in dem Unternehmertum und Profit eine bestimmte Art von Innovation und Effizienz hervorbringen, nämlich eben kapitalistische. Man wüßte gern, was das auf sozialistisch heißt, und darf argwöhnen, für die drei Autoren sei das alles dieselbe Sache. Da wird über Verrat lamentiert werden. Irgendwer wird aber dann daran erinnern, daß es auch bei vergesellschaftetem Eigentum Unternehmer geben kann und daß Walter Ulbrichts »Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung« (NÖSPL) ebenfalls betriebswirtschaftliches Gewinninteresse vorsah, so daß wir nach diesem Wortwechsel wieder so klug sind wie zuvor.

Derlei Ungefähr verführt zur Ungerechtigkeit gegenüber den drei Autoren. Man übersieht aus schlechter Laune, daß sie etwas zu sagen hätten, wenn sie sich nur trauten. Sie begnügen sich nicht damit, ein weiteres Mal auf die Schnittmenge von hardcore-Neoliberalismus und Neuer Mitte hinzuweisen, sondern benennen spezifische Integrationspotentiale im Schröder-Blair-Projekt. Ihre Bemerkungen über die »neue Informationsarbeiterschaft« klingen interessant. Sie belassen es aber bei diesen Andeutungen und drohen statt dessen am Ende ihrer Ausführungen mit einer neuen Aufgabe für die PDS: »Sie wird als Partei im Dienste der Zivilgesellschaft wirken.«

Angesichts solcher Gedanken- und Stilblüten hat der Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf leichtes Spiel. Er regte einen Gegenentwurf an, den er schließlich zusammen mit Monika Balzer, Ekkehard Lieberam und Dorothée Menzner vorlegte.

Inzwischen gibt es einen dritten Text, von Rolf Köhne und Juan Sanchez Brakebusch. Darüber freute sich der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch im »Spiegel«: Zersplitterung der Opposition stärkt den Vorstand.

Weil Einigkeit stark macht, beschränke ich mich im folgenden auf den Wolf-Entwurf.

Er hat Hand und Fuß. Am Ende stehen fünfzehn Forderungen, die man als Aktionsprogramm verstehen kann. Das schafft Platz für eine ziemlich saubere Analyse von modernem Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus im Grundsatzteil. Damit diese nicht abgehoben ist, wird zu den Einzelpunkten oft ein konkreter »Praxisverweis« eingefügt – eine gute Idee. Die »Kriterien für eine PDS als Koalitionspartnerin auf Bundesebene« sind radikal, aber nicht sektiererisch. Unsinn entsteht, wo einmal zu viele Wörter verwendet werden: »Selbst in den industriellen Zentren gibt es viele Bereiche – in Ausbildung, Bildung, Kultur, Umweltschutz, alternativen Energien, öffentlichem Verkehr – , in denen der Einsatz von Arbeit und Investitionen sinnvoll wäre.« Was heißt: »Selbst in den industriellen Zentren«?

Dennoch: Wäre Politik ein Qualitätswettbewerb, würde der Parteitag den Wolf-Entwurf als Grundlage für die weitere Programmdiskussion beschließen. Das wäre allerdings zugleich das Ende der PDS. Sie will in Wirklichkeit kein neues Programm, sondern ein Vorzeigepapier im Wahlkampf. Bei einem erneuten Fehlverhalten (nach Münster) würde die unbotmäßige Organisation den Medien zur Hinrichtung überstellt, unter Mithilfe von Teilen der eigenen Führung.

Ellen Brombacher, Sahra Wagenknecht und andere Mitglieder der Kommunistischen Plattform vertreten – in einem Aufruf: »Die PDS ist in Gefahr« – die Ansicht, auch die Annahme des Textes von Brie-Klein-Brie werde die Partei ruinieren. Das läßt sich von außen schlecht beurteilen.

Der Vorschlag von Wolf u.a. wäre das geeignete Manifest für eine radikale, zielklare, marxistische Partei. Die ist nicht in Sicht und aus Papier nicht herzustellen. Ein Programm, das der PDS gerecht werden will, muß so amorph sein wie diese. Mit einem klassischen Zitat riet einst Eduard Bernstein seiner SPD: »Und was sie ist, das wage sie zu scheinen!« Es sieht so aus, als bringe die PDS nun mit Hilfe von André Brie, Michael Brie und Dieter Klein immerhin diese Sorte von Ehrlichkeit auf.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 6/01 über »die Entschuldigung«

Konkret 07/01, S. 31

Eike Stedefeldt

Schily in Rosa

Was ist eigentlich der Grünenpolitiker Beck für einer?

Viele halten Volker Beck für schwul. Das ist Unfug. Schwule sind selbstbewußte, politisierte Homosexuelle. Beck ist ein typisch deutscher Heterosexueller, dem – mit Ossietzky gesagt – außer »dem Mangel an politischer Befähigung« vor allem eine unglückliche Neigung »den Weg zu höchsten Ehrenämtern sicherte«. Natürlich bei den Grünen; welche andere Partei hätte, statt eines Juristen, einen Inhaber von drei Semestern Kunstgeschichte zum rechtspolitischen Sprecher der Fraktion befördert?

Das Unglück begann damit, daß das erste offen schwule Mitglied des Bundestags, Herbert Rusche, aus dem Plenum zum Sozialamt rotiert wurde und die Partei einen sauberen, adretten Quoten-Homo zum Vorzeigen suchte. Sie fand ihn in Beck, den der Journalist Elmar Kraushaar als »Realo in Sachen Schwulenpolitik, ein Otto Schily im rosa Kleid« titulierte. Die Inhalte des designierten Schwulenreferenten der Grünen im Bundestag, so Kraushaar, kämen »heterosexuell gewandet« daher. »Wenn er’s wirklich wird, ›unser‹ neuer Mann in Bonn, lernt er hoffentlich noch ein bißchen dazu, übers Schwulsein, an sich und für sich.«

Die Hoffnung war unbegründet. Während Herbert Rusche den Plenarsaal mit einem schnellen Fick geadelt hatte, gibt sich Beck noch heute wie jede Tunte, die nie »so« sein wollte, und verwirklicht zielstrebig, wenn auch auf unterstem Niveau, das Schily-Orakel.

Aus dem 1990 gegründeten Schwulenverband der DDR (SVD; seit 1999 Lesben- und Schwulenverband in Deutschland), dessen Führung Beck 1991 gemeinsam mit seinem heutigen Referenten Günter Dworek sowie dem Karlsruher Bundesanwalt (Abteilung Staatsschutz) Manfred Bruns übernahm, machte der Schwulenreferent bald einen linkenfreien grünen Wahlverein, mit Beitrittssperre für Nonkonformisten. Seit der SVD im Sommerloch 1992, anstatt Anstandsämter zuzumauern, massenhaft Aufgebote bestellte, gibt es nur noch ein einziges Homo-Verlangen: heiraten und vor Kanzler, Volk und Vaterland »normal« sein zu dürfen. Die eingetragene Lebenspartnerschaft, so Beck, der »Ledige wider Willen«, sei »ein Fels in der Brandung der Spaßgesellschaft«, »ein im Ansatz konservatives Projekt«, das homosexuelle Paare endlich »familienrechtlich in die Pflicht« nehme.

Das Infame an Becks »Reformprojekt« ist die Berufung auf die Nazizeit. Der Sprecher desselben Verbandes, der 1994 als erster Repräsentant einer NS-Opfergruppe den Boykott der Neuen Wache mit einer Kranzniederlegung durchbrochen hatte, hielt am 8. September 1998 in Berlin linken Ehegegnern vor, sie plädierten trotz der Erfahrung der Nürnberger Gesetze für Eheverbote. Ausgerechnet Beck, der am 11. Oktober 2000 im Rechtsausschuß die Entschädigung schwuler KZ-Häftlinge blockiert hatte, nannte das am 10. November 2000 mit Koalitionsmehrheit verabschiedete Sondergesetz zur legalen Erfassung der Perversen einen Akt der Wiedergutmachung von Nazi-Unrecht.

Der Umgang mit der NS-Vergangenheit präge die politische Kultur dieser Republik, tönte der »Entschädigungsexperte« nobel, als es am 30. Januar 1998 in Gelsenkirchen um einen Platz auf der NRW-Landesliste ging. Als Willfried Penner (SPD) Ende Oktober 1999 forderte, die Industrie solle Entschädigungszahlungen an ehemalige NS-Zwangsarbeiter/innen nicht von der Steuer absetzen können, widersprach Beck: »Eine Diskussion über die Beseitigung der steuerlichen Absetzbarkeit gefährdet die Bereitschaft der Wirtschaft, sich an dem Entschädigungswerk zu beteiligen ... Wenn die Industrie sich jetzt bewegt, kann es auch bei der steuerlichen Absetzbarkeit ihrer Zahlungen bleiben.«

Zum Zeichen für Becks Politik aber wurde das Wort »Rechtssicherheit«. »Wer eine schnelle Entschädigung der Zwangsarbeiter will, muß jetzt für umfassende Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen sorgen«, erklärte er im Mai letzten Jahres. »Wenn die USA weiter auf solchen abseitigen Rechtspositionen beharren, müssen jüdische Organisationen und Zwangsarbeiterverbände in Osteuropa Druck auf die amerikanische Regierung machen, um einen baldigen Abschluß zu ermöglichen. Das hohe Alter der Opfer läßt keinen weiteren Poker am Verhandlungstisch zu.« Da spreche der deutsche Staatsbürger, kommentierte Tjark Kunstreich im Magazin »Gigi«, »der den einstigen Opfern und Gegnern vorschreibt, worüber zu verhandeln sei; der beurteilt, welche Forderung legitim und welche ›abseitig‹ ist; der seine Nation einmal mehr als das eigentliche Opfer begreift; und der nicht zuletzt auch noch ausdrücklich die elende Situation der betagten Überlebenden herbeizitiert, um seiner Argumentation einen Hauch von dem zu verleihen, was man hierzulande ›moralische Integrität‹ nennt.«

Als der Bundestag am 30. Mai »Rechtssicherheit« feststellte, jubelte Beck: Nun habe man auch für »Ruhe an dieser Front« gesorgt.

Wer zu derlei imstande ist, scheut vor keiner Schweinerei zurück: Der Kriegsdienstgegner Beck begrüßte den Überfall auf Jugoslawien und votierte für Frauen an allen Waffen. Er gab einer Rentenreform seinen Segen, die Menschen mit HIV und Aids ins Elend treiben wird. Schon im Juli 1998 erwärmte er sich für die CDU/CSU-Forderung nach Inhaftierung

minderjähriger Straftäter, um am 9. November 2000 das Parlament wissen zu lassen, für ihn seien »Repression und Prävention keine Gegensätze, sondern aufeinander abgestimmte Instrumente«. Weder die Aushöhlung des Datenschutzes noch die dramatisch zunehmende polizeiliche Überwachung der schwulen Subkultur inklusive Razzien, Speichelproben und Rosa Listen entrangen ihm einen Protest.

Beck repräsentiere »wie kein zweiter das neue Modell Deutschland«, urteilte 1997 der Dortmunder Schwulenaktivist Frank Laubenburg. »Ich finde Beck bei den Grünen gut aufgehoben. Diese Ansammlung opportunistischer Karrieristen, die den engagierten Widerstand über den esoterischen Wahn zum eloquenten Wirwollenregieren transformierten, ist mit oder ohne Beck gleich schlimm.«

Eike Stedefeldt schrieb in KONKRET 6/01 über die Reproduktionsrichtlinien der Bundesärztekammer

Konkret 07/01, S. 32

André Thiele

Durchs wilde Kommunistan 1

Von einer unbedachten Handbewegung aus seiner gewohnten Welt gerissen, durchleidet der Autor auf der Suche nach einer politischen Heimstatt eine Reise der Mühsal und der Qualen durch Länder und Reiche, in denen Vernunft und Kommunismus sich hart im Raume stoßen. Teil 1 seines Berichts

Motivation einer unmotivierten Reise

Seit Jahren lebe ich im Bewußtsein der Tatsachen zurückgezogen und für mich, allem Umgang abhold, keinem bekannt und keinen kennend, rasche Ziele meidend, den Möglichkeiten dieser Gegenwart feind. Doch das hat auch Nachteile, morgens aufwachen und nicht wissen, was tun außer lesen, lernen, schreiben. Momente gibt's, da mag der Welt den Wagner ich nicht geben, da will zum Faust sich aufgeschwungen sein, will der heiße Sturm, der mir so durch die Brust pumpert, mit Gewalt hinaus, da ist die tägliche Geistesgrütze des Fleißes nicht genug, da muß es das Cevapcici der Lebensbuntheit sein.

Ein solcher Augenblick liegt vor, als ein aufrechter Genosse und gläubiger Emailit mir schreibt, daß internetlich Thesen von einem neuen Kommunismus vertreten würden, man könne »viele Infos und anderes dort erfahren«. Neue Parteien, neue Theorien würden aufgebaut, das Alte, es verblasse schon, man dürfe nicht zögern. Ach, ich in einer Partei? Ich in Gemeinschaft? Ich Mitglied? Sitzungen, Gremien, Ausschüsse, Ausschlüsse. Welch' herrliche Aussichten! Das Internet gebiert neue Theorien, soll etwa ich mich drücken? Globale Datenströme rumsen im Mikrosekundentakt durch den Äther, soll da ich der Feigling sein? Ich klicke.

Neustes aus dem Irak

»Deutschland steh auf um den seuchenden Kapitalismus abzustreifen und den hellen Schein des Kommunismus auf dich fallen zu lassen!!!«

Hier einmal könnte ich den Anfang machen! Warum immer warten, bis die Massen siegreich voranschreiten? Warum in der Studierstube versauern, wo draußen die Süße der Aufgeregtheit von allen Zinnen träuft?

»Es ist Zeit das wir uns erheben!«

Aufstehen, abstreifen, fallenlassen, erheben; das Aktiv wird nicht eben unterbetont.

»Unsere Partei verkörpert den Kommunismus in einer abgewandelten, einer besseren Form!«

Körperbewußt wie Sportstudiopüppchen kommen die daher, und ich soll zaudern? Runter mit dem Winterspeck!, der besseren Form wegen. Ja, wer sind denn wir?

»Wir sind eine, am 7.1.2001 gegründete Partei, die den Kommunismus auf der Basis von Marx und Engels ausübt, die aber anders als die bisherigen Formen, ein ganz neues Konzept aufweißt.«

Immerhin, wir sind nicht die Konzeptweißmacher, vielmehr sind wir die *»Kommunistische Partei Bayerns«*. Potzblitz! – Da will ich alter Schlaudackel gleich mal rauskriegen, wer sonst noch mit von der Partie ist, schließlich mag man den Kommunismus nicht mit Hinz und Kunz ausüben, in diesen seuchenden Zeiten.

»1. Unsere Partei besteht bis zur Wahl durch die Bürger aus einen Tribunal das unter der Leitung von den Genossen Bender, Musch, Albert stehen!«

Das sind überschaubare Verhältnisse. Der Kommunismus der *»Bender, Musch, Albert«* ist offenbar für wenige geschmiedet, das schmeichelt mir. Was muß ich machen?

»Ihr teilt unsere Ideologie? Dann helft unsere Foderungen, unseren kommunistischen Traum zu verwirklichen! Denn wir sind das Volk«,

Herrje, ist schon wieder Montag?

»das Proletariat das es nicht mehr länger einsieht für die Kapitalisten sich abzurackern!«

Mich quält die Furcht, für meinesgleichen wird die Abrackerei auch unterm Kommunismus keine kleinere. Aber nur keine Fraktionsmacherei jetzt.

»Drum« – wir sind in Bayern – *»schreibt uns! Einzige Voraussetzung ist das ihr einen Grund dazu schreibt, warum ihr Mitglied unsere Partei werden wollt!«*

Lust hätte ich schon, an sich. *»Mitglied unsere Partei«*, das ist keine Kleinigkeit. Soll ich schreiben? Teile ich denn unsere Ideologie? Schauen wir einmal nach:

»2. Oberstes Ziel ist, die Grundsätze des Kommunismus für das Volk zu verwirklichen.«

Meinetwegen, wo doch wir das Volk sind, da ist das revolutionärer Egoismus, wie an anderer Stelle versichert wird mit traulichen Worten:

»Den wir sind das Volk, das Proletariat, das es nicht länger einsieht von den Kapitalisten und den Imperialisten ausgebeutet zu werden und das es Zeit ist das wir uns abermahls erheben um diesen Übel ein Ende zu setzen!«

Ich seh' ja auch vieles nicht ein. Das Volk erhebt sich und das Übel darf sich setzen, ist das etwa fair? Tempus fugit, und die Suppe so eines *»abermahls«* hat leicht kalt werden in der bayrischen Bergluft. Aufrührseligkeit hin oder her, was sagt unsere Ideologie zu diesem Punkt?

»3. Die Vereinigung aller kommunistischen Parteien zu einer Zentralpartei wird angestrebt!«

Wir gründen am 7.1.2001 eine Kommunistische Partei Bayerns, um die Zentralisierung aller Kommunistischen Parteien voranzubringen? Das ist ja ein toller Trick, den sollte mal einer dem Milosevic erzählen. Schwieriger wird:

»4. Wiedereinführung der Deutschen Mark!«

Ob das die Ostdeutschen schlukken? Ich weiß ja nicht.

»8. Einführung der klassenlosen Gesellschaft!«

Bin dabei. Obwohl: *»Wiedereinführung«*, *»Einführung«*; vom Import allein wird so ein Kommunismus nicht fett. Könnte Honecker ein Lied von singen. Vom Export allerdings fehlt jede Rede. Haben wir wenigstens ein Rechtssystem?

»5. Das Rechtssystem bleibt bis auf kleinere Änderungen der Strafenhöhe erhalten!«

Hiermit gehört mein Herz ganz uns. Mich freut natürlich, daß ich, der ich beruflich in Rechtssystem mache, bloß wegen Kommunismus nicht umlernen brauche. Kleinere Änderungen der Strafenhöhe kriege ich notfalls noch drauf. Aber was verstehen wir unter *»kleinere Änderungen«*?

»10. Verlängerung der lebenslangen Strafe auf 50 Jahre!«

Also, wenn alle *»kleineren Änderungen«* dieser Art sind, dann kann man uns Korinthenkacker nicht nennen. Was gibt es sonst zu tun?

»6. Der Aufbau einer Regierung und nicht wie in der DDR oder in der UdSSR das Alleinherrschen einer Partei!«

Aktivitäten, wohin man blickt. Der Winterspeck hat keine Chance. Mehr und mehr neige ich der Sache zu. Dürfen wir auch einmal ausruhen? Sieht nicht so aus:

»7. Erhalt der Marktwirtschaft, dennoch werden Kleinbetriebe verstaatlich!«

Dieses *»dennoch«* ist ein philosophisches. – Wird man meinem Kleinmeisterbetrieb die Produktionsmittel entziehen, während Krupp und Thyssen weiter Porsche fahren? Scheint fast so, denn:

»9. Allgemeines Reiserecht bleibt erhalten!«

Dem kann kein Bayer sich verschließen wollen. Mich allerdings betrifft es nicht. Schlimmer schon ist:

»11. Erhalt der freien Wahlen!«

Nicht mit mir! Da ist nichts zu machen. Und doch, wie sonst sollten wir das Tribunal unter der Leitung von *»Bender, Musch, Albert«* einmal wieder loswerden, wo zum Alleinherrschen wir sie nicht hieven dürfen?

»12. Einführung einer Gesamtschule mit 10 Klassen!«

Da brauche ich wohl mit Lateinkenntnissen gar nicht erst zu kommen. Was nur tun wir mit den ganzen maturierten Sechzehnjährigen, wenn sie die Schule erst mal durchhaben?

»13. Autoführerschein ist ab 16 Jahren erlaubt zu machen!«

Der Humor ist tief. – Ob wir auf den folgenden Punkt aus taktischen Gründen nicht lieber hätten verzichten sollen?:

»14. Änderungen der Rechtschreibreform werden stoniert!«

Besser gewesen vielleicht wär's. – So müssen eben die Neuzugänge weiterhelfen, das sogenannte Bender-Musch-Albert-Aufgebot. Wen haben wir denn da?

»News. Die Partei freut sich ein besonderes Mitglied unserer Partei, als Ehrenmitglied, Willkommen zu heißen, der Gründer der KED Comrad ! Wir freuen uns eine starke Vereinigung, im Kampf gegen den Kapitalismus sowie Imperialismus, an unserer Seite zu haben.«

Kommt Zeit, Comrad, sozusagen. Das Tribunal war unterdes aber auch nicht faul, was dem Punkt

»15. Jeder hat das Recht und die Pflicht zum Arbeiten!«

sehr entgegenkommt. Denn:

»Unsere politischen Ziele sind klar definiert! Wir haben unsere Ziele, Änderungen sowie unsere Foderungen in übersichtlicher Form dargelegt.«

Wie wahr, wie wahr, übersichtlich ist es. Bände 40 Lenin gegen Zettel 6 KPB; in der Kürze liegen die Umstürze, nicht wahr. Aber noch mal nachgedacht, sind wirklich alle Fragen geklärt? Zeigen sich keine Risse im Gebälk der kommunistischen Marktwirtschaft? Ich werde skeptisch. Zu leicht rutscht man ins falsche Lager und ist am Ende der Genasführte. Wie genau haben wir uns die Sache gedacht? Meine kleinbürgerlichen Vorurteile wollen ausgeräumt sein. – Zum Glück legt die Kommunistische Partei Bayerns nicht allein ein Programm, sondern dazu eine Theorieschrift vor. Die heißt *Die kommunistische Demokratie. Nach Hernicus*. Ich und Demokratie? Nach Hernicus? Naja. Immerhin ist alles erschöpfend erklärt.

»In der kommunistischen Demokratie werden die Politiker schneller zur Rechenschaft gezogen, wenn sie versagen.«

Das klingt, als hätten die Demokraten in unserer Sorte Demokratie nicht viel zu lachen. Wenn *»schneller«* in *»schneller zur Rechenschaft gezogen«* bedeutet, was *»kleinere«* in *»kleinere Änderungen«* bedeutet, dann können die Politiker vor der Rechenschaftsziehung kaum mehr zu Hause anrufen. Einer hat die Wahl noch nicht angenommen, schon liegt er in der Grube. Sakra! Am Ende sind Kandidatur und Kopfschuß eins.

»Auch ihre Diäten werden dem Durchschnittseinkommen angeglichen.«

Praktischer im allgemeinen Sinne wäre, das Durchschnittseinkommen den Diäten anzugleichen, da aber das *»Auch«* nahelegt, daß der Durchschnittsangleicherei nicht zu wenig geplant ist, kommt's eh' nicht drauf an.

»Die kommunistischen Unternehmen werden also von Führungsräten geleitet, die ihrerseits von den Kommunen bestellt und kontrolliert werden.«

Führungsrat wär' ich nicht eben gern. Leitung, Bestellung, Kontrolle, womöglich zwischendurch noch jeden Montag Völkerschlacht bei Leipzig, am Ende dann – Piffpaffpuff! – Rechenschaftsziehung, und das alles für ein Durchschnittsgehalt. Also ehrlich, das ist nichts für mich.

»Sie orientieren sich an den Richtlinien einer ordentlichen Unternehmensführung mit Gewinn- und Verlustrechnung, wobei die Gewinne den Kommunen zur weiteren Verwendung zufließen.«

Hoffentlich klappt das mit der Rechnung etwas besser, als das mit der Orthographie klappt, sonst hat man als Führungsrat leicht den Überblick verlieren. Hmhmhm, Gesamtschule mit 10 Klassen, ich weiß ja nicht. Bei so Richtlinien könnte etwas Geometrie von Nutzen sein, aber wahrscheinlich ist bei Pythagoras schon beim b2 das Lernziel erreicht, und was dann? Dann wird aus einer eigentlich richtlinientreuen Hypotenuse mir nichts dir nichts eine Gegenkathete, und dann hat man den Salat:

»Unfähige Führungsräte werden nicht geduldet.«

Oder steht da »gedudet«? Keine Zeit nachzugucken, schon geht es weiter:

»Unternehmen mit nicht absehbaren Verlusterwartungen werden geschlossen.«

Meine persönlichen Verlusterwartungen werden gerade deutlich absehbar.

»Den Beschäftigen wird dann eine neue Beschäftigung eröffnet. Sie werden sich nicht selbst überlassen, wie dies im Kapitalismus der Fall ist.«

Mir wollte schon schwanen, wir von der KPB geizten etwas mit den Unterschieden zwischen Kommunismus und Kapitalismus.

»Das wird manchem nicht gefallen«,

Mich können wir doch wohl nicht meinen?

»aber die einzige Möglichkeit, Gerechtigkeit und Frieden in die Gesellschaft zu bringen.«

Wenn man entschlossen ist, in Bayern den hellen Schein des Kommunismus zu erzeugen, kann man sich schließlich nicht um jedes Verb einzeln kümmern.

»Dann wird das Tor zum Übergang von der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft zu ihrer höheren Phase weit geöffnet sein.«

»Geschlossen« – »eröffnet« – »weit geöffnet«; kein leichtes Schicksal, Tor des bayerischen Kommunismus zu sein. Ich kenne leichtere. Meine Partei auch. Zum Beispiel das von Marx und Engels.

»Karl Marx wurde am 5.5.1818 in Trier geboren. Er studierte in Paris den Sozialismus und Kommunismus, wo er auch erste Bekanntschaft mit Engels machte. Zusammen verfassten sie zahlreiche Bücher und Schriften über den Kommunismus

z.B. ›Das Manifest der Kommunistischen Partei Bayerns‹.«

Okay, okay, Sie haben mich ertappt. Es heißt *»Das Manifest der Kommunistischen Partei«*. Aber die nun wieder:

»Engels wurde 1820 im rheinischen geboren. Als Sohn eines Textilfabrikanten lernte er früh die Arbeiterfrage kennen. Schon 1848 nahm er an einem Arbeiteraufstand teil. Er befasste sich lange Zeit mit der sozialen Frage, bis er in Paris Karl Marx traff und mit ihm die großen Werke des Kommunismus schrieb und bekannt machte.«

Traff, tough, straff, troff, soff; meine revolutionäre Geduld ist am Ende. Schluß! Soll die Kommunistische Partei Bayerns mitsamt 10 Klassen Gesamtschule sich glücklich schätzen, wenn ich ihr keinen Kulturschaffendenaufstand anzettele, der der Arbeiterfrage eine Antwort erteilen würd', auf die im Tribunal ohne Vorsagen bestimmt keiner gekommen wär'. Nein, ein Bayer, auch ein schlimmer, werd' i nimmer! Mein Parteibuch, noch bevor ich es erhalten hab', knall' ich es euch hin! – Kaum gebrüllt, trifft mich diese Frage wie ein Schlag:

»BSE, eine Folge des Kapitalismus??«

Was kann denn ich dafür? Albert stellt sie, als Mitglied des Triumvirats offensichtlich nicht voll ausgelastet und

zum Schreiben neigend. Zur Antwort gibt er:

»Meiner Meinung nach: JA! Durch das ständige Kapitalvermehrungsdenken entschlossen sich die Bauern Rindern, also Flanzenfressern, Fleisch zu fressen zu geben«,

Was wieder ich den Buchstabenfressern zu fressen gäb', wär' gewiß parteifeindlich.

»zwar sind die Tierkadaver schön sauber zerheckselt worden und sehen gar nicht mehr wie Fleisch aus, aber dennoch ist es welches.«

Ganz im Gegensatz zum Kommunismus der KPB, der ist auch schön sauber zerhäckselt worden und sieht gar nicht mehr wie Kommunismus aus, aber dennoch ist es keiner. – Unter dem Warnruf *»Neustes aus dem Irak«* passiert folgendes:

»Kaum vier Wochen ist es her das G.W. Busch im Amt des »Mächtigsten Mannes der Welt« ist, schon benutzt er seine Macht um Krieg zu führen.«

Eben packt mich der Neid.

»Der Grund für den Angriff, so banal das auch klingt war, das irakische Soldaten es gewagt haben ihr Radargerät auf US-Flugzeuge zu richten.«

Glück gehabt!, denn wäre ich im Busch, genügten schon viel geringere Gründe, so banal sie auch klingen mögen, meine Aufmerksamkeit auf den deutschen Irak und seine Bergvölker zu richten.

»Doch was soll man auch von einem kapitalistischen Texaner anders erwarten als das er sich gleich zu Anfang aufführt als wäre er Supermann, doch Amerika sollte besser aufpassen«,

Besser jedenfalls als Albert in 10 Klassen Gesamtschule hat.

»den Europa lässt dies sicher nicht für immer so weitergehen das Amerika macht was es will! Ich denke«

Hör Er sofort auf!

»ich spreche im Namen aller Kommunisten«

Sei Er lieber vorsichtig jetzt!

»wenn ich sage das wir das mehr als Missbilligen.«

Meiner Meinung nach: NEIN! Wenn Er Genosse Billig, dann ich nicht automatisch Miss Billigen, kapiert? Was nur tat der Kommunismus diesen Kommunisten an, daß so sehr gegen ihn sie sich aufführen.

»Ist das etwa was schlimmes, dass man versucht seine Grenzen zu schützen?«

Ich gründe einen Zollverein. Die Mauer darf nie wieder fallen!

»Ich hoffe doch nicht!«

Ich auch nicht mehr.

Es ist ja schrecklich richtig, was Peter Hacks sagt, daß der Fortschritt immerzu von Menschen zustandegebracht wird, die alle den Hegel nicht gelesen haben. Aber muß es gleich Analphabetismus sein? Muß es gleich sein, daß jeder Hühnerhof, noch bevor er seinen Internetanschluß erhält, seine Kommunistische Partei ausruft? Ich bezweifle, daß man den Sozialismus im Salon wird machen können; aber muß es gleich der Saloon sein? Muß, wer am wenigsten weiß, es am lautesten wissen lassen? Muß, wer am wenigsten zu sagen hat, es gleich durch eine Parteigründung zum Ausdruck bringen? Meiner Meinung nach: NEIN!

Es gibt Dinge, die man der Wahl durch die Bürger gar nicht erst überlassen soll. Beim Betreten der Zukunft sind Neumanns-Neurosen an der Garderobe abzugeben. Der Sozialismus ist kein unbeschriebenes Blatt. Kritzeleien bayerischer Troglodyten sind ihm unangemessen und nicht eigentlich auf der Höhe der Zeit. Nicht jedes Stammeln zeugt von Klassenbewußtsein. Nicht jeder falsche Dativ ist eine revolutionäre Tat. Nur weil der Prolet nicht zum Berge kommt, muß nicht jedes Bergvolk sich aufgerufen fühlen, ihm auf den Pelz zu rücken.

Alle kursiven Texte genau wie angeführt unter www.kpb.de. Einzig die sparsamen Sperrungen sind von mir.

André Thiele schrieb in KONKRET 8/2000 über die neueste deutsche Literatur

Konkret 07/01, S. 35

Alexej Pavlov

Gaudeamus igitur

Ten Years After (III): Über das Studentenleben im kapitalistisch gewendeten Rußland berichtet KONKRET-Autor Alexej Pavlov aus Nishnij Nowgorod

Andrej Iljin, der kurz davor seinen Abschluß beim Moskauer Jura-Institut gemacht hatte, erzählte der Zeitung »Komsomolskaja Prawda«, was für ein schöner Wirtschaftsbetrieb das Studentenwohnheim war, in dem er untergebracht war. Dort fanden routinemäßig alle möglichen Leute Unterschlupf, von armen Flüchtlingen bis zu nicht so armen Wochenmarkthändlern und Banditen. »Wir hatten große Angst, in unseren Zimmern zu übernachten. Die Macht war in den Händen von Tschetschenen und Dagestanern. Als sie einmal auf Widerstand beim Pförtner gestoßen sind, haben sie ihm seinen eigenen Knüppel – es ist schrecklich zu sagen, wohin – reingesteckt. Einen Monat lang tauchte im Heim ein krimineller Pate, Spitzname Mago, unter. Er erpreßte Heimbewohner, er kam mitten in der Nacht ins Zimmer rein und verlangte Essen, Geld oder ›Dienstleistungen‹. Die Mädchen weinten, hatten aber Angst, sich zu beschweren. Ich vertraute auf das Messer in meiner Tasche.«

Mago bekam erst Probleme, als er zwei Prostituierte ins Heim holte und sie verprügelte, statt ihre Dienste zu bezahlen. Die Spezialeinheit der Polizei schlug am nächsten Morgen alle Personen krankenhausreif, die ihr verdächtig vorkamen, und verschwand mit Mago. Dem Personal, das das Heim als eine Art Pension besaß und verwaltete, wurde gekündigt, das Gebäude saniert. Es gibt aber noch Tausende anderer Heime mit ähnlichen Problemen, und es gibt auch Probleme anderer Art. Einen Teil davon nannte Viktor Sadownitschij, Rektor der Moskauer Lomonossow-Universität und Präsident der Russischen Union der Rektoren, letzten Dezember auf deren VI. Kongreß: Der Lebensstandard der Dozenten sei stark gesunken, die »große Wissenschaft« verlasse die Unis, der akademische Nachwuchs wandere aus.

Seit 1992 hat sich der Brain-Drain zur Massenflucht entwickelt. Für die Konkurrenzfähigkeit der Volkswirtschaft kürzte man im Rahmen der Schocktherapie die Finanzierung der Wissenschaft auf ein Achtel. 16.000 Wissenschaftler gingen sofort ins Ausland, weitere folgten. Für viele war das der einzige Weg, ihren Beruf weiter ausüben zu können. Seit 1990 verließen Rußland nach Schätzungen von US-Experten 70 bis 80 Prozent der besten Mathematiker und die Hälfte der Spitzenkräfte auf dem Gebiet der Physik. Über die Hälfte der besten 100 Naturwissenschaftler, darunter viele Akademiemitglieder, müssen im Ausland arbeiten, von den anderen leben die meisten von Auslandsverträgen. Dabei soll man nicht vergessen, daß in der Wissenschaft der Abschied eines einzigen Spezialisten das Ende einer ganzen Forschungsrichtung bedeuten kann.

Das Einkommen eines Moskauer Professors beträgt nur die Hälfte des Lohns eines Moskauer Straßenkehrers, aber es geht nicht nur um die Gehälter. In der Naturwissenschaft kann man oft ohne teure Ausrüstung schlicht nichts anfangen. Ferner macht es die Mittelknappheit unmöglich, die bereits vorhandenen Forschungsergebnisse praktisch zu nutzen. Die ersten Resultate der marktwirtschaftlichen Therapie, die eigentlich die Motivation erhöhen sollte, sind beeindruckend: Laut Umfragen hält jeder zehnte Forscher seine Arbeit für ganz und gar sinnlos.

Die Regierung tut, was sie kann. Wirtschaftsminister Hermann Gräf und sein »Zentrum der strategischen Entwicklungen« haben im Herbst 2000 einen neuen Bildungsplan vorgelegt. Ihre Gegner, zu denen die Union der Rektoren gehört, kritisieren, daß die undurchdachte Reform nur den Zweck habe, die Weltbank zu befriedigen. Die hat 1997 ein dreijähriges Darlehen von 70 Millionen Dollar für die Bildungspolitik gegeben und will nun überprüfen, was sich getan hat. Während sich die Rechenkammer (die Kontrollabteilung der Staatsduma) noch mit den Regularien und Irregularien des Kredits beschäftigt, hat es die Regierung bereits auf die nächste Tranche von 50 Millionen abgesehen – diesmal für den »strukturellen Umbau der Bildung«-, und das Bildungsministerium ist in die Gegenoffensive gegangen. Die Schul- und Hochschullehrer seien einfach zu gierig! Sie seien nur deswegen gegen die Reformen, weil sie Einkommensverluste fürchteten, wenn landesweit ein einheitliches Abitur nach deutschem Muster eingeführt würde, das gleichzeitig eine Aufnahmeprüfung für den Universitätszugang wäre. In diesem Fall würde dem Lehrpersonal tatsachlich ein Zusatzeinkommen entgehen: Bei der bisherigen dezentralen Prüfung nehmen Dozenten und Lehrer zusätzlich 2,5 Milliarden Mark jährlich ein – als Salär für privaten Nachhilfeunterricht und als Bakschisch für gnädiges Zensurieren.

Der Nachhilfeunterricht hat sich in der Tat flächendeckend in eine Art Pflichtunterricht verwandelt, sonst riskiert der künftige Abiturient schlechte Noten. Doch die Regierung hat gar nicht die Absicht, den Eltern die Summe zu ersparen – nur will sie selbst in den Genuß kommen. Bildungsminister Wladimir Filippow hat die Unis aufgerufen, in eigener Regie Nachhilfeunterricht anzubieten und dadurch ihr Budget aufzubessern. Was auf diese Weise zusätzlich eingenommen wird – man spricht von 10 Milliarden Mark im Jahre 2010 – , will dann der Staat von seinen Zuschüssen für die Unis (zur Zeit jährlich 1,5 Milliarden Mark) wieder abziehen.

Gut ist wenigstens, daß der dankbare Westen, der vom Brain-Drain enorm profitiert hat, Rußland nicht im Stich läßt. Die Beamten, die Almosen aus dem Ausland bekommen, können sich etwa eine Geschäftsreise nach Europa oder Amerika

leisten und kommen dabei auf gute Ideen. Zum Beispiel bringen sie aus Berkeley die Erfahrung mit, daß nichtstaatliche Unis besser sind als staatliche. Und so gab es 1997 in Rußland bereits 297 vom Staat lizenzierte private Hochschulen. Allerdings überprüft der Lizenzgeber nur, ob die Gebäude den Sanitäts- und Sicherheitsnormen entsprechen (das genügt allerdings auch, um einen Wirtschaftsbetrieb wie den eingangs geschilderten zu unterhalten). Die nächsten zwei Stufen, die Attestierung und die Akkreditierung, bei denen die Bildungsqualität ermittelt wird, konnten gerade 29 dieser Privatinstitute überwinden – über 90 Prozent sind durchgefallen. Mit einem staatlich anerkannten Diplom konnten nur 27,5 Prozent ihrer Studenten abschließen, und es gab schon reichlich Fälle, in denen einer nach erfolgreichem Abschluß einer privaten bei einer herkömmlichen staatlichen Hochschule nur für das erste Semester zugelassen wurde.

Doch aller Anfang ist schwer, und Probleme sind dazu da, um gelöst zu werden. Wozu gibt es schließlich Statistik? Auch sie wurde nach westlichem Vorbild modernisiert. Das häßliche Formblatt Nr. 4-nk wurde vor ein paar Jahren abgeschafft. Es erfaßte die akademischen Fortschritte der Studenten, die Zahl der Studienabbrecher, die Sitzenbleiberquote usw. Jetzt mißt man die Bildungsqualität am Studenten-Dozenten-Verhältnis. Hier lagen die nichtstaatlichen Hochschulen im genannten Jahr 1997 klar vorn, mit einem Quotienten von 8,5 gegenüber 12,3 bei den staatlichen. Wie sollte es auch anders sein, wenn der Anteil der nichtstaatlichen Hochschulen in Rußland bei etwa 50 Prozent liegt, der Anteil ihrer Studenten aber nur bei sieben Prozent? In der ganzen Moskauer Hochschule der schönen Künste gab es lediglich neun Studenten.

Alexej Pavlov schrieb im letzten Teil der Serie (KONKRET 6/2001) über die Zustände an den russischen Schulen

Konkret 07/01, S. 36

Oliver Tolmein

Schröders Ethik

Biopolitik ist in Deutschland zur Chefsache geworden

Alles wird gut werden in Deutschland, denn nun hat dieses Land auch noch einen Nationalen Ethikrat. Dessen Aufmerksamkeit gilt, der Kanzler hat es sich gewünscht, zuvörderst denen, die der ständig ums Aussterben besorgten und an ihrem Wirtschaftsstandort verzweifelnden Deutschen wichtigstes Kapital sind: ihren blutsverwandten Nachkömmlingen, den Embryonen, Rentenzahlern und Organspendern von übermorgen. Wer sind sie heute und wenn sie denn sind – verleiht das Gesetz ihnen Würde oder nicht? Dürfen sie zu Zell-Linien verarbeitet, nach näher festzulegenden oder enger auszulegenden Qualitätskriterien sortiert, selektiert und implantiert werden? Was geschieht, wenn sie vereist, aber verwaist sind? Können tiefgekühlte Embryonen adoptiert werden, oder soll man sie lieber klinisch rein entsorgen? Und wie soll das vorgeschaltete Verfahren ablaufen? Wird der öffentliche Diskurs oder die stille Lösung bevorzugt? Antworten sind in diesen Tagen so viele zur Hand, daß außer dem mit reichlich Seiten gesegneten Feuilleton-Chef der »FAZ« niemand mehr Lust hat, die Fragen zu stellen.

Also erfahren wir bis auf weiteres nicht, warum es weltweit allenfalls zehn Linien mit Stammzellen, die aus humanem embryonalem Gewebe gewonnen wurden, gibt. Angesichts des so enormen Potentials, das diesen Zell-Linien zugesprochen wird, erscheint diese Zahl erstaunlich niedrig. Und, auch das könnte überraschen: Zwar stapeln sich die Presseberichte über das, was werden könnte, wenn man wollen dürfte – die wissenschaftlichen Veröffentlichungen über die Erfolge in der Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen ließen sich dagegen in ein dünnes Bändchen binden. Schaut man dagegen in das wissenschaftliche Online-Verzeichnis MedLine findet sich dort eine kaum mehr überschaubare Zahl von Projekten, in denen Ergebnisse bei Experimenten mit Stammzellen von ausgewachsenen Menschen gewonnen wurden. Auch für die ersten klinischen Versuche mit implantierten Stammzellen an zwölf Schlaganfallpatienten wurden an der ethisch gewiß nicht zimperlichen University of Pittsburgh nicht etwa embryonale Zell-Linien verwendet, sondern Zellen, die aus einem gutartigen Tumor gewonnen wurden. Daß die Ergebnisse dieses klinischen Menschenversuchs, wie die Forscher selbst ernüchtert eingestehen, mal gerade eben noch »meßbar« und von einer Heilung oder auch nur nennenswerten Kompensation der Hirnschädigungen weit entfernt sind, hat wohl wenig mit der Qualität der Zellen, möglicherweise aber viel mit der Qualität des solchen Eingriffen zugrundeliegenden Konzepts zu tun: Es liegt zwar nahe, den Verlust funktionsfähiger Zellen durch Einpflanzen neuer auszugleichen – aber schon die Experimente mit der Transplantation von embryonalen Primärzellen Anfang der neunziger Jahre haben gezeigt, daß für das komplexe neuronale System ein so brachialer 1:1-Ersatz eben keiner ist. Soll heißen: So heftig man auf die Freigabe von embryonalen Zellen für Forschungszwecke dringt, so wenig aufregend ist, was die Forscher bislang zu bieten haben, um ihr Vorgehen zu legitimieren. Versprechungen stehen hier gegen den Tabubruch, den Menschen und seinen Körper zu einem Mittel zu machen, mit dem Medizin-Ingenieure ihre Vorstellungen von Normalität ins Werk setzen wollen. Denn auch das ist im Verlauf der Biomedizin-Diskussion der letzten Wochen deutlich geworden: Es geht in der gegenwärtigen Kontroverse keineswegs allein darum, Heilmethoden für einzelne Krankheiten zu finden. Ziel der gegenwärtig mit viel Engagement und hohem Geldeinsatz vorangetriebenen Biomedizin ist es, die Funktionsfähigkeit des Menschen an sich zu optimieren.

Das Drängen auf Einführung der Präimplantationsdiagnostik, die vor allem dazu dient, Selektionsmöglichkeiten zu schaffen, signalisiert, daß man sich dabei, dem Gerede von Freiheit und Selbstbestimmung zum Trotz, nicht für die Menschen als Individuen, sondern als Exemplar interessiert. Das biomedizinische Denken, das mehr Glück durch mehr Gesundheit verspricht, propagiert die Austauschbarkeit von Menschen – und ihrer Einzelteile. Der Körper gilt nur mehr als eine Funktionshülle, die, wenn es technisch erforderlich und möglich scheint, auch gerne durch Petrischale und Reagenzglas ersetzt wird.

Angesichts dieser abschätzigen Sichtweise auf den Körper und angesichts der lauter werdenden Hinweise auf die Austauschbarkeit menschlichen Lebens könnte man dem Supreme Court of South Carolina fast dankbar sein, daß er in einer hierzulande kaum wahrgenommenen, gleichwohl richtungweisenden Entscheidung (Whitner v. South Carolina, 492 S.E.2d 777) den Fetus nicht nur als Zellhaufen sehen mochte, sondern ihm gleich den Status eines Kindes im Sinne der Gesetze gegen Kindesmißhandlung verliehen hat. In dieser Entscheidung bestätigte das Gericht 1997 eine achtjährige Gefängnisstrafe gegen eine junge afroamerikanische Frau, die während der Schwangerschaft Crack nahm und deswegen den in ihrem Körper wachsenden Fetus tot zur Welt brachte. Tatsächlich bleibt allerdings kein Platz für Dankbarkeit. Die konservativen Südstaaten-Richter instrumentalisierten mit ihrem Urteil, in dem der Fetus wie ein geborenes Kind behandelt wird und die Frau nur noch als sein fetales Umfeld, menschliches Leben nicht weniger als die Biomediziner.

Für die bundesdeutsche Diskussion steht ein vergleichbares Urteil nicht bevor – völlig ausgeschlossen ist es auf lange Sicht aber nicht. Bemerkenswert erscheint etwas anderes: Die Rechtsprechung konkretisiert, was es heißen kann, dem Embryo eigene Würde zu verleihen – so wie die Biomediziner mit ihrer emotionslos interessegeleiteten Verwertung des aus Zellen

bestehenden Körpers zeigen, wie sich der Embryo als bloßer Zellhaufen betrachten läßt (und was daraus folgt). Beide Sichtweisen individualisieren das Problem. Im Extremfall steht so die Würde des einzelnen Embryos gegen das Recht auf Gesundheit des einzelnen Kranken. The winner is: Betroffenheit oder ein fester Glaube (sei es an Gott und seine Schöpfungsallmacht oder an die Kraft der Forschung). Der Rest sind Wertungsfragen, bei deren Beantwortung die Rhetoriker glänzen können. Charakteristisch dafür sind Beispiele wie das folgende, mit dem die Befürworter einer Freigabe von embryonalen Stammzellen zeigen wollen, daß sie die (richtigen) Antworten haben: »In einem biotechnischen Labor bricht ein Feuer aus. In dem Labor befinden sich zehn am Vortag in vitro gezeugte, lebende Embryonen und außerdem ein durch den Rauch bereits tief bewußtloser Säugling. Ein in letzter Sekunde in das Labor eindringender Retter erkennt sofort, daß er nur noch entweder den Säugling oder die zehn Embryonen retten kann. Gattungssolidarität hin oder her: Hätte irgend jemand ernsthafte Zweifel, wie sich der Retter entscheiden sollte?« Die Wirklichkeit ist weniger heroisch, und bei dieser Weltsicht, in der das Leben zuallererst aus einer Kette von Notstandslagen besteht, in denen es schlußendlich immer nur noch darum geht, Interessen und Güter einzelner gegeneinander abzuwägen, gerät die gesellschaftliche Dimension vollends aus dem Blick.

Das mag ohne Absicht sein, ungelegen kommt es den meisten Beteiligten an der gegenwärtigen Kontroverse nicht. Die katholische Kirche will kein Bettelorden werden und mag deswegen die gesellschaftlichen Grundlagen der Bioethik so wenig in Frage stellen wie die Pharmazeutische Industrie und die Gesetzlichen Krankenversicherungen. Und das Expertengremium des Bundeskanzlers, das nach dessen Vorstellung sowieso wenig über Moral sinnieren, sondern lieber Fakten sammeln soll, wird eh in Angelegenheiten der ganzen Nation tätig – und da kennt man bekanntlich nur einzelne und Masse, uns und die anderen. So wird die Debatte gegenwärtig auch fokussiert: Gestritten wird über die Würde des Embryos, nur am Rande über die diskriminierende Selektionstechnik der Präimplantationsdiagnostik. Schlichte Themen wie die Regelungen des neuen Bundessozialhilfegesetzes oder die zunehmend schlechtere Absicherung der Pflege Behinderter geraten gar nicht auf die Agenda. Und während noch landauf, landab unermüdlich das Prinzip »Lebensschutz« thematisiert wird, gerät gar nicht erst ins Bewußtsein, daß, ganz ohne ethische Grundsatzdebatte, runden Tisch und großen Ratschlag, Kanzler und Saatgutkonzerne soeben die Neuauflage ihrer Abmachung über die Freisetzung von gentechnisch manipuliertem Mais beschlossen und damit ihre Macht auf den Agrarmärkten langfristig abgesichert haben. Wer die Ewigkeitsfragen ins Zentrum rückt, will eben manchmal auch nur in Ruhe seinen Alltag planen können.

Oliver Tolmein wurde im Mai der Medien-Preis »Medizin und Gewissen« der IPPNW/Ärzte gegen den Atomkrieg für seine Hörfunkberichterstattung über Bioethik und gesundheitspolitische Themen verliehen

Konkret 07/01, S. 37

Manfred Dahlmann

In diesem Sinne - Anschlußkompetanz

Die diesjährige Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an Jürgen Habermas (mit der Laudatio, dieser habe »den Weg der Bundesrepublik Deutschland ebenso kritisch wie engagiert begleitet«) zeigt, daß manchmal auch Preisvergabekommissionen die richtige Entscheidung treffen – und das auch noch mit der richtigen Begründung. Denn tatsächlich hat der Preisträger sein Leben lang wie kaum ein anderer Vorgefundenes wortreich kommentiert, und geschickt gelang es ihm, seine Stichworte zur geistigen Situation der Zeit von den Feuilletonisten aller Blätter als »politische Interventionen eines Denkers« (»FAZ«) adeln zu lassen. Indem er den herrschenden deutschen Konsens als über eine »herrschaftsfreie Kommunikation« erst noch zu erzeugenden darstellte, vermittelte er den deutschen Linksintellektuellen den Eindruck, als ginge es um den »hegemonialen Diskurs«. Er konnte so den Widerspruch übertünchen, daß es diesen Verfechtern einer deutschen Zivilgesellschaft doch erklärtermaßen vor allem um das genaue Gegenteil geht: nämlich darum, die Anschlußfähigkeit, »Handlungskompetenz« genannt, an die Entwicklungen des gerade herrschenden Zeitgeistes nicht zu verlieren.

Zu würdigen ist in diesem Zusammenhang jedenfalls, daß Philosophie und Praxis von Habermas tatsächlich alles andere als folgenlos geblieben sind: Nicht nur, daß Deutschland nun wieder Angriffskriege führen darf – zweifellos auch eine Folge der Auseinandersetzungen um den von Habermas geprägten Begriff des »Verfassungspatriotismus« – , sondern auch jede neu installierte Ethikkommission beweist, daß man Intellektuelle seines Schlages, bislang noch, braucht, um, was längst beschlossene Sache ist, auch als das ausweisen zu können, womit sich die Gesamtheit aller Deutsch-Fühlenden identifiziert.

Den Interventionen von Habermas ist zugegebenermaßen immanent, daß er sich auch Feinde macht. Gegen Ernst Nolte und Peter Sloterdijk etwa vertritt er die Belange einer von diesen »Neofaschisten« (Habermas) befehdeten liberaldemokratischen Tradition. Und daraus erklärt sich, warum er der Postmoderne, der er doch mit seinem Diskursgerede mindestens Vorschub geleistet hatte, die kritische und engagierte Begleitung versagt, sobald sich in ihr die postfaschistische Heideggerei allzu offen zeigt. Indem der Stiftungsrat ihm diesen Preis unmittelbar nach seiner Verleihung an Martin Walser zuteilt, wird jedoch der wahre Sinn und Zweck dieser liberalen Tradition in Deutschland treffend symbolisiert: Sie konkurriert mit ihren Widersachern um ein und dasselbe Deutschland aus bloß verschiedener Perspektive und sorgt so dafür, daß anschlußfähig nur bleibt, wer den in jedem Gefasel über ›Grundwerte‹ oder ›normative Begründungen‹ enthaltenen Grundkonsens nicht in Frage stellt, der da schlicht und einfach lautet: Deutschland über alles.

Konkret 07/01, S. 37

Michael Schilling

In diesem Sinne - Öthik ist nötig

Das Fernsehkonzil tagt. Bischöfe, Prälaten, Bundespräsidenten, Kolpingsöhne, Moralphilosophen, Feuilletonisten fragen sich, einander und das Publikum: Wann beginnt menschliches Leben? Darf der Mensch alles, was er kann? Gehören Krankheit und Behinderung zum Menschsein? Wird der Mensch unsterblich? Darf er Menschen schaffen nach seinem Bild?

Nicht immer ist es leicht, beim Bibber der üblichen Verdächtigen (Lehmann, Sloterdijk, Dönhoff, Rau, Blüm et. alt.) die Contenance zu wahren. Zu nahe legt einem der und jener Quatschkopf den klammheimlichen Wunsch, man hätte ihn als Zellhaufen – zur Verhütung einer Diskurskarriere – ex vitro direktemang in den Ausguß gekippt. Aber man reißt sich zusammen, guckt besorgt wie ein Bednarz und ist wenigstens mimisch auf der Höhe der bioethischen Debatte. Selbst den Autoren dieser gottlosen Zeitschrift gelingt es immer wieder, das verlangte Niveau zu halten.

Leicht ist es nicht. Nicht für einen, der weiß, zu welchem Ende debattiert wird und wozu die Theologen aller Kirchen und Fakultäten den Weg säumen: Das Publikum soll spüren, daß seine Bedenken von dazu höchst qualifiziertem Personal schwer bedacht worden sind, damit das Resultat, das nie zweifelhaft war, als ein »ethischer Kompromiß« erscheinen kann. Was nämlich wird, mit H. Kohl gefragt, bei der Diskussion hinten rauskommen? Der pharmazeutischen Industrie wird erlaubt werden, den größtmöglichen Fortschritt in der bioethischen Entwicklung ihrer Dividenden zu erzielen. Sie wird sich dafür den üblichen Verdächtigen nicht undankbar erweisen.

Der moralische Imperativ des Kapitalismus ist die Rendite. Der frühere Kanzler Helmut Schmidt (SPD) hat ihn einmal am Beispiel »unserer Politik restriktiver Rüstungsexporte« definiert, »die den genauso gerechtfertigten Vorstellungen der Beschäftigungspolitik« entgegenstehe. »Solche Abwägungen«, nämlich zugunsten des Waffenhandels, lägen »mit Sicherheit in dem Rahmen, den der kategorische Imperativ zieht«. So sieht es Schmidts Schüler Schröder, was die neuen Biotechniken angeht, auch. Bioethik hat einen Standort. Den Standort.

Konkret 07/01, S. 37

Oliver Tolmein

In diesem Sinne - Aus alt mach neu

Der Generalbundesanwalt in Karlsruhe langweilt sich. Die zwei, drei Neonazi-Verfahren, in die er sich einmischen mochte, schleppen sich dahin, die Hochverratsverfahren wegen Spionage für die DDR sind bald erledigt, die eigentlichen Lieblingsfeinde RAF und RZ haben sich aufgelöst, die Kronzeugenregelung ist abgeschafft. Allein der Prozeß gegen angebliche RZ-Mitglieder in Berlin scheint die Behörde noch in Schwung zu halten – und die Erfindung der DNA-Analyse. Mit Hilfe eines neuen Verfahrens, das mehr Ergebnisse bei weniger Spuren verspricht und damit viele Verdächtige, von denen manche ebenfalls nichts getan haben werden, konnte der oberste Staatsanwalt nicht nur alte Verfahren neu aufrollen, sondern auch neue Verfahren in alter Manier in Gang bringen.

Die wichtigsten neuen Staatsfeinde sind also die alten. Wolfgang Grams beispielsweise soll auch am Attentat auf Treuhandchef Rohwedder beteiligt gewesen sein – ein wurzelloses Haar brachte es an den Tag. Der Gewinn dieses neuen Verdachts ist gering, denn nicht einmal der Generalbundesanwalt kann gegen den Rechtsgrundsatz verstoßen, daß gegen Tote hierzulande keine Verfahren geführt werden, und von Birgit Hogefeld, die der Chefankläger möglicherweise gerne noch länger hinter Gittern sitzen hätte, haben die Fahnder offensichtlich nicht einmal ein Haar ohne Wurzel gefunden. Immerhin gibt es damit jetzt einen guten Grund dafür, daß die Beamten der SEKs und GSG 9 in Zukunft Sturmhauben tragen, die verhindern, daß sie Haare an ihrem Einsatzort verlieren, an dem bisweilen Menschen, die sie gefangennehmen sollen, unter ungeklärten Umständen erschossen liegen bleiben.

Sturmhauben allerdings können auch tückisch sein: Zwei Speichelspuren, die nach einem Überfall auf einen Geldtransporter an Gesichtsmasken in Duisburg gefunden wurden, waren Indiz genug für die Bundesanwaltschaft, das Aufleben einer neuen RAF zu verkünden. Damit sind nun endlich auch die Bundesanwälte im biotechnologischen Zeitalter angekommen und machen sich die Funktionsweise der Bioindustrie zu eigen: Gewagte Hypothesen über Dinge, die niemand sehen und kaum jemand nachvollziehen kann, die aber dem Erfinder optimalen Nutzen versprechen, ergeben immer noch den besten Hype

Konkret 07/01, S. 38

Günther Jacob

Kunst & Gewerbe

Berlin-Mitte –

historisches Zentrum Berlins, einst Stadtteil von Berlin/DDR, jetzt »Herz der Hauptstadt« Superdeutschlands (vormals: BRD), »Brennpunkt des neuen Aufschwungs zur Metropole«, »eine einzige große Baustelle«. Früher stand hier die Mauer, auf deren Trümmern die Leute dann »Wahnsinn« riefen. Jetzt Sitz des Kanzleramts, Hochburg der Postkommunisten, Standort des Reichstags und anderer demokratischer Einrichtungen, umstellt von Tacheles, Volksbühne und dem Techno-Club »Tresor«. Nicht weit davon die Kuppel der Synagoge und das Potemkinsche »jüdische Scheunenviertel« (reale jüdische Einrichtungen sind an der Polizeistreife davor zu erkennen). Komplettsanierung nach »Abklärung der Besitzverhältnisse« durch Grundstücksgesellschaften (darunter auch DVU-Chef Gerhard Frey) und Konzernzentralen. Jetzt mit Lofts für Katarina Witt und Joschka Fischer. Netzwerkfunktion bei der Bildung neuer Allianzen von Kulturszene und politischer Klasse. Ein Überblick.

Innenarchitektur

»Süddeutsche Zeitung«, 4. Oktober 2000:

Der Hauptstadt-Tourismus boomt wie nie zuvor. Hanns Peter Nerger, Chef der Berlin Tourismus Marketing GmbH (BTM), erklärt, woran das liegt: Wir sind in der Oberliga angekommen, haben Amsterdam verdrängt, Wien und Madrid hinter uns gelassen. Rom ist vielleicht schon nächstes Jahr fällig. Seit dem Umzug der Bundesregierung an die Spree erleben wir einen Quantensprung. Noch kommen hauptsächlich Deutsche; die Deutschen wollen die Architektur ihrer Hauptstadt sehen. Der internationale Gästeanteil liegt derzeit bei 25,5Prozent, in München sind es 50 Prozent ...

Die Demokratie als Bauherr

»Frankfurter Allgemeine«, 21. Mai:

*Betroffen nimmt man die mentale, ästhetische und funktionale Übernahme eines genuinen NS-Baus zur Kenntnis. Der Abbruch von Hakenkreuzen und Hoheitsadlern hat die Bauten scheinbar entsorgt. Es wird alles getan, durch einen »behutsamen Umgang«, die »großzügige Raumstruktur« in den Verwaltungsbauten des »Dritten Reiches« freizulegen. Die gegenwärtig kaum bestrittene Weiternutzung von Bauten der NS-Regierung setzt sich offiziell zum Ziel, deren »ursprünglichen Charakter zurückzugewinnen«.**

Triumphaler Surrealismus

»Stern«, 27. März

Schröder muß nun leben mit dem Kanzleramt. Und er kann sich schwer vorstellen, hier nicht nur zu arbeiten, sondern auch oben, im 8. Stock, zu wohnen. An seinen provisorischen Amtssitz in Honeckers Staatsratsgebäude hatte Schröder sich gewöhnt. Es ist einfach etwas ganz Spezielles, als Kanzler des wiedervereinigten Deutschlands im Allerheiligsten der DDR zu residieren. Das Arbeitszimmer mit den hohen Decken und den Holzvertäfelungen stellte sich als komfortabel und großzügig heraus. Die Meißner Kacheln im Bankettsaal, die lederbespannten Flure und die sozialistischen Glasfenster mit den Arbeitern und Bauern im Treppenhaus sind zwar kurios, aber doch irgendwie gediegen.

Krieg den Hütten ...

»Süddeutsche Zeitung«, 7. März:

Jean Vincent Zinsou hält sich bedeckt, wenn es um die Frage geht, ob und wann die diplomatische Vertretung der westafrikanischen Republik Elfenbeinküste von Bonn nach Berlin umziehen wird. Aber die Mitarbeiter des afrikanischen Botschafters bekennen freimütig: »Die armen Länder haben kein Geld für den Umzug.« Die Schnäppchen aus Staatsbesitz in Berlin-Mitte sind fast alle schon weg. Und wenn es um die Finanzierung geht, hört die Hilfestellung auf. »Subventionierte Botschaften würden mit den internationalen Gepflogenheiten nicht in Einklang stehen«, heißt es im Auswärtigen Amt.

... jedem einen Palast

»Süddeutsche Zeitung«, 8. August 2000:

In Nummer 3 und 3a der Krausnickstraße in Berlin-Mitte sind noch Hunderte von Maschinengewehr-Einschußlöchern aus den Tagen des Straßenkampfs am Ende des Zweiten Weltkriegs zu erkennen; drüben das Haus Nr. 13 ist großartig renoviert im Stile der 1880er Jahre. 1995 verkündete ein junger Projektentwickler auf einer Pressekonferenz, der jüdische Mythos liege hier »nur so auf der Straße«. Gegenüber, in Hausnummer 22, wohnt in einer sehr schön renovierten Wohnung der Schauspieler Uwe Karpa, der derzeit bei den Karl-May-Festspielen als sächselnder Pastor Triumphe feiert. Das Haus bekommt demnächst einen Fahrstuhl. Mit dessen Hilfe wird dann die künftige Hauseigentümerin Katarina Witt in ihr Penthouse schweben. Beim schicken japanischen Laden »Zen und Ethno Accessoires« hat man kürzlich den deutschen Außenminister gesehen hat. Schon erstaunlich, was dazu noch alles Platz hat: die Klavierlehrerin, diverse Rechtsanwälte, der Notar und der Jungdichter Benjamin von Stuckrad-Barre.

Häuserkampf 1

»Die Welt«, 21. August 2000:

Bernd Segin kämpfte seinerzeit gegen den Abriß einer Arbeitersiedlung, jetzt ist er als Geschäftsführer mit der Sanierung von Mietwohnungen beschäftigt. »Unsere Themen waren damals die Integration von Ausländern, Frauenthemen, Internationalismus und dann eben der Städtebau und die Kritik an Fehlentwicklungen in diesem Bereich.« 1989 gründete er die Consult Team Unternehmensberatung. Die Firma begann, in Berlin-Mitte Bestände von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zu erwerben. Bislang haben Segin und seine 90 Mitarbeiter 5.300 Wohnungen modernisiert.

Häuserkampf 2

»Berliner Zeitung«, 12. Juni:

Seine Verluste hatte der frühere NVA-Offizier durch Manipulation in der Buchhaltung kaschiert. Der Angeklagte hatte betont, die Spree-Capital mit Sitz in Berlin-Mitte sei nicht zu Betrügereien geschaffen worden. Der Anwalt hatte im Plädoyer gesagt, sein Mandant habe gehofft, in der Euphorie der Wende auf der Siegerseite zu stehen, und habe alles verloren. Die Strafkammer gewährte Haftverschonung bis Strafantritt.

Sei schlau, lern beim Bau

»Süddeutsche Zeitung«, 18. Mai:

Berlin ist eine einzige dynamische Baustelle. Und auch die Musikszene befindet sich im Aufbau. Heute existiert eine Vielzahl von Platten-Labels und Produktionsfirmen, die die Magnetwirkung der Stadt erkannt haben und mittlerweile mit der musikalischen Baustelle rund um den Alexanderplatz gut verdienen. Berlin hat momentan die besten Voraussetzungen, um zur Pop-Hauptstadt Nummer eins zu werden.

Kunst am Bau

»Spiegel«, 18. April:

Zur zweiten Berlin-Biennale setzt die Kuratorin Saskia Bos auf internationale Künstler. »Zu Beginn des Jahrhunderts blickte Picasso nach Afrika, um sich inspirieren zu lassen. Heute wollen wir afrikanische Künstler hier sehen – und zwar solche, die kritisch auf unsere Kunstwelt reagieren.« Ein Beispiel ist die Arbeit »New Wall« von Pascale Marthine Tayou aus Kamerun: »Meine Arbeit bezieht sich auf die Berliner Mauer – nach ihrem Fall hatten die Menschen in ihren Köpfen neue Mauern.« Der Vorsitzende Eberhard Mayntz hofft, daß die Bundesregierung die künftigen Biennalen wohlwollend fördert.

Die Entdeckung des Kontingenten

»Die Welt«, 10. März, und www.cityinfonetz.de:

Tips vom Szene-Guru Marc Wohlrabe, 28 (Herausgeber des City-Magazins »Flyer«): Clubs in Berlin-Mitte. Kaffee Burger: Vorwende-Charme (Sprelacart-Tische aus der SBZ) und Rare Grooves des DDR-Labels Amiga. Obst und Gemüse/Oranienburger Str.: Zu DDR-Zeiten ein Gemüseladen, nach der Wende der angesagteste Szene-Treff in Berlin.Hackbarth's: Mit viel Gefühl für Stil haben die Inhaber aus einer verfallenen DDR-Bäckerei eine morbid-elegante Café-Bar gemacht. Das Hackbarth's in der Auguststraße war nach der Maueröffnung einer der ersten Szene-Treffpunkte in Mitte. Lässige Kommunikation am langen Tresen.

Politische Atomphysik

»030-Berlin«, März 1999:

Hat der Mauerfall der Entwicklung von elektronischer Musik geholfen? Westbam: Auf jeden Fall. Die Techno-Explosion von damals war schon auch diese Fusionsenergie aus Ost- und West-Berlin. Diese Energie hat via Love Parade und Mayday abgestrahlt. »030-Berlin«: Habt ihr mal daran gedacht, mit Low Spirit nach Mitte umzuziehen, also ins jetzige kreative Zentrum? Westbam: Das wird diskutiert, ja. Leute, die neu nach Berlin kommen und was bewegen wollen, die zieht's alle nach Mitte.

Kingston/Germaica

Brittas »Rock Me Crazy Berlin« war es noch nicht. Aber jetzt wurde sie gefunden, die definitive Hauptstadt-Pophymne:

Wie sie ihre reggaebetonten Klänge unters Volk brachten, hatte Pfiff. Jetzt schwappt die Welle die Spree hinunter und präsentiert: Die EP Dickes B von SEEED (www.heftig.com). Der Titeltrack Dickes B dürfte fürs erste die einzig gültige Hymne für die deutsche Hauptstadt sein. Eine Huldigung an Berlin (www.mzine.de). Das Video zu »Dickes B« läuft schon auf den Musikkanälen der Republik. Der Song wird die Hauptstadthymne schlechthin werden. »Dickes B« ist der legitime Nachfolger von Ideals »Berlin« als Hauptstadt-hymne. Ich wünsche den Jungs die Weltherrschaft, daß sie den Nahen Osten befrieden (www.laut.de).

Networking: Pop & Kriegsverbrechen

»Netzzeitung«, 13. März:

*Viel wird dieser Tage über die Identität der Grünen diskutiert. So können die Grünen in der Diskussion um Joschka Fischers Vergangenheit gerade im Milieu der durch Popkultur Sozialisierten mit Sympathie rechnen. Die Generation der »Popkulturellen« ist darüber hinaus zur entsprechenden Bilddeutung in besonderer Weise »ausgebildet«. Nur ein Beispiel: Der grüne Fraktionsvorsitzende Rezzo Schlauch ist heute an Berliner Orten wie dem WMF-Club oder der Boheme-Kneipe »Dirt« anzutreffen. Warum aber hört und vor allem sieht die Öffentlichkeit nichts von diesem glamourösen Lebensstil? Blickt man auf die sozialen Existenzbedingungen vieler popkultureller Sympathisanten, so kümmert sich keine relevante Partei oder Interessengruppe um die Probleme freiberuflicher Künstler, Publizisten, Webdesigner etc., die in popkulturellen Milieus überproportional vertreten sind. **

Kritische Feilarbeit am grundsätzlich Bejahten

»Spiegel«, 14. April:

Inspiriert von William S. Burroughs hat Stefan Wirner aus Zeitungsartikeln sein neues Buch »Berlin Hardcore« entwickelt. Auf 115 Seiten reiht es kommentarlos die Greueltaten wackerer Phrasendrescher aneinander. Seine persönliche Biographie in der Stadt begann am 2. Oktober 1990. Nach Stationen in Köln und München zog er erst in eine Weddinger Fabriketage. Von dort ging es in die Dunckerstraße am Prenzlauer Berg. »Die Clubszene in Berlin-Mitte mit ihren Türstehern ist ja genau das, was auch schon überall anders nervt, und das wird nun als das neue Berlin verkauft«, schreibt Wirner. Seine jüngste Lesung war an einem Ort zu hören, der sich kürzlich als einer der wenigen coolen Berliner Ausgehtips einen Namen machte – dem alten Kitty-Yo-Büro in der Torstraße.

Zwischen Disco und Verbeamtung ...

»Jungle World«, 11. April und 8. November 2000:

1) Diese Stadt hatte auch einen Sound, der war elektronisch, nannte sich Techno. Das paßte prima zu den Kellerbars und zur Euphorie. Niemand fragte nach dem Warum, jeder lebte im Heute, es ging ums Weitermachen. Das war Ostberlin, und das ist lange her. Das war weder toll noch blöd, sondern es war einfach so.

2) Mitte ist langweilig geworden. Der wilde Osten war mitsamt seinen leerstehenden Wohnungen offen für nahezu jeden. Entsprechend reich war zunächst das Angebot an Wohnzimmerbars und Technohallen. Wie immer folgten dann die freundlichen Herren Bauunternehmer und die nicht minder freundlichen Damen Werbeagentur und versuchten, aus der lebendigen Szene möglichst viel Kapital zu schlagen. Das zusammengewachsene Berlin ist eine ganz normale deutsche Großstadt geworden.

Erinnerungskultur

»Die Zeit«, 1. Februar:

In Berlin-Mitte, Rosenthaler Straße 68, gibt es noch genau ein besetztes Haus. Nun soll es geräumt werden. Peter erinnert sich, an diesem besonderen Tag. Vor elf Jahren lebte Peter in Kreuzberg, als ein Freund kurz nach dem Fall der Mauer mit einem Aufruf zur Besetzung des Hauses in der Rosenthaler Straße 68 vorbeikam. Die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM), die das Haus verwalten sollte, bis die Eigentumsverhältnisse geklärt sind, schickte bald jemanden vorbei. Die Investitionsfirma Kubus hat ihr Interesse an dem Haus bei der WBM angemeldet, aber die Eigentumsverhältnisse, die bei einer Erbengemeinschaft liegen, sind noch immer nicht vollständig geklärt.

Veranstaltungshinweis 1

Flyer-Slogan zur Ankündigung von »Berlins einziger Deutsch-HipHop-Party« mit MC Rene, Membrain und Marius Nr. 1 am 24. Mai 2001:

BRD – Berlin Rockt Deutsch!

Veranstaltungshinweis 2

Aus einer Veranstaltungsankündigung:

Der Historiker Horst Helas präsentiert sein Buch Juden in Berlin Mitte – Biographien, Orte, Begegnungen *(Trafo Verlag, Berlin 2000). In dem Band kommen 30 Jüdinnen und Juden zu Wort, denen einst die Berliner Mitte Heimat war, aus der man sie brutal vertrieb. Solche unmittelbaren Erinnerungen sind, da die jüdischen Zeugen heute fehlen und die nichtjüdischen sich der Erinnerung eher entziehen, aus den innerstädtischen und, mehr noch, aus den familiären Rückblicken nahezu getilgt. Eine Veranstaltung von Rosa-Luxemburg-Stiftung und Jüdischem Kulturverein Berlin. Bitte planen Sie genügend Zeit für die Sicherheitskontrolle ein.*

–

Konkret 07/01, S. 41

Rayk Wieland

No logo – nicht logisch

Kulturkolumne

Einerseits, andrerseits, im Grunde genommen, in etwa, unter Umständen, keine Frage, womöglich, wohl oder übel, so gesehen, vielleicht, oder : derlei Vokabeln liest niemand unter einem Entschiedenheit signalisierenden Autorenphoto gern. Dennoch sollte gelegentlich, wer schreibt, seinen Hang zu Dogmatik und Klartext stoppen und flache Hierarchien in seiner Argumentation bevorzugen, um nicht ohne Not allzu steifbeinig dazustehen.

Einerseits nämlich fällt mir zu den Globalisierungsgegnern wenig ein. Sie sind gegen die Globalisierung, die immer globalisierter wird. Auch ihr Kampf, den sie gegen die Globalisierung führen, globalisiert sich immer mehr. Egal, wo auf diesem Globus die Globalisierer zusammenkommen, um über die Globalisierung zu beratschlagen: in Seattle, in Davos, in Prag oder Göteborg - die Globalisierungsgegner sind schon da, um den Globalisierern die Party zu vermasseln. Sie tun's nicht ungeschickt, zuletzt mußten sogar einige Regierungschefs ihr Hotel über die Feuerleiter verlassen. Das werden die Beteiligten noch ihren Enkeln erzählen können.

Andrerseits trägt die Heroisierung der Akteure durchaus zur Unterhaltung bei. Die Feuilletons sind voll, ein sicheres Indiz dafür, daß die Sache erledigt ist. Bill Gates kriegt seine Torte ins Gesicht. Die Polizei macht Überstunden. Schaufensterscheiben gehen entzwei. Kreditkartennummern werden gehackt. Das Netz bricht zusammen. Das Abendessen fällt aus. Die Globalisierung geht weiter.

Im Grunde genommen ist unklar, ob sie, die Globalisierungsgegner, die Globalisierung überhaupt aufhalten oder aber ganz abschaffen wollen oder ob sie nur gegen die Form der Globalisierung kämpfen und eine Art Globalisierung mit menschlichem Antlitz anstreben. Was Globalisierung genau heißen und was an ihre Stelle treten soll - Regionalisierung, Renationalisierung, die Wolfsburgisierung der Welt oder ein Kommunismus -, bleibt ebenfalls vage. Die Bewegung der Globalisierungsgegner zerfällt in 1.000 Plateaus.

In etwa ließe sich ihre Funktion in den Metropolen als Entlastung beschreiben. Die Globalisierungsgegner agieren aus, was viele nicht wahrhaben wollen, und verkörpern praktisch das outgesourcte schlechte (oder gute) Gewissen der Bürgergesellschaft, welche die Verheerungen und Zerstörungen, die der entfesselte Superkapitalismus in der Dritten Welt hinterläßt, längst verdrängt hat. Mit der Militanz der Aktivisten kehren Bilder dieser Zustände zu ihrem historischen, ökonomischen Ausgangspunkt, in die Mitte Europas oder Amerikas, zurück und werden hier dadurch überhaupt erst wieder sichtbar.

Unter Umständen liegt aber ein Fall von moralischer Mütchenkühlerei und Ersatzbefriedigung vor. Denn die Erneuerung der Welt wird aus den Metropolen nicht kommen. Die Empörung der Globalisierungsgegner darüber, daß Nike in Sweatshops der Dritten Welt produziert und der Shellkonzern die Regierung in Nigeria hofiert und so die Ausrottung des Ogonivolkes finanziert, geht selten so weit, daß sich vor Ort jemand blicken ließe. Lieber bleiben sie zu Hause, bauen aus Trauer bzw. Protest kleine Turnschuhpyramiden und tanken bleifrei bei der Konkurrenz. Lieber mischen sie ein Bergdorf in den Alpen auf, als daß sie in der Dritten Welt zum Generalstreik rufen.

Keine Frage, ihre Sendung heißt Störung: Störung des Betriebsfriedens der transnationalen Konzerne, Störung der Idylle in den Metropolen, Störung der makellosen Repräsentation der Industrienationen, Störung des Images der großen Weltmarken. Das Zentralorgan der Globalisierungsgegner, das kanadische Magazin »Adbuster«, meldet: »Die neuen Aktivisten protestieren nicht mehr gegen die Schäden, die Firmen anrichten, sie protestieren gegen die Firma als solches.« Demonstranten in Davos forderten »die Zerschlagung der tausend größten Konzerne weltweit«. Ein hehres Ziel, eine richtige Idee, ein guter Plan.

Womöglich hat die Mutter der Bewegung, Naomi Klein, in ihrem Weltbestseller No Logo eine Strategie entwickelt, mit der den transnationalen Unternehmen auf die Finger geklopft werden kann. Der Wert eines Unternehmens, hat sie ermittelt, sei zu einem erheblichen Teil abhängig vom Image seiner Markenprodukte, die symbolisch angegriffen werden können. Wenn es gelänge, diese Imgages zu »beschmutzen«, indem die verheerenden Produktionsbedingungen in der Dritten Welt sichtbar gemacht werden, könnten - siehe die Brent-Spar- oder Anti-Nike-Kampagnen - die Unternehmen unter Druck gesetzt werden. Die Gefahr für Unternehmen bestehe dabei nicht in der realen Bedrohung, sondern in der Labilität des symbolischen Mehrwerts ihrer Marken. Mehr als die Hälfte der Kapitalwerte der Unternehmen weltweit ergäben sich mittlerweile aus Namens- und Markenrechten, bei kurzlebigen Konsumgütern seien es sogar über sechzig Prozent. Heute existiere keine Marke, die keine »Philosophie« mitzuverkaufen hätte. Nike verkaufe keine Turnschuhe, sondern Sportsgeist, IBM keine Computer, sondern »Business solutions«, Swatch nicht Armbanduhren, sondern Zeit. Je mehr sich

aber die Marken zu Kultur- und Sinnstiftern aufschwängen, um so angreifbarer würden sie. Der Widerstand gegen Konzerne und Markenterror müsse darum heute gegen ihre Marketingaktivitäten gerichtet sein.

Wohl oder übel bedeutet das, daß die Globalisierungsgegner eine Art Antimarketing entfalten, sich also in die Spur des Marktes begeben. Letztlich stehen sie vor dem Dilemma, eine Art Antimarketingkampagne vermarkten und dabei erfolgreicher sein zu müssen als die ökonomisch ungleich potenteren, rücksichtsloseren, aggressiveren transnationalen Konzerne. Werbeparodien und Internetanschläge sind dabei so wirkungsvoll wie, sagen wir, Holzspielzeug.

So gesehen bleibt die Frage, ob man nicht mehr gegen das Kapital unternimmt, indem man nicht zum Arzt geht. Das Projekt, Marketingkampagnen gegen den Markenterror zu fahren, wird allenfalls so ausgehen wie das Projekt der sozialistischen Staaten, die Marktwirtschaft einzuführen. Man muß sich den Realsozialismus als, chronisch unterfinanzierte, Marketingkampagne vorstellen. Immerhin hatte er eine Zeitlang nicht nur die besseren Ideen, sondern sogar Streitkräfte. Die Alternative zur Globalisierung kann jedenfalls nicht der geistige Mittelstand sein, den die »Financial Times Deutschland« pflegt: »Die globalen Unternehmen repräsentieren gegenwärtig nicht mehr das, wonach Menschen verlangen, sondern immer stärker das, was wir fürchten - oder gar verabscheuen. Konsumenten wollen nicht werbetechnisch überrannt werden, sondern suchen nach Anhaltspunkten, daß sie den globalen Firmen wieder trauen können.«

Vielleicht sollte man mal wieder, anstatt Markenturnschuhe zu boykottieren oder anders zu tanken, die Machtfrage stellen und zum Beispiel internationale Brigaden bilden?

Oder was?

Konkret 07/01, S. 42

Daniel Libeskind, Layla Dawson

„Irgend etwas ist hier schiefgelaufen“

Interview mit dem amerikanischen Architekten Daniel Libeskind über die Architektur in Berlin, über Politiker, Denkmäler, Dresdner Barock, Instanthäuser und über die deutsch-jüdische Normalität

In unserem Interview vor sieben Jahren äußerten Sie sich sehr kritisch über die offizielle Berliner Baupolitik für die neue Hauptstadt. Sie sprachen da von einem »Ruf nach Ordnung«. Was für einen Eindruck haben Sie jetzt?

Ich bin immer noch der Meinung, daß vieles in der neuen Berliner Entwicklung Ausdruck verpaßter Gelegenheiten ist. Der »Ruf nach Ordnung« hat die Architektur der meisten Bauten so stark diszipliniert, daß sie kaum noch als Werke des 20. Jahrhunderts erkennbar sind. Im großen und ganzen handelt es sich um Rückfälle in ein historisches Gestern. Es gibt eine Menge Bauten in Berlin, die das wiederherstellen sollen, was man als wichtiges preußisches Erbe begriff. Das ist den Gebäuden nicht gut bekommen. Nun stehen sie da – nicht als wiedererstandenes Preußentum, sondern als öde, geistlose Architektur mit Blendwänden aus Stein, die sehr zu wünschen läßt, sowohl in architektonischer Hinsicht als auch für die allgemeine Öffentlichkeit.

Wenn ich aus unserem damaligen Gespräch noch Ihre Formulierung von der ›selektiven Auslöschung und Neuschreibung von Geschichte‹ zitieren darf, wie schneiden da die folgenden Berliner Projekte ab: der Potsdamer Platz (Renzo Piano mit Christoph Kohlbecker, Arata Isozaki, Hans Kollhoff, Ulrike Lauber, Wolfram Wöhr, Raphael Moneo, Richard Rogers)?

Die Geldsummen, die dort investiert worden sind, sind tatsächlich sehr beeindruckend, nicht das Ergebnis. Der Platz kommt einem vor wie nachgestellte virtuelle Realität. Unter urbanistischen Gesichtspunkten ist er vollkommen künstlich und hat absolut nichts mit der erregten Lebendigkeit des ehemaligen Potsdamer Platzes zu tun. Obwohl dort Menschen auch einkaufen und Einkaufen Spaß bringt, ist das Mißverhältnis zwischen Architektur und öffentlichem Leben mit Händen zu greifen. Man kann auf die teuren Details zeigen, aber sie bilden zusammen keinen öffentlichen Raum.

Sony Center (Murphy, Jahn)?

Wenigstens das Sony Center sieht ein bißchen wie Chicago aus.

Braucht Berlin ein bißchen Chicago?

Wahrscheinlich nicht. Das Center ist einfach nur ein weiterer riesiger Solitär, der irgendwie Ähnlichkeit mit einer Fassadencollage auf dem Computerschirm hat.

Alexanderplatz? Nach all den Wettbewerbsvorschlägen ist nichts passiert. Der Platz ist nur noch weiter heruntergekommen.

Er ist schäbiger geworden, aber mir gefällt immer noch sein verstecktes Potential. Der Platz ist real, dort laufen reale Menschen herum und tun reale Dinge. Noch steht dort keine künstliche Architektur, so daß er immer noch ein magisches Potential für ein Zentrum birgt.

Auch wer demonstriert, geht auf den Alex und nicht auf den Potsdamer Platz.

Stimmt. Was ist nur aus all den ambitionierten Versprechungen geworden? Der Potsdamer Platz spiegelt das Bild einer sehr kontrollierten Welt, und man fragt sich, wo denn all die Piazzas voller glücklicher, Cappuccino trinkender Menschen sind. Selbst an Sommertagen wirkt der Platz nicht wie ein belebter öffentlicher Raum. Es fällt schwer, das Ganze nicht für einen törichten Irrtum zu halten.

Das Stadtschloß, für das drei verschiedene Vorschläge gemacht worden sind. Zuerst Ingenhoven und Overdieks Stadtpark?

Was soll ich da sagen?

Sauerbruch und Huttons Museenballung?

Gute Architekten, aber ich halte die Idee für äußerst problematisch. Sozial gesehen, hat sie nichts mit einer Stadt im 21. Jahrhundert zu tun. Eine moderne Großstadt braucht verschiedenste Angebote für all die unterschiedlichen Bevölkerungsschichten und nicht ein einziges einheitliches Kulturprogramm mit großem K.

Schließlich der Vorschlag von Gerkan, Garg und Partner, daß ein computergeneriertes Pixelbild des alten Schlosses auf ein modernes Glasgebäude projiziert wird.

Ein unglaublicher oder, wie ich finde, sogar interessanter Vorschlag, weil es sich um eine Bühnenkulisse ohne Publikum und echte Bühne handelt. All das sind Theorien, die das Problem nicht lösen.

Das Bundeskanzleramt (Axel Schultes und Charlotte Frank)? Axel Schultes hat ja öffentlich die Hände gerungen.

Stimmt, er hat sich sehr defensiv verhalten. Auf jeden Fall handelt es sich um ein Gebäude ohne jeden Maßstab. Weder außen noch innen zeugt es von Demokratieverständnis und ist insofern kein angemessener repräsentativer Bau.

Macht es die Politiker verlegen, oder trifft es ihren Geschmack?

Kanzler Schröder scheint sichtlich verlegen. Er muß sich vor eine Inszenierung stellen, die fast ungenießbar ist. Irgend etwas ist hier schiefgelaufen, nicht nur mit den Maßstäben. Dieses Kanzleramt ist einfach kein Ort des 21. Jahrhunderts. Es spricht nicht von Gleichheit und Intimität und stellt keine Nähe zwischen der Öffentlichkeit und einer aufgeschlossenen, fortschrittlichen Regierung her. Es ist vielmehr eine Megakonstruktion mit einem sehr eklektischen Äußeren und Inneren und entspricht in keiner Weise seiner Aufgabe. In seiner Unmäßigkeit hat das Gebäude etwas Autoritäres, Patriarchalisches. In der Art, wie es die Bevölkerung und vor allem auch den Reichstag kleinmacht, strahlt es eine unglaubliche Arroganz aus.

Obwohl es doch Millionen Kilometer entfernt irgendwo in der Wüste zu stehen scheint?

Ja, und trotzdem läßt es den Reichstag klein erscheinen. Bis jetzt ist mir noch niemand begegnet, egal ob rechts oder links oder Mitte, dem das Kanzleramt gefällt. Es ist einfach unangemessen, nicht Fisch und nicht Fleisch, weder modern noch postmodern. Die Architektur bedient sich aus dem Schablonenfundus, ohne daß etwas Aussagekräftiges entsteht. Da ihr eine eigene Sprache fehlt, vermag sie auch nichts auszudrücken, und das Ganze sieht am Ende eher wie ein Flughafengebäude aus.

Lag das Problem beim Auftraggeber?

Natürlich hatte der Auftraggeber eine bestimmte Vorstellung. Aber Architekten sollten für das kämpfen, woran sie glauben. Das heutige Berlin ist ein gutes Beispiel dafür, wie Architekten sich mitschuldig gemacht haben. Bei Shakespeare heißt es: »Die Wahrheit ist die Tochter der Zeit«, und das kann man in Berlin studieren. Die neuen Gebäude sehen schon jetzt zeitverhaftet aus, das heißt, sie repräsentieren jene Jahre, in denen der »Ruf nach Ordnung« oberstes Gebot war. Nur sehr wenige Gebäude sind dem entgangen. Frank Gehrys Bankgebäude am Pariser Platz ist für mich eines dieser wenigen Beispiele. Gehry hält sich an die Regeln, treibt aber außen sein Spiel mit den Fenstern und serviert innen die große Überraschung – alles das Ergebnis seiner großen Virtuosität.

Und was sagen Sie zum Regierungsviertel im Spreebogen als Ganzem, und zwar inklusive all jener riesigen Verwaltungskomplexe, die noch nicht vollendet sind?

Was soll ich dazu sagen? Als Tourist würde ich jedenfalls nicht die ganze Tour absolvieren. Ich finde, Berlin hätte Besseres verdient.

Bürgermeister Diepgen hat gesagt, er fände es »unerträglich, wenn Berlin ein Zentrum für Gedenkstätten würde«. Und damit komme ich zu den beiden Projekten, die noch nicht gebaut worden sind: Peter Eisenmans (ohne Richard Serra) »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« und Peter Zumthors »Museum der Topographie des Terrors«.

Peter Zumthor möchte, wie er sagt, gerne aus der »Topographie des Terrors« ein wunderschönes Gebäude machen. Die Erfahrungen von Schönheit beziehungsweise von Terror passen meiner Meinung nach aber nicht zusammen. Es wäre fragwürdig, wenn man an diesem speziellen Ort eine erhebende architektonische Erfahrung machte. Es wäre einfach nicht angemessen. Schönheit feiert das Leben, und die Aufgabe dieses Gebäudes ist es, die Topographie des Terrors zu dokumentieren. Schönheit zusammen mit Terror ist eine Naziphantasie. Und Eisenmans »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« mag ich nicht. Ich habe es nie gemocht.

Weil Sie selbst einen Vorschlag eingereicht haben?

Nein, ich rede nicht von meinen eigenen Ideen. Ich war immer der Meinung, daß dieses Denkmal ein bedeutender und sichtbarer öffentlicher Ort und kein Friedhof sein sollte. Der einzige Friedhof in jener Gegend ist Goebbels Bunker. Es gibt dort keinen jüdischen Friedhof. All die Metaphern, die im Umlauf sind, wie etwa die von den Wellen im Ozean, sagen einfach nichts aus. Und wenn das so ist, was taugen sie dann? Die leere Symbolik dieser mechanischen Schachteln in Gittermuster erschafft kein bewegendes oder bedeutsames Denkmal, zu dem man sein Kind oder Enkelkind mitnehmen kann.

Anders als andere zeitgenössische Architekten arbeiten Sie mit narrativen und symbolischen Elementen. Im Berliner Jüdischen Museum und im Osnabrücker Felix-Nussbaum-Museum haben Sie eine Geschichte visualisiert, die zu erzählen wichtig war. Was passiert jedoch, wenn diese selben architektonischen Formen in einem Wohn- oder Geschäftskomplex wiederkehren?

Das tun sie nicht. Nur weil ich keine Schachteln baue, heißt das noch lange nicht, daß ich alles immer gleich mache. Nur weil ich mich nicht dem geistlosen Funktionalismus unterwerfe, heißt das nicht, daß meine Gebäude sich in ihren Formprinzipien nicht sehr genau den jeweiligen Gegebenheiten anpaßten. Ich habe eine konstruktive Vorstellung vom

Raum, und deshalb ist jedes meiner Gebäude ein Unikat. Ich finde nicht, daß Einkaufen weniger wichtig ist als ein Museumsbesuch, sonst würde ich keine Einkaufszentren bauen.

Wenn man Ihren Gebäuden also vorwirft, sie sähen alle gleich aus, dann sagen Sie, die Kritiker seien Analphabeten, sie könnten keine Bilder lesen?

Vielleicht sind sie einfach nur schlecht informiert. Meine Arbeit besteht nicht aus Fassaden oder Zeichen, die die Menschen zu lesen haben. Meine Projekte sind nicht alle gleich, sie sind sich nicht einmal ähnlich. Nehmen Sie doch nur das Victoria & Albert Museum, das Imperial War Museum North, das Jüdische Museum in Berlin und das Art Museum in Denver. Vier Museen und alle vier vollkommen unterschiedlich in Form, Fassade und Bildidee. Sie tragen meine Handschrift, da ich sie entworfen habe. Jeder Schriftsteller und jeder Songschreiber hat seine eigene Handschrift. Es geht nicht darum, Kunden etwas zu verkaufen, sondern um die organische Entwicklung der eigenen Vorstellungen. Es geht um Treue zu sich selbst, nicht um Beliebigkeit.

Eines Ihrer jüngsten Projekte, das noch nicht gebaut, noch nicht einmal begonnen worden ist – die Verwaltungsgebäude der Dresdner Wohnbau Nordwest mit Geschäften und einem öffentlichen Dachrestaurant – , ist als »zu modern« kritisiert worden. Das klingt wieder sehr nach Berlin. Wie gehen Sie damit um, wenn Sie immer wieder dieselben Kämpfe ausfechten müssen?

Das ist in der Tat hart und manchmal sogar langweilig. Aber das ist eben das Wesen der Architektur. Wenn man etwas Lohnenswertes machen möchte, muß man dafür kämpfen. Man muß versuchen, ein öffentliches Gespräch anzuregen. Gegen die Trägheit der bürokratischen Verwaltung muß man zwar ankämpfen, aber die Bürger schätzen es, wenn ihnen neue Bilder und neue Möglichkeiten geboten werden. Natürlich ist es nicht immer einfach. Dresden gilt als konservative Stadt, und anscheinend wollen die Bewohner nur einen längst vergangenen Stil rekonstruieren. Doch die Geschichte schreitet fort, und sie sollten darüber nachdenken, wie ihre Stadt im 21. Jahrhundert aussehen wird.

Woher rührt dieser Konservatismus?

Mir scheint, er ist eine Mischung aus Trägheit und Angst. Furcht vor der Wirklichkeit. Dresden versucht, etwas wiederherzustellen, das einmal existiert hat, aber nicht mehr existiert – 67 Prozent der Innenstadt wurden zerstört. Man kann heute keine barocken Gebäude neu erschaffen, weil wir in sozialer und ökonomischer Hinsicht in einem anderen Zeitalter leben. Heute sind es nicht Könige oder Diktatoren, die Aufträge vergeben. Städte müssen die verschiedenen Phasen ihrer Geschichte widerspiegeln. Wenn Dresden seine verschiedenen Epochen als Entwicklung dokumentiert, wird es eine großartige Stadt werden. Wenn die Stadt jedoch ihre eigene Entwicklung leugnet und so tut, als hätte sie nur eine einzige Geschichte, dann wird sie eine Geisterstadt sein.

Was ist heute »modern«? Ist moderne Architektur ohne eine gleichzeitige Erneuerung der Gesellschaft überhaupt möglich? Die Bauhaus-Bewegung entstand in einer Zeit der Umwälzungen. Der Konstruktivismus blühte während der Entstehung der Sowjetunion. Heute wird mit dem Vokabular der modernen Architektur nur noch der Abstand zwischen den Besitzenden und den Habenichtsen beschrieben.

Ich sehe unsere Aufgabe als Architekten darin, eine Moderne mit offenem Ausgang und ohne elitären Anstrich zu erschaffen. Wir sollten das Vokabular der Moderne nicht als bloße Fassade für eine Minderheit benutzen, die gleichzeitig die Mehrheit draußen hält. Unsere Aufgabe ist es, zu zeigen, daß Design in alle Lebensbereiche gehört – in Einkaufszentren und Museen, in Freizeiteinrichtungen und Kulturinstitutionen. Und wir müssen in kritischer Analyse Ideen entwickeln, die humanistisch und ethisch fundiert sind. Das Konzept der »Moderne« war ebenso Teil linker wie rechter Ideologie. Es hat aber weder in kommunistischen noch in faschistischen Regimen funktioniert, was für sich selber spricht.

Als Frank Gehry 1996 zur Einweihung seiner Goldstein-Wohnsiedlung nach Frankfurt kam, sagte er, er habe als Architekt zwar im städtischen Wohnungsbau begonnen, aber der einzige soziale Wohnungsbau, den er je vollendet habe, sei der in Frankfurt, das sei die Ironie der Geschichte. Gehrys Aufträge stammen alle aus dem privaten Sektor. Sie dagegen bauen nur im öffentlichen Auftrag.

Ich baue zwar zufällig gerade jetzt mein erstes Privathaus für einen Künstler auf Mallorca, aber Sie haben recht. Ich hatte das Glück, im öffentlichen Raum zu arbeiten. Architektur ist öffentlich. All die berühmten Wohnungsprototypen aus dem privaten Bereich, wie etwa die von Frank Lloyd Wright oder Le Corbusier, setzten sich nicht wirklich mit dem öffentlichen Raum auseinander, sondern boten nur formale Lösungen. Es bereitet mir keine Schwierigkeiten, ein Privathaus zu entwerfen, aber ich habe meine Arbeit nicht mit Entwürfen für Privatkunden begonnen wie so viele andere Architekten. Man könnte sich fragen, ob die schlichte Tatsache, daß sie autoritäre Kontrolle über eine sehr kleine Fläche ausgeübt haben, nicht auf ihre gesamten architektonischen Ideen abfärbt. Jemand möchte ein Haus bauen, sieht das Gebäude eines berühmten Architekten und beschließt, daß er sich dessen Stil und dessen Ideen wünscht. Er denkt, seine eigenen Ideen zählen nicht. Ich habe gerade vor kurzem so einen Bau besichtigt und zu dem Auftraggeber gesagt: »Es wäre gut gewesen, wenn Sie sich am Entwurf beteiligt hätten. Es ist Ihr Haus. Sie hätten sich stärker einmischen sollen, sonst entspricht es nicht der Realität, Ihrer Realität.«

Werden Architekten in Zukunft nur noch Kreativdirektoren sein?

Momentan befinden Architekten sich in einer zwiespältigen Lage. Heutzutage kann man sich computergenerierte Instanthäuser besorgen. Da taucht natürlich die Frage auf, welche Rolle die Architekten dabei spielen. Wenn sie nicht gesellschaftlich Stellung beziehen, sich entwickeln, die Wünsche ihrer Klienten kritisch befragen und sich der öffentlichen Diskussion stellen, dann sind sie in der Tat nur Konstruktionszeichner, und das kann jeder Techniker am Computer besser. Wie werden sie sich also verhalten?

Die Gentechnik verspricht uns eine »forever young«-Zukunft. Jung, fit und ungebunden – dieses Image spiegelt sich in einer Architektur keimfreier Innenausstattungen, in Designer-Hotels, Loftstudios für Singles ohne jede Spuren menschlichen Lebens und insgesamt in sterilen, stromlinienförmigen, verwechselbaren, unpersönlichen privaten Wohnumgebungen.

Das genau ist der Kern des Jugendkults: Man hat keine Beziehung zu dem je speziellen Ort, da er austauschbar ist; die Architektur folgt nur den Kräften des Markts, der Ökonomie von Wohlstand und Luxus. Bei diesen neumodischen Trends der Architektur wird nicht berücksichtigt, daß jede Investition in die Bebauung der Umwelt ein Vermächtnis schafft, das eben nicht nur pragmatisch, sondern auch dauerhaft und von historischer Bedeutung ist.

Hängt die Architektur am Gängelband des »Turbokapitalismus«?

So allgemein kann man das nicht sagen. Es gibt aufgeklärte Auftraggeber und auch intelligente Kritiker. Ich bin da sehr optimistisch, da die Menschen sich in der gegenwärtigen Situation gezwungen sehen, ein paar angebliche Wahrheiten darüber, wie sie auszusehen und was sie zu tun hätten, zu überdenken. Und sie beginnen miteinander zu reden, was sie früher nicht getan haben. Egal, ob es um ein Einkaufszentrum oder ein Museum geht oder auch um eine Gesundheitseinrichtung wie die, an der ich gerade im englischen Cambridge arbeite. Es werden wichtige Fragen gestellt, nicht nur zu den Kosten und dem Markt, sondern auch zu gesellschaftlichen Aspekten des Projekts – wozu bauen wir eigentlich? Das alles ist sehr produktiv. Niemand möchte Museen nur für Minderheiten oder Einkaufszentren nur für Verbraucher bauen. Man beginnt zu begreifen, daß solche Vorhaben sehr viel umfassender in das menschliche Leben eingreifen. Und so fühle ich mich durch das, was derzeit geschieht, auch nicht entmutigt, ganz und gar nicht. Ich denke, wir leben in einer guten Zeit für Architektur, einer Zeit der Entdeckung neuer Möglichkeiten.

Ignatz Bubis sagte am Ende seines Lebens, er glaube trotz all seiner Bemühungen nicht mehr daran, daß es jemals normale Beziehungen zwischen Deutschen und Juden geben könne, und daß seine Idee der Integration gescheitert sei. Sind Sie zwischen 1994 und 1995 aufgrund einer ähnlichen Resignation über die Zustände in Deutschland aus Berlin fortgegangen?

In gewisser Hinsicht ja. Wie Sie ja wissen, wurde nach der Wiedervereinigung ein neuer Bausenator ernannt. Ihm gefiel die ganze Idee eines Jüdischen Museums nicht, und meine Vorstellung von Architektur schon gar nicht. Da ich mich in die öffentliche Architekturdebatte eingemischt und mich nicht der vorherrschenden Ideologie angepaßt hatte, wurde die Situation für mich sehr eng, und ich fand, ich sollte dieses repressive Milieu mal eine Zeitlang verlassen. Ich bekam damals von allen Seiten Druck und wollte und brauchte Veränderung. Da schienen mir der Himmel und die Haltungen von Los Angeles gerade richtig. Da ich das Glück hatte, mehrere Ausschreibungen zu gewinnen, mußte ich dann wieder zurückkehren. Wenn ich nicht fest entschlossen gewesen wäre, diese Projekte auch tatsächlich zu realisieren, hätte ich in Los Angeles bleiben können, aber ich bin froh, daß ich wieder hier bin. Seit 1995 hat sich in Deutschland eine Menge geändert. Berlin ist eine wichtige Stadt, und es sollte einen nicht gleichgültig lassen, was dort geschieht.

Sind Sie in Ihrem Urteil milder geworden, und falls das so ist, hat das vielleicht damit zu tun, daß Sie inzwischen in Deutschland Bauvorhaben realisiert haben und darauf hoffen, daß Sie auch in Zukunft gefragt sind?

Nein, ich bin ganz und gar nicht milder geworden, und momentan arbeite ich nur an zwei deutschen Projekten – Oranienburg und Dresden. In Berlin sind mir alle Möglichkeiten verstellt. Aber im Laufe der Jahre hat sich meine Einstellung zu Berlin und Deutschland verändert. Ich habe eine Menge über mich selbst und über die Deutschen gelernt. Ich bin immer noch absolut davon überzeugt, daß die neue Berliner Architekturlinie rigide und repressiv ist, aber die Mentalität der Berliner hat sich verändert, die Stadt ist sehr viel aufregender und aufgeschlossener geworden.

Übersetzung: Christel Dormagen

Mit Daniel Libeskind sprach Layla Dawson. Sie schrieb in KONKRET 10/99 über Toni Morrisons Roman »Paradies«

Daniel Libeskind wurde 1946 in Polen geboren. An der Cooper Union School in New York wurde er zum Architekten ausgebildet und studierte Theorie und Geschichte der Architektur an der Essex University in England. Er gewann zahlreiche amerikanische und europäische Preise und 1989 die Ausschreibung für den Jüdischen Flügel des Berlin-Museums, der heute besser als Berliner Jüdisches Museum bekannt ist.

Zur Zeit arbeitet Libeskinds Berliner Büro, das mit vierzig internationalen Architekten besetzt ist, an der Erweiterung des Londoner Victoria & Albert Museums und an dem Imperial War Museum of the North in Manchester. Neue Museen in den USA sind ebenso geplant wie die Erhaltung und der Ausbau des früheren SS-Truppenzentrums in Sachsenhausen, ferner ein Laden- und Bürokomplex für die Dresdner Wohnbau Nordwest.

In seinem ersten Interview mit KONKRET (8/1994) hatte Libeskind die Baupolitik des Berliner Bausenators Hans Stimman als einen »Ruf nach Ordnung« charakterisiert und den Geist gewisser Berliner Kreise als »eine häßliche Atmosphäre, die der Pathologie einer Zeit ähnelt, in der die Vorstellung von ›entarteter Kunst‹ entstand.« Hans Stimman nannte Libeskinds Entwurf für das Jüdische Museum »pervers« und warf ihm vor, er sei, ebenso wie Mies van der Rohe, Hans Scharoun und Erich Mendelsohn, für die Zerstörung der Berliner Architekturlandschaft verantwortlich.

Konkret 07/01, S. 46

Günther Jacob

Die Modernisierung der Identität

Pop ist ein Teil des Gründungsmythos der »Berliner Republik« geworden

Die Enttäuschung über den Umzug des Popkonzerns Universal Music Deutschland von Hamburg nach Berlin steht ihnen deutlich ins Gesicht geschrieben. Etwa 400 Mitarbeiter sind zur Betriebsversammlung am Glockengießerwall gekommen. Auf einem halben Dutzend Bildschirmen wird ein Film über Hamburg und Berlin gezeigt: Hamburg ist langweilig, in Berlin tobt der Bär. Buhrufe. Rossana Menichelli aus der Abteilung Produktmarketing ist aufgebracht: »Eine Farce. Die Entscheidung stand doch schon lange fest. Ohne jede Rücksicht auf die 500 betroffenen Mitarbeiter.« Am Ausgang liegt für jeden ein Geschenk bereit: Stadtpläne und Werbebroschüren betr. die Vorzüge des »neuen Berlin«.

Die Leute von Universal sind Teil jenes »postindustriellen« Popproletariats, eines beachtlichen Heers von Lohnabhängigen, Mittelständlern und Freiberuflern, das an den etwa fünf Milliarden Mark beteiligt ist, die der Poptonträgermarkt alljährlich zu Bruttoinlandsprodukt und Steueraufkommen in Deutschland beiträgt. Im Jahresbericht 2000 des Bundesverbandes der Phonographischen Wirtschaft lesen wir: »Der Anteil des nationalen Repertoires ist ein Hinweis auf die ökonomische und kreative Kraft eines nationalen Marktes. Er ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell von Bedeutung. Für Singles liegt der Anteil nationalen Repertoires an den Chartplazierungen bei 44,1 Prozent und erreicht damit einen sehr hohen Wert. Das ist zwar ein geringfügiger Rückgang gegenüber 1999, im Zehnjahresvergleich (also seit der Wiedervereinigung, G.J.) wird jedoch erkennbar, daß sich der Anteil nationalen Repertoires nahezu verdoppelt hat.«

Das Popproletariat kennt die Bedeutung des »nationalen Repertoires«. Es wird eher früher als später einsehen, daß auf provinzielle Befindlichkeiten keine Rücksicht genommen werden kann. Auch Pop ist stolz, ein Deutscher zu sein. Und weil alle stolz sind auf Pop *innovated in Germany,* muß Universal in die neue Reichshauptstadt. »Berlin«, sagt Tim Renner, der Führer der Universal-Geschäfte, »entwickelt sich kulturell immer stärker zum Mittelpunkt Deutschlands. Und da müssen wir präsent sein.« Damit die Hauptstadt stolz auf Universal sein kann, hat der Berliner Senat eine Subvention in zweistelliger Millionenhöhe draufgelegt.

Andere sind Universal nach Berlin vorausgegangen. Unter ihnen, wie immer als Avantgarde, der Troß der Pop- und Kulturlinken. »Wie kommt«, fragte der »Tagesspiegel« deren ehrenamtlichen Geschäftsführer, »der Popphilosoph Diederichsen nach Berlin-Mitte?« Da war Diedrich aber schon wieder einen Schritt avant: »Die Entwicklung dieses Stadtteils steht für viele Entwicklungen zeitgenössischer Pop- und Gegenkulturen und für deren Endpunkt. Nach dem Mauerfall war der Osten der Stadt tatsächlich eine Leerstelle. Davon zehrt der Mythos (der gerade mal fünf Jahre alte Mythos, G. J.) noch heute. Die alten Beschriftungen waren verschwunden, die neuen noch nicht da. Alle möglichen Entwicklungen schienen ideale Bedingungen für einen Aufbruch vorzufinden.«

Deutschlands Aufbruch zur kriegführenden Großmacht schien also eine ideale Bedingung für alle möglichen Entwicklungen von Pop-, Gegen-, kurz: Subkultur, deren Absichten der Interviewte schon deshalb nicht näher bestimmen muß, weil niemand vermutet, sie könnten gegen Deutschlands Aufbruch gerichtet sein. Daß die Popszenen der alten Bundesrepublik sich noch als Avantgarden der kulturellen Westbindung verstanden hatten, erscheint heute, beim Blick von der Kuppel des Reichstages über das osterweiterte Deutschland, als geradezu provinziell, weshalb der »Popphilosoph«, wenn er im neuen Deutschland einer bleiben will, sich überzeugend von der Kölner Provinz absetzen und ihre Geschichte in die neue großdeutsche Erzählung integrieren muß. Der Untergang der DDR, erkennt Diederichsen, erfordert also strategische Image-Nachbesserungen auch auf seiten der stets sehr »zeitgenössischen Pop- und Gegenkulturen« der alten Bundesrepublik.

Zu den notwendigen Verbesserungen gehört nicht zuletzt die Anerkennung der nationalen Verdienste der Techno-Szene, was dem einstigen »Spex«-Herausgeber gewiß schwerfällt, handelt es sich dabei doch um jene ungeliebte Konkurrenz im Popfeld der Neunziger, deren frühzeitiger Einstieg ins Digitale viel zur Entwertung des Köln-Bonner Indie-Rock-Milieus beigetragen hatte. (»Erst langsam werden die in Rock-Aspik rapide alternden Kulturexistenzen von der Kraft, der Sauberkeit und Unsterblichkeit des digitalen Zeitalters überwältigt«, prophezeite 1996 ein Techno-Fan.)

Die positive Bezugnahme auf Techno ist gerade deshalb unumgänglich, weil Techno ganz zweifellos 1989/90 der »Soundtrack zum Mauerfall«, der »Befreiungstanz« (Westbam) war. Wer als »Poplinker« heute in der Berliner Republik seinen Platz behaupten möchte, kommt nicht umhin, sich nachträglich in die Nähe jener Szenen zu rücken, die sich bereits 1990 als Völkchen ohne Raum im Osten breitgemacht und dort – als wollten sie ihren Eltern einen alten Traum erfüllen – ihre Techno-Partys in ehemaligen NVA-Kasernen organisiert hatten.

Techno hat damit eine nationale Glaubwürdigkeit gewonnen, an der sich jetzt auch »Popphilosophen« und die Masse der dienstbaren Popschreiber messen lassen müssen. In den achtziger Jahren, als man die Einteilung der Welt in Ost und West beziehungsweise in Plan- und Marktwirtschaft noch für den immerwährenden Rahmen einer ebenso immerwährenden

konsumavantgardistischen Bürgerkinderexistenz hielt und sich deshalb zum Beispiel an Selbstbezeichnungsspielchen wie »Oberste Heeresleitung« (des Pop) ganz naiv erfreuen konnte, mußte die Legitimität der eigenen Anwärterschaft auf verantwortungsvollere Aufgaben im Kulturbetrieb noch nicht durch explizite politische Bekenntnisse oder gar konkrete Praktiken beglaubigt werden. Das ist jetzt anders.

Heute erfordert das Mitmachen einen gewissen deutschen Herrenblick, den man wie von selbst lernt, wenn man einfach »mit der Zeit« geht. Berlin-Mitte, und dort besonders das Viertel zwischen Oranienburger-, Rosenthaler und Torstraße, wurde seit 1990 nicht zufällig immer wieder als »Leerstelle« beschrieben, mit einer Hartnäckigkeit, die wohl kaum noch dem Register des Unbewußten zugeschlagen werden kann, denn es ist ja nicht völlig unbekannt, daß in der Auguststraße und der Großen Hamburger Straße die Sammelplätze lagen, von denen aus die Berliner Juden dieses Bezirks ab Januar 1942 den »Ost-Transporten« nach Lodz, Minsk, Kowno, Riga und Auschwitz zugeführt wurden. 25.000 jüdische Familien lebten in der Spandauer Vorstadt 1933. 1945 waren es noch einige hundert »Mischlinge« und Untergetauchte.

Vor Diederichsen haben unzählige andere Westler Berlin-Mitte als mysteriöse Leerstelle definieren wollen: »Ende der Achtziger war das Gebiet fast menschenleer«, sagte zum Beispiel 1992 der Galerist Klaus Biesenbach. Der gewollt geschichtslose Popblick kann durchaus als Fortsetzung der »Erinnerungsverweigerung« der Tätergeneration verstanden werden. Denn die relative Stille, die kurz nach 1990 zum Beispiel in der Auguststraße herrschte, hing damit zusammen, daß fast jedes Gebäude in dieser Straße einmal der Jüdischen Gemeinde gehört hatte. Wer wollte, konnte dort nicht nur verblassende Aufschriften wie »Tapetenhaus« oder »Tabake« finden, sondern in verwinkelten Hinterhöfen auch jüdische Symbole. All das schien nun »herrenlos« zu sein. Die Besitzverhältnisse mußten geklärt werden, Mieter zogen aus, auch ein Gymnasium, das bis 1990 in der Auguststraße untergebracht war. Die Jüdische Gemeinde von Berlin, die 1990 nicht mehr als 2.000 Mitglieder hatte, mußte in langwierigen Verfahren klären, was nun zu tun ist.

Die Westszene, die ab Anfang 1991 dort Häuser besetzte, reihenweise Galerien (bis heute: 50) und Kellerbars (darunter den Acid-Jazz-Club »Delicious Doughnuts«) eröffnete, hat das kaum interessiert. Auch heute interessiert sich niemand dafür, daß die Jüdische Gemeinde erst einmal die Besitzverhältnisse klären und dann, weil sie ihre Sozialprogramme kaum finanzieren konnte, mehr verkaufen mußte, als sie wollte. Die »Kommerzialisierung« des Viertels – derzeit steht das frühere jüdische Krankenhaus in der Auguststraße zur Disposition (Verkauf oder Vermietung) – ist auch eine Folge dieser Notlage. In dieser Situation werden die Bedingungen gewiß nicht schlechter, wenn Hausbesetzer, Alternativ-Cafés, Galeristen und »subkulturelle« Start-ups, die gemeinsam mit Medien und Touristikbranche das Image vom »Nebeneinander von Boheme, Bordell und Betstube« erst in Umlauf gebracht haben, hier und da finanzkräftigen Werbeagenturen oder Konzernzentralen weichen müssen, die an diesem »symbolischem Überschuß« (»SZ«)partizipieren wollen.

Berlin und besonders Berlin-Mitte, die Hauptstadt des »Popstandorts Deutschland« (so der Titel einer Serie im Berliner »Tagesspiegel«), sei jetzt, heißt es, das deutsche Las Vegas. Weil aber die wirklich wichtigen nationalen Verdienste um die gesamtdeutsche Popkulturbilanz zweifellos anderen zukommen (Techno & Deutschrap, Plattenfirmen & Viva, Feuilleton & Suhrkamp) und die eigene Brauchbarkeit als gesamtdeutscher »Popphilosoph« vorerst nur durch den Hype der alten Kumpels, die es ins Feuilleton oder ans kulturwissenschaftliche Institut geschafft haben, beglaubigt wird, kann ein Slogan wie »Berlin-Mitte ist wie Las Vegas« nur bejaht werden, wenn er zugleich kritisch kommentiert wird.

Daß diese Kritik gelegentlich reaktionärer ausfällt als der gängige Standortnationalismus, ist ein Effekt ihrer Überdeterminierung. Die »popkulturelle« Verdoppelung dessen, was in Deutschland ohnehin gesagt und getan wird, produziert, wenn über das frühere kulturelle Zentrum der Berliner Juden gesprochen wird, ohne darüber sprechen zu wollen, bemerkenswerte Fehlleistungen. Der Popkulturpapst wird gefragt: »Steht Berlin-Mitte für die Popkultur in Deutschland?« Und er antwortet: »Ja, die deutschen Subkulturen scheinen hier ein edles Grab gefunden zu haben. Und auch die Welt, in der nun alles (und daher auch nichts) Pop ist, versucht hier Fuß zu fassen, um auf diesem Grab ein Las Vegas zu bauen ...«

Wahrscheinlich sagt diese Gedankenlosigkeit mehr über den entschlossenen Willen bestimmter Popszenen, beim neusten deutschen Aufbruch auf jeden Fall dabei sein zu wollen, als manches explizite Lob des Kosovo-Kriegs oder des Innenministers Schily. Wieso fällt einem, dessen Thema die Konkurrenzen zwischen avantgardistischen Leerstellenentdeckern, die 1990 – ohne es wissen zu wollen – auch jüdisches Eigentum besetzten, und nachrückenden Nutzern ist, diese dramatische, der Sache selbst offensichtlich gänzlich unangemessene Grabmetapher ein? Man muß nicht die psychoanalytische Literatur zitieren, um zu verstehen, daß hier ein Wissen, von dem man nichts wissen will, ungewollt das Stichwort produzierte. Viele arbeiten derzeit daran, die als Last empfundene Erinnerung an das jüdische Berlin-Mitte durch neue Image-Gebungen zu neutralisieren und letztlich zu beseitigen. Die Erzählung vom Mord an den Subkulturen, begangen von verschwörerischen »Kräften des Kapitals« (eine Anspielung, die in Berlin-Mitte sofort mit den Grundstücksverkäufen der jüdischen Gemeinde inVerbindung gebracht wird), wirkt hier wie eine Deckerzählung, die verhindert, daß die wirklichen Gräber genannt werden, auf denen Substream und Mainculture ihr gemeinsames Las Vegas bauen.

Diederichsen bürgt den Popkonsumenten mit bildungsbürgerlichem Hintergrund allein durch sein Auftauchen in »Süddeutscher«, »FAZ«, »Tagesspiegel« und »Jungle World« dafür, daß der Abstand zu den unteren Schichten der Popkonsumenten gewahrt bleibt. Seine Entscheidung für die Hauptstadt ist ein Kundendienst in dieser Sache.

Tim Renner, der 36jährige Chef von Universal Music Deutschland, kann es dabei nicht belassen, obwohl er unter anderen Umständen durchaus das Zeug zu einem Popbischof hätte. Er war einmal Punk, dann Musikjournalist, dann Junior-Produktmanager bei Polydor. Als ich noch im Hamburger Nachtclub Tempelhof Platten auflegte, war auch Renner manchmal dort. Dieser Mann ist durch die Schule des Popdiskurses gegangen, er kennt den Jargon und das Spiel mit Images. Deshalb kann er den Umzug in die Reichshauptstadt bei Bedarf auch poptheoretisch begründen: »Musik spielt zuerst immer an den extremen Orten, ganz rechts oder ganz links, bevor sie sich zum Mainstream entwickelt.« Renner hat Element of Crime und Phillip Boa unter Vertrag genommen, mit Teutonen-Techno Millionen verdient und dann auf dem von ihm gegründeten Sublabel Motor Music Gruppen wie Tocotronic, Absolute Beginner und Rammstein gefördert. Er hatte schon früh verstanden, welche nationale Dynamik seit 1990 Pop in Deutschland vorantrieb. Deshalb hat er damals auch Motor Words gegründet und den Deutschpop-Fan Benjamin v. Stuckrad-Barre zum Labelmanager gemacht.

Das war 1995. In dieser Zeit hatte ich mehrere Texte über den Aufstieg des Deutschpop publiziert, die in der Hamburger Popszene einigen Leuten Sorge bereiteten. Es war dann Renners Mitarbeiter v. Stuckrad-Barre, damals noch nebenberuflich »Taz«-Schreiber, der diese Front begradigte, indem er unter anderem den Nachweis erbrachte (und damit nicht falsch lag), daß der Trend zum Deutschpop schließlich zu dieser Zeit von Bands mit politisch korrekter »antinationaler Gesinnung« angeführt wurde: »Das verliert jedoch laut Günther Jacob an Gewicht, sobald ausschließlich deutschsprachige Bands sich versammeln und Deutsch zum ethnisch aufgeladenen Genrebegriff wird.« Für v. Stuckrad-Barre belegten meine damaligen Einwände, »wie panisch, hysterisch und geradezu religiös verblendet Linke um sich schlagen«.

Renner und v. Stuckrad-Barre rechneten damals damit, daß die von ihnen betriebene Nationalisierung des Pop in Deutschland auf einen gewissen Widerstand stoßen könnte. Ein Widerstand, der sie nicht hätte aufhalten, aber das Image doch etwas beschädigen können. Sie sahen aber auch klar, daß der Drang zu den »Perlen deutscher Popmusik« sowie zum Ausschluß der Immigrantenkinder aus der Rapszene aus der Subkultur selbst kam. Außerdem war ihnen nicht entgangen, daß die differenzversessene Popavantgarde jeden Tribalismus feierte, so daß abzusehen war, daß sie der indirekten Konstruktion einer deutschen Identität über die abgrenzende Begeisterung für »die anderen« sich nicht in den Weg stellen würde.

So trifft man sich also wieder in der Berliner Republik. Hier der »Popphilosoph«, der in Mitte an die »teilweise sehr offenen und freien Situationen« zur Zeit der »herrenlosen« Grundstücke erinnert und damit an gewisse ältere Erzählungen über die Kreativität von Besatzern anknüpft, die immer schon »Leerstellen« nach ihrem Willen modelten. Dort der Ex-Punk, der solchen konstruktiven »Bedenken« ebensowenig ablehnend gegenübersteht wie Viva-Chef und Diederichsen-Leser Dieter Gorny, der den deutschen Aufbruch konkret organisiert. Der Popprofessor, einst Anwalt des Punk und mittlerweile an dessen Einarbeitung in die nationale Erzählung arbeitend, sowie der Chef eines milliardenschweren Popkonzerns – gemeinsam steht man auf Berlin und jeder auf seinem Platz.

Hier werden nicht einfach die alten Spiele gespielt. So wenig wie der Bundestag im Reichstagsgebäude und die Stäbe im neuen Bundeskanzleramt einfach die Bonner Spiele in neuer Umgebung weiterspielen, so wenig spielen die Popfunktionäre des siegreichen Westens nach dem Umzug in die »östlichste Weltstadt im westlichen Europa« einfach die Spiele weiter, die sie zuvor in Köln oder Hamburg spielten. Ein neues Spiel hat begonnen. Und alle wissen es.

Der Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Aufsatzes, der im Herbst in dem von Heinz Geuen und Michael Rappe herausgegebenen Band »Pop &Mythos« (Edition Argus) erscheint.

Günther Jacob antwortete in KONKRET 6/2001 auf die Frage, ob es eine »linke Kunst« gibt

Konkret 07/01, S. 49

Marc Fabian Erdl

Buch & Deckel

Wolfram Knorr: Monster, Movies, Macht und Massen. Amerikanische Kultur: 200 Jahre Lust und Last. Haffmans Verlag, Zürich 2000, 382 Seiten, 39 Mark
Gore Vidal: Das ist nicht Amerika! Essays. Ausgewählt und herausgegeben von Willi Winkler. Knaus, München 2000, 319 Seiten, 42 Mark

Wolfram Knorr: Monster, Movies, Macht und Massen. Amerikanische Kultur: 200 Jahre Lust und Last. Haffmans Verlag, Zürich 2000, 382 Seiten, 39 Mark

Wessen Leben für eine Autobiographie zu langweilig ist, der schreibt gern mal eine Kulturgeschichte seiner Zeit. Der Filmkritiker Knorr hat ein Buch zur amerikanischen »popular culture« vorgelegt, wobei er den Schwerpunkt auf den Antagonismus Deutschland – Amerika legt und darauf, wie er sich in der deutschen Kulturproduktion und -rezeption niederschlägt. Dieses immergrüne Thema wird – da fängt der Ärger an – entwickelt aus den Erinnerungen an die güldene Jugendzeit des Autors. Es ist wohl kaum eine totere Sau zu finden, die man durchs Dorf treiben könnte, als das Aufwachsen in Deutschland nach 1945 und die Entdeckung Amerikas durch die deutsche Jugend.

Amerika, du machst es besser als das stumpfe Deutschland – das ist Knorrs einzige These, die er faktenreich und gedankenarm breitwalzt. Bücher, Kino, Comics etc., alles wird unter diesem Gesichtspunkt durchgehechelt. Knorr hat im Einzelfall oft recht. Unterm Strich dürfte sogar die Bilanz stimmen. Aber in seiner monomanen Gegenüberstellung des kulturell aufregenden (weil marktwirtschaftlich bzw. am Publikum orientierten) Amerika und des langweiligen Deutschland verschwimmen alle Differenzierungen, die eine Analyse erst interessant machen. Wem Asterix und Fix & Foxi gleich schlecht erscheinen, wer Wenders und Herzog in einen Topf wirft, dem ist nicht zu helfen.

Knorr verwechselt überdies die eigene Rezeptions- mit der allgemeinen Kulturgeschichte. Die Grenzen seines Geschmacks sind die Grenzen seiner Welt. Darum klagt er Werke ein, die auch er versteht und die ihn prima unterhalten. Passend dazu bläst er sein Leben zur Geschichte seiner Generation auf. Ununterbrochen ist von *Wir* und *Uns* die Rede, einer anonymen Kohorte von Gleichgesinnten, die die Dinge exakt so sahen und fühlten wie Knorr. Der hat viele Anekdoten auf Lager und gute Fachliteratur zu Rate gezogen – geholfen hat’s nicht.

Was im Lektorat bei Haffmans so vor sich geht, weiß niemand recht zu sagen. Knorr hat viel Mist geschrieben, ohne daß ihm jemand in den Arm fiel: Filmtitel, Buchtitel und Zitate sind gelegentlich falsch oder tauchen in Varianten auf. Carl Barks hält er für »den genialen Erfinder der Duck-Comics«. In den Hintern getreten gehört Autor und Lektorat vor allem für die zweimal vorgebrachte Behauptung, im Entnazifizierungsausschuß von Knorrs Vater habe ein DKP-Mitglied gesessen – angesichts der 1968 erfolgten Gründung dieser Partei sicherlich ein rares Mirakel.

Wolfram Knorr hat sich seine kulturellen Erinnerungen und seine Sicht der Welt von der Seele geschrieben. Es geht ihm sicherlich jetzt besser, und das ist schön für ihn. Nötig allerdings wäre das nicht gewesen.

Gore Vidal: Das ist nicht Amerika! Essays. Ausgewählt und herausgegeben von Willi Winkler. Knaus, München 2000, 319 Seiten, 42 Mark

In Deutschland geht jeder als »Querdenker« durch, bei dem es mit dem Geradeausdenken nicht funktionieren möchte. Erfreulich ist es daher, daß Willi Winkler mit einem hübschen Essayband auf den Schriftsteller Gore Vidal aufmerksam macht, der diesem Begriff neues Leben einhauchen könnte. Vidal hat nicht nur mit *The City and the Pillar* den ersten ernstzunehmenden Roman über Homosexualität in den USA geschrieben, sondern wir verdanken ihm auch lustige Historienschinken (z.B. *Burr*). Er bastelte am Drehbuch von »Ben Hur« und ist immer noch stolz, dem konservativen Hauptdarsteller Charlton Heston homosexu-

elle Subtexte untergejubelt zu haben.

Der Band ist voll mit treffenden Beobachtungen und scharfsinnigen Reflexionen über Kunst und Politik. Vidal reichen zwei Sätze, um eine ganze Geschichte zu erzählen. Als er Thomas Mann ein Exemplar von *The City and the Pillar* zukommen ließ, reagierte dieser wie üblich: »Thomas Mann schrieb mir einen höflichen, flüchtig hingeworfenen Brief und dankte mir für das ›edle Werk‹; mein Name war falsch geschrieben.« Daß Mann Jahre später allerdings in seinem Tagebuch bewundernd von diesem Roman schreibt, wird selbstverliebt und vergnügt breitgetreten.

Natürlich ist Vidal ein alter Wichtigtuer, und oft genug schreibt er Kappes, aber das mit einer Eleganz, die ihresgleichen sucht. Seine Eitelkeit steht ihm bei der Analyse seiner Umgebung nicht im Weg. Er ist imstande, andere Künstler zu bewundern und sich selbst auf den Arm zu nehmen. Als Beobachter politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen ist

das schwarze Schaf der Gore-Familie ein Polterkopf, der nach allen Seiten austeilt. Sollte er bestechlich sein, wüßte ich gerne, womit.

Winkler ist ein großer Verehrer von Gore Vidal, und der Sammelband ist nach eigenem Bekunden ein »schamloses Reklame-Machwerk« für den hierzulande nicht besonders bekannten Autor. Das Nachwort ist eine einzige Lobhudelei, aber das ist völlig okay. Zwei Vorwürfe jedoch muß Winkler sich gefallen lassen. Erstens wäre es bei zum Teil tagesaktuellen Essays aus einem Zeitraum von 30 Jahren nicht schlecht gewesen, die einzelnen Artikel mit Anmerkungen zu dem Wie und Warum ihrer Publikation zu versehen. Zweitens hätte der Band gerne den doppelten Umfang haben dürfen.

Konkret 07/01, S. 49

Holm Friebe

Buch & Deckel

David Lodge: Denkt ... Haffmans Verlag, Zürich 2001, 510 Seiten, 44 Mark

Die literarische Erkundung des Bewußtseins ist eine vertrackte Angelegenheit. Schon Marcel Proust, der sich ihr wie kein anderer verschrieben hatte, kannte die »schwere Ungewißheit«, die eintritt, »so oft der Geist sich überfordert fühlt, wenn er, der Forscher, zugleich die dunkle Landschaft ist, in der er suchen soll und wo das ganze Gepäck, das er mitschleppt, keinen Wert für ihn hat«. Seither haben viele Neurotransmitter die Kluft zwischen zwei Synapsen übersprungen. Die Künstliche-Intelligenz-Forschung – kurz: KI – ist auf den Plan getreten, und 2025, so prophezeien ihre Anhänger, wird es möglich sein, menschliches Denken vollständig am Rechner zu simulieren. Zeit, sich dem Thema unter heutigen Vorzeichen zu nähern.

David Lodge tut das in seinem neuen, als Campus-Roman annoncierten Buch *Denkt ...* aus zwei Richtungen: der naturwissenschaftlichen und der belletristischen. Er tut es, indem er den Kognitionswissenschaftler Ralph und die Literaturwissenschaftlerin Helen auf dem Campus einer britischen Provinzuni aufeinandertreffen läßt. Dies führt – wer Lodges Ader für Anzügliches oder das Genre »Campus-Roman« kennt, ahnt es – nicht nur zur Annäherung der beiden Fachrichtungen und Blickwinkel. Das Grundschema kennt man bereits aus Lodges *Saubere Arbeit*, wo ein Fabrikdirektor und eine postmoderne Literaturwissenschaftlerin, die auch in *Denkt ...* als Nebenfigur auftaucht, die Rollen tauschen: Durch den Kurzschluß zweier Personen unterschiedlichsten Backgrounds entstehen neben erotischem Funkenflug allerlei akademische Amalgame und Abfallprodukte. Neu ist die multiperspekivische Erzählweise: Wir lesen die Transkripte von Ralphs Selbstversuch, sich mittels Diktiergerät beim ungestörten Gedankenfluß zu belauschen, wir lesen Helens konservative Tagebucheinträge, wir lesen den E-Mail-Verkehr der beiden und die Elaborate von Helens Studenten. Das alles ist clever montiert und erhält einen metafiktionalen Twist durch die vorgebliche Authentizität des Materials – herrje, wenn auch der Plot stellenweise unter der Fülle des Faktenwissens bedenklich ächzt.

Dennoch: wahrscheinlich der kurzweiligste Weg, den eigenen Gehirncomputer auf den derzeitigen Stand der KI-Forschung upzugraden.

Konkret 07/01, S. 50

Ulrich Holbein

Ritterschlag für Teletubbies

Blubber-Arien zwischen Streßbude und Chatroom □ lexikalische Momentaufnahmen jetziger Jugend- und Szenesprache

An Schulbushaltestellen sich anödende und anrempelnde Kids, Nerds, Subteens, Frischlinge, Junggemüse, Hunks (= geile Typen), PC-Junkies (= Compi-Freaks), Bonsais (alias: Pimpfe), totale Döbel (alias: Blödel), Fuzzis und Nullchecker (alles klärchen?) produzieren Lautäußerungen, die dabeistehenden Nahrungsbeschaffern, Dinos, Sheriffs, abgehalfterten Motzbolzen (Kopulativkompositum aus motzen und Bolzen) und Kulturwerteträgern den Nieder- und Untergang aller je dagewesenen Gesittung und Menschenähnlichkeit veranschaulichen, via extrakleinem Wortschatz. Gutturalismus pur. Sehnsucht weckend nach hoffnungsvollem Analphabetismus in Afroasien, oder auch nach Brunft- und Todesschreien im immerhin aufwärtsstrebenden Tierreich.

Andererseits brauchen hellhörige Ex-Lehrer wie Eike Schönfeld und Hermann Ehmann sich bloß scheinheilig mitklönend auf Schulhöfen aufzustellen, als promovierte, teilnehmende Beobachter, so wie halt auch Martin Luther, dieser totale Asbach-Schinken, dem Volk der Lümmel, Tölpel und Rotzlöffel auf die Freßleiste schaute, und schon werden sie derart fündig an »jugendsprachlichen Neologismen mit dirigierender Präfigierung« wie »ansabbeln«, daß nach »affengeil« und »Alles easy« und »oberaffengeil« jetzt bereits ein weiteres Jugendsprache-Lexikon nötig wurde, von abcoolen bis zuschottern, das inzwischen bemooste Volksmund-, Scene-, Dummdeutsch-, Umgangsdeutsch-Sammlungen aktualisiert.

Zugleich erschien, erstellt von fünf Chef-Durchblickologen, netzversierten Szene- und PR-Experten, Trendforscherinnen, Surf-Junkies, Lifestyle-Filmern, Medienberatern, ein Szenesprachen-Wörterbuch, das fast null Überschneidungen mit *Voll konkret* auftischt, nämlich die etwas älter gewordenen Ableger und Zuchtkarpfen abhorcht. Wobei unverhoffterweise Luther und Ehmann oft näher beieinander liegen als Ehmann und Trendbüro, und zwar so: Das putzig, deftig, saftig und schnoddrig brodelnde Lutherdeutsch wird an putzmunterer Derbheit von heutigen Großstadt-Jungtieren, deren Rumgesülze und Vollgeknödel so vollmäßig abgeht, ja: abfetzmäßig wie am ersten Tag, kaum unterboten. Beides plätschert einher, unaushaltbar vulgär, wie Duden-geschädigte Sprachpuristen sagen würden, beziehungsweise vollkräftig, wie Goethe sagen würde, dafür aber labundiger (kreatives Ballhorn-Derivat aus lebendig), wie heutige Kids das nennen, aus Bauch und Kürbis (= Floppy = Denkschüssel) heraus als die sprachartistischen Edelprodukte dichterischen Kunstwollens, die da in gegenwärtiger Hoch- und noch höherer Höchstliteratur so mega-synthetisch, handkeesk, a priori out und tot – voll tot! – lauten mögen wie Ambitionsneologismen à la »Körpertum« oder »Ortsschwund«.

Aber im Trendbüro-Wörterbuch quirlt die jugendliche Frische fast schon abgeschlafft. Die Vollsocken wurden zu Usern. Ihr schulisches Blubbern floß in aalglatt angeeignetes Fachchinesisch aus jobrelevanten Termini. In summa: *Voll konkret* bleibt voll auf der Erde, das Trendbüro-Opus aber hebt gewaltig ab in ein anglizismenwütiges Slatlag/Backslash-Dig-italien, allwo alle voll konkreten, stutendoofen Saftnudeln, Zierfische, Trällerfische, Nixen, Tulpen, Barbies, Xanthippen, Schlampampen, Pralinen und Plunzen (alias: Backfische) sich in Fly-Girls, Geek-Girls, Groupies, Chicks & Grrrls verschlanken und abstrahieren.

Hier wie dort Using-Schwulitäten: Wer Worte wie Unsympath, unkaputtbar, Flachwixer, Großraumhosen, tschüssy sucht, statt dessen Loonys (abgeleitet von lunatic), Beklopptomanie, Silikontüten, Kondomzwerge und Zweimalspüler findet, muß alle drei Ehmanntitel, die wie Raoul-Tranchirer-Lexika jedesmal wieder bei A losgehn, abgrasen oder sich im Trendbüro-Duden, ehe er dessen Register entdeckt, vorentscheiden, ob er Couchpotatoes, shopliften oder Hookline eher unter der Rubrik »Ausgehen, Abgehen, Abfeiern« suchen will oder doch eher unter »Kiks und Funsport«. Wobei sich die Dummknödel-Umwege multiplizieren und man sich unterwegs im Location-Jungle angenehm verlieren kann, zwischen Doggy-Style, Hackysack, @ und Smiley = [(:-)].

Wer täglich mittendrin steht, kann mitkommen; wer sich 3 cm rausbeamt, versteht only stazione oder auch gar nichts mehr, und das cool delirierende Küchenlatein aus Bumble-Bee, Chill-out, Muckibude, Straigt-Jump-Contest rauscht unentziffert vorbei. Der Hundertmarkschein, der 1992 noch Hündi hieß, heißt jetzt Hunni, und Gruftys, die vorher Oldies und Erzeuger hießen, heißen jetzt Ötzis, mit immer kürzerem Haltbarkeitsdatum. Kurt Tucholskys extrem unsterblicher Nekrolog von 1924 auf das plötzlich überlebte, ausgebootete Berliner Modewort »knorke«, das zur Zeit »wooky!« heißt und neulich noch »klasse!«, könnte pro Eintagszwetschke à la »Schwachfug« oder »Beziehungskiste«, die alle schon, kaum daß sie flächendeckend grassierten, out sind, neu angekurbelt werden.

Jedes gelumbeckte Pocket-Lexikon 40.000mal verkauft, ansonsten aber als Momentaufnahme schnell wieder fortgewischt, im Ozean inoffizieller Sprachentwicklung, im instabilen Kollektiv- und Endprodukt Jugend- und Scenesprache, das sich als das Buzzword-Teamwork sämtlicher nicht mundfauler Schüler, Hirnis, Quatscher stündlich neu generiert und aus dem zwischendurch immer wieder Dauerbrenner und Fossilscheiben hervorragen wie Hohlkopf, tierisch, behumsen und Stecher, oder die tolle Biene von circa 1956, oder auch Laffe, der seit Luther einfach nicht den Löffel abgibt und übergreifend alle ephemeren Semester überlebt.

Sowohl Worte mit »-mäßig«, oder »cool«, nerven schon seit 1970 ohn Unterlaß. Felsen im Geröll, so wuchtig und fast deplaziert wie die Totschlagvokabel Duden, der es in den Rang übermenschlicher Gültigkeit und Würde sich selbst zu versetzen gelang, jahrelang skeptisch sich gebend gegenüber allzu atemloser Sprachdynamik, jede Sekundengeburt gern ignorierend, um alteingesessene Neuschöpfungen dann doch noch reinzulassen, bereits abdribbelnde Wortgetüme reaktionsverzögert dann doch noch in den immer schneller vorübergehenden Kanon aufnehmend, der nur noch mit dubiosen Neu-Rausschmissen zusammenzuhalten war.

Jetzt aber verlieh Duden, um konstitutionelles Hinterherhinken wettzumachen, sogar der betont zeitgeistverhuschten Trendbüro-production sein Autoritätssiegel der Hypermonumentalität. Duden stanzt also im Zeitalter kaum nachkommender Snailmail – und ähnlich abgeschlaffter Bohrkrücken – ein Brandzeichen in die teilchenbeschleunigten Katarakte sprachschänderischen, nein: -schöpferischen Durch-, nein Wasserfalls. So als bekämen Tempelflitzer und Teletubbies den Ritterschlag der Königin Elizabeth oder Bob Dylan den Literaturnobelpreis. Ehe alsdann, wie Luther sagen würde, der Silbernstrick wegkome/ und die Güldenquelle verlauffe/ und der Eimer zuleche am Born/ und das Rad zubreche am Born (Denn der Staub mus wider zu der Erden komen), und Suchmaschinen in schwarze abgefackte Löcher tasten, ehe der Spam, Synonym für mailbox-verstopfende Screenshots und Datenschrott, defintiv abstürzt und Anarchos, Geldgeier, Chatpartner, Crasher, Hacker, Cracker wie Luser (Zwitterling aus Loser und User) sich in Nacht und nirvanadesker Doppelnullität verlieren.

Ein Zustand, der schon jetzt, mittenmang, bei Lebzeiten, grölend und groovend antizipiert wird. Die semiseriös zusammengekarrte, herrlich weitverzeigte Wortfülle der Jugendquatsche (alias: Pennälersprache) rappelt am Bushaltestellen-Grünzeug voll vorbei. Eine Kluft zieht sich, wie durch Hoch- und Jugendsprache, mitten innerhalb zweiterer, zwischen dem Elaboratissimo der beck´schen reihe und des Dudenverlags einerseits und dem allseits empirischen Dreiwort-Gedöns andererseits. Preziösi- und Subtilitäten wie »krokofantös« (alias: knorke) sind im Volke, wenn man mal nachbohrt, nie so richtig angekommen, so unknown geblieben wie nur noch Matthias Claudius. Schon damals, 1986, dasselbe Malheur: Nur ein Bruchteil aus Heinz Küppers Bundessoldatendeutsch von A – Z, »Von Anschiß bis Zwitschergemüse (= Hülsenfrüchte)« (z.B. Knödelkotzer für Granatwerfer oder Fleischbeschau für Musterung), wanderte ein in den heutigen 08/15-Output von Scharpings Bundeswehr. Bloß Allzweck-Hardcore-Drehwürmer wie »voll cool«, »Flossen weg!« oder »Knete« haben den letzten Gähnaffen beziehungsweise Schlaffi (alias: Lahmarsch) erreicht. Kein Wunder, daß solche Denkzwerge und Dusselköppe dann von den Wortführern (= Oberjockeys, First Boys, Big Mäcs, Chefs) »Trivialo« genannt werden.

Duden, *W□ rterbuch der S□ enesprachen*, herausgegeben von Trendbüro, 221 S., Bibliographisches Institut u. F.A. Brockhaus AG, Mannheim 2000, broschiert DM 24,90

Hermann Ehmann: *Voll konkret. Das neueste Lexikon der Jugendsprache*, C.H. Beck, beck´sche reihe, München 2001, 159 S., broschiert, DM 14,90

Ulrich Holbein schrieb in KONKRET 3/01 über Theodor Lessing

Konkret 07/01, S. 52

Holm Friebe

Buch des Monats 2

Frédéric Beigbeder:39,90. Roman. Übersetzung aus dem Französischen von Brigitte Große. Rowohlt Verlag, Hamburg 2001, 288 Seiten, 39,90 Mark

Es gibt Fotografien, auf denen Coca-Cola-Fahnen direkt neben Hakenkreuzfahnen hängen. Selbst als die Nazis den USA längst den Krieg erklärt hatten, war die weltgrößte Konsumgütermarke Coca-Cola noch offizieller Ausstatter von NSDAP-Veranstaltungen. Aber rechtfertigt das die Gleichsetzung von Marketing und Faschismus?

In den Sechzigern und Siebzigern, als alles Faschismus hieß, was nicht festgeschraubt war, hatte die Parole vom »Konsumterror« eine erste Konjunktur. Bereits 1964 hatte die Subversive Aktion (Dutschke, Kunzelmann) auf einem Kongreß der Werbeleiter und Werbeberater in Stuttgart die Übeltäter ins Visier genommen. Auf einem mit »Aufruf an die Seelenmasseure« überschriebenen Flugblatt hieß es: *IHR habt die Lüge »consume ergo sum« zur Wahrheit inthronisiert. Deshalb seid IHR DIE PREDIGER DER UNTERDRÜCKUNG! Wir fordern Euch auf: Hört auf mit der totalen Manipulation des Menschen!*

Der hoffnungsfrohe Ausblick lautete: »Der Mann auf der Straße wird eines Tages der repressiven Gesellschaft und seiner selbst bewußt werden ... Er wird wissen, was er zerschlagen muß, um sich selbst zu befreien.«

Der Mann auf der Straße hat erwartungsgemäß den Teufel getan. Statt dessen wuchs die Werbebranche unaufhaltsam und schneller als die meisten anderen Wirtschaftszweige; die flächendeckende Versiegelung des öffentlichen Raums mit Werbebotschaften konnte ungebremst voranschreiten. Immerhin erlebt neuerdings die Kritik des Konsumterrors eine regelrechte Renaissance, wenn auch bislang vorwiegend in den Feuilletons. Die Kanadierin Naomi Klein hat mit *No Logo!* einen Weltbestseller vorgelegt, der die gesamte Unmenschlichkeit heutigen Wirtschaftsgebahrens aus der ideologischen Keimzelle des Brandings heraus erklärt. Auch sie spricht von einem Totalitarismus der Marken, vom »Corporate space als faschistischem Territorium, auf dem wir alle dem Logo salutieren«.

Im Roman *39,90* des Franzosen Frédéric Beigbeder nun findet die These vom Werbefaschismus zu sich selbst. Sein Held und Ich-Erzähler Octave arbeitet in der Agentur Rosse & Witchcraft auf dem Etat des Joghurtherstellers Madone. Er, Octave, schreibt das Buch als subversive Aktion, als paranoides Dokument der eigenen Verwahrlosung, und um endlich gefeuert zu werden. Daß er am Ende die Karriereleiter hinauffällt, ist vermeintlicher Beleg für die repressive Toleranz des Werbesystems, über das es heißt, es »verdaut die Kritik, verdaut die Frechheit, belohnt den Verrat, organisiert die Verleumdung«.

Daß der Autor Beigbeder nach Erscheinen des Buches von seiner Agentur Young & Rubicam gefeuert wurde, ist Beleg dafür, daß es mit der Toleranz des Systems wohl doch nicht so weit her ist. Was Danone, alias Madone angeht, ist keine Stellungnahme bekannt, aber *39,90* darf zu Recht als wenig verschlüsselter Schlüsselroman gelten.

Für Octave jedenfalls sind Faschismus und Werbung ein und dasselbe. Er schreibt Sätze wie: »Goebbels war ein großer Texter: DEUTSCHLAND ÜBER ALLES, EIN VOLK, EIN REICH, EIN FÜHRER, ARBEIT MACHT FREI ... Denken Sie immer daran: Mit Werbung spielt man nicht. Es besteht kein allzu großer Unterschied zwischen konsumieren und liquidieren.« Oder: »Der Kapitalismus verwandelt Menschen in verderbliche Joghurts und dopt sie mit Spaß, das heißt drillt sie auf die Vernichtung ihres Nächsten.« Oder auch: »Die Antisemiten haben erreicht, was sie wollten: Woody Allen bringt die Mädchen zum Lachen, aber Beischlaf vollziehen sie lieber mit dem blonden Arier Rocco Siffredi.«

Man kann das konstruiert finden oder schlicht geschmacklos. Andererseits verweist Beigbeder zu Recht auf den literarischen Charakter seines Protagonisten: »Es ist Octave, der von Nazis besessen ist. Wenn er ein Gebäude betritt, stellt er sich vor, Albert Speer habe es entworfen. Wenn er muskulöse Männer in Miami sieht, denkt er an Skulpturen von Arno Breker. Er hebt ständig ab, denn er nimmt täglich vier Gramm Koks.« Das erklärt natürlich einiges, auch warum Octave ein ebenso gnadenloser Unsympath ist wie Bateman aus *American Psycho* und Sätze sagt wie: »Computerretuschiert siehst du besser aus, aber ich liebe dich.«

Man kann das zeitgemäß finden oder man kann Octave für ein Arschloch halten und Beigbeder gleich mit. Der provokant-nihilistische und notorisch-tabubrecherische Tonfall des Buches erinnert an die Erfolgsmasche von Michel Houellebecq, der mit dem Autor befreundet ist und bei der Entstehung des Buches seine Finger im Spiel hatte. Octave ist, wie Bruno aus *Elementarteilchen,* eine tragisch aus der Zeit gefallene Figur, die über sich selbst sagt: »Die 68er haben mit der Revolution angefangen und sind in die Werbung gegangen – ich wollte es umgekehrt machen.« Vor Ort muß er jedoch feststellen, daß, wer seine Kreativität an den Teufel verkauft, auch seine Seele verkauft, daß Unangepaßtheit in der Werbung nur eine höhere Form der Angepaßtheit ist. Ihn macht kaputt, was er kaputtmachen will. Daß er darüber zum Mörder wird und was sonst noch im Buch passiert – geschenkt!

Was Beigbeder über die alltäglichen Abläufe und Praktiken der Werbebranche ans Licht und zu Papier bringt, ist triftig und akkurat. Als Insider, der zehn Jahre in der Branche tätig war, weiß er kundig genug zu berichten von der nichtswürdigen Verschwendung kreativer Energie in schwachsinnigen Kampagnen, von den latenten Rassismen der Werbung (»Nicht daß wir bei den Castings helle Haut bevorzugen, was sollen wir machen, die Zielgruppe ist rassistisch, nicht die Anzeigenkunden«) und vom falschen Leben im Falschen.

Daß die von der werbeaffinen Zeitschrift »Max« befragten Vertreter führender deutscher Agenturen sich einhellig von dem Buch distanzieren, darf getrost als Qualitätsnachweis gewertet werden. Und wenn Octave aus *Mein Kampf* zitiert: »Jede Propaganda hat volkstümlich zu sein und ihr geistiges Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten unter denen, an die sie sich richtet«, ist die Parallele evident: nicht die von Faschismus und Werbung, aber die von politischer und werblicher Propaganda.

Beigbeders Trojanisches-Pferd-Taktik ist zweifellos aufgegangen, im Sinne eines persönlichen Triumphes. Aber zehn Jahre in der Nonsensbucht gehen offensichtlich doch nicht so spurlos an einem vorüber. Das Beste an *39,90* sind tatsächlich die apodiktischen Sentenzen und Aphorismen jenseits der Handlung. Es sind nach allen Regeln der Handwerkskunst *catchy* Slogans wie: »Kennt ihr den Unterschied zwischen Arm und Reich? Die Armen verkaufen Drogen, um sich Nikes zu kaufen, und die Reichen verkaufen Nikes, um sich Drogen zu kaufen.«

Beigbeder beherrscht das Spiel mit der Uneigentlichkeit und der irrisierenden Bedeutung, wie man es in der Branche lernt. Wenn er schreibt: »Die Marken haben den World War III gegen die Menschen gewonnen«, dann entbehrt das nicht jener naiven Plattheit, die einen auch schon aus dem eingangs erwähnten Flugblatt von 1964 anspringt. Das einzig wirklich Störende an *39,90* ist der sich einstellende Verdacht, daß es Beigbeder in letzter Konsequenz nicht um eine Kritik der Werbung geht, sondern um eine Kritik der schlechten Werbung. Das setzt ihn in Widerspruch zu sich selbst und entwertet das hübsch eingefädelte Projekt. Wenn er Octave an einer Stelle sagen läßt: »Es ist an der Zeit, daß die Werbung wieder an die künstlerische Avantgarde ihrer Epoche anknüpft«, so ist dazu – durchaus mit Referenz auf Naomi Kleins *No Logo!* – zweierlei zu bemerken: Genau das findet zur Zeit statt. Und es macht die Dinge nicht besser, sondern schlimmer.

Holm Friebe schrieb in KONKRET 8/99 über die Musikgruppe »Fink«

Konkret 07/01, S. 54

Marcus Hammerschmitt

Vor der Lektüre

Was erzählt das Autorenfoto auf dem Rückendeckel des neuen Romans von William Gibson über Buch und Autor?

1 Don't judge a book by its cover: Aber genau das habe ich vor. Auf dem Rückendeckel der Taschenbuchausgabe von William Gibsons aktuellem Roman *All Tomorrow's Parties* ist der Meister selbst abgebildet. Das ist ein sprechendes Foto. Eines, das nach allen Regeln der Ideologiekritik von Adorno bis Barthes und wieder zurück zerlegt werden kann, ja, sollte. Man kann es aber auch einfach nur anschauen und sich seinen Teil denken. Ob dieses Foto irgend etwas Konkretes über den Inhalt des Buchs aussagt? Das habe ich nämlich noch gar nicht gelesen, aber ich will mich gern von dem Bild dazu überreden lassen.

Doch eigentlich habe ich es nicht nötig, zur Lektüre eines Buchs von William Gibson überredet zu werden. Ich renne diesen Büchern hinterher, bis zu meinem Computer, an dem ich per Internet die neue Ware bestelle. Ich bin ein Fan, der Gibson sogar die Tatsache verzeiht, daß er nie wieder zur Form von *Neuromancer* (1984) aufgeschlossen hat, was, zugegeben, aufgrund der Qualität dieses Buchs schwierig ist. Wie sollte ich *Neuromancer* einordnen, wenn nicht mit den hirnlosen Wortblasen der amerikanischen Literaturkritik: »breathtaking«, »unputdownable«, »a page turner«, »cracking good SF«. Es war ja alles wahr. Ein Autor geht hin, schreibt seinen ersten Roman und sagt, was er für seine Karriere und dieses Leben zu sagen hat. Wie wird man mit so was fertig, wenn noch fünfzig Jahre Ruhm, Geld, Ehre und all das auf einen warten? Gibson kann *Neuromancer* nicht wiederholen oder gar übertreffen, aber das wäre der einzige Sinn des Weitermachens. Wie überlebt man einen solchen Erfolg? Verdammt soll ich sein, wenn dieses zurechtgeschniegelte Foto auf der Rückseite von *All Tomorrow's Parties* darüber nichts erzählen würde. Don't judge a book by its cover. Die Regel ist gut, und ich halte mich daran.

2 Das Problem für Gibson, den Buchbetrieb und wahrscheinlich auch die meisten seiner Leser ist die Tatsache, daß er links und gleichzeitig Amerikaner ist. Es ist kein explizites, klassenbewußtes, gar parteigebundenes Linkssein, eher das bei klugen Amerikanern zu beobachtende unbewußte Leiden an der fortgeschrittensten kapitalistischen Nation dieser Welt, gepaart mit einer traumwandlerischen Sicherheit im Beschreiben der Misere. Gibsons Linkssein ist weit weniger bewußt als etwa Joanne K. Rowlings Engagement, und doch ist seinen Büchern der Begriff der Klassenherrschaft so unablösbar eingewebt wie *Harry Potter* der Antirassismus und Antifaschismus, eher deutlicher noch und ohne einen Hauch von Pädagogik. Pädagogische Literatur ist schlimm, pädagogische Science-fiction ist grausam, und deswegen gilt: Wer etwas über Klassenherrschaft im Zeitalter von AI, Gentech, Internet und Nanotechnologie wissen will, kann die entsprechende Sachliteratur lesen. Oder Gibson.

Natürlich hat Gibson keine Ahnung von Ökonomie und Politik, und den Antikommunismus hat er, wie jeder Amerikaner, mit der Muttermilch eingesogen. Gleichwohl ist er mit dem Vorschlag hervorgetreten, die Softwareindustrie zur kostenlosen Abgabe neuer Programme an jeden Lehrer jeder öffentlichen Schule zu zwingen, der danach verlangt; ein Vorschlag, der in aller Naivität auf die Verstaatlichung von Microsoft und Co. hinausläuft. Gibsons Linkssein ist eher instinktiv als voluntaristisch. Er floh nach Kanada, als sie ihn für den Vietnamkrieg holen wollten, und hat das in seinem mittelmäßigen Gedichtzyklus *Agrippa (A Book of The Dead)* beschrieben. Das hätte bereits sein Todesurteil sein können, die Prädisposition für eine kurze, obskure Karriere als Punkmusiker oder Underground-Poet im kanadischen College-Circuit, das Ticket für einen frühen Drogentod, so eine Art Patti Smith der SF. Gibson hat ihnen den Gefallen nicht getan. Statt dessen: *Neuromancer*.

Und jetzt steht er da, als Denkmal seiner selbst, und der Betrieb und er selbst müssen etwas aus der leidigen Tatsache machen, daß er immer noch lebt und immer noch schreibt. Wenn er ein Rechtsradikaler wäre wie Jerry Pournelle oder ein aufrecht labberiger Demokrat wie Steven Spielberg, wäre das kein Problem. Den ersten stecken wir in eine lachhafte Cowboyuniform und den zweiten in einen guten Anzug, das paßt dann. Aber dieser ehemalige Wehrkraftzersetzer? Dieses halbe Hemd mit seiner Nickelbrille? Was wollen wir denn mit dem? Schwierig. Aber es geht. Muß ja.

3 Das Bild. Was ist eigentlich zu sehen? Ein Mann um die fünfzig (beginnende Schildkrötenfalten am Hals), der, locker gekleidet, scheinbar völlig entspannt an der Glasfront eines Hotels oder eines Restaurants steht. Er schaut in die Kamera. Es gibt etwas zu sehen in diesem Gesicht, aber man weiß nicht gleich, was. In der Brusttasche des Hemdes steckt ein Kugelschreiber, ein sehr kleines Handy ist an einem schwarzen Ledergürtel befestigt, und dann ist da ein eigenartiges Detail an der Hose: eine zweite Tasche unterhalb der Hosentasche, wie man sie an Militärhosen findet. Das ganze Outfit hat sonst überhaupt nichts Militärisches. Die Jacke (der Mantel?) sieht regendicht aus. Der ganze Aufzug wirkt auf den zweiten Blick ziemlich teuer, so teuer, daß es nicht auffallen soll. Dann wieder das Gesicht. Lustig. Könnte ein Lehrer sein.

Würde er aber nicht lange bleiben, mit dieser leicht amüsierten Skepsis um Augen und Mundwinkel. Seltsame Nase. Ziemlich große Ohren. Eine eigenartige Frisur hat der Kerl. Was für einen Dresscode bedient er eigentlich? Wenn ich versuche, mir einzureden, ich hätte William Gibson noch nie gesehen, würde mir das Bild einen vage intellektuellen Beruf, eher im wissenschaftlichen als im künstlerischen Bereich, vorschlagen. Atomphysiker oder so was. Nein, warte. Ein Zeitungsmensch ist das. Reporter. Sagt man so eigentlich noch?

4 Ist natürlich alles Quatsch, von der Körperhaltung bis zur letzten Falte. Ich möchte wetten, daß die entspannte Körperhaltung, die *location* und die *casualness* der Kleidung Ergebnis eines langwierigen Prozesses sind, der Beleuchter, Kostümschneider, *location scouts* und jede Menge anderes Fußvolk einschloß. Das Licht ist zum Beispiel so perfekt, wie es natürlicherweise an einem solchen Ort nicht vorkommt: Das Gesicht ist perfekt beleuchtet, der Rest fällt dagegen ab. Dennoch wurde der Kleidung sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet, damit es so aussieht, als sei der Schriftsteller von der Fotografin (Karen Moskowitz) gerade beim Verlassen eines Cafés erwischt und gebeten worden, sich mal eben an das Fenster zu lehnen. Der Kragen der Jacke wirkt, als sei sie gerade eben übergeworfen worden, der Clip des Kugelschreibers in der Hemdtasche sitzt schief (vorhin noch benutzt!), das Hemd im Hosenbund wirft Falten, als habe der Mann eine ganze Weile gesessen, sei dann aufgestanden und habe es seitdem nicht mehr zurechtgezupft. Wenn man weiß, daß Gibsons Erscheinung für eine ganze Weile sowohl seiner Literatur als auch seinem Erfolg vollkommen unangemessen war, daß er Welttourneen im kanadischen Holzfällerhemd absolvierte, dann ist dieses ganze edel-asketische Getue von köstlicher Ironie.

Das Handy, das locker wie ein Schießeisen am Gürtel des Mannes sitzt, ist eine eigene Pointe. Gibson, der von der Fangemeinde wegen *Neuromancer* und seiner Visionen zur Technologie der Zukunft als besonders computerliterat und technikorientiert galt, kokettierte lange damit herum, ihm gehe dieser ganze Computerquatsch schon längst über die Hutschnur, er wünsche sich eine Schreibmaschine zurück. Über das Internet machte er sich eine Weile nur lustig. Es scheint, als hätten seine Stilberater nun eine andere Marschroute durchgesetzt. Die Zeiten der Inkongruenz sind vorbei. Jetzt darf ein sehr feines Handy Medien- und Technologiekompetenz annoncieren, während Brille und Kugelschreiber den klassischen Intellektuellencode vertreten. Die Extratasche an der Hose, im Kunstlicht des Moskowitz-Teams fast nicht sichtbar, ist die letzte Reminiszenz an eine militantere Vergangenheit, der Hauch Punk oder Hardcore in einem sehr bewußt auf Unauffälligkeit und urbanen Pragmatismus getrimmten Dresscode für Menschen mit Geld und Grips. Hier werden aber nicht Besitz und Bildung demonstriert, die Werte des Bürgertums im 19. Jahrhundert, auf die manch anderer Autor noch anspielt, gezeigt wird die gelassene Agilität eines Medienhais am Beginn des 21. Jahrhunderts. Daher auch der Hauch Rasender Reporter, der in dem ganzen Aufzug steckt. Nur daß hier eben gerade nicht gerast wird.

5 Das könnte alles ziemlich langweilig sein, etwa so wie die Sperenzien der schreibenden Modepuppen, die hierzulande im Moment den Ton angeben. Der Unterschied besteht darin, daß Gibson auch in seiner Verkleidung als nonchalanter Dressman ein Gesicht hat. Erstaunlicherweise spiegeln sich darin Menschlichkeit und eine, horribile dictu, gesettelte Weisheit, die in die nichtssagende Fassade des Menschengebäudes da an der Glasfront Leben bringen, ohne daß ein Bruch oder ein Widerspruch zwischen Kleidung und Gesicht entstehen. Gibsons Gesicht widerspricht seiner Verkleidung nicht. Es *ist* seine. Faszinierend, wie hier Ironie ohne Abstand dargestellt wird, Erfahrung ohne Patriarchengehabe, Authentizität trotz Inszenierung. Mag sein, daß auch das nur das Ergebnis sehr sorgfältiger Computerretuschen ist. Aber eine gewisse Weiblichkeit um die Augen und ein trockener Humor um den Mund verwandeln den Medienhai wieder in jemanden, den man gern kennenlernen würde.

Und jetzt gehe ich das Buch lesen.

Nach der Lektüre

6 Es ist mal wieder nichts geworden. Er hat es mal wieder nicht geschafft. Nur Teile von *All Tomorrow's Parties* sind großartig wie eh und je. Der ehemalige Bulle Rydell, der als Wachschutzmann für die »Lucky Dragon«-Ladenkette arbeitet: wunderbar. Sein Einstellungsgespräch ist in einer Rückblende wiedergegeben, und wenn es solche trockenen Dialoge öfter gäbe, würden wir in einer besseren Welt leben (zumindest in einer mit besseren Büchern). Seine pinkfarbene Schutzweste mit dem Firmenlogo drauf und warum er eine Bindung an das häßliche Ding entwickelt; daß er es klaut, als er den beschissenen Job kündigt, und mit einem anderen »Lucky Dragon«-Angestellten darüber in eine Schlägerei gerät. Die Medienstudenten in dem besetzten Haus nahe bei dem biotechnisch verseuchten Strand, den niemand mehr betreten darf: grotesk. Sie filmen sich gegenseitig den ganzen Tag mit ferngesteuerten Apparaturen für ihre nächsten Studienarbeiten, kriegen aber nie wirklich was gebacken. Chevette, die ehemalige Fahrradbotin, die ihrer Vergangenheit auf der seit langem besetzten Golden Gate Bridge zu entfliehen versucht und doch von Gibson wieder dorthin zurückgeschickt wird; das sich ändernde Klima in der informellen Besetzergemeinschaft auf der Brücke – all das sind konkrete, sehr scharfkantige Splitter

einer angeblich zukünftigen sozialen Realität, die die gegenwärtige zur Kenntlichkeit entstellen. Keine Pappkameraden, sondern wirkliche Menschen. Wie kommt es eigentlich, daß Gibson, der sich heute so aufdringlich als digitaler Dandy vermarkten läßt, soviel Empathie für seine Figuren aufbringen kann, eine Fähigkeit, die in seinem Genre Seltenheitswert besitzt? Und wie kommt es, daß er sein Projekt dennoch in den Sand setzt? Denn er versucht, aus diesem Panoptikum von Figuren, das als bloßes Mosaik seine volle Berechtigung gehabt hätte, einen Science-fiction-Roman zu machen, wie ihn der Markt von ihm verlangt. Was bietet sich da eher an als eine erneute Rettung der Welt?

Wenn gar nichts mehr geht im Krimi, führt man Kinder vor, die von einer akuten Gefahr bedroht sind, und wenn in der Science-fiction nichts mehr geht, muß die Welt gerettet werden. Das »warum« dieser Rettung kann Gibson nicht plausibel machen, vom »wie« ganz abgesehen. Man bleibt mit einem Roman zurück, der beides ist: enttäuschend und lesenswert. Und man wünscht sich einen Band von Kurzgeschichten, in dem Gibson seine wirklichen Stärken einmal voll ausspielt: Empathie und Konkretion.

7 Am Ende des Buchs, dort, wo man sonst lieber nicht hinliest, stößt man auf eine seltsame Danksagung. Gibson bedankt sich bei dem »Trupp von Post-Cyberpunks aus Mexiko-City, deren wohldurchdachte Einladung zur absoluten Alternativlesereise« er leider habe ablehnen müssen, deren »warmherziger Enthusiasmus« ihm aber bei der Abfassung eines »wichtigen Kapitels« des Buchs geholfen habe. Phantasieren wir mal drauflos: Gibson ist von ein paar Zapatisten eingeladen worden, nach Chiapas zu kommen. Wenn das stimmte, wäre mit dem Bild auf dem Rücken von *All Tomorrow's Parties* klargemacht, warum er so warmherzig ablehnte: Einer wie er hat dort nichts verloren. Aber wenn es denn stimmte, sollte er vielleicht doch einmal hingehen. Was er von dort mitbrächte, würde ich gerne lesen.

William Gibson: *All Tomorrow's Parties.* Penguin Books, London 2000, 288 Seiten, 24,94 Mark

---

Weitere Veröffentlichungen von Marcus Hammerschmitt unter www.cityinfonetz.de/home pages/hammerschmitt/low_opal.html bzw. low_luft.html

Konkret 07/01, S. 56

Fanny Müller

Ein echter Freund

»Maxim ist wie ein Freund«, verspricht der Chefredakteur im Editorial. Und was bequatscht mann mit einem Freund? Die Titelseite (»Mehr für Männer«) verrät es schon: »Abschlepp-Wagen – 11 heiße Autos, die jede Frau in Fahrt bringen« und »Die neuen Kurvenstars – Boards, Bikes und Skates. Und wie man darauf abfährt«.

Bei »Maxim« handelt es sich um das größte Männerorgan der Welt. Oder heißt es Magazin? Egal. In acht Ländern erscheint »Maxim«, und jedesmal mit anderen Möpsen auf dem Titel. Andre Länder, andre Titten, wie schon mein Opa zu sagen pflegte.

»Die Welt, in der wir leben, ist eine Männer-Welt. Mit dem Wissen, das Ihnen Maxim verschafft, können Sie endlich ein echter Kerl werden – in jeder Lebenslage.« Zum Beispiel wie man einen BH mit einer Hand aufmacht.

Zum Inhalt: Noemie, das Eismodell: »... gaben mir das Eis in die Hand, und ich begann einfach zu schlecken ... bei dummen Sprüchen blase ich ihnen aber den Marsch ...« – »Maxim«: »... die nächste Werbung für Zahnpasta vielleicht, Noemie? Oral B zum Beispiel ...«

Und so geht es weiter. »Fest im Sattel, auch wenn's hart kommt«, »Starke Waden, steife Rahmen«, »Alles, was Männer auf Touren bringt.« Hier geht es um eine Sport-Reportage. Ja. Selten so gelacht.

Der Hit allerdings ist der Tip »Wie man seine Frau optisch optimiert«. Silikon wird abgelehnt, weil das die Haushaltskasse zu sehr strapaziert (nachdem der neue Porsche Turbo – »mit dem Porsche kriegst du jede« – so ganz nebenbei vorgestellt wird), doch es gibt andere Mittel, um in Nächten, »wenn die richtigen Weiber schon alle vergriffen waren, man nur noch Knabenhafte abbekommen hat und ständig mehr oder weniger ins Leere gegriffen hat«, letztlich doch noch auf seine Kosten zu kommen: Das Zaubermittel heißt Östrogen. »Das ist der Stoff, der Ihre Frau zur Frau macht.« Sie muß nur noch das Richtige futtern, nämlich Kohl, Zwiebeln, Kartoffeln, Äpfel und Kirschen. Und wenn das noch nicht ausreicht, um zu mehr »Grip unterm Ripphemdchen« zu kommen, dann hilft der Griff zu Sojaprodukten, Kalbfleisch und Fett. Aber auch in Putz- und Holzschutzmitteln steckt der »kleine Push fürs Polster«.

Im »Powerbook Gesundheit« kann man unter »Gehirn« lesen: »Wozu braucht man das? – Damit Sie Spaß daran haben können, Maxim zu lesen.« Aber gerade dazu braucht man keins.

»Maxim«. Verlag AS Zeitschriften Berlin GmbH, unter der Lizenz von Dennis Publishing Ltd. United Kingdom

Konkret 07/01, S. 56

Feridun Zaimoglu

Reiseführer Maskulinia

Des Spießers Vorurteile zu hofieren und ihm das schlechte Gewissen zu nehmen – das ist das Talent des Professors Dietrich Schwanitz. Sonst kann er, wie sein jüngstes Buch wieder beweist, aber auch wirklich nichts

Vorweg die frohe Botschaft für meine lieben ausländischen Mitbürger: Kaufen Sie bitte dieses Buch, und schenken Sie es Ihrem fremdenskeptischen Nachbarn, der Sie schon immer für einen Eumel aus dem Morgenland gehalten hat. Er wird nach der Lektüre einsehen müssen, daß auch Anglistikprofessoren die Einschreibung in den Integrationskurs Deutsch für Ausländer unter Androhung von Sanktionen nahezulegen wäre.

Denn so viel ist sicher: Eine derart fließend sprachdefizitäre Scharteke kann nur von der edlen Absicht des Autors zeugen, die Deutschlandkanaken vom Ruch der Sprachstümperei freizuschreiben. Die Einheimischen können es besser, will er uns bedeuten, sie können einen zerebralminimalen Zinnober zwischen zwei Buchdeckel hinmachen und den Sprachschund als bravourös inszeniertes Werk der Aufklärung ankündigen lassen. Der Herr Professor bollert sich gemütvoll an stehenden Bildern und Wendungen vorbei, so als wollte er den Nachweis erbringen, daß den Kleinbürger weder Och's noch Esel aufhalten kann. Er will ein leidiges Mißverständnis »ersticken«, »Übergewicht« gewinnen, »den Umgang mit unklaren Konturen« erlernen, er muß »ein Denk-Looping vollführen« und auftun, daß nur zwei Prozent der Hirntätigkeit »dem Import der äußeren Reize gewidmet werden«. Seines Erachtens steht der Mann »in einem engen Verhältnis zum positiven Denken«, und die diesem Umstand nicht gewärtige Frau »landet nach dem Platzen der Träume unsanft in der Enttäuschung«. Die männlichen Affekte seien nämlich »in Form einer Identität abgelagert«, und das heißt ja nichts anderes, als daß die Männer auf der Suche »nach ihrer letzten Prise Testosteron« sind. Die Angst, so lernen wir, ist ein Mieter und »wohnt« im Inneren, und genauso wie eine Leiter »Stufen« statt Sprossen hat, kann »die Meute der männlichen Geschlechtsgene Karneval feiern«. »Die Säfte sprießen«, »der strenge Geruch des Mannes umfängt uns«, die Adelsmänner am Königshofe waren »mit allen Wassern der fortgeschrittenen Intrigenkunst gewaschen«, und der arme geplagte Vater von heute »entdeckt« beim Anblick seines Kindes die bittere Erkenntnis: »Er war verheizt worden, reines Kanonenfutter, mit dem der kleine Dauerfresser gemästet wurde.«

An seine Leserinnen und Leser denkt der Herr Professor natürlich zuallererst, schließlich hat er seinen praktischen Reiseführer ins »Land Maskulinia« in den Dienst der Aufklärung gestellt. Die Frauen haben ihn gelehrt, was emotionale Großzügigkeit sei, und also hebt der halbschlaue Dienstleistungskrakeeler Schwanitz an, dem Weibe als kleines Dankeschön ein Lexikon des unnützen Wissens darzureichen. Die sehr geehrten Frauenzimmer mögen doch bitte schön unter seiner Anleitung die fundamentale Fremdheit ihrer und aller Mannen erkennen. Endlich lüftet er »das Geheimnis, das Millionen von Frauen wissen wollen«: Woher nur kommt es, daß dem Manne jegliche Begeisterung für Hausarbeit abgeht? Der Mann als Evolutionsartefakt liebt das Ereignishafte, die große Tat, den heroischen Einsatz! Es wird Zeit, daß die Frau über Motivationsverstärker nachdenkt, sie braucht »ein Minimum an Betriebspsychologie«. Überhaupt »gehen die Frauen fehl«, sie »verkennen«, sie »mißverstehen« oder neigen »zur falschen Auslegung«. Woran liegt das? Es liegt daran, »daß sie den männlichen Dialekt nicht verstanden haben!«.

Mögen die Frauen noch so gepeinigt werden, es sind trotzdem die »hauptamtlich vollberuflichen Unglücksraben«, »die heiligen Männer«, die in so umfassender Weise zu Opfern der Männlichkeit geworden sind, »wie Frauen es nie könnten«.

Auch zum Schluß also meine eindringliche Bitte an meine lieben ausländischen Mitbürger: Kaufen Sie dieses Buch, und schenken Sie es Ihrem fremdenskeptischen Nachbarn, der Sie schon immer ...

Dietrich Schwanitz: *Männer – Eine Spezies wird besichtigt.* Eichborn, Frankfurt a. M. 2001, 328 Seiten, 44 Mark

Konkret 07/01, S. 57

Georg Fülberth

Go statt Schach

Über den erfolgreichen Abschluß eines Versuchs, den Historischen Materialismus zu reformulieren

Vor zwei Jahren konnte in diesem Blatt berichtet werden, wie eine Autorengruppe – Lars Lambrecht/ Karl Hermann Tjaden/Margarete Tjaden-Steinhauer – sich erfolgreich um eine Reformulierung des Historischen Materialismus bemühte. In ihrem Buch *Gesellschaft von Olduvai bis Uruk* (vgl. KONKRET 4/1999, S. 61) machten sie klar, daß – anders als vom klassischen Marxismus gesehen – Gesellschaften nicht allein durch Arbeit konstituiert werden, sondern ebenso durch Beschaffung der Lebensmittel allgemein (die nicht nur durch Produktion erfolge), Sorge für den Nachwuchs und Sicherung des territorialen Umfeldes: Subsistenz, Familie und Politik.

Dies wurde damals an prähistorischem Material dargestellt. Nunmehr wenden Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden ihre Theorie auf das antike Rom, den europäischen Feudalismus und Kapitalismus an. Immerhin haben sie es jetzt nicht mehr – wie im ersten Band – mit 1,8 Millionen Jahren zu tun, sondern nur noch mit etwa 2.500, dafür aber mit den Quellen- und Literaturgebirgen der Alten Geschichte, der Mediävistik und der historischen Neuzeitforschung. Kann man das tatsächlich auf nicht viel mehr als 400 Seiten zusammenfassen?

Doch, es funktioniert. Mit einer Unerbittlichkeit, die nach einiger Zeit an Thema, Variationen, Fuge und Generalbaß bei J.S. Bach erinnert, mustern die Autorin und der Autor anhand ihrer methodologischen Traktandenliste den historischen Stoff. Für jeden Zeitabschnitt gilt dasselbe Schema: Zunächst wird die Subsistenzstrategie dargestellt, dann die Familien-, schließlich die Politikform der jeweiligen Gesellschaft. Ist das getan, folgt die Untersuchung des Zusammenhangs erstens von Familienform und Subsistenzstrategie, zweitens von Subsistenzstrategie und Politikform, drittens von Politikform und Familienform. Und das ist dann jeweils nur die Basis für die Analyse von Ungleichheit, die ihrerseits zunächst wieder als ökonomisch, familial und politisch verstanden und anschließend als ein Ensemble dargestellt wird.

Da die Autorin und der Autor den Stoff streng unter ihre Begriffe subsumieren, können sie manchmal in einem Satz Tatbestände zusammenfassen, für die andernorts in langen Büchern und redundanten Zeitschriftenaufsätzen erfolglos nach Wörtern gesucht wird, zum Beispiel: »Nachdem das erfolgreiche Vormachtstreben Preußens gegenüber anderen deutschen Ländern seinen Abschluß gefunden hatte, konnte Deutschland auf dieser Grundlage nach den beiden Weltkriegen des 20. Jh. eine europäische Vormachtstellung durchsetzen.« Hier wird eine Summe von 400 Jahren gezogen, und es reicht aus.

Tjaden/Tjaden-Steinhauer lehnen die Auffassung von einer einlinigen Abfolge von Gesellschaften – Asiatische Produktionsweise, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus – ab. Selbst wenn man den Blick auf das Zweistromland und danach Europa verengt, kommt keine unentrinnbare Kausalität und keine sozioökonomische Ahnengalerie zustande. Man müsse vielmehr davon ausgehen, daß Gesellschaften an verschiedenen Orten unabhängig voneinander entstanden und nicht irgendwie aus einander hervorgegangen sind. Als besonders deutliches Beispiel für eine Verbindung von Kontingenz und Kausalität dient der Autorin und dem Autor der »iberische Eigenweg« mit der Abfolge der »Römer, Goten, Muslime und Kastilier«.

Das Buch enthält eine Art Anhang, in dem Gelegenheit genommen wird, die Sonderstellung der hier entwickelten und belegten Theorie innerhalb des Komplexes, der zuweilen schnell als »Marxismus« bezeichnet wird, zu verdeutlichen. Er beginnt mit dem Abdruck einer Rezension des Vorgängerbandes *Gesellschaft von Olduvai bis Uruk* von Frigga Haug aus dem »Argument«. Die Kritikerin befindet, die Ergebnisse seien insofern nicht neu, als zumindest schon Antonio Gramsci gelehrt habe, »Politik nicht bloß von oben zu denken«. Lambrecht/Tjaden/Tjaden-Steinhauer stellen die Leistung des verdienstvollen Mannes nicht in Frage, haben aber offenkundig ihre Zweifel, ob seine zwar gründlich gedachten, aber nicht systematisierten Überlegungen schon ein ausreichendes Set historisch-materialistischer Methode darstellen. Insbesondere der Vorwurf, vieles bei ihnen sei nicht »neu«, grämt sie nicht. Das Elend marxistischer und bürgerlicher Sozialwissenschaft bestehe auch darin, daß sie nicht zur Kenntnis genommen habe, was in anderen – vor allem historischen – Disziplinen schon zusammengetragen sei. Dieses Versäumnis ist mit dem Unvermögen, überhaupt noch einen Begriff von Gesellschaft zu haben, erkauft (oder vielleicht eher bestraft?). Die Kontroverse gefällt durch den zurückhaltenden Ton auf beiden Seiten. So geht es also auch.

Wenn von Lambrecht/Tjaden/Tjaden-Steinhauer in der Auseinandersetzung mit Frigga Haug von einem »Ansatz, der die Menschen wieder instandsetzen könnte, selber politisch zu handeln«, behauptet wird, daß er »nicht zuletzt von Hannah Arendt angestrebt worden ist«, sucht man eine Verbindung zwischen dieser Autorin und den beiden Büchern nun allerdings doch wohl vergeblich. Die große Frau hatte in ihrer Schrift *Vita activa* gelehrt, Arbeit dürfe nicht alles sein, und indem Lambrecht/Tjaden/Tjaden-Steinhauer dieser unvermeidlichen Tätigkeit noch andere Formen der Subsistenzgewinnung sowie Reproduktion und die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten an die Seite stellen, stimmen sie damit gewiß überein. Doch die Schnittmenge zwischen normativer Theorie und historischem Materialismus ist doch wohl klein.

Der mit den beiden Bänden vorliegende Versuch ist stringent und historisch-empirisch reichhaltig, jedoch – auch dem Anspruch nach – nicht vollständig. Es fehlt der weitaus größte Teil der außereuropäischen Welt, aber auch das antike Griechenland. Konzeptionell steht das Problem der Gewalt in der Geschichte bei Tjaden/Tjaden-Steinhauer einerseits zentral, andererseits bleibt doch der Eindruck, daß es querliege. Man kann es aus dem Versuch der Bevorrechtigten, Ungleichheit in ihrem Interesse zu verteidigen, sowie aus der Notwendigkeit, ein Territorium (den »Lebensraum«) zu sichern, erklären. Ein soziologisch und politologisch borniertes Publikum erfährt hier mit Staunen etwas, was man in der Alten Geschichte längst schon weiß: daß die römische Republik kaum einen richtigen Staatshaushalt hatte. Feldzüge und öffentliche Aufwendungen wurden aus den Taschen von reichen Männern in ihren Ämtern als – zum Beispiel – Prätoren und Konsuln bezahlt. Anschließend sanierten diese sich auf ihren Kommandos in den Provinzen (und holten wohl auch noch zusätzlich etwas heraus). So läßt sich die Kombination von Befriedungsrhetorik und Expansionspolitik dieses Staates begreifen. Und doch fragt man sich, ob damit die Entstehung und Dynamik von Gewalt ausreichend erklärt ist. Gleiches gilt für die Aggressivität und Dominanzbetonung von Politik in der Demokratie während äußerlich friedlicher Zeiten. Das wäre wohl Thema einer Kulturforschung, für die Tjaden/Tjaden-Steinhauer Platz schaffen, ohne ihn selbst zu füllen.

Den auch in strenger Theorie möglichen Humor deuten die beiden lieber in Bildbeispielen an, zum Beispiel mit der Reproduktion der Reklame eines Energiebetriebs: »Kinder von Gabi, Bauch von Pommes, Gas von uns«. Sie ist von der Autorin und vom Autor untertitelt mit: »Werbung in der patriarchalischen Elternfamilie«. Oder ein Schnappschuß von Arbeitsamt und Polizeihaus: »Gebäude des anstaltlichen Ordnungsstaats, Kassel, Ende 20. Jh.«.

Es geht also durchaus auch spielerisch zu, allerdings weniger in der martialisch-kausalen Art von Schach, sondern eher des multizentrischen Go oder Go-Bang. Zu hoffen ist, daß sich nach dem nun gemachten Anfang noch viele daran beteiligen.

Tjaden-Steinhauer, Margarete, und Karl Hermann Tjaden: Gesellschaft von Rom bis Ffm. Ungleichheitsverhältnisse in West-Europa und die iberischen Eigenwege. Mit einer Diskussion von Frigga Haug, Lars Lambrecht, Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden über Anfänge gesellschaftlicher Ungleichheit. Verlag Winfried Jenior, Kassel 2001, 464 Seiten, 44 Mark. n

Konkret 07/01, S. 58

Jürgen Elsässer

Neues von Uncle Joe

Die Tagebücher von Georgi Dimitroff erschüttern manches Vorurteil über Josef Stalin

Über Stalin ist eigentlich alles gesagt, tausendmal. Er war ein »aufbrausender, von Verfolgungswahn gepackter, chauvinistischer Herrscher«. Die »Inkompatibilität der Herrschaft Stalins nicht nur mit der Weltrevolution, sondern mit jeglicher politischer, sozialer und kultureller Emanzipation der Menschheit« wurde in Hunderten von Büchern nachgewiesen, das jetzt von Bernhard H. Bayerlein gefällte Verdikt ist alles andere als neu.

Bayerlein hat nur einen Fehler gemacht: Er hat dies in einem Zusammenhang geschrieben, der ihn Lügen straft – als Einleitung zu den Tagebüchern Georgi Dimitroffs. Halten wir uns nicht damit auf, daß der Aufbau Verlag die bulgarische Erstausgabe um mindestens ein Drittel gekürzt hat – die deutsche Edition endet 1943 und erweckt somit den Eindruck, die Auflösung der Komintern in jenem Jahr sei der »zynische Höhepunkt einer menschenverachtenden Entwicklung« (Bayerlein) gewesen. Daß Dimitroffs Arbeit in den folgenden Jahren auch ohne die Komintern-Strukturen weiterging, daß die weiterhin von der KPdSU angeleitete kommunistische Weltbewegung zur Niederringung des Nazismus entscheidend beitrug, daß Dimitroff sich nach dem Krieg als Präsident Bulgariens hellsichtig um eine Balkanföderation mit Jugoslawien, Mazedonien und Albanien bemühte – all dies erfährt der deutsche Leser nicht, jedenfalls nicht beim Aufbau Verlag.

Wer sich die Mühe macht, die sperrigen Aufzeichungen Dimitroffs durchzuarbeiten, wird die Kritik an der kommunistischen Strategie vor und im Zweiten Weltkrieg nur schwer aufrechterhalten können. Dimitroff hatte im Reichstagsbrand-Prozeß die Nazis blamiert und war danach aufgrund seines großen Prestiges von Stalin zum Generalsekretär der Komintern gemacht worden. Auf ihrem VII. Weltkongreß gab diese ihre zuvor gepredigte Feindschaft gegen die Sozialdemokraten (»Sozialfaschisten«) auf und empfahl statt dessen ihren Mitgliedsparteien den Aufbau von breiten »Volksfronten« gegen den Faschismus. Dies war von Trotzkisten und anderen Linksdissidenten von Anfang an als Verrat an der Revolution kritisiert worden, da die neue Politik auch Bündnisse mit Konservativen einschloß: in China mit der Koumintang, in Spanien mit den Republikanern, in Jugoslawien mit den Königstreuen (»Tschetniks«). Bei der Durchsetzung dieser Linie kam es zu Verbrechen – das kann man nicht nur bei Orwell (*Mein Katalonien*) nachlesen. Aber wird dadurch die Linie an sich falsch?

Die nach 1990 hierzulande entstandene antinationale Linke witterte im Volksfront-Konzept eine Affirmierung völkischer Kategorien. Man übersah, daß dieses Konzept zunächst nicht auf Deutschland zielte, wo man in der Tat Schwierigkeiten hatte, außer Heinrich und Thomas Mann andere nichtfaschistische Bürger zu finden. Vielmehr ging es um die Verteidigung Frankreichs und Österreichs; dort war die Volksfront-Politik schon 1934/35 entstanden, zunächst ohne den Segen Moskaus. Daß die Komintern in Österreich gegen den »Anschluß« kämpfte, also die Selbständigkeit ausgerechnet einer Republik verteidigte, deren Bürger sich mehrheitlich als Deutsche verstanden, dementiert gerade den Vorwurf der völkischen Orientierung. Die Volksfronten waren vielmehr, um einen modernen, aus Frankreich stammenden Terminus einzuführen, souveränistisch – für die Verteidigung der existierenden Staaten gegen deren sezessionistische und imperialistische Auflösung im Interesse Deutschlands.

Daß es dabei in Einzelfällen auch zu völkischen Abweichungen kam, soll nicht bestritten werden, gerade was die KPD anging. Doch Stalin selbst kritisierte das außergewöhnlich scharf. So zitiert ihn Dimitroff in einer Tagebucheintragung von 1934: »Thälmann hat nicht die nationale Frage verstanden. Noch im Jahre 1930 habe ich mit ihm gesprochen. Er hat nicht verstanden.« In jenem Jahr hatte die KPD ein neues Parteiprogramm verabschiedet, das den nationalen dem sozialen Kampf überordnete. Später sagte Stalin über den inhaftierten Thälmann: »Er ist kein prinzipientreuer Marxist, und seine Briefe zeugen vom Einfluß der faschistischen Ideologie.« Stalins antideutsche Position während des Krieges liest sich, als hätte er von Goldhagen gelernt: »Offensichtlich ist die Mehrheit der deutschen Arbeiter nicht abgeneigt, herrschende Nation zu sein ... Die deutschen Soldaten begeben sich noch nicht reihenweise in die Gefangenschaft. Noch härtere Lektionen durch die Rote Armee sind erforderlich, damit der Zersetzungsprozeß beginnt.«

Die von Dimitroff aufgezeichneten Trinksprüche und Tischreden Stalins konterkarieren viele Klischees. Gilt er nicht auch vielen Linken als antiintellektueller Primitivling? Dazu will nicht recht passen, daß Majakowski sein Lieblingsdichter war. Herrschte er nicht wie ein Diktator über die Komintern? Dagegen spricht, daß die Aufstellung internationaler Brigaden für den Spanischen Bürgerkrieg von Dimitroff gegen das Votum Stalins durchgesetzt wurde. War er nicht selbst für Lenin ein großrussischer Chauvinist, der die Minderheiten in der Sowjetunion gnadenlos unterdrückte? Hören wir seine eigenen Worte: Die Zaren »haben eine große Sache vorzuweisen: Sie haben ein Riesenreich zusammengezimmert – bis nach Kamtschatka. Wir haben diesen Staat als Erbe erhalten ... Deshalb ist jeder, der versucht, diese Einheit des sozialistischen Staates zu zerstören, der danach strebt, einzelne Teile oder Nationalitäten von ihr abzutrennen, ein Feind, ein geschworener Feind des Staates, der Völker der UdSSR.« Spricht so ein Großrusse? Oder war Stalin, der doch gar nicht russischer,

sondern georgischer Herkunft war, nicht vielmehr um ein Auseinanderfallen eines – in heutiger Terminologie – multikulturellen Staates besorgt?

Aber hat Stalin nicht jeden emanzipatorischen Anspruch durch den Pakt mit Hitler diskreditiert? Einige Einwände seien auch hier erlaubt: Zum einen haben 1938 auch die Westmächte mit Hitler paktiert und ihm im Münchner Abkommen freie Hand zur Zerschlagung der Tschechoslowakei gegeben. Dies geschah ohne Not, denn Moskau hatte Paris und London ein Bündnis angeboten. Im Unterschied dazu kam der deutsch-sowjetische Vertrag nur zustande, weil Stalins bevorzugte Option, die Anti-Hitler-Koalition, selbst dann noch von den Westmächten abgelehnt wurde, als der deutsche Angriff auf Polen im Frühsommer 1939 schon absehbar war. Und: Trotz einiger unappetitlicher Zugeständnisse an die Nazis im geheimen Zusatzabkommen des Paktes stellte die Sowjetunion den Kampf gegen Deutschland keineswegs ein. Dimitroff im November 1940: »Wir streben die Zersetzung der deutschen Okkupationstruppen in verschiedenen Ländern an, und diese Aktivitäten wollen wir, ohne es an die große Glocke zu hängen, noch verstärken.«

In anderen Passagen der Tagebücher bestätigt Stalin allerdings alle Vorurteile, etwa in den Tiraden gegen Münzenberg und andere Kommunisten, Begleitmusik zum Großen Terror. Man erinnert sich an Trotzkis Kennzeichnung der Stalinschen Machtergreifung als »Thermidor«, eine Anspielung auf das Abwürgen der Französischen Revolution und den Übergang zur napoleonischen Herrschaft. Wie damals Sansculotten zu Tausenden aufs Schaffott geschickt wurden, so unter Stalin Altbolschewiken in den Gulag. Die Außenpolitik beider Diktatoren trug imperiale Züge, die Unterworfenen hatten wenig zu lachen. Trotzdem bilanziert die Nachwelt die zivilisatorische Leistung des korsischen Bonaparte positiver als die des georgischen. 70 Prozent Verdienste, 30 Prozent Fehler und Verbrechen – so milde wollte nur Mao über Stalin urteilen. Vielleicht braucht es einfach noch etwas zeitlichen Abstand.

Und die Juden? Hören wir einen unverdächtigen Zeugen, den späteren israelischen Premier Menachim Begin. Er wurde 1940 nach der Besetzung Litauens durch die Sowjets nach Sibirien verschleppt. Trotzdem meinte er im Rückblick: »Verglichen mit der allgemeinen kolossalen Katastrophe erwies die Sowjetunion den Juden unerwartet eine unschätzbare Hilfe. Ich werde mich immer daran erinnern, und kein Jude hat das Recht, dies zu vergessen. Hunderttausende Juden wurden gerettet, wenngleich viele von ihnen nicht wenig leiden mußten und so manche in Lagern und Gefängnissen starben.«

Georgi Dimitroff: *Tagebücher 1933-1943.* Aufbau Verlag, Berlin 2000, zwei Bände im Schuber mit Kommentaren und Materialien, zus. 1.485 Seiten, 99 Mark

Konkret 07/01, S. 60

Michael Rudolf

Piff und Paff und Rums!

Über zwei Versuche, die RAF literarisch einzugemeinden

Es ist keineswegs so, daß derzeit der Kitsch besondere Konjunktur hätte – diese Feststellung taumelte sich auf dem Niveau ein, daß Satire niemals so wichtig wie heute gewesen sei, einem alten Kabarettistenfangschluß also – nein, hochverwunderlich ist, welcher Objekte sich der Kitsch neuerdings bedient. Seit grüne Spitzenpolitiker zelebrieren, wie wunderbar wasserdicht sich eine Steinewerferjugend mit dem Geborgensein in der gewöhnlichen Volksgemeinschaft verträgt, war es nur eine Frage der Zeit, bis die RAF cool genug sein würde, um eben von dieser Gemeinschaft, um mehrere Ecken freilich, vereinnahmt zu werden. Hoppla, ruft sie, RAF? Die holen wir heim ins Reich der Neuen Mitte. Wenn Joseph Fischer mit Abstand als beliebtester, i. e. nützlichster Politiker dieses Landes reüssieren kann, ja, was wäre dann wohl aus der Gründergeneration der RAF geworden? Die kitschigen »what ifs« des Kleinbürgers treiben große Blüten auf dem fauligen Boden törichter Verschwörungstheorien. Was, zum Beispiel, wäre gewesen, wenn die Tötung von Andreas Baader und Gudrun Ensslin nur angetäuscht war? Und wer oder was steckt eigentlich – auch eine beliebte Drecksackfrage – »hinter« diesen Superverbrechern? Welche »menschlichen« Tragödien haben sich da abgespielt? Harte Schale, weicher Kern, kennt man doch. Klar, daß sich sofort Autoren finden, die daraus, was sonst, Bücher verfertigen.

Wolfgang Brenner hat sich der These angenommen, zwei RAF-Top-Terroristen hätten auf Initiative des damaligen BKA-Präsidenten ein sensationelles Angebot bekommen: Sie verschwinden mit neuer Identität in ein Land ihrer Wahl. Denn es verstoße gegen seine »Berufsehre«, die vom Krisenstab unter Kanzler Schmidt beschlossene Exekution in Stammheim auszuführen. Die beiden »Top-Terroristen« haben auch nichts Eiligeres zu tun, als zuzustimmen. Und wo und wie enden sie? Erraten: in Kanada. Sie als Quartalssäuferin an der Seite ihres Mannes. Er als Betreiber eines Heimwerkerladens an der Seite einer Quartalssäuferin. Möglich ist alles. Irgendwie klebt an jedem noch so waghalsigen Gerücht ein Körnchen Wahrheit. Denkt nur mal an das Aussteigerprogramm in der Zone, Leute.

Den eigentlichen Reiz bezieht Brenners Buch daraus, daß ihm ein richtig guter Krimi gelungen ist, der in seiner Komplexität, seinen wirklich überraschenden Wendungen und nicht zuletzt seiner überhaupt nicht aufdringlichen Komik überzeugt. Brenner topographiert den Kitsch sehr akkurat: Die leicht verlebte Spät-68er-BKA-Beamtin (»Weißt du, wenn die, die damals umgekommen sind, hätten weiterleben können, wären sie vielleicht heute nützliche Menschen. Bei der OSZE oder der Uno. Oder wenigstens im Europaparlament«). Den pensionierten BKA-Präsidenten, der seine Terroristen besser versteht als sich selbst. Den Studienrat mit Internationale als Handymelodie (»Stell dir vor: Er fährt mit seiner Klasse jedes Jahr nach Stammheim. Obwohl die Schulleitung das nicht billigt ...«), der ein Revolutionspausenbrot wie Chili con carne anbrennen läßt. Den korrupten Berliner Grünenpolitiker, der auf einen Staatssekretärsposten im Wirtschaftsministerium spitzt und sich aus seiner semimilitanten Vergangenheit mit »ansehnlichen Beträgen« (J. Fischer) freikauft. Den inzwischen ungeniert nach den Rechten sehenden Rechtsanwalt. Und und und.

Nur warum erfahren wir das alles? Ganz einfach: Der pensionierte »Top-Terrorist« hat seinen Schwiegersohn in Kanada vor laufender Kamera über den Haufen geknallt und flüchtet in die BRD, um sich von seinem alten Gönner BKA abermals helfen zu lassen, aber auch mit dem Plan, den Bundeskanzler bei nächster Gelegenheit in die Luft zu jagen. Gleichzeitig entdeckt ein ehrgeiziger EDV-Spezialist im BKA bei der Computerisierung internationaler Fingerabdrücke, daß da »irgendwas« faul ist, und recherchiert »die Sache« auf eigene Faust. Und ein von allen guten Geistern verlassener KGB-Rentier in Rußland dient seinem früheren Chef die einstmals gestohlene Akte zu den Stammheimvorgängen an, um eine größere Wohnung zu bekommen. Die russische Regierung nutzt dieses Material, um den soeben berufenen deutschen Wirtschaftsminister vor irgendeinem Pariser Gipfel zu erpressen, weil er 1977 im Krisenstab die Stammheim-Exekution juristisch abgesichert hatte. Wenn man jetzt noch weiß, daß der Grüne der Staatssekretär eben dieses Ministers werden soll, hat man ungefähr einen winzig kleinen Eindruck von den Verwicklungen, die Brenner auf uns herabregnen läßt. Der Neuemittemann findet darin seine sämtlichen Ressentiments großer Politik gegenüber volle Kanne bestätigt inklusive Piff! und Paff! und großem Rums. Tja, und was die Verschwörungstheorien des Autoren angeht, es klebt ja meistens ein Körnchen Wahrheit in jeder noch so hirnrissigen ... Ja, ja, schon gut.

Richtig schlecht hingegen wird es und richtig schlecht wird vor allem uns, wenn die Märchenerzähler auf den Plan humpeln. Leander Scholz installiert Andreas Baader und Gudrun Ensslin als Liebespaar, daß es zum Davonlaufen ist. Beide treten uns als Teile einer obskuren Bewegung entgegen, die nicht näher figuriert wird. Dafür das: »Andreas umkreist Gudrun und stellt den Demonstrationskessel nach.« Sie drehen das Frankfurter Kaufhaus-Ding, aber wir erfahren nicht, warum. Statt dessen sabbern sie einen Stilblütensalat zusammen, der die schlimmste Sozialpädagogenhölle verblassen läßt. Niemals waren sie demnach gnadenlose Terroristen, sondern vielmehr erbarmungslose Romantiker: »Ich habe mir immer vorgestellt, Lieben ist so etwas wie Huckepacktragen. Wenn einer mal müde und erschöpft ...« Nein, aufhören! Von den politisch relevanten Vorgängen erfahren wir höchstens über das gegenseitige Vorlesen aus Zeitungen. Das alles wäre erträglich, wenn Leander Scholz wüßte, was er mit all den vielen Wörtern, die er schon mal gehört hat, anfangen soll: »Die

Bewegungen des jetzt vollkommen aufgedrehten Peggy-Kindes bleiben ohne Ordnungsrufe seitens der Eltern, die sich in diesem Augenblick selbst erkennen und Fragen an die eigene Vernünftigkeit beantworten müssen.«

Der sinnvolle Satz ist Scholzens Stärke nicht, auch nicht das Gespür für die enervierende Wortwiederholung (»Hotel garni«) und das verbotene Wort (»schallende Ohrfeige«, »macht Sinn«). Man möchte das Lektorat in die Luft sprengen. Eigentlich wird die »Handlung« nur zusammengekittet von einer Demo am Anfang; dann verliebt sich Gudrun, ihr Ex deskribiert über zwei Seiten ihre Brüste, macht aber trotzdem mit. Wobei? Keine Ahnung. Nach dem Kaufhaus-Ding, logisch, geht's Richtung Paris (»Gudrun, tief in die aufgehitzten Falten des Sportsitzes gesunken, schwitzend«) und auch Italien. Selbstverständlich können sie keiner Spinne was zuleide tun. Tun sie es doch, heißt es gleich: »Du Idiot, das bringt Unglück!« Da haben wir's. Mußte ja alles so kommen. Dann ist kurz Piff! und Paff! und auch ganz groß Rums!, dann Festnahme, und dann ist Schluß.

Fehlt die Moral von der Geschicht'? Nö, braucht die Neue Mitte nicht. Die braucht nützliche Menschen. Oder ein Kochbuch von Birgit Hogefeld.

Wolfgang Brenner: *Die Exekution.* Roman. Eichborn, Frankfurt am Main 2000, 368 Seiten, 39,80 Mark

Leander Scholz: *Rosenfest.* Roman. Carl Hanser Verlag, München 2001, 248 Seiten, 35 Mark

---

Michael Rudolf schrieb in KONKRET4/01 über Neuerscheinungen zur Popmusik

Konkret 07/01, S. 61

Martin Büsser

FilmTheater

Pearl Harbor

Regie: Michael Bay, Jerry Bruckmeyer; mit Ben Affleck, Josh Hartnett, Kate Beckinsale; USA 2001 (Buena Vista International); seit 7.6. im Kino

Mit seinen drei Stunden Spielzeit, dem in ein historisches Ereignis eingebetteten Liebesdrama und dem höchsten Budget, das je für einen Hollywoodfilm veranschlagt wurde (135 Mio. Dollar), gingen dem Film bereits jede Menge »Titanic«-Vergleiche voraus. Und in der Tat: Der smarte Josh Hartnett, der bei der Notlandung nach einem US-amerikanischen Angriff auf Tokyo in der Haltung des Gekreuzigten den symbolischen Opfertod für seine Nation spielt, hat entfernte Ähnlichkeit mit Leonardo DiCaprio. Davon abgesehen wünscht sich jedoch jeder anständige Mensch nach diesen drei Stunden das Gespann Cameron und DiCaprio ans Set zurück, das Hollwood zumindest einen Hauch Sozialromantik schenkte und nicht mal in den miesesten Träumen auf einen solchen Mix aus Geschichtsverfälschung, Kriegstreiberei und revisionistischem Overkill gekommen wäre.

Die dramatische Nachinszenierung des »nationalen Traumas« Pearl Harbor mit tatkräftiger Unterstützung der US-Marine – ein Kriegsfilm als Appell für eine starke, einsatzbereite Armee, die der USA, wie es Evelyns Schlußmonolog aus dem Off suggeriert, die Weltherrschaft auf Dauer sichert. Eine solch ungeschminkte, nicht einen Moment gebrochene Eindeutigkeit ist selbst für Hollywood neu. Über den historischen Umweg des Zweiten Weltkriegs kehrt der Kalte Krieg in die Studios zurück. Überall wo nicht USA ist, ist die Welt kalt und grau. Um diese Botschaft emotional wirken zu lassen, erwies sich das blühende Hawaii wie geschaffen. Selbst noch während der Bombardierung zur Winterzeit scheint dort die Sonne über einem Landstrich, dessen Zerstörung entsprechend dramatisch als Eingriff ins Paradies inszeniert wird. Der Gegenschlag auf Tokyo findet eine gute halbe Filmstunde später vor ganz anderer Kulisse statt. US-Jagdbomber durchfliegen schiefergraue Wolken und werfen Bomben auf unwirtliche Industriekomplexe ab – von Blüten und Bevölkerung keine Spur.

Es gibt zahlreiche Gründe dafür, »Pearl Harbor« einen infamen Film zu nennen, der Vergangenheit nicht auf-, sondern zugunsten künftiger Militäreinsätze wegarbeitet. Dem gegenüber erspart es Arbeit, ein ganz anderes Argument gegen »Pearl Harbor« vorzubringen: Der Film ist stinklangweilig! Auf eine langatmige Liebesgeschichte folgt eine langatmige Bombardierung, die von einer weiteren langatmigen Liebesgeschichte und schließlich wieder von einer langatmigen Bombardierung abgelöst wird (merke: Liebe wird durch Krieg erst schön). Der Zuschauer dagegen fleht sehr bald schon um Erlösung, sehnt sich nach dem Ende des Films und also nach dem Ende des Krieges. Damit wird, wer »Pearl Harbor« durchhält, vielleicht doch noch zum Pazifisten.

Konkret 07/01, S. 61

Jens Hoffmann

FilmTheater

Public Enemy

Buch und Regie: Jens Meurer; mit Kathleen Cleaver, Jamal Joseph, Nile Rodgers, Bobby Seale; BRD/Frankreich/USA 2000 (Real Fiction); 88 Minuten, seit 7.6. im Kino

Eine gelungene Personality-Show liefern die vier ehemaligen Black Panthers Kathleen Cleaver, Jamal Joseph, Nile Rodgers und Bobby Seale in Jens Meurers Dokumentation »Public Enemy«. Sie wünschen uns nicht zur Hölle, sondern lassen sich augenzwinkernd auf das Was wir wollten/Was wir wurden-Spielchen des Regisseurs ein und kaufen in Anwesenheit der Kamera ein 5-Dollar-Los oder erzählen von der positiven Wirkung einer ursprünglich für Konzentrationslagerüberlebende konzipierten Psychotherapie gegen »posttraumatische Streßsituationen«. Wir hören von überwundenen Alkoholproblemen, sehen die Yin&Yang-Tätowierung auf Leslie Johnson-Seales Nacken beim Öffnen des Kühlschranks und bemerken, daß Rodgers seine Gitarren immer sehr ordentlich vor dem Bücherregal abstellt. Wir warten vielleicht darauf, daß in diesen Homemovie-Sequenzen irgendein Abgrund sichtbar wird, aber die Kamera zeigt uns bloß die Baustelle für einen Indoor-Pool mit Gegenströmungsfunktion.

Die Vier sind fein raus, könnten wir jetzt denken. Als politisch Geschlagene sind sie ganz gut angekommen bei der Konkurrenz. Cleaver ist Juraprofessorin, Joseph schreibt gefragte Theaterstücke und Drehbücher, Rodgers arbeitet erfolgreich als Musikproduzent, und Seale geht als Selbstdarsteller und Buchautor auf Medientour. Doch der laue Wunsch des Regisseurs, Leute zu porträtieren, die heute »ihre« Welt verändern, wird nicht durchgehend erfüllt. So verwandelt sich das Sofa, auf dem Cleaver erklärt, warum sie nicht in ihrer eigenen Wohnung gefilmt werden will, plötzlich in ein sehr unbequemes Möbelstück. Und Joseph reagiert auf das von einem weißen Gegenüber hingeworfene »Everybody writes scripts in Hollywood« mit der Vermutung, daß ihm wohl die Panther-Vergangenheit einige Studiotüren geöffnet habe. Rodgers wiederum erklärt zwar, daß seine politischen Überzeugungen in seiner Musik nichts verloren hätten, erwähnt aber sichtlich gerührt, daß seine von der südafrikanischen Zensur als »weiße Musik« eingestuften Sister-Sledge-Kompositionen der siebziger Jahre als Black Music beim damals inhaftierten Nelson Mandela angekommen seien. Schließlich wird es auch für einen Moment sehr still am Tresen, als Seale emotionslos das Biertrinken verteidigt. Das mit dem Aufbau der Guerilla im Apartheids-Südafrika hätte sowieso nicht geklappt.

Meurer streckt im Presseheft eine große weiße Hand nach seinen Protagonisten aus und nennt sie »hervorragende, intelligente und geistreiche Gesprächspartner«. Hey, it□s showtime!

Konkret 07/01, S. 61

Tobias Nagl

Film Theater

YiYi

Regie: Edward Yang; mit Wu Nianzhen, Kelly Lee, Jonathan Chang; Taiwan/Japan 1999 (Pegasos Film), 173 Minuten; seit 14.6. im Kino

Der Film ist viel zu kurz: Er dauert nur drei satte, glückliche Stunden. In denen erzählt Yang (»Taipeh Story«, »Mahjong«) wenig, das dafür aber ziemlich genau. Sein artifizieller Realismus mag Cineasten an den japanischen Altmeister Ozu erinnern; wer den nicht kennt, kann sich aber auch so etwas wie einen »französischen« Film *made in Taiwan* vorstellen: Wie Yangs sechs vorhergehende Filme ist auch »YiYi« ein vor dem Hintergrund Taipehs spielender Ensemblefilm, und wie sie spricht er von dem, was Yang einmal als die »konfuzianische Konfusion« angesichts kapitalistischer Verkehrsformen bezeichnet hat.

In »YiYi« gerät ein mittelständischer Familienkosmos aus den Fugen, als die Großmutter nach einer Familienfeierlichkeit unter ungeklärten Umständen ins Koma fällt. Der Arzt rät den Familienmitgliedern, so viel wie möglich mit der Dahindämmernden zu sprechen. Das sei wie beten, denn man wisse nie, ob man gehört wird. Geschickt gruppiert Yang um diesen Eintritt des Ungewissen in das Leben die existentiellen Zweifel seiner Protagonisten: Da ist im Zentrum der Vater NJ (Wu Nianzhen), Angestellter einer Computerfirma, der irgendwann auf Geschäftsreise nach Japan fährt und seine Jugendliebe wiedertrifft; da ist seine Frau Min-Min, die sich zu Beginn des Films in ein Kloster zurückzieht, und da ist sein lächerlicher Schwager A-Di, dessen hochnotpeinlich geplatzte Hochzeit den Stein ins Rollen bringt. Yang erzählt dabei so komisch wie melancholisch, so kunstvoll konstruiert wie detailverliebt schlicht: Mal finden wichtige Dinge im Off statt, mal wiederholen sich Ereignisse unter umgekehrten Vorzeichen im Leben der anderen; zusammen sind seine Protagonisten jedoch kaum zu sehen. In seiner verschrobenen Aufmerksamkeit für dieses vereinsamte Treiben gerät der kleine Yang-Yang (großartig: Jonathan Chang), der achtjährige Sohn der Familie, zum *alter ego* Yangs. Denn der verbringt nicht nur füßebaumelnd Stunden im Badezimmer und grübelt über die weniger offensichtlichen Fragen des Lebens, sondern fotografiert auch die Hinterköpfe seiner Mitmenschen, weil er »die andere Seite der Wahrheit« zeigen will. Manchmal ist diese nur banal – meist aber ziemlich haarig.

Konkret 07/01, S. 62

Georg Seeßlen

Ein Medien-Durchfall

»Big Diet« oder Wie das Fernsehen in Margarethe Schreinemakers einmal ganz zu sich selbst kam

1: Die Aufdringlichkeit

Margarethe Schreinemakers ist so was von unerträglich. Sie sieht nach nichts aus, sie hält den Betrachter mit ihrer verbalen Diarrhöe unter unangenehmem Druck, ihre Distanzlosigkeit wird nur noch durch ihr scheinbar grenzenloses Selbstbewußtsein übertroffen. Allerdings ist unklar, was dieses Selbst sein könnte, von dem da jemand nur eines weiß: Ich bin doch klasse; ich weiß gar nicht, was ihr habt. Frau Schreinemakers geht uns auf die Nerven. Da sind sich alle einig. Was mißtrauisch machen kann.

Der Trick ist: Margarethe Schreinemakers macht nicht Fernsehen. Sie *ist* Fernsehen. In einer Person wie der ihren kommt das Medium so vollständig zu sich, daß da Augenblicke der reinen, unverfälschten Wahrheit entstehen. Natürlich ist das ein Blick ins Paradies. Die reine Materialität der Sprache und der Erscheinung triumphiert nachhaltig über solch semiotische Altlasten wie »Bedeutung«, ihre Geschwindigkeit kürzt aus Kommunikationsmodellen die soziale Struktur. Eigentlich ist Margarethe Schreinemakers wie Gott: Sie hat sich die (Fernseh-)Welt nur erfunden, um mit sich selbst zu sprechen. Aber was redet sie da?

Das ist der Blick in die Hölle. Wo Margarethe Schreinemakers ist, da kann nichts anderes sein. In ihrem Gerede, das einer endlosen Trivialisierung des »Authentischen« und zugleich des Begrifflichen dient, ertrinkt jedes Subjekt. Während sie sich auf dem Bildschirm in sich selbst auflöst, füllt sie den Raum zwischen dem Fernseher und den Zuschauern. Margarethe Schreinemakers ist aufdringlich. Aufdringlichkeit als kommunikative Kardinaltugend des Neoliberalismus wird im Fernsehen erzeugt, verhandelt und immer wieder auch vernichtet. Früher oder später wird im Fernsehen alles Comedy, freiwillig oder unfreiwillig. Comedy ist der Augenblick der dialektischen Aufhebung von Aufdringlichkeit. Mußte Frau Schreinemakers diese Lektion lernen? Oder vielmehr wir?

Das Format des Reality TV als Closed-room-Inszenierung, das mit »Big Brother« für einen Augenblick so erfolgreich schien, ist definitiv in der Krise, nach den Gesetzen von Multiplikation und Entropie das kleinste der Wunder unserer Mediengeschichte. Der Kurzschluß zwischen der Erzählmaschine und einer Überwachungskamera war zugleich auch der Kurzschluß zwischen Aufregung und Langeweile. Die Langeweile der Umstände, die die Aufnahmemaschine versendet, wird durch die Brutalität der Aufnahme selber in Aufregung verwandelt. So etwas ist weder beliebig zu steigern (jedenfalls innerhalb der Gesetze, die sich auch eine Mediengesellschaft noch verordnet) noch gar beliebig zu wiederholen. Man kann die Sache weiter sexualisieren (»Girlscamp«) oder dramatisieren (wie in den »Robinson«-Varianten des Formats), aber zugleich ist jeder Versuch, die Akzente der Aufregung von der Aufnahmemaschine zum Aufgenommenen zu verlagern, ein Schritt zur Selbstzerstörung des Formats. Entweder können wir immer trivialere Dinge immer genauer und unbarmherziger (»Big Nasenbohrer«) oder immer sensationellere Dinge immer vermittelter ansehen (»Big Suicide«). Denn Reality TV entsteht nicht etwa in einem besonderen *Raum* zwischen Gesellschaft und Medium, sondern sozusagen an einem Punkt, der sich durch diesen Raum bewegt und nicht nur die Schnittstelle zwischen Faszination und Langeweile bezeichnet, sondern auch die zwischen dem Erlaubten und dem Verbotenen, dem Sichtbaren und dem Unsichtbaren – der Punkt, an dem das Fernsehen ganz bei sich ist. Zum Beispiel in der perfekten Entsprechung des Aufdringlichkeitsgrades der vier Inszenierungssubjekte im Fernsehen: Ich (der Zuschauer, dem eine ungebremste Sucht nach Bildern seines Nächsten unterstellt wird), der abgebildete Mensch (eine Gruppe aktuell nicht nur übergewichtiger, sondern auch ausgesprochen mitteilsamer Zeitgenossen), der Vermittler (Frau Schreinemakers als personifizierter Glaube daran, daß die Vermittlung selbst noch das Banalste wichtig macht) und die Aufnahmemaschine (die immer mehr Orte und Zeiten zwischen den Protagonisten besetzt).

Eben jener Augenblick aber, in dem das Fernsehen so ganz bei sich ist, ist der, in dem Bedeutung zugleich geschaffen und abgeschafft wird: durch Trivialisierung des Dramatischen, durch Dramatisierung des Trivialen. Nicht nur das Programm, jede einzelne Sendung, oft jede Sequenz, und manchmal sogar die einzelne Einstellung sucht diesen Punkt. Aber sie sucht zugleich etwas anderes: irgendeine Form des Abstands von dieser als unendliche Serie angebotenen Kette der kleinsten Einheit kapitalistischer Seelendramaturgie: Ironie, Divergenz. »Spaß« im Fernsehen ist nicht so sehr ein Gemütszustand als vielmehr eine grammatische Konstruktion der Aussage.

2: Die Inszenierung des Scheiterns

Der »Fehler«, den Frau Schreinemakers also begangen hat, ist die beständige Erzeugung der Einheit der vierfachen Aufdringlichkeit. Kaum ist Frau Schreinemakers im Bild, so ist das Fernsehen schon so sehr bei sich selbst, daß es augenblicklich auch an sich selbst zugrunde geht. Denn strategisch geht es stets um zweierlei: den Punkt der jeweils

größtmöglichen Aufdringlichkeit anzupeilen und ihn nie wirklich zu erreichen (denn er ist zugleich der Punkt des entropischen Umschlags). Und es geht darum, daß der ideale Vermittler/Darsteller im Fernsehen ein beträchtliches Stück neben sich selbst stehen sollte – wie Harald Schmidt, Jürgen von der Lippe oder selbst Sabine Christiansen. Dort, wo das Fernsehen nicht mit sich selbst identisch ist, macht es sich auf aufdringlichste Art unsichtbar. Nur wenn es ganz bei sich ist, wird es zur Gefahr für das eigene Funktionieren. Und eine solche Gefahr verkörpert Frau Schreinemakers.

So ist wohl möglich, daß das Scheitern von »Big Diet« weder der abgeschmackten Idee zu verdanken ist (ein Blick auf den Körper, immer an der Grenze zur Obszönität, der zugleich nach seiner Lust, seinem Vermögen und seiner Qual fragt, bezogen auf die urdeutsche Qualität des »Peinlichen«) noch der paradoxen Überfütterung der Zuschauer/innen mit Bildern überfütterter Menschen und schließlich auch nicht wirklich der Moderatorin Schreinemakers, die gleichsam einen mißverstandenen Körper vor uns und ihren Opfern inszeniert (als wäre die Abwesenheit von etwas bereits eine Qualität).

Das mediale Echo, das Margarethe Schreinemakers und das Konzept von »Big Diet« ausgelöst haben (einschließlich des mehr oder weniger spektakulären Rücktritts der Moderatorin) steht in keinem Verhältnis zur quotentechnisch ausgehandelten Bedeutungslosigkeit der Sendung, die mit ihren diversen Ablegern ein ganzes, einschlägig bekanntes Programm bestimmen wollte und daran nun gründlich gescheitert ist. »Big Brother« oder auch »Big Diet« sind Beispiele einer Sendeform, die keine »Serie«, kein Segment eines Programms darstellt, aber eben auch selbst kein Programm ist. (Wir verstehen: Die Vermischung selber ist die Botschaft.) »Big Diet«, zum Beispiel, wird nicht nur von Werbeblöcken unterbrochen, die vielleicht sogar das einzig Merkwürdige und Nichttautologische sind, sondern auch noch von Partikeln alter Programme. Denn noch geht es keineswegs um eine Beobachtung in Echtzeit, sondern ganz im Gegenteil um eine nach allen Regeln der Aufbereitung aufgesplittete Lebenszeit. Im Grunde geht es wohl, aber da üben wir noch, um eine neue Definition dessen, was man eine »Biographie« nennt, oder ein Menschenleben, um es pathetisch auszudrücken. Und zwar durch Reduktion auf der einen Seite (»Ich bin dick und will abnehmen, und das Medium kann mir dabei helfen, weil es so gemein ist«) und durch Multiplikation auf der anderen (das Bild »dicker Mensch im Kampf mit seinen Pfunden« wird auf endlos kaleidoskopische Weise vervielfältigt). Das aber ist auch metaphorisch ein wenig albern, daß nämlich der körperlich dicke Mensch nur geheilt werden kann, wenn er medial in die Breite geht. Mehr noch: Der Verlust der Kontrolle über den ungut begehrenden Körper scheint offensichtlich nur von jemandem ausgeglichen werden zu können, der die Kontrolle über das Sprechen verloren hat.

Ernsthaft: Der quantitative Aufwand, der mit dem Gegensatzpaar »dicker Körper« und »endloses Gerede« getrieben wird, führt das Fernsehen noch einmal auf sein Grundproblem: Im Kino haben wir uns daran gewöhnt, zum Beispiel Zeit durch Raum und umgekehrt auszudrücken. Und wir haben uns daran gewöhnt, daß man sehr geschickt eine Geschichte um etwas Abwesendes, um das »Off«, um das herum zu inszenieren versteht, was jenseits der Bilder und zwischen ihnen liegt. Selbst dort, wo es das Kino imitiert, erscheint dem Fernsehen aus verschiedenen Gründen unmöglich, das Unsichtbare zu akzeptieren. Zum einen ist seine endlose Serialität selbst Ausdruck des Noch-nicht des Unsichtbaren. Was wir jetzt noch nicht sehen, das sehen wir das nächstemal. Oder das übernächstemal. Dann sind, vielleicht, die dicken Körper nackt, oder der Verlierer wird von fetten Hausschweinen aufgefressen.

Das, was nach den Gesetzen der produzierenden Gesellschaft noch nicht sichtbar werden kann, ist in der Comedy aufgehoben. Dieses Genre steht keineswegs für die Kritik beziehungsweise Selbstkritik an den Sendeformen mit den Mitteln der Satire, es ist umgekehrt die komisch maskierte Vorwegnahme dessen, was weiter geschehen wird. Doch »Big Diet« kann weder das Unsichtbare so zum »Sichtbaren« machen wie »Big Brother«, noch kann es, was konsequent wäre, Comedy werden. Denn Comedy ist der perfekte Ausdruck des »Nicht-mit-sich-identisch-Seins« im Medium.

Wie seltsam das auch klingt: Weil Margarethe Schreinemakers so sehr an sich und an ihr Medium glaubt, ist sie kontraproduktiv. Daher muß sie bestraft werden, und zwar ausgerechnet von denen, die eine falsche Aufmerksamkeit auf ein Medium richten, demgegenüber sie sich zugleich als unendlich inferior und unendlich überlegen empfinden. (Man nennt sie »Kritiker«.) Denn es ist schon eigenartig, wie einhellig »Big Diet« von der schreibenden Zunft dazu benutzt wird, Aggression und Häme gegen eine Sendeform und mehr noch gegen eine Person zu richten. Möglicherweise eine Art von Hinrichtung, vielleicht auch das Scheitern einer Inszenierung wie die Inszenierung eines Scheiterns.

3: Die Divergenz

Im Fernsehen wird das Unsichtbare mit den Mitteln des Sichtbaren ausgedrückt. Wir gucken so lange hin, bis etwas sichtbar wird. Ein dicker Körper, der ein paar Pfunde verliert, ist etwas beinahe Unsichtbares. Der Körper, den wir kontrollieren wollen, zeigt sich als eine Last, die gerade gegen die vertikale Struktur der Mediengesellschaft wirkt, er serialisiert sich nicht und bestätigt damit weder den dicken Menschen vor dem Fernseher noch den nichtdicken im Fitneßraum. »Gutes« Fernsehen wäre eine Inszenierung, in der genau das geschieht: die Bestätigung der Widersprüche zwischen peinlichem Körper und Gerede durch die Divergenz des endlosen Bildes. Auf paradoxe Weise also ermöglicht »Big Diet« etwas Unerwartetes: eine Kritik am Fernsehen.

Das Fernsehen, wir haben es mittlerweile weiß der Himmel zur Genüge gehört, kann sich selbst nur als »totales« verstehen. Total ebenso in seiner Nichts- und Nulligkeit wie in seinem gesellschaftlichen Machtanspruch. Sein einziges Mittel, um zu überleben, ist es daher, sich selbst zu widersprechen. Margarethe Schreinemakers mußte bestraft werden, weil sie Fernsehen *ist*. Und »Big Diet« muß weg (oder zumindest verändert werden), weil es statt der Auflösung einen Bruch zwischen dem peinlichen Körper und dem Gerede produziert hat, weil das Sichtbare gerade auf das Unsichtbare verwies, weil das Fernsehen für eine quälende Zeit nichts anderes als es selber war.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 5/01 über Spike Lees Film »Bamboozled«

Konkret 07/01, S. 64

Martin Büsser

Melodie & Rhythmus

Punk wird fünfundzwanzig

Jon Savage**: *England's Dreaming. Anarchie, Sex Pistols, Punk Rock.*** Edition Tiamat, Berlin 2001, 544 Seiten, 58 Mark

Am Ende von »The Great Rock'n'Roll Swindle«, Julian Temples unter der Mitwirkung von Malcom McLaren gedrehtem Film über die Sex Pistols, torkelt der hagere Sid Vicious mit schwarzer Lederjacke und Hakenkreuz-T-Shirt durch die Straßen von Paris. Er rempelt Passanten an, bedroht sie und bedient sich an Konditoreiauslagen, ohne sie zu bezahlen. Derweil ist im Hintergrund »Anarchy pour le U.K.« zu hören, eine burleske, von Straßenmusikern mit Akkordeon vorgetragene Version des Sex-Pistols-Songs. Die Zeitebenen kollabieren: Einerseits wirkt Vicious inmitten der malerischen Altstadt wie ein gefräßiges, aus unheilvoller Zukunft gestrandetes Alien, andererseits ist seine Musik längst vor ihm angekommen – in Paris ertönt die Sex-Pistols-Nummer als ein Volkslied aus alten, nostalgisch-revolutionären Zeiten. Die Szene eskaliert in einem glamourösen Auftritt. Vicious steigt die Treppe zu einer gigantischen Bühne herab und gibt seine Version von Sinatras »My Way« zum besten. Im Publikum applaudieren honorige Herrschaften mit Monokel und Perlenketten, offenkundig einer Jacques-Offenbach-Szenerie entsprungen. Mitten im Song zieht Sid eine Pistole, schießt wahllos ins Publikum, trifft mehrere Besucher tödlich und verläßt daraufhin lustlos schlacksig die Bühne. Ende des Films.

Heute, anläßlich des 25jährigen Punkjubiläums, kommt eine alte, von Musikjournalisten häufig gestellte Frage wieder auf: Entstand Punk wirklich 1976 in London, von Malcolm McLaren mit der Gründung der Sex Pistols hervorgerufen? Oder war McLaren nicht vielmehr von den USA inspiriert worden, wo Bands wie die in Frauenkleidern auftretenden New York Dolls der Boheme-Tradition von Warhols »Factory« eine ästhetische Zuspitzung gaben? McLaren selbst legt zugleich eine ganz andere Lesart nahe: Das Ende von »The Great Rock'n'Roll Swindle« läßt Punk zu einer französischen Idee werden. Mit feiner Haßliebe ist Frankreich in diesen Sequenzen karikiert worden, wobei am Ende doch die Liebe überwiegt. Sid Vicious als situationistischer Streuner auf Stelzenbeinen, der das geflügelte Wort, die einfachste surrealistische Tat bestünde darin, unkontrolliert in die Menge zu schießen, am Ende als großes *épater le bourgeois* in Szene setzt, wird zum letzten Vertreter einer kulturrevolutionären Tradition stilisiert, die von Baudelaire bis Breton, von Debord bis Genet reicht. Kurz: Punk in dieser Lesart besteht nicht aus Proletariat und Gossensprache, sondern ist Teil einer alten avantgardistischen Tradition, die bürgerlich sein mußte, um das Bürgertum überhaupt so sehr hassen zu können.

Inzwischen sind diese Wurzeln von Punk jedoch beinahe in Vergessenheit geraten. Punk in der McLaren-Variante war einmal Angriff auf die Kulturindustrie mit deren eigenen Mitteln (die Sex Pistols waren nicht »independent«, sondern ließen sich über große Firmen vermarkten), war Boheme und Glamour, Schock durch Übertreibung und Überaffirmation der nur noch mit leeren Zeichen operierenden Massenmedien (die Sex Pistols trugen sowohl Karl Marx wie auch Hakenkreuze auf ihren T-Shirts). Jahre bevor Baudrillard mit seiner »Simulakren«-Theorie in Mode kam, hatten die Sex Pistols bereits Postmoderne als große spätkapitalistische Leere einer nur noch auf Verweise aufbauenden Reizkultur in Frage gestellt.

Daß all dies im öffentlichen Bewußtsein kaum mehr präsent ist, liegt im Wesen von Punk als Popkultur selbst. Wie bei jedem Popphänomen sind Inhalte und Ästhetik einem ständigen Wandel ausgesetzt, der sowohl auf der Straße wie auch innerhalb der Industrie stattfindet. Die Straßenentwicklung von Punk hat sehr schnell alle ironischen Pop-art-Aspekte der Sex Pistols abgelegt und wurde mal für linke Hausbesetzer-Praxis vereindeutigt (die Tradition von Crass bis Slime), mal zugunsten einer martialischen *Street Trooper*-Haltung umgebogen, die schlimmstenfalls das Hakenkreuz wörtlich nahm: Weißer Arbeiterklassenstolz brachte schließlich aus dem Punk heraus rechte Bands wie Screwdriver und die Böhsen Onkelz hervor. Das Ende vom Lied, Frankfurt am Main zu Beginn der Achtziger: Skinheads werfen nach einem Konzert von Slime in der Batschkapp Brandsätze gegen linke, sogenannte »Zecken«-Punks und Autonome. Jegliche Ironie war ideologischen Fronten gewichen, die sowohl als »Bullenschweine« (Slime) wie als »Überall nur Türkenschar« (Cotzbrocken) nichts weiter als unreflektiertes Gesinnungsgebrabbel gegenüber einem bierdosengetränkten Publikum zum besten gaben.

1992 erschien *England's Dreaming*, Jon Savages minutiöse Chronik der ersten Punkjahre, über weite Strecken eine Tag-für-Tag-Rekonstruktion, deren Titel auf die Sex-Pistols-Zeile »There is no future in England's dreaming« zurückgeht. Das Buch liegt nun in deutscher Übersetzung vor. Für all jene, die nicht unbedingt scharf darauf sind, über jeden Presseauftritt und Labelwechsel der Sex Pistols gleich zehn Seiten zu lesen, dürfte vor allem das erste Drittel des mehr als fünfhundert Seiten umfassenden Buches von Interesse sein. In ihm geht es um den Modeladen »Sex«, den Malcolm McLaren und Vivienne Westwood in der Londoner King's Road betrieben, die Keimzelle des britischen Punk. Dort kamen Einflüsse zusammen, die von der schwulen Subkultur bis zu Andy Warhol reichten, von den Beatniks bis zu den Büchern von Guy Debord und Raoul Vaneigem. Dieser unausgegorene Mix machte Punk zu einem äußerst komplexen Phänomen: Punk lehnte die Ästhetik der Hippies ab und speiste sich doch aus den Ideen der 68er und deren Umfeld; Punk war ätzende

Medienkritik und zugleich von »style« besessen. Im Gegensatz zur zweiten Punkgeneration, die zu Exploited Pogo tanzte und jeden Kunstbezug weit von sich wies, entstammte die Idee ursprünglich dem Bildervorrat der Pop-art, frischte die Ästhetik von Künstlern wie Richard Hamilton dank einer neuen, vulgären Direktheit auf. »Die Bewegung, die sich um die Sex Pistols herum entwickelte«, schreibt Savage, »war die erste echte Weiterführung von Andy Warhols Factory in Großbritannien. Mit den Sex Pistols und vielen ihrer Unterstützer versammelten McLaren und Vivienne Westwood einen ähnlichen Karneval der Unterdrückten und Bohemiens, Prostituierten und Drogenabhängigen, der Genies und der Publicitysüchtigen.«

Im Gegensatz zu Greil Marcus, dessen *Lipstick Traces* Punk als Anti-Kunst-Bewegung in eine Tradition mit Dada und den Situationisten stellt, hält sich Savage mit kulturgeschichtlichem Crossover zurück und schafft doch mit wenigen Sätzen wie den gerade zitierten, ein wesentliches Merkmal der Bewegung hervorzuheben: Punk war ein Sammelbecken von Minderheiten. Wer sich dieser Bewegung anschloß, fühlte sich auf je eigene Weise gesellschaftlich unterdrückt oder doch zumindest ausgegrenzt. An diesen spezifischen, kleinsten gemeinsamen Nenner aller Beteiligten zu erinnern ist längst nötig geworden, seit Punkerben wie die Toten Hosen musikalisch wie inhaltlich die gesellschaftliche Mitte erobert haben. Punk war die letzte große Subkultur, die sich bewußt und mit Leidenschaft außerhalb der Gesellschaft stellte – und zwar im Sinne von Verlierern, die sich als Opfer stilisierten. Ganz anders wirken dagegen die Gesten von Männlichkeit und Stärke, die muskulösen tätowierten Oberkörper, die heute in der Rockmusik so gerne zur Schau gestellt werden.

Konkret 07/01, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Viellieber Ernst Kahl! Allerherzlichsten Dank für Dein wunderschönes Buch »Tafelspitzen«, das mich heute, wir schreiben den 19. Juni, zeitgleich mit einem »Postwurf«-Fax der »European Poll Commission der IRC International Research Corporation, Caspar/USA« erreichte. Ich möge doch, meinen die, unter der Nummer 0190-8347-016 (»Anrufe kosten DM 3,63, E 1,86 pro Minute, ein kleinerer Preis für mehr Demokratie«) entweder JA (»12 Jahre nach dem Fall der Mauer muß mit der Ausgrenzung der PDS Schluß sein«) ankreuzeln oder (»Weder Links- noch Rechtsradikale dürfen über das Schicksal unseres Volkes bestimmen«) NEIN. Mein Votum würde dann folgenden Frohnaturen vorgelegt: »Rau, Schröder, Müntefering, Meyer, Goppel, Pieper, Roth und Kuhn, sowie Fernsehen, Tageszeitungen und weiteren Medien.« Hätt' / ich ein Internet – so könnt' ich unter www.irc-research.com auch any time daunloudn, wie's um die Faxabstimmung grad steht. Je nun: Für mich ist die Wahl nicht nur das heilige Sakrament der Demokratie, sondern auch wie Taufe und letzte Ölung für umsonst; schon allein deswegen werde ich also dieser unterm Deckmantel der gesellschaftlichen Befindlichkeitsfindung gleisnerisch daherkommenden, schnöden wie kindischen Geldschneiderei nicht auf den Leim gehn. Da könnte ich mir ja genausogut für DM3,63 die Minute von ähnlichen 0190-Gaunern in Belgien, England und anderen Nestern Tips kommen lassen für Steuervorteile, lukrative Heimjobs oder pixelscharfe Titten & Ärsche im Internet / so ich denn eins hätt'.

Lieber Ernst! Wie Du weißt, beklagten wir Ende der achtziger Jahre während ausgedehnter Elbuferwanderungen ein ums andre Mal den stupenden Mangel an Realitätszugewandtheit seitens der hiesigen Kunst bzw. der Künstler. Was mir vorschwebt, sagtest Du damals, das wäre eine Art Evangelisches Café, möglichst zentral gelegen, wo wir am letzten Freitag im Monat, unterm Motto »Ars kontrovers« oder »Per Ars in medias res« Themen, die der breiten Bevölkerung unter den Nägeln brennen, coram people aufrufen und mit künstlerischen Mitteln abarbeiten könnten.

Lieber Ernst! Wir selber sind seit gut einem Dezennium älter und reifer geworden, während die gesellschaftlichen Probleme in dieser Zeit an Zahlreichtum wie spezifischer Impertinenz weißgott nicht abgespeckt haben. Ich kenne in der Grindelallee Räume, wo wir sofort loslegen könnten. Themenverlegenheit? Von wegen. Da wäre der aparte Affront des Bremer SPD-Bildungssenators Lemke gegen das »Rotzen der Fußballspieler auf dem Rasen«. Da wäre Vollbart-Thierses alle pornographischen Ketten sprengende Waschung der Füße blutjunger Kirchentagsteilnehmer. Da wäre Bahn-Mehdorns Verbrechen, einen Intercity, statt ihn zu verpünktlichen, von der fürstlichen Rassistin auf »Thurn und Taxis« taufen zu lassen. Da wäre die mega-innovative ABM-Idee der von der Entführung der kleinen Peggy erhitzten Bänkersgattin und Unesco-»Sammelbüchse« Ute Ohoven, »aus dem Heer der vielen Arbeitslosen Menschen zu schulen, um sie als Sicherheitskräfte auf Kinderspielplätzen und auf den Schulwegen einzusetzen«. Und da wäre Anton Schlagerl, der »Anton aus Tirol«, der bei einem Benefizkonzert für Tschernobyl-Kinder seine »Aufwandsentschädigung« aus den Eintrittsgeldern leiert, so daß den Verstrahlten nicht das Schwarze unterm Nagel zufließt. Also ich finde, wir sollten angreifen. Du auch? Von all Deinen die Form respektierenden, die Farbe feiernden und die Tücke des Objektes verhalten zum Ausdruck kommen lassenden Werken habe ich den ausgelassenen Speck ausgewählt. Dein Einverständnis, meinen kruden kleinen Gastbeitrag in Deinen »Tafelspitzen« dito hier zitieren zu dürfen, erlaubte ich mir vorauszusetzen. Auf bald, lieber Ernst, und beste Grüße an Deine kongeniale Kollegin Eva Muggenthaler.

Konkret 07/01, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Die Grün-Alternative Liste Hamburg lädt zu einer Veranstaltung mit ihrem Senator ein, der vorne, nach dem alten Parteiprogramm, Willfried heißt, und hinten, zur Beruhigung des realen nationalen Publikums, nicht gerade Machkrieg, aber doch Maier. Der nun verspricht Antwort auf die Frage:

Quo vadis, Altonaer Bahnhof?

Reisende in das Land, wo Milch und Honig fließen, haben die Wahl: zwischen den ganz alten Parteien, die den Zug gestrichen haben, und der alternativen, die den Bahnhof abfahren läßt.

Steht sie auch kurz vorm Vorruhestand, in ihrem Herzen ist sie jung geblieben, die gute alte Kinder-»FAZ«, und dekliniert ihre Schlagzeilen noch wie in jenen Maientagen, als sie im Flügelkleide in den Kinderladen ging:

Gysi, stemm den Bär!

Der Bär, des Bär, dem Bär, den Bär. Rettet dem Akkusativ! (Aber selber schuld: Mit BärInnen wär' das nicht passiert.)

»Unsere Zeit«, die Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei, hat einen Klaus Wagener eine ganze Seite mit einem Porträt der »Prozionisten« (zu deutsch so viel wie: Judenlümmel) von KONKRET vollmalen lassen, die »die Tat von IG Farben und ihrer SS-Bande« zur »deutschen Tat« umzulügen versuchen, den »Unterschied von Krupp und Krause« verwischen und, wie ich zugeben muß, auch die Arischgesichter von Krupp und Wagener nicht recht auseinanderhalten können. Einer seiner Sätze lohnt, zitiert zu werden. Über eine Stelle bei Jürgen Elsässer schreibt er:

Diese Sätze lohnen sich wirklich zweimal zu lesen.

Es lohnte sich, die Sätze von Elsässer zweimal zu lesen, anstatt *die Sätze,* das Objekt des Satzes, durch den Plural *lohnen* zum Subjekt zu machen und ihnen also aufzugeben, sich selber zu lesen. Aber dazu hätte Wagener die Sprache erst lernen müssen, die in ihrer typisch kabbalistischen Tücke die braven Krupps und Krauses immer wieder auf den Holzweg lockt: Deutsch.

Coming-out im »Hamburger Abendblatt«:

Holger Jung gilt als einer der kreativsten deutschen Werbeköpfe. Er setzte CDU-Chefin Angela Merkel in ein Leih-Cabrio und die Gottschalk-Brüder ins Sushi-Restaurant.

Bevor einer der kreativsten Köpfe sich beschied, seinen Unterhalt als Reklameonkel für Mietwagen und Briefträger zu bestreiten, hatte er – und das muß jetzt, wo alle reden und sogar der Bundesaußenminister, heraus – Höheres im Sinn gehabt:

Apropos Straßenkampf. Zweimal landete der junge Jung in der Knastzelle – tief fliegende Farbbeutel waren die Ursache. Mit rotem Anstrich: kurzzeitig hatte sich der Studiosus jurisprudentiae den Pekingnahen Gedanken der KPD/ML verschworen. Mit Flugblatt-Frühschicht vor den Phoenix-Gummiwerken. Heute wird lieber vollmundiger Bordeaux dekantiert. Schmunzelnd: Wenn die Verhandlungspartner von heute das mit der KPD/ML von damals wüßten!

Es bleibt ganz unter uns, den Brüdern in Mao, die heute PR-Etats verwalten und aus Springers Lokalblatt erfahren, wo die Genossen vom freiwillig verschworenen Frühschichtproletariat sitzen, denen sie eine dem Großkapital expropriierte Mark rüberschieben können. Abends, zur Spätschicht, wird dann zusammen schwer einer abgeschmunzelt und angestoßen auf die tollen alten Zeiten, mit einem Glas Farbbeutelroten auf die internationale Solidarität und das Land der Kulturarbeiter und

Weinbauern, wo sie toujour l'amour machen und von le bordell den Plural les bordeaux bilden.

Und was, bitte, ist das für einer?

Nun kann sie wirklich beginnen: Die »Grand Débat«, jene große Diskussion um die Zukunft Europas und seine Erweiterung nach Osten, die lange schon überfällig war.

Der Mann, ein Ostlandritter im Schnarchsack, ist jener ältere Jungsozialist, der einst das Spruchband »Unter den Talaren – Muff von tausend Jahren« in die Hamburger Uni getragen und wenig später dem staatsmonopolistischen Kapitalismus ewigen Klassenhaß erklärt hat. Und was ist aus ihm geworden? Professor an der Jürgen-Schrempp-Universität Bremen und Mitglied der Europa-Kommission des SPD-Parteivorstands. Ein verpfuschtes Leben.

Der Verlag Suhrkamp wirbt für seinen Dichter Durs Grünbein mit dessen »Selbstportrait morgens halb elf im Park«, das so geht:

Der Sperling auf dem Koloß. Unter ihm höhlen die Jahrhunderte den Stein aus, fressen der Macht das Gesicht weg. Er aber sitzt da und tschilpt ein paar fröhliche Sekunden lang.

Doch kaum hat ein junges Genie einen Einfall, naht der minderbegabte Nachwuchs, ihn nachzumachen:

Es sitzt ein Vogel auf dem Leim,
Er flattert sehr und kann nicht heim.
Ein schwarzer Kater schleicht herzu,
Die Krallen scharf, die Augen gluh.
Am Baum hinauf und immer höher
Kommt er dem armen Vogel näher.
Der Vogel denkt: Weil das so ist
Und weil mich doch der Kater frißt,
So will ich keine Zeit verlieren,
Will noch ein wenig quinquillieren
Und lustig pfeifen wie zuvor.
Der Vogel, scheint mir, hat Humor.

Ich zögere nicht, den Plagiator an den Pranger zu stellen. Sein Name ist Busch, W. Busch.

In der »Frankfurter Rundschau« beschwert sich eine Heike Kühn über die Konkurrenz:

Die »Bild«-Zeitung machte es sich einfach. Es gäbe jetzt »einen Film, der den feigen Mord an Alfred Herrhausen« aufgreife. Exakt diesen Film gibt es nicht. Doch die »Bild«-Auslassung ist symptomatisch.

Heike Kühn will es sich nicht einfach machen. Sie beschreibt den Film, den es gibt:

Atemberaubender als jeder Thriller ist die Interviewtechnik des studierten Psychologen Veiel, die Wege ins Innerste des deutschen Traumas findet. Nicht in Form verbaler Unterminierung, die die beschädigte Psyche der Familienangehörigen von Herrhausen und Grams gewaltsam ans Licht zwingt. Veiels Fragen sind Kanäle, die die Vergangenheit mit der Gegenwart verbinden, meerestiefe Passagen, auf denen die Erinnerung sich einschiffen kann ... Die Bilder der verjährten Tagesschau verlieren bei Veiel die Unbeteiligtheit der Information: Sie formieren sich zum visuellen Chor. Vor diesem komplexen Hintergrund setzen die Erinnerungen an Alfred Herrhausen ein, quälend gegenwärtig aus der Sicht der

großzügig Gefühl und Verstand verströmenden Traudl Herrhausen.

Manchmal ist man der »Bild«-Zeitung richtig dankbar, daß es sie gibt. Und uns mit ihren schlichten Lügen, Dummheiten und Spindludern verbale Unterminierungen, atemberaubendere Komparative, visuelle Chöre und ähnliche Schweinereien erspart. Von Erinnerungen, die sich einschiffen, nicht zu reden.

Die Programmzeitschrift »TV neu« fragt:

Erziehen wir unsere Kinder zu lasch?

Antwort gibt eine Frau, bei der man zwar nicht so recht weiß, welcher konstitutionelle Vorgang sie zur Volkserziehung legitimiert haben könnte, wenn wir einmal von einem absehen, an den zu denken man lieber nicht gezwungen sein will, nämlich diese:

Sind Sie eine strenge Mutter, Frau Schröder-Köpf?

Sie aber erteilt, zwischen »Achtung, scharfe Kurven! Mutter und Tochter auf Männerfang« sowie »Schlank in den Sommer – Die 20 besten Kalorienbremsen« eine Lehre nach der andern:

Während der Woche ist Klaras Tag ausgefüllt mit Schule, Klavier- und Reitunterricht. Am Wochenende darf sie sich etwas aussuchen – aber nur Kindersendungen. Abends fernzusehen ist nur erlaubt, wenn »Wetten, daß ..?« kommt ... Ich bin in Bayern auf dem Land aufgewachsen und natürlich auch durch meine eigene Erziehung geprägt. Ich mußte bis zum zehnten Lebensjahr an Schultagen um sieben ins Bett, da wurde nicht verhandelt. Das hab' ich übernommen. Wir müssen unsere Kinder wieder mehr erziehen und ihnen Werte vermitteln. Pflichtbewußtsein, Fleiß, Aufrichtigkeit, Hilfsbereitschaft, Verläßlichkeit, Anstand, richtiges Benehmen – das sind für mich keine konservativen Klischees, sondern Tugenden und Werte, die wir von Generation zu Generation weitergeben müssen.

»TV neu« läßt sich das nicht zweimal sagen, sondern leitet zur Weitergabe alter Tugenden und Werte, die auch auf dem bayerischen Land so gut übernommen zu werden verdienen wie im Berliner Kanzleramt, über mit dem Ruf: »Blähungen gezielt bekämpfen!« (Das könnte von Holger Jung, KPD/ML, sein.)